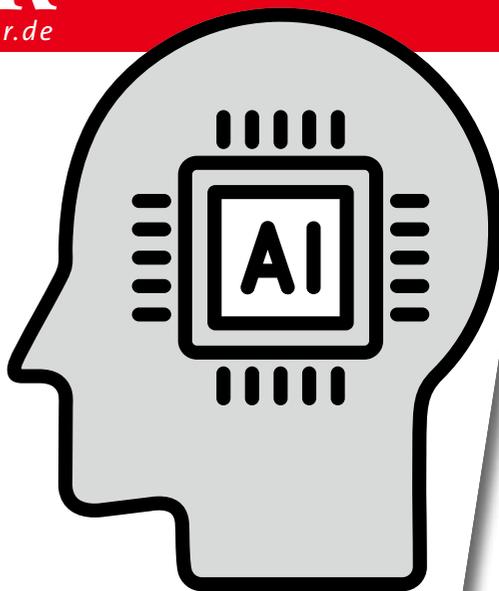


KI



Marxistisch betrachtet

Das Thema: Geschichte und technologische Grundlagen der Künstlichen Intelligenz, *Hannes A. Fellner/Österreich*; Wie KI unseren Alltag prägt und wo sie nur Marketing ist, *Thomas Hagenhofer*; KI-Strategien des Großkapitals, *Dietmar Dath*; Kritik der politischen Ökonomie der KI, *Peter Schadt*; Digitale Werkzeuge in der Schule, *Erich Goldberg*; Chatbots aus marxistischer Sicht, *Claudius Vellay/Frankreich*; »Intelligenz« ohne Bewusstsein, *Leon V. Sierau*; KI in der Kriegsführung, Autonome Waffensysteme und Meaningful Human Control, *Jens Hälterlein*; Startups auf dem Schlachtfeld, *Julia Zeschkowskaja/Russland*

Weitere Themen: Krieg kommt von oben, Frieden von unten, *Peter Mertens/Belgien*; Frantz Fanon (1925–1961), *Jenny Farrell/Irland*; Fortschreiten wohin?, *Annette Schlemm*; Klarer Standpunkt in bewegten Zeiten, *Erich Hahn (1930–2025)*; Inklusiv Langformschule, *Reinhard Stähling*; Transformation, Krise, Deindustrialisierung, *Ulf Immelt*; Verschärfung der Armut, *Willy Sabautzki*; Korea nach der Wahl, *KJ Noh/USA*; Christoph Heins Narrenlied, *Phillip Becher*

Kommentare, Berichte, Rezensionen

Beilage: DeepSeek und Open Source, *Alan Freeman/Kanada*;
USA vs. VR China: KI-Strategien im Vergleich, *Hannes A. Fellner*

14,50 €

Neue Impulse aus unserem Verlag

Jenny Farrell

Kunst und Befreiung

Literatur, Musik und
Bildende Kunst im Kampf
für die Menschheit

Essen 2025, 392 Seiten,
29,80 Euro, ISBN 978-3-96170-077-6



Erscheint Ende Oktober/Anfang November

Die Essays von Jenny Farrell sind ein Versuch, an ausgewählten Kunstwerken der Literatur, der Musik und der Malerei darzustellen, wie aufgeklärte Künstler seit der Renaissance – also dem Beginn unserer eigenen kapitalistischen Ära – im Konkreten ihrer Kunst sich der großen Aufgabe stellen, auf der Seite des Volkes der Barbarei zu widerstehen.

Kunst und Befreiung zeigt, dass die Künste eine eigene Rolle beim Begreifen und Verändern der Welt haben können.



NEUE IMPULSE VERLAG

Hoffnungstraße 18 | 45127 Essen
Tel.: +49 | 201 | 236757

info@neue-impulse-verlag.de
www.neue-impulse-verlag.de

Der Krieg kommt von oben, der Frieden von unten

Peter Mertens, Generalsekretär der PVDA-PTB

Die Rückkehr des deutschen Militarismus, das Wettüben in Europa und die Kriegsrhetorik Washingtons: alles deutet auf eine Eskalation hin. Doch wie immer liegt die Kraft des Friedens unten: bei denen, die den Preis dafür zahlen. Sorgen wir dafür, dass die Arbeiterbewegung wieder zu einer zentralen Kraft für Abrüstung, soziale Gerechtigkeit und eine sozialistische Alternative wird.

Der durch geopolitische Interessen und den Wettlauf um Ressourcen angeheizte Ukraine-Konflikt hat bereits unzählige Menschenleben gekostet und Millionen von Menschen auf die Straße geworfen. Die Vorstellung, dass mehr Waffen Frieden bringen, ist eine gefährliche Illusion ...

Offensichtlich nähert sich die US-Strategie, den Krieg in der Ukraine durch massive Investitionen zu verlängern, um Russland wirtschaftlich und militärisch zu zermürben, ihrem Ende. Washington wird vor die Wahl gestellt: deutlicher eingreifen und damit einen Dritten Weltkrieg riskieren oder nach diplomatischen Auswegen suchen. Aus Opportunismus, nicht aus Pazifismus, entschieden sich die USA für die zweite Option und hoffen, den größtmöglichen Nutzen daraus ziehen zu können.

Trump will ein Abkommen durchsetzen, bei dem Europa die Kosten des Krieges trägt, während die USA über einen neuen Fonds die Kontrolle über den Abbau der ukrainischen Ressourcen und Mineralien erwerben werden. Trump will die Ukraine wie eine Kolonie behandeln, nach dem Muster vieler Länder des globalen Südens. Das bestätigt, dass es in diesem schmutzigen Krieg nie um Werte ging, sondern immer um geopolitische Interessen, Ressourcen und fruchtbares Land ...

Viele, die im 20. Jahrhundert aufgewachsen sind, wissen, dass die Mischung aus Deutschland-Chauvinismus und Militarismus eine schlechte Idee ist. Die Waffenhersteller im Ruhrgebiet haben zwei der zerstörerischsten Kriege der Geschichte angeheizt. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Europa zu dem Schluss gekommen: Nie wieder deutscher Militarismus.

Heute wirkt das jedoch wie ein schlechter Film der B-Serie. Die Panzerhersteller sind zurück, und Deutschland muss wieder groß werden. Am 18. März 2025 verabschiedete der Bundestag Verfassungsänderungen, die das größte Aufrüstungsprogramm seit 1945 ermöglichen. Deutschland hat bereits den viertgrößten Militärhaushalt der Welt, aber es schaltet einen Gang höher, um »kriegstüchtig« zu werden.

Diese Aufrüstung soll durch Verschuldung finanziert werden – ein Novum, wo doch Berlin bisher jede Erhöhung der Schulden blockiert hat. Ein Beweis dafür, dass Haushaltsregeln von Machtverhältnissen und nicht von wirtschaftlichen Dogmen abhängen.

Zusätzlich zu den deutschen Ausgaben startet die Europäische Kommission einen umfassenden Militarierungsplan, der durch Schulden finanziert wird ... und durch Kürzungen beim Fond für Zusammenhalt, Klima und Entwicklung.

Schüren der Angstpsychose

Der oberste NATO-Boss Mark Rutte sagte kürzlich, wir müssten »unsere Brieftaschen für Waffen öffnen, sonst müssen wir vielleicht bald Russisch sprechen«. Die Angst wird aktiv geschürt.

Einwurf von Links**Der Krieg kommt von oben, der Frieden von unten**

Peter Mertens 1

In gemeinsamer Sache

»Suprametropolen« und »Subimperialismus« oder nicht? 6

Leserzuschrift**Eine andere Sicht auf das »Narrenschiff«**

Edeltraut Felfe 7

Kommentare / Aktuelles**Anchorage aus friedenspolitischer Sicht**

Peter Wahl 8

Deutsche Atombombe »in nur wenigen Monaten«

Ralf Hohmann 10

Reine Klassenpolitik

Willy Sabautzki 13

Handelsabkommen USA und EU

Willy Sabautzki 14

Berichte**»Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg!«**

Timo Reuter/Derya Rust 17

»Sehr beeindruckt und mit viel neuem Mut zurück«

Christoph Krämer 19

Zum Bundesparteitag der SPD

Otto Hibach 22

Der DKP-Parteitag in einem brandgefährlichen internationalen Umfeld

Patrik Köbele 24

Thema: »KI«

Editorial 27

Geschichte und technologische Grundlagen der Künstlichen Intelligenz

Hannes A. Fellner 28

Nicht nur wo KI draufsteht, ist KI drin

Thomas Hagenhofer 38

Wenn Monsterwale das Meer vergiften

Dietmar Dath 44

Grundlinien einer Kritik der politischen Ökonomie der künstlichen Intelligenz

Peter Schadt 51

Digitale Werkzeuge und KI im schulischen Kontext

Erich Goldberg 57

KI-Chatbots aus marxistischer Sicht

Claudius Vellay 67

»Intelligenz« ohne Bewusstsein

Leon Sierau 76

Künstliche Intelligenz in der Kriegsführung	
<i>Jens Hälterlein</i>	87
Autonome Waffensysteme und Meaningful Human Control	
<i>Jens Hälterlein</i>	92
Startups auf dem Schlachtfeld	
<i>Julia Zeschkowskaja</i>	97
Kalenderblatt	
Frantz Fanon (1925–1961)	
<i>Jenny Farrell</i>	106
Marxismus nicht nur für Einsteiger	
Fortschreiten wohin?	
<i>Annette Schlemm</i>	111
Dokumentation	
In bewegten Zeiten einen klaren Standpunkt beziehen	
<i>Erich Hahn</i>	114
Manifest der SPD-Friedenskreise	121
Positionen	
Das Einfache, das schwer zu machen ist – die inklusive Langformschule	
<i>Reinhard Stähling</i>	125
Transformation, Krise, Deindustrialisierung	
<i>Ulf Immelt</i>	131
»Verschärfung der Armut in Deutschland«	
<i>Willy Sabautzki</i>	136
Korea hat Frieden und Souveränität gewählt	
<i>KJ Noh</i>	142
Rezensionen	
Matteo Pasquinelli: Das Auge des Meisters (<i>Thomas Hagenhofer</i>)	149
Rainer Mühlhoff: Künstliche Intelligenz und neuer Faschismus (<i>Ulrich Schneider</i>)	151
Ingo Leipner: KI-Angriff auf das Bewusstsein (<i>Ulrich Schneider</i>)	151
Karl Olsberg: Kontroll-Illusion (<i>Ulrich Schneider</i>)	152
Jens Olaf Koch: Herr Tschie und ich (<i>Ulrich Schneider</i>)	152
Anna Beckers/Gunther Teubner: Digitale Aktanten, Hybride, Schwärme (<i>Ulrich Schneider</i>)	153
Douglas Rushkoff: Survival of the Richest (<i>Ulrich Schneider</i>)	153
Jürgen Leibinger: Vergesellschaftung (<i>Beate Landefeld</i>)	154
Christoph Heins: Das Narrenlied (<i>Phillip Becher</i>)	156
G. Ritchie, S. Carpenter, S. Mojab (Hrsg.): Marxism and Migration (<i>Artur Pech</i>)	159
Heinz Junge: Ewig kann's nicht Winter sein (<i>Raimund Ernst</i>)	161
Es schrieben diesmal	164
Impressum	164

Fortsetzung von Seite 1

Obwohl die Fakten etwas anderes sagen: das BIP Russlands ist nicht höher als das der Benelux-Staaten. Nach drei Jahren Krieg hat die russische Armee Mühe, mehr als 20 % der Ukraine zu besetzen. Sie kämpft seit Monaten gegen eine erschöpfte ukrainische Armee um die Einnahme von Pokrowsk. Es gelingt ihr nicht. Und man will uns glauben machen, dass diese Armee in der Lage wäre, die vereinten Kräfte von Polen, Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich zu besiegen? Das ist absurd.

Selbst mit der Hilfe koreanischer Truppen brauchten die Russen Monate, um zwei Drittel von Kursk zurückzuerobern. Europa verfügt bereits über viermal so viele Kriegsschiffe, dreimal so viele Panzer und doppelt so viele Kampfflugzeuge wie Russland.

Diejenigen, die wirklich Frieden wollen, verhandeln über Abrüstung. Die Erzählung von einer »bevorstehenden russischen Invasion« dient vor allem dem militärisch-industriellen Komplex. Das Zeitalter der Wiederbewaffnung ist das Zeitalter des sozialen Rückschritts.

Es wird behauptet, dass die »Verteidigungsfähigkeit« Europas keinen Preis habe. Aber natürlich gibt es einen Preis. Buchstäblich auf Kosten von Schulen, Gesundheitsfürsorge, sozialer Sicherheit, Kultur und Entwicklungszusammenarbeit. Aber auch symbolisch, indem die gesamte Gesellschaft militarisiert wird.

Um die Europäische Union in einem neuen Kampf um die Aufteilung der Welt zu positionieren, spricht die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vom »Zeitalter der Rüstung«. Für die Völker Europas wird es »das Zeitalter des Sozialkahlchlags« sein.

Während Milliarden in den Krieg investiert werden, sind die Budgets für Klima, Gesundheit und Renten von harten Kürzungen betroffen. Die Aktien der Rüstungsgiganten explodieren: Rheinmetall, Dassault, BAE Systems, Leonardo, Thales und Saab kassieren die Gewinne. Und die arbeitende Klasse zahlt die Rechnung.

Mehr Geld für Panzer bedeutet weniger Geld für Renten. Mehr für Drohnen ist weniger

für Kindertagesstätten. Dies ist eine politische Entscheidung, die jahrzehntelang Folgen haben wird.

»Für die Arbeiter ist nichts schlimmer als eine Kriegswirtschaft«, erklärt Sophie Binet, Generalsekretärin der französischen Gewerkschaftsbundes CGT, zu Recht. Jeder Euro, der für Waffen ausgegeben wird, ist ein Euro weniger für Krankenhäuser oder öffentliche Dienstleistungen.

Waffenproduktion wird die Wirtschaft nicht ankurbeln

Die Rüstungsindustrie behauptet, dass Waffen die Wirtschaft ankurbeln würden. Sie bezeichnet das gerne als »militärischen Keynesianismus«: Regierungen dazu bewegen, die Rüstungsindustrie massiv zu unterstützen. Während die europäische Automobilindustrie in Schwierigkeiten steckt und Deutschland das dritte Jahr in Folge in eine Rezession rutscht, wollen sie uns glauben machen, dass es besser wäre, von der Auto- auf die Panzerproduktion umzusteigen.

Das ist Quatsch! Familien kaufen keine Panzer. Man fährt nicht mit einem Panzer zu seiner Großmutter. Dennoch müssen diese Panzer verkauft werden. Es muss also sichergestellt werden, dass sie tatsächlich genutzt werden, sonst wird die Industrie zusammenbrechen. Mit anderen Worten: Die Militarisierung der Wirtschaft übt einen ständigen Druck in Richtung Krieg aus ...

Nein, höhere Militärausgaben werden den Lebensstandard nicht verbessern. Die Produktion von Waffen bietet keine wirtschaftlichen Vorteile. Die Herstellung eines Panzers, einer Bombe oder eines Raketensystems kommt der übrigen Wirtschaft nicht zugute. Es ist auch ein Mythos zu glauben, dass die Rüstungsindustrie viele Arbeitsplätze schafft – ganz im Gegenteil. Ein in Krankenhäuser investierter Euro schafft 2,5-mal so viele Arbeitsplätze wie ein in Waffen investierter Euro. In Bezug auf die Effektivität von Investitionen in die Beschäftigung steht der Verteidigungssektor nur an 70. Stelle von 100 verschiedenen Sektoren.

Wohin geht Europa?

Die neuen Zölle, die Trump auf die Einfuhr deutscher Autos erheben will, könnten der deutschen Automobilindustrie einen tödlichen Schlag versetzen. Bis vor kurzem war die deutsche Elite sehr atlantisch eingestellt, aber in den Frankfurter Finanzkreisen hört man immer mehr Stimmen, die eine von Washington unabhängige europäische Souveränität befürworten.

Dies ist auch der Geist des neuen europäischen Weißbuchs zur Verteidigung: Europa muss auf eigenen Füßen stehen. Heute werden laut diesem Dokument 78% der neuen Rüstungskäufe außerhalb der Europäischen Union getätigt, hauptsächlich in den USA. Das Weißbuch will dies radikal ändern: bis 2035 müssen mindestens 60% der Rüstungsgüter in Europa hergestellt werden.

Die große Frage ist, ob das realisierbar ist, denn die Rüstungsindustrie ist national organisiert. Es gibt viele Rivalitäten zwischen deutschen, französischen, italienischen und britischen Produzenten, die alle gierig auf die zusätzlichen Milliarden sind, die wie Manna vom Himmel fallen. Während die deutsche Wirtschaft die Geldschleusen für Rheinmetall und Co. weit öffnet, versuchen französisch-italienische und französisch-britische Kooperationsabkommen, den Deutschen das Wasser abzugraben ...

Europa ist politisch zersplittert und befindet sich in einer Identitätskrise. Für Kapitalisten gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder vertiefen sich die Widersprüche zwischen den Mitgliedstaaten und die Union zerfällt in eine moderne Version rivalisierender Goten, Franken und Kelten, oder Berlin, Paris und London sind gezwungen, stärker zusammenzuarbeiten, um eine neue kriegerische und imperiale europäische Macht zu schaffen.

Für Marxisten ist es an der Zeit, sich ein radikal anderes Europa vorzustellen: ein sozialistisches und friedliches Europa.

Die Todesspirale des Wettrüstens durchbrechen

Das Wettrüsten wird immer extremer: Vorschläge, 3% des BIP für Militärausgaben zu verwenden, werden von den Forderungen überholt, rasch auf 5% zu kommen. Es scheint keine Grenzen mehr zu geben.

Ein weltweites Wettrüsten folgt immer der gleichen Logik: Wenn ein Land sich modernisiert, wird das andere folgen. Jeder, der die Logik der Abschreckung bis zum Äußersten treibt, wird unweigerlich am Ende die atomare Aufrüstung Deutschlands und Europas befürworten.

Im schlimmsten Fall mündet diese Spirale in einen großen Krieg mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern. Die Geschichte lehrt uns, dass dieser gefährliche Sog nur durch Verträge zur gegenseitigen Abrüstung durchbrochen werden kann. Dazu bedarf es einer pragmatischen Diplomatie, aber auch einer starken internationalen Antikriegsbewegung, die Druck von unten ausüben kann. Wer Frieden will, bereitet den Frieden vor.

Die Geschichte lehrt uns, dass Kriege und Wettrüsten nicht von denen da oben gestoppt werden, sondern von denjenigen, die die Rechnung für das Wettrüsten bezahlen und als Erste unter dem Krieg leiden. Vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg war die Arbeiterbewegung ein starker Akteur gegen die Militarisierung und für den sozialen Fortschritt. Die Linke darf sich nicht an den neuen militaristischen Konsens anpassen, sondern muss es wagen, die Heuchelei des Westens, die kriegstreiberischen Interessenkonflikte und das zerstörerische Wettrüsten in Frage zu stellen.

Die Realität ist einfach: wenn Sie Krieg wollen, bereiten Sie den Krieg vor. Wenn Sie Frieden wollen, bereiten Sie den Frieden vor. Diesen Frieden müssen wir von unten durchsetzen, Hand in Hand mit dem Kampf für soziale Gerechtigkeit und Sozialismus.

In gemeinsamer Sache

»Suprametropolen« und »Subimperialismus« oder nicht?

Einem aufmerksamen Leser ist aufgefallen, dass die oben genannten Begriffe zwar in den MBI (3_2025) und im Vorabdruck des Charlamenko-Interview-Auszuges in der jW (1.7.2025) vorkommen, nicht aber in der Vollversion des Interviews, das wir in unserem digitalen Russland-Reader dokumentiert haben.¹ Hierbei handelt es sich nicht um irgendeinen redaktionellen Eingriff, sondern um die Entscheidung des Interviewten selbst. In seiner noch einmal überarbeiteten Interviewfassung hat Alexander Charlamenko Zusammenhänge ausführlicher umschrieben und – wie uns mitgeteilt wurde – bewusst auf diese beiden Termini verzichtet, weil sie von ganz unterschiedlicher Seite anders interpretiert oder auch mit anderen Konnotationen verwendet werden. Da waren die Marxistischen Blätter und die jW aber schon gedruckt. Also: Schaut auf Inhalte und Entwicklungen, statt auf Schlagwörter.

Marxistische Blätter vor Ort und in Aktion

Büchertische sind für uns nicht primär »Point of Sale«, sondern Treffpunkt zum anregenden Gespräch mit Lesern und Autoren (w/m/d) – langjährigen wie zukünftigen. Hier gibt es inhaltliches Feed-Back, Lob und Tadel, Anregungen für Artikel und das eine oder andere neue Abo. Im Rahmen unserer Werbeoffensive für die Marxistischen Blätter waren wir vor Ort in Berlin (Faschismus-Konferenz), in Salzgitter (Dritte gewerkschaftliche Friedenskonferenz),

in Bielefeld (Sommerakademie) und in Graz (Willi-Gaisch-Seminar der KPÖ). Hier waren wir herzlich willkommen und spürten – selbst bei Meinungsunterschieden in Details – parteiübergreifende Wertschätzung unserer Arbeit. Dafür danken wir den Organisator:innen, die uns eingeladen und den Genoss:innen, die uns vor Ort unterstützt haben.

Erich Hahn gestorben

Im Alter von 95 Jahren starb Erich Hahn am 24. Juni 2025 in Berlin. Er war bis zu seiner Zwangsemeritierung 1990 in der DDR einer der führenden Professoren für marxistisch-leninistische Philosophie und Mitglied des ZK der SED, später Mitglied des Ältestenrates der PDS. Als »freier« Schriftsteller schrieb er auch nach der Niederlage des Sozialismus in der DDR zahlreiche Bücher und nach wie vor leistungswerte Artikel für die Marxistischen Blätter. Statt eines Nachrufes dokumentieren wir einen Auszug aus seiner Rede auf der 7. Tagung des ZK der SED im November 1988.

Richtigstellungen

In der letzten Ausgabe der Marxistischen Blätter sind in der Endredaktionsheftik ein paar dumme Fehler unterlaufen, die wir hier reumütig richtigstellen wollen: Die Rezension des Buches von Paul Cockshott (S. 143) stammt natürlich von *Klaus Müller* (nicht von Alfred). *Norbert Heckl*, dessen Name im Impressum (S. 156) fehlt, ist selbstverständlich weiter Mitglied des Herausgeberkreises. Als weiteren, aktiven Mitherausgeber (S. 3) konnten wir auch *Rüdiger Schrade-Tönnissen* (Gladbeck) gewinnen. Er ist Lehrer, Schulleiter i. R., Initiator eines Lesekreises der Marxistischen Blätter in Münster und Leiter eines wunderbaren Chores.

Autoren an den Verlagsleiter

»Ich hoffe sehr, es steht gut mit dem Verlag – was ja ganz und gar Dein Verdienst ist. Ein

1 <https://www.marxistische-blaetter.de/de/article/2088.russland-intern-juli-2025.html>

besonders großer Verdienst: die China-Studie von Hannes A. Fellner in der letzten Ausgabe. Übrigens bin ich anlässlich meines 90. Geburtstages (wieder) in die DKP eingetreten. Zu diesem Schritt haben mich G. V. und Du selbst unwissentlich bewogen – durch Deine wichtige Verlagsarbeit. Ich wollte es Dir schon früher sagen, kam aber nicht dazu. So sollst Du es nun wissen.« (*Thomas Metscher*, Grafenau per E-Mail am 8.8.2025)

»Zuerst möchte ich zum Heft 3/2025 der Marxistischen Blätter gratulieren. Insgesamt sehr gut, ausgezeichnet u. a. der Beitrag von Radikha Desai. Ich glaube, dass die Marxistischen Blätter eine sehr wichtige Arbeit leisten, und zwar nicht nur für Deutschland, sondern für unsere Bewegung im ganzen Europa. Es lohnt diese Arbeit zu unterstützen, und ich werde demzufolge in den nächsten Tagen eine Spende machen ... Die ganze Arbeit an meinem neuen Buch über die Integration von Marxismus und traditioneller chinesischer Kultur war faszinierend, aber auch sehr anstrengend: die chinesische Philosophie/Weisheit ist eigentlich eine Welt an sich. Auch deswegen habe ich mit großem Interesse die Beilage des Schweizer Genossen Beat Schneider registriert.« (*Vladimiro Giacché*, Rom, per Mail am 24.8.2025)

Lesetipp zum Schluss

»Lieber Lothar, in einem Artikel auf meiner Website habe ich Stellung genommen zu einem Beitrag der beiden Genossen von der PVdA/ptb im letzten Heft der Marxistischen Blätter. Du kannst ihn gerne ins nächste Heft nehmen.« Schrieb uns Andreas Wehr kurz vor Redaktionsschluss. Machen wir. Hier der Link: <https://www.andreas-wehr.eu/artikel-reader/die-belgische-partei-der-arbeit-auf-eu-kurs.html>

LoG

Eine andere Sicht auf das »Narrenschiff«

Leserzuschrift von Edeltraut Felte, Greifswald zu H.-D. Schütt's Rezension von Christoph Hein »Das Narrenschiff« in MBI 3_2025

Ich bin Abonnentin der *Marxistischen Blätter*, nutze und empfehle sie weiter. Umso erstaunter bin ich über die Rezension von H.-D. Schütt zu »Das Narrenschiff« (gleich DDR) von Christoph Hein. Das Buch wurde vom Mainstream, dem *Spiegel* etc. hoch und runter gefeiert und sein Autor in der FAZ nach diesem Buch als »der unbestechlichste Chronist der DDR« wieder in alle Öffentlichkeit in Ost und West geholt. Da gefällt natürlich, dass die DDR von Anbeginn zum Untergang verurteilt war, von »recht ungebildeten« Funktionären, Opportunisten usw. gesteuert wurde und am Ende des Romans die sympathische jüngere Figur ihre Kindheitserinnerung an ein gemeinsames Foto mit Wilhelm Pieck zerreißt und in den Papierkorb wirft. Ein Bild, das Christoph Heins anderweitig geäußerte Meinung, dass von der DDR mit den Leuten, die aussterben, nichts in der Geschichte bleibe, pointiert zusammenfasst. H.-D. Schütt verschweigt dieses abschließende Bild des Autors und stellt es als offene Frage des Romans dar.

Nun tut ja einer, der etwas schreibt und jener, der es liest, dies immer im »Steinbruch seiner Biographie« auf sich bezogen, ein schönes Bild von Christoph Hein. Wenn Ihr also aus irgendwelchen Gründen diese Rezension schon bringen wolltet, wäre m. E. zumindest eine weitere, aus anderer Sicht auf das untergegangene Land geschriebene, notwendig. Mit freundlichen Grüßen.

Edeltraut Felte

(Anmerkung: Wir haben diese Kritik und Anregung aufgenommen und veröffentlichen in dieser Ausgabe ab Seite 156 unter der Überschrift »Das Narrenlied« eine Rezension, die uns Phillip Becher mit seiner ganz anderen Perspektive auf Heins Buch zugeschickt hat. / LoG)

Anchorage aus friedenspolitischer Sicht

Peter Wahl

Der Gipfel war nicht nur ein Schritt im Prozess hin zu einer Friedensregelung für den Ukrainekrieg. Bereits die Tatsache, dass nach über drei Jahren Funkstille zwischen USA und Russland – den beiden größten Nuklearmächten mit jeweils über 5.000 Sprengköpfen – ein Gipfel-treffen in zivilisierter Form stattfand, ist ein positives, entspannungspolitisches Element in Zeiten weltpolitischer Turbulenzen.

Das schafft Rahmenbedingungen dafür, dass auch dringend notwendige Verhandlungen über Rüstungskontrolle möglich werden können, darunter zur Raketenstationierung in Deutschland 2026. Das ist nicht nur von beiderseitigem Nutzen, sondern auch im Interesse der übrigen Welt ...

Die Erwartung, einen komplexen Konflikt mit einem einmaligen Meeting lösen zu können, ist naiv. Es ist aber mit Anchorage eine Dynamik in Gang gekommen, die in den nächsten Wochen weiter gehen und ein Spitzenthema der internationalen und innenpolitischen Agenda sein wird.

Die exakten Inhalte der Gespräche sind zwar unbekannt, wie aber beide Seiten erklärten,¹ gab es Fortschritte, aber auch noch Differenzen. Das ist in solchen Fällen völlig normal. Auf jeden Fall ist es jetzt schwer, die Dynamik wieder völlig zurückzudrehen. Das gilt für alle Seiten. So hat auch Russland sich bewegt. Statt der Maximalforderungen nach Entmilitarisierung der Ukraine, hat Putin anerkannt, dass auch die

Ukraine Sicherheitsgarantien erhält. Auch von einer »Entfaschisierung«, d.h. faktisch ein Regime-Change, ist nicht mehr die Rede.

Der harte Kern von Zugeständnissen für die Ukraine läuft auf den Verzicht auf NATO-Mitgliedschaft und die Anerkennung der territorialen Realitäten hinaus. Die NATO-Osterweiterung war der entscheidende Punkt in der Eskalationsgeschichte seit den 1990er Jahren, und die »open-door-Politik« für Kiew seit dem Bukarester Gipfel 2008 das ausschlaggebende Motiv für den russischen Einmarsch. Hier liegt ein legitimes Sicherheitsinteresse Russlands, ohne dessen Anerkennung es keine Lösung des Konflikts gibt. Das gilt auch für eine *NATO-light*, wie sie die sog. »Koalition der Willigen« aus EU und den Briten betreibt ... Daher werden die Details für Sicherheitsgarantien Gegenstand einer sehr komplizierten Aushandlung werden.

Anerkennung der territorialen Realitäten unvermeidbar

Die territorialen Zugeständnisse sind schmerzhaft für die Ukraine. Sie sind der Preis für den Abbruch der Istanbul Verhandlungen im April 2022. Kiew und der Westen hatten die Illusion, Russland militärisch besiegen zu können ...

Die seit uralten Zeiten gültige Logik, dass Erfolge auf dem Schlachtfeld die materielle Basis für Verhandlungserfolge sind, ist jetzt auf Russlands Seite. Die Ukraine steht dagegen militärisch, aber auch ökonomisch und demographisch am Abgrund. Um nicht noch weiter abzustürzen, muss sie daher die militärischen Gebietsverluste schlucken. Das sieht inzwischen auch NATO-Generalsekretär Rutte so, und selbst Friedrich Merz meinte am 13.8. nach seinem virtuellen Gipfel: »Die Ukraine ist zu Verhandlungen über territoriale Fragen bereit.«

Der amerikanisch-russische Prozess schafft einen machtpolitischen Korridor, innerhalb dessen die anderen Akteure, vorneweg die

1 Siehe insbesondere die Pressekonferenz von Putin und Trump, sowie das ausführliche Interview von Fox-News mit Trump: <https://www.foxnews.com/video/6376972615112>

Ukraine, sich bewegen müssen. Das entspricht natürlich nicht der Vision von einem internationalen System, in dem Krieg, geopolitische Hierarchien u. a. Formen machtpolitischer Kräfteverhältnisse verschwunden sind. Aber in der wirklichen Welt des Jahres 2025 ist dieses Verfahren das kleinste Übel, um Frieden zu erreichen.

Es dürfte daher bald zu Verhandlungen zwischen Moskau und Kiew kommen, auch wenn ein Gipfel mit Putin und die Einstellung der Kampfhandlungen erst dann zu erwarten ist, wenn eine Einigung über die o. g. Kernpunkte in Sicht ist. Auch das ist in solchen Prozessen üblich.

Auch die Einbeziehung der EU wird auf die Tagesordnung kommen, spätestens wenn es um die Beendigung des Wirtschaftskrieges geht. Allerdings spricht vieles dafür, dass Brüssel und so manche Regierungen sich zunächst für die Fortsetzung der Konfrontationspolitik entscheiden.

Ihre Rechnung, Russland zu ruinieren und international zu isolieren, war eine groteske Fehlkalkulation. Auch die massivsten Sanktionen der Weltgeschichte haben nicht die gewünschte Wirkung erzielt.

Das ausschließliche Setzen auf Konfrontation und militärischen Druck, die Denunzierung von Diplomatie und Kompromiss als Kapitulation, und die affektgeladene Dämonisierung Russlands haben die EU jetzt selbst international isoliert und in eine machtpolitische Statistenrolle geführt.

Natürlich ist es, wenn man so hoch auf die moralisierte Empörungspalme geklettert ist, schwer wieder auf den Boden der Tatsachen zu kommen. Dabei hat sich an Gaza die moralische Qualität der »wertebasierten Außenpolitik« vor den Augen aller Welt ohnehin als ordinäre Doppelmoral entpuppt.

Die »Koalition der Willigen« versucht sich mit ihrer Erklärung zu Anchorage in dunkelhafter Selbstüberschätzung als Blockierer: »Den Streitkräften der Ukraine sollen keine Begrenzungen für die Zusammenarbeit mit dritten Ländern auferlegt werden. Russland kann

kein Vetorecht gegen den Weg der Ukraine in die EU und die NATO haben.«² Damit soll grünes Licht für eine NATO-Light und die Fortsetzung eines hybriden Konflikts mit Russland gegeben werden – selbst nach einem Ende des Ukraine-Kriegs. Es drohen Jahre revanchistischer Konfrontation mit Russland. Zumal die EU von dramatischen internen Probleme bedroht ist, wie ihre ökonomische Strukturkrise (siehe Draghi-Report), Instabilität der politischen Systeme vieler Länder, Aufstieg der Neuen Rechten, Rivalitäten zwischen Paris, Berlin und Warschau um Hegemonie in der Union, u. a.

Da war die Wagenburg gegen Russland das letzte »Heilmittel«, um Einheit und Handlungsfähigkeit zu demonstrieren.

In den kommenden Wochen und Monaten müssen die Friedenskräfte all ihre Möglichkeiten nutzen, um die in Anchorage entstandene Dynamik zu unterstützen und am Laufen zu halten.

Es wird sehr intensive politische Auseinandersetzungen geben und die bellizistischen Ultras werden gerade auch hierzulande mit aller Macht und allen Medien mobilisieren.

Dem Versuch einen Verhandlungskompromiss unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen zu hintertreiben, müssen die Friedenskräfte mit ihren Argumenten und ihren Aktionen entgegenzutreten. Das Demonstrationspaket in Berlin und Stuttgart am 3. Oktober bekommt nach Anchorage noch einmal zusätzliche Bedeutung. Es muss zu einem Erfolg werden.

17. August 2025

(Redaktionell leicht gekürzt)

2 Statement by President von der Leyen, President Macron, Prime Minister Meloni, Chancellor Merz, Prime Minister Starmer, President Stubb, Prime Minister Tusk, President Costa. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement_25_1966

Deutsche Atombombe »in nur wenigen Monaten«

Dr. Ralf Hohmann

Ende 2024 wurde der »Rat der japanischen Opfer von Atom- und Wasserstoffbomben« (Nihon Hidankyo) mit dem Friedensnobelpreis »für seine Bemühungen, dass Atomwaffen nie wieder verwendet werden dürfen«, ausgezeichnet. Jorgen Watne Frydnes, der Vorsitzende des norwegischen Nobelpreiskomitees, sprach in seiner Laudatio über die seit August 1945 unverbrüchliche Forderung nach einem weltweiten »nuklearen Tabu«. Wer dem Irrglauben anhängt, unsere Zivilisation könne eine Weltordnung überleben, deren Sicherheit auf der Existenz von Atomwaffen basiere, sei schlichtweg »naiv«, und »amoralisch« sowieso.

Neue Liebe für die eigene Atombombe

In Deutschland hingegen sammeln die Anhänger des Irrglaubens ihre Truppen. Nicht erst seit dem jüngsten Vorstoß in Sachen Atombewaffnung durch CDU-Fraktionschef Jens Spahn im Frühsommer des Jahres. Wer ein Auge auf die Publikationen der Kriegsertüchtiger wirft, entdeckt die neue Liebe für die eigene nukleare Bombe spätestens seit Februar 2022. Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik ruft in einem ihrer Arbeitspapiere von 2024 nach der längst überfälligen »Stärkung des nuklearen IQ Deutschlands«; in der ZEIT vom 5. März 2025 stellt Fabian Hinz die Frage, ob es nicht längst überfällig sei »endlich nuklear zu werden«. Im Ausland wird diese Debatte bereits registriert und beobachtet: Die russische Nachrichtenplattform »news.ru« berichtete am 10. Juli 2025 unter dem Titel »Die Nachkommen der Nazis wollen Atommacht werden«, das »Global

Public Policy Institute« (GPPI) wundert sich über die deutschen Wortmeldungen und stellt sie in die Tradition vorhergehender deutscher Regierungen (Angela Merkel: »Wir Europäer (müssen) unser Schicksal wirklich in unsere eigenen Hände nehmen«, Mai 2017).

»Nukleares Selbstbewusstsein«

In der Tat ist der Ruf nach mehr »nuklearem Selbstbewusstsein« nicht gerade neu. Bekannt seit Konrad Adenauers Forderung nach der Atombewaffnung Deutschlands (1957–1958), aus der dann die etwas kleinere Münze der nuklearen »Teilhabe« unter dem Atomschirm der USA wurde. Später wurde bekannt, dass die erste Verlegung von US-Atomwaffen auf deutsches Territorium schon 1955 vonstatten ging. Das aktuelle politische Umfeld ist für eine neue Nukleardebatte dafür mehr als günstig: Hunderte Milliarden für die Rüstung, Neubelebung der Wehrpflicht, Litauen-Brigade, »Deutschland übernimmt wieder Verantwortung« (Friedrich Merz) auf dem internationalen Parkett. Waffen als Allheilmittel zur »Lösung« internationaler Konflikte, ob in der Ukraine, Palästina oder dem Iran, da darf auch die Königsdisziplin der Vernichtung und des Weltenbrandes nicht fehlen. Da zeigen die Schreibtischstrategen alle, wes Geistes Kind sie sind. Der von den NATO-Schoßhündchen beklagte Liebesentzug durch die Trump-Administration, die sich strategisch eher auf die Volksrepublik China als NATO-Hauptfeind auszurichten beginnt, dient als willkommenes Anlass zur Befeuerung der nuklearen Begehrlichkeiten. Die vermeintliche Abkehr der US-Führung von der seit dem Madrider NATO-Gipfel am 29. Juni 2022 beschlossenen Nuklear-Strategie des Kriegsbündnisses ist jedoch nur medial vorgeschoben. Im Strategiepapier hieß es schon damals: »Die sich vertiefende strategische Partnerschaft zwischen der Volksrepublik China und der Russischen Föderation und ihre sich gegenseitig verstärkenden Versuche, die auf Regeln basierende internationale Ordnung

zu untergraben, stehen im Widerspruch zu unseren Werten und Interessen. Wir werden die kollektive Einsatzbereitschaft, Reaktionsfähigkeit, Verlegbarkeit, Integration und Interoperabilität unserer Streitkräfte weiter verbessern (...) einschließlich einer hochintensiven, domänenübergreifenden Kriegsführung gegen Konkurrenten mit Atomwaffen. Die nukleare Abschreckungshaltung der NATO stützt sich auch auf die in Europa vorwärts stationierten Nuklearwaffen der Vereinigten Staaten und die Beiträge der betroffenen Bündnispartner.« Die US-Kontrolle über die Atomwaffen auf den Territorien der »Bündnispartner« bleibt, die seit Jahrzehnten bestehende Kommandostruktur ist unwidersprochen manifester Teil der Nuklearstrategie der NATO. Die Intention der Trump-Administration bezieht sich aktuell allein darauf, die NATO-»Partner« für einzusetzende Waffen finanziell bluten zu lassen, ein Ansatz, der sich in Bezug auf die Waffenkäufe der EU für den Einsatz in der Ukraine (Volumen 100 Mrd. US-Dollar) und den »Big Deal« zwischen EU-Kommission und Trump Ende Juli 2025 bereits realisiert hat. Die nukleare »Zeitenwende« für Deutschland – ist sie demnach eine bloße Geisterdiskussion großmachtsüchtiger Militärapologeten? Durchaus nicht: Ein Ausbau der nuklearen Kapazitäten europäischer NATO-Mitglieder liegt – sofern sich die USA nicht an den Kosten hierfür beteiligen müssen und die in der Befehlsgewalt auf die Führungsrolle der USA zugeschnittene Rolle des Strategic Command nicht europäisch »verwässert« werden – im Kerninteresse der USA.

Deutsche Optionen

Was sind nun die Optionen, die von der politischen und militärischen Führung in Deutschland präferiert werden? Bei der Beantwortung dieser Frage sollte nicht verkannt werden, dass es hier nicht um einen deutschen Sonderweg geht. Auch in Polen und anderen Ländern der EU wird die Frage eines auf Europa zentrierten Nuklearschirms in den Medien ventiliert.

Der polnische General Roman Polko verwies am 18. Juni 2025 auf die »Notwendigkeit«, das polnische Interessen verstärkt im Hinblick auf die »gemeinsame Nutzung von Kernwaffen« berücksichtigt werden müssten. Er regte Gespräche zur Einbindung Polens ins »NATO-Nuclear-Sharing«-Konzept an. Den polnischen Medien ist Skepsis zu entnehmen, dass Polen bei der Rangelei um die Position als europäische Führungsmacht gegenüber Deutschland und Frankreich nicht ins Hintertreffen geraten dürfe. Die nukleare Teilhabe ist das Standardkonzept der NATO, das es Mitgliedstaaten ohne eigene Kernwaffen ermöglicht, aktiv an der Nuklearstrategie des Bündnisses zu partizipieren. Umgesetzt wird dies durch die Beteiligung aller NATO-Staaten an der Nuklearen Planungsgruppe (NPG). Die NPG dient als zentrales Forum für Konsultation, kollektive Entscheidungsfindung und politische Kontrolle über alle Aspekte des Atomwaffeneinsatzes. Auf technischer Seite werden in der NPG die Details der Stationierung von US-Atomwaffen (insbesondere B-61-Bomben) besprochen, wie auch die Bereitstellung von speziell ausgebildeten Piloten und das einzusetzende Trägermaterial (»Dual-Capable Aircrafts« (DCA). Zur Zeit wird die atomare Teilhabe für die Standorte Kleine-Brogel (Belgien), Büchel (Deutschland), Aviano (Italien), Volkel (Niederlande), Aviano und Ghedi (Italien), İncirlik (Türkei) und seit Sommer 2025 auch für Lakenheath (Großbritannien) umgesetzt. An diesen Orten werden jeweils 20–30 Atomwaffen in unterirdischen Schächten gelagert. Seit 2024 erfolgt in allen Standorten die bauliche Umstellung auf den neuesten Waffentyp, die B-61-12 (Thermonuklearbombe). Die deutsche Politik bemüht sich seit Beginn 2025 aktiv um eine »neue« Teilhabe, entweder an den französischen oder den britischen Atomwaffenbeständen. Dies stößt allerdings auf erhebliche Friktionen, da Frankreich (das nicht Mitglied der NPG ist) das direkte Kommando des französischen Präsidenten über den Einsatz nicht zur Disposition stellen möchte und die britische Seite lediglich über vier atomar bewaffnete U-Boote verfügt, die

strategische Atomwaffen tragen und für den taktischen Einsatz nicht tauglich sind. Großbritannien stellt momentan die Rüstungsproduktion auf taktische Waffen um, die deutsche Seite hat bisher eine Beteiligung an diesem Umbau aus Kostengründen nicht goutiert. Insoweit nimmt es nicht Wunder, dass immer häufiger die Frage nach einer eigenen deutschen Nuklearwaffe gestellt wird. Technisch ist der Bau der eigenen Bombe – außer der Zeitquante – mit wenig Hindernissen versehen. Wenig bekannt ist, dass in Gronau (in der Nähe von Osnabrück) und im niedersächsischen Lingen Urananreicherungs-fabriken nach wie vor produzieren. Allein in Gronau fallen jährlich 4.500 Tonnen angereichertes Uran an. Der Generalsekretär der internationalen Atombehörde (IAEA), Rafael Grossi, kommentierte in einem Interview mit der polnischen Zeitung »Rzeczpospolita« am 9. Juli 2025, Deutschland könne »in nur wenigen Monaten« eine Nuklearwaffe bauen.

Völkerrechtliche Verträge ...

Einer Verfügbarkeit von Atombomben in Eigenregie stehen allerdings völkerrechtliche Regelungen entgegen. Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV), der 1970 in Kraft trat und von 189 Staaten unterzeichnet wurde, legt in seinen Artikeln I und II fest, dass Atomwaffenmächte keine »Verfügungsgewalt« über Atomwaffen an Nicht-Kernwaffenstaaten weitergeben dürfen und diese Staaten sie auch nicht annehmen dürfen. Der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) wurde 2017 von 122 Staaten angenommen und trat am 22. Januar 2021 in Kraft. Der AVV verbietet Staaten Atomwaffen zu entwickeln, zu testen, zu produzieren und zu besitzen. Außerdem sind die Weitergabe, die Lagerung, der Einsatz, sowie die Androhung verboten. Darüber hinaus verbietet der Vertrag die Unterstützung solcher Aktivitäten. Weiterhin wird den Staaten die Stationierung von Atomwaffen auf eigenem Boden verboten. Zum dritten ist im »2-plus-4-Vertrag« von 1990 Deutschland untersagt, eigene Atomwaffen zu

nutzen. Bislang genügte ein Hinweis auf diese drei eindeutigen völkerrechtlichen Regelungen, um klar zu machen, dass Bau und Verfügung einer deutschen Bombe ausscheidet. Zwar ist Deutschland dem AVV wohlweislich nicht beigetreten, aber seine Zielsetzungen gelten auch für Nichtunterzeichner als »ungeschriebene Verpflichtung«. Wer dachte, Deutschland werde sich durch einen Austritt, eine Kündigung oder einen Rücktritt nicht aus den rechtlichen Bindungen lösen, schon allein um nicht als völkerrechtlicher Paria dazustehen, irrt.

... und wie man sie umgehen will

Seit Beginn 2024 beschäftigte sich der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages (scheinbar ohne konkreten Anlass und Auftrag) mit Fragen wie »Atomare Bewaffung Deutschlands und Zwei-plus-Vier-Vertrag« (8. und 13. November 2024), »Zur Loslösung von völkerrechtlichen Verträgen« (8. Februar 2024). Beruhigt stellen die Ausarbeitungen fest, aus dem NVV könne man austreten, der AVV binde wegen fehlendem Beitritt nicht und der »2-plus-4-Vertrag« habe nur noch »deklatorische« Wirkungen. Es wird nach Wegen gesucht, aus den geltenden Verpflichtungen heraus zu kommen und die eigene atomare Option zu sichern.

Freiverkäufer:innen gesucht

Wir suchen Leserinnen und Leser, die in ihrem persönlichen, politischen, gewerkschaftlichen Umfeld Marxistische Blätter verkaufen.

Kontakt: Lothar Geisler,
log@neue-impulse-verlag.de

Reine Klassenpolitik

Willy Sabautzki

Das wirtschafts- und sozialpolitische Programm der neuen Regierung proklamiert eine auf Wachstum ausgelegte kapitalistische Wirtschaftspolitik. Als Grundlage dafür ist ein »Sondervermögen« von bis zu 500 Mrd. Euro durch eine jährliche Netto-Neuverschuldung von ca. 4 % des BIP vorgesehen. Dieses Programm soll durch einen »Investitionsbooster«, insbesondere für die über Jahrzehnte vernachlässigte und inzwischen marode Infrastruktur gefördert und umgesetzt werden, wobei auch die oft nur »kriegstüchtig« gemacht werden soll. Zudem soll der finanzielle Spielraum für Unternehmen z. B. durch degressive Abschreibung (30 % jährlich ab Juli 2025, drei Jahre lang) steuerlich gefördert sowie die Körperschaftsteuer schrittweise auf zehn Prozent gesenkt werden; Personengesellschaften erhalten ebenfalls Steuererleichterungen.

Profit-Maximierung wird durch radikale Senkung von Unternehmenssteuern abgesichert, staatliche Stromkosten-Subventionierung wird ausschließlich für Unternehmen umgesetzt, auf Kosten aller Steuerzahler. Auf die Erhöhung von Steuereinnahmen z. B. durch Vermögenssteuern für Reiche wird weiter verzichtet. Entlastungen für Groß-Unternehmen sind erklärtes Ziel.

Sozialpolitische Absicherungen, Verbesserungen für die Lohnbeschäftigten und Rentner, fallen durch den Rost. Die von CDU/CSU und SPD zu verantwortende Wirtschafts- und Sozialpolitik ist in Summe darauf ausgerichtet, ein neoliberales Minimalstaats-Gebilde mit begrenzten Sozialstaats-Aufgaben und großen Spielräumen, vor allem für Konzerne, aufrechtzuerhalten. Das führt nicht zwangsläufig zu höheren Investitionen am Standort Deutschland. Der Stellenabbau geht unvermindert weiter.

Nachhaltige Reformen bleiben aus, was die sozialen Sicherungssysteme, die Gesundheits- und Bildungsversorgung sowie die Armutsbekämpfung deutlich einschränkt.

Renten-Kürzungen durch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit charakterisieren die unsoziale Ausrichtung dieser konservativen Wirtschaftspolitik. Erhebliche Kürzungen sind beim Bürgergeld eingeplant, Verteuerung der Krankenversicherung, ebenso Einschränkungen in der Pflege sowie bei der Hilfestellung für sozial belastete junge und ältere Menschen zur Absicherung eines selbstständigen Lebens. Beim Bürgergeld will die Bundesregierung schrittweise bis zu 4,5 bis 5 Milliarden Euro einsparen. Bereits im Jahr 2026 sind Einsparungen von ca. 1,5 Mrd. Euro geplant und im Folgejahr soll dieser Betrag weiter ansteigen. Die Kostenanteile für Unterkunft und Heizung beim Bürgergeld sollen gesenkt und die staatliche Übernahme von Wohnkosten gekürzt werden.

Geplant sind verschärfte Sanktionen bei der Arbeitsvermittlung: wer wiederholt »zumutbare Arbeit« verweigert, soll zukünftig einem vollständigen Leistungsentzug ausgesetzt sein. Von den wenigen noch aufrichtig für soziale Gerechtigkeit eintretenden Sozialdemokraten kommen Einwände: Ausufernde Mieten seien mit der Mietpreisbremse zu begrenzen und die Regierung solle gefälligst in bezahlbaren Wohnraum investieren. Die Basis steht damit zumindest nicht uneingeschränkt hinter der SPD-Spitze um Lars Klingbeil.

Im Bereich Gesundheitssystem will die CDU/CSU-SPD-Regierung ein verpflichtendes Primärarztssystem einführen zur Kostenvermeidung durch die Inanspruchnahme von Fachärzten. Stattdessen sollen Krankenhausärzte verstärkt ambulant behandeln zur besseren Auslastung eines ohnehin überlasteten Personals. Die Regierung setzt anstelle nachhaltiger Reformen zur Sicherstellung weiträumiger Gesundheitsversorgung auf Darlehen für die Sozialkassen. Die Regierung sitzt dem wirtschaftspolitischen Irrglauben auf, daß Steuergeschenke

für Unternehmen und Einschränkungen für die Mehrheit der Bevölkerung zu Wirtschaftswachstum führen.

Soziale Gerechtigkeit läßt sich ökonomisch und historisch belegbar nur durch die Enteignung der Superreichen und durch eine fundamentale Umwälzung des auf Profitsteigerung ausgelegten kapitalistischen Wirtschaftssystems hin zu einem vergesellschafteten Wirtschaftssystem erreichen. Davon ist Deutschland weit entfernt.

Als Zwischenfazit bleibt festzuhalten, daß nach knapp einem halben Jahr Regierungshandeln von CDU/CSU-SPD messbare Beschäftigungsimpulse ausbleiben. Prognosen gehen für das Jahr 2026 von maximal 1,5 % Wirtschafts-Wachstum aus. Viel Selbstlob und dogmatische PR für eine Klassenpolitik vernebeln der regierenden Elite den Blick für die volkswirtschaftliche Realität. Wichtige konzipierte Maßnahmen zur Standortverbesserung werden durch Finanzierungsvorbehalte gebremst, zumal u. a. die auf drei Jahre begrenzte staatliche Strompreis-Subventionierung nur für Unternehmen nicht einmal wirksame inländische Investitionen auszulösen scheint. Zudem offenbart die Bundesregierung, ab 2027 bis 2029 ein Haushaltsloch von rund 172 Milliarden Euro füllen zu müssen. Selbst Konzerne (Beispiel Chemie, VW, Mercedes, Autozulieferer wie Bosch und ZF) verabschieden sich von erhofften Wachstumsimpulsen für das laufende Geschäftsjahr.

Das Wirtschafts- und Sozialprogramm der Merz-Regierung basiert auf einer autoritären staatlichen Absicherung kapitalistischen Wachstums zugunsten einer weiteren Konzentration von Reichtum der Besitzenden, während substanzielle Maßnahmen für gesellschaftliche Teilhabe und soziale Gerechtigkeit ausbleiben – ein Lehrstück von Klassenpolitik für Reiche. Hinzu kommt die gewaltige schuldenfinanzierte Aufrüstung, die schlussendlich einen Kriegseintritt Deutschlands in Europa unverantwortlich und historisch blind vorantreibt.

Handelsabkommen USA und EU

Herr und Vasall

Willy Sabautzki

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hat einem Abkommen mit den USA zugestimmt, wonach die EU einen Basis-Zoll von 15 Prozent auf die meisten Waren aus EU-Ländern hinnehmen müsse; das gilt auch für zentrale Sektoren wie Autos, Halbleiter und Pharmaprodukte. Die EU ist gezwungen, umfangreiche US-Energieimporte im Wert von 750 Milliarden Dollar abzunehmen und 600 Milliarden Dollar in die US-Wirtschaft zu investieren, wobei ein Teil für Rüstungskäufe festgelegt ist. Die weltweit auferlegten US-Zölle auf Stahl- und Aluminiumexporte bleiben auch für die EU bei 50 %. Die EU erhebt als »Gegenleistung« keine Zölle auf US-Importe. Für bestimmte strategische Güter wie Flugzeuge, einige Chemikalien und landwirtschaftliche Erzeugnisse wurden gegenseitige Nullzölle vereinbart.

Der deutsche Außenhandelsverband bezeichnet die Handelsvereinbarung mit den USA als »schmerzhaften Kompromiss«, bei dem jedes Prozent Zoll ein Prozent zu viel sei. *»Der Zollaufschlag bedeutet für viele unserer Händler eine existenzielle Bedrohung.« Auch wenn jetzt zunächst Sicherheit über die Handelsbedingungen herrsche, würden sich Lieferketten verändern und Preise erhöhen. »Die Einigung mit den USA wird hier im Land spürbare Auswirkungen haben. Sie wird Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze kosten«*, so Dirk Jandura, Präsident des Branchenverbands BGA.

Das Handelsabkommen ist unumwunden als eine Vertiefung kapitalistischer Abhängigkeitsverhältnisse zugunsten des dominanten US-Kapitals zu charakterisieren.

Die makroökonomische Stärke der kapitalistisch strukturierten EU-Marktwirtschaften mit

einem Handelsbilanz-Überschuss war infolge des offiziellen Verzichts auf eine zuverlässige Energielieferung durch Russland in den letzten drei Jahren deutlich rückläufig. Durch die Abnahme von umweltschädlichem US-Fracking-Gas, zur vermeintlichen Sicherstellung der Energieversorgung Europas, befand sich die EU bereits in einer kritischen Ausgangsposition für einen »Deal auf Augenhöhe«.

Nachdem die EU-Kommission, entgegen den wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitgliedsstaaten, eine solide Handels-Vereinbarung mit China aus vorausseilender Hörigkeit gegenüber der US-Administration kurz zuvor ausgeschlossen hat, ist die getroffene Vereinbarung zwischen EU und den USA als ein erpresserisch geprägter Deal, oder anders ausgedrückt als eine EU-Unterordnung als Vasallen-Staat¹ unter die aggressiven hegemonialen Machtansprüche der USA einzuschätzen.

US-Industrieprodukte und US-Energie erhalten durch die Handelsvereinbarung einen vergünstigten Zugang zum Europäischen Markt, was einer Verschärfung der Abhängigkeit Europas vom US-amerikanischen Markt bedeutet. Das 15%-Diktat, die Reduktion der Schutzzölle für Automobile von 27,5 % auf ebenfalls 15 % eingeschlossen, bedeuten für Deutschland nach Berechnungen des Wirtschaftsinstituts Ifo 0,15 Prozent weniger Wachstum und 1,5 Prozent weniger Wertschöpfung in der Industrie. Die deutschen Exporte in die USA könnten um nahezu 43 % einbrechen, während wichtige Regionen und Industrien in Deutschland stark unter Druck geraten. Nach den kurzfristig erstellten Prognosen bleibt Deutschland auch 2025 auf dem Pfad einer Rezession.

1 Der Begriff Vasallenstaat stammt aus der Zeit des Feudalismus. Demnach ist ein Vasallen-Staat ein Land oder eine Länder-Gemeinschaft, die ein eigenständiges souveränes Handeln ein Stück weit aufgibt und in zentralen Fragen der Wirtschaftspolitik, Außenpolitik und vor allem Militärpolitik den Interessen einer nach hegemonialer Vormacht drängenden Großmacht folgt.

Die deutsche Wirtschaft, besonders der industrielle Sektor, zuvorderst die Automobilindustrie, ist als einer der größten Verlierer des Deals anzusehen. Die Erhebung von Zöllen verteuert im Allgemeinen Produkte und führt zu einer Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf dem US-Markt. Die Exportlastigkeit Deutschlands führt dazu, dass die neuen Zölle von 15 % erhebliche Kosten verursachen. Davon betroffen sind außer der Automobilindustrie, deren Mehrkosten bereits auf jährliche Milliardensummen geschätzt werden, der exportorientierte Maschinenbau und die Chemieindustrie. Die US-Zollpolitik bedeutet eine direkte Kostensteigerung für die Exporteure. Diese Kostensteigerungen werden größtenteils auf die Endpreise für US-Kunden weitergegeben mit dem Risiko, Absatzanteile zu verlieren. Die höheren Preise führen letztlich zu einer nachlassenden Nachfrage nach deutschen Exporten in den USA, was bereits in den letzten Jahren Kursverluste deutscher Autobauer wie Volkswagen, BMW und Mercedes-Benz ausgelöst hat. In der Konsequenz erhöht das den Druck auf die Arbeitsplätze im Inland. Betroffen davon sind auch Zulieferer wie Bosch und Continental, die stark auf den US-Markt ausgerichtet sind. Die Zollmaßnahmen dürften auch internationale Lieferketten belasten, indem sie Teileproduktion und Logistik verteuern, Investitionen bremsen und Standortentscheidungen beeinflussen.

Es ist davon auszugehen, dass die weltweit agierenden Konzerne ihre nach wie vor bestehende Zurückhaltung beibehalten, in den Standort Deutschland zu investieren. Angetrieben von vermutlich geringer werdenden Profiten scheinen die Konzerne direkte Investitionen in den USA zu planen, um die US-Zölle zu umgehen. Nicht zu übersehen ist, daß die Zollmaßnahmen das bestehende System der internationalen Lieferketten ebenfalls umgehen, indem sie Teileproduktion und Logistik verteuern, Investitionen bremsen und Standortentscheidungen zugunsten der Großmacht USA mit beeinflussen.

Die einseitige Handels-Vereinbarung reiht sich ein in den von den USA programmierten Protektionismus zur Wiederherstellung der hegemonialen wirtschaftlichen Vormachtstellung. Sie dient primär den Interessen großer multinationaler Konzerne und führt wohl kaum zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland oder der EU-Länder. Jahrzehnte gültige internationale Handelsvereinbarungen werden dabei selbstherrlich ignoriert. Die Handelsvereinbarung ist Ausdruck der Dominanz der stärksten

kapitalistischen Zentren, wonach Krisenlasten auf abhängige Ökonomien verlagert werden sowie die Durchsetzung von Handelsbedingungen zugunsten der stärkeren Kapitaleseite erfolgen. Die militärische Schutzfunktion für ein-knickende Vasallen-Staaten winkt dafür als eine Art wirtschaftlich unproduktive Belohnung. Aber im Vergleich zu früheren Verhältnissen von Herr und Vasall lässt sich heute der Herr, also die USA, seine militärische Schutz-macht-funktion (siehe NATO-Vereinbarung vom Juni 2025) von seinen Vasallen sogar bezahlen.



Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahreszeitschrift 36. Jahrgang, Nr. 143, September 2025, 216 Seiten

Staat und Kapital

Deppe – *Aufwertung des Nationalstaats* / Goldberg – *Neoliberalismus und Etatismus* / Fisahn – *Vampirkapitalismus und Rüstungskeynesianismus* / Leisewitz – *Staatsausgaben 1872 bis 2020* / Feldmann – *Staatliche Bildungsinvestitionen* / Kettelhoit – *Staat und Subventionen*

Soziale Bewegungen: Liegl / Killroy – *Streikmonitor: Arbeitskonflikte 2024* / Hezel – *»Antifaschismus nicht als Add-on« begreifen*

Demokratie – Kampf gegen rechts:

Wehr – *USA – eine Demokratie?* / Weißbecker – *Klarheit über den Nationalsozialismus* / Biver – *Kein Wahlerfolg mit Asylstopp*

Und: Bohn – *Politische Ökonomie des Profi-Fußballs* / Rahman – *Ökologische Krise und Klassenfrage*

Sowie: Kommentare; Diskussion – Kritik – Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 38,00 Euro; Auslandsabo 46,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Abo reduz.: Inland 30,00 u. Ausland 38,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail: redaktion@zme-net.de

»Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg!«

Die Gewerkschaften sind Teil der Friedensbewegung

Timo Reuter/Derya Rust

Die dritte **Gewerkschaftskonferenz für den Frieden** in Salzgitter (11./12. Juli 2025) markierte einen weiteren Meilenstein im Kampf gegen Militarisierung und Sozialabbau. Unter dem Motto »*Wer den Frieden will, muss gegen den Krieg kämpfen*« diskutierten über 250 Gewerkschafter:innen, Aktivist:innen und Menschen aus der Friedensbewegung die systemischen Zusammenhänge von Kapitalismus, Aufrüstung und Krieg – und entwickelten Strategien des Widerstands. Mehr als 1.000 Friedensbewegte waren im Live-Stream zugeschaltet. Die Konferenz, organisiert von der **IG Metall Salzgitter-Peine** und der **Rosa-Luxemburg-Stiftung**, stand in der Tradition der vorangegangenen Konferenzen in Hanau (2023) und Stuttgart (2024), übertraf diese aber an Reichweite, Anzahl der Teilnehmenden und politischer Schärfe.

Kriegswirtschaft oder Sozialstaat? Beides wird's nicht geben

Matthias Wilhelm (1. Bevollmächtigter der IG Metall SZ-PE) eröffnete die Konferenz mit einer klaren Botschaft: »*Wir brauchen keine Umstellung auf Kriegswirtschaft*« – und hielt dabei die bronzene Statuette »*Schwerter zu Pflugscharen*« hoch. Seine Worte erinnerten daran, dass die Losungen »*Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg*« im 80. Jahr der Befreiung vom Hitlerfaschismus untrennbar zusammengehören. Doch die Realität sieht anders aus: Während die Bundesregierung **225 Milliarden Euro für Aufrüstung** bereitstellt (bis zu 5 % des BIP!), fehlen **5 Milliarden**, um den Strompreis für alle

zu senken. Heinz Bierbaum (RLS) prangerte an, dass Konzerne wie Rheinmetall die industrielle Infrastruktur – etwa den VW-Standort Osnabrück – für Rüstungsproduktion kapern, während dringende soziale und ökologische Investitionen blockiert werden.

Dierk Hirschel (ver.di) zerpfückte den Mythos des »Rüstungskeynesianismus«: Militärausgaben seien »**totes Kapital**«, das Wachstum hemme statt es zu fördern. Die geplante **Schuldenpolitik** ziele darauf ab, kurzfristige Verteilungskämpfe zu vermeiden – doch ab 2027 werde die Haushaltslücke explodieren (66 Mrd. Euro bis Ende der 2020er!). Die Folge: **Sozialkürzungen**, Angriffe auf Tarifverträge und der Abbau demokratischer Rechte.

Die »Zeitenwende« als Frontalangriff auf die Interessen der Arbeitenden

Ulrike Eifler analysierte die **sechs Dimensionen** dieser Offensive:

1. **Umverteilung von unten nach oben** (Rüstungsmilliarden vs. Sozialstaatsabbau)
2. **Veränderung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit** (Etablierung eines Verzichtsklimas, Druck auf Tarifpolitik)
3. **Angriffe auf die Daseinsvorsorge** (Investitionen werden dem Primat der »Kriegstüchtigkeit« untergeordnet)
4. **Ökologische Zerstörung**
5. **Einschränkung demokratischer Rechte** (Debatte um Streikverbote in kritischer Infrastruktur (Bahn), »Verfassungstreue«-Tests)
6. **Eskalation hin zur Barbarei** (Gaza als Metekel)

Ingar Solty betonte, dass die Krise des Kapitalismus **multidimensional** sei: Die USA verlieren ihre globale Dominanz, China und die BRICS+ drängen auf eine multipolare Weltordnung – der Westen reagiert mit **militärischer Eskalation** (Taiwan-Konflikt, NATO-Osterweiterung). In Deutschland wurde die »Zeitenwende« bereits

2013/14 mit dem Maidan-Putsch eingeläutet; die Aufrüstung ist kein »Notwehrreflex«, sondern **langfristig geplant**.

Jugend im Widerstand: »Wir lassen uns nicht kanonisieren!«

Ein Höhepunkt der Konferenz war das **Jugendpodium** mit Vertreter:innen von DIFD-Jugend, SDAJ, IGM-Jugend und Cem Ince, der aus dem VW-Werk Salzgitter für Die Linke in den Bundestag eingezogen ist. Andrea Hornung (SDAJ) erinnerte an Karl Liebnechts Kampf gegen Militarismus – heute setzen Jugendliche diese Tradition fort, etwa durch Proteste gegen Bundeswehrwerbung. Yusuf As (DIFD) warnte davor, dass prekäre Arbeitsbedingungen (z. B. bei VW) junge Menschen in die Armee treiben. Henrik Torbecke (IGM) forderte eine offensive **Konversionsdebatte**: Statt Rüstungsjobs müsse die Industrie auf klimaneutrale Produktion umgestellt werden – und das geht nur durch **Vergesellschaftung**.

Was tun? Perspektiven für die Friedensbewegung

Die Konferenz zeigte: Der Widerstand wächst – in Betrieben, Gewerkschaften und auf der Straße. Doch es braucht mehr:

- **Betriebliche Kämpfe mit Friedenspolitik verbinden** (z. B. Aktionen gegen Verladung von Kriegsgerät)
- **Medienkritik von links** (Sebastian Friedrich: »Journalist:innen reproduzieren das Kriegsnarrativ!«)
- **Internationale Solidarität** (z. B. mit palästinensischen und israelischen Friedensaktivist:innen)
- **Aufzeigen der Verbindung von Kapitalismus und Krieg** (Kriege sind die »schärfste Form des Klassenkampfes« – Ulrike Eifler)

Fazit: Die Gewerkschaften müssen sich entscheiden, die Konferenz gab wichtige Impulse.

Salzgitter bewies: Es gibt **kämpferische Gewerkschafter:innen**, die nicht bereit sind,

soziale Errungenschaften der Arbeiter:innenbewegung und Frieden den Interessen des Kapitals zu opfern. Doch dürfen wir die Konferenz nicht überschätzen. Dort diskutierten die klassenbewussten Teile der Gewerkschaften. In den Betrieben herrschen oft Verunsicherung und Angst vor dem sozialen Niedergang und in offiziellen Mitteilungen der Gewerkschaften lavieren diese – zwischen vorsichtiger Kritik an der Militarisierung und Anpassung an die »Zeitenwende«. Dennoch gab die Konferenz Antworten auf diese Widersprüche: **»Wer den Frieden will, muss gegen den Krieg kämpfen!«** Das heißt:

- **Keine Rüstungsproduktion als vermeintlicher Weg zur Sicherung von Arbeitsplätzen!**
- **Geld für Bildung, Gesundheit und Klima – nicht für Bomben!**
- **Für eine Stärkung der Friedensbewegung – antimilitaristisch, antikapitalistisch, internationalistisch!**

Bei der nächsten Konferenz muss es uns gelingen, noch mehr Arbeiter:innen, Aktive aus den Betrieben sowie Vertreter:innen der jungen und älteren Friedensbewegung zusammenzubringen. Ziel muss ein praxisnaher, generationenübergreifender Dialog sein, um gemeinsame Perspektiven und tragfähige Alternativen zu entwickeln – und so den Druck von unten zu stärken.

Bis dahin liegt es an uns, die Friedensfrage in die Betriebe und Gewerkschaftsstrukturen zu tragen. Nur durch kontinuierlichen Druck von unten kann eine politische Bewegung entstehen, die soziale Gerechtigkeit und Sicherheit miteinander verbindet. Eine offene Debatte ist dafür unerlässlich.

Eine wertvolle Unterstützung dazu bietet die **Handreichung »Friedenspolitische Gewerkschaftsbeschlüsse«**, herausgegeben von einem Autor:innenkollektiv, das auf der Konferenz verteilt wurde und hier heruntergeladen werden kann: <https://www.unsere-zeit.de/wp-content/uploads/2025/07/Friedenspolitische-Gewerkschaftsbeschluesse.pdf>

»Sehr beeindruckt und mit viel neuem Mut zurück«

Interview mit Christoph Krämer (IPPNW)

An der dritten »Gewerkschaftskonferenz für den Frieden« in Salzgitter nahmen neben zahlreichen Gewerkschafter:innen auch Aktivist:innen aus Bündnisorganisationen teil. Schwerpunkt der Friedensbewegung in der Region Braunschweig-Salzgitter ist 80 Jahre nach der Befreiung die Verbreiterung des Friedensbündnisses hinter der Forderung »Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!«. Einige Veranstaltungen und Aktionen fanden mit neuen Bündnispartnern statt.

Mit Christoph Krämer, Konferenzteilnehmer und Arzt aus Braunschweig, der im Frühjahr 2025 u. a. eine große Friedensveranstaltung mit General a. D. Harald Kujat und kirchlichen Trägern in Braunschweig mitorganisiert hatte, sprachen die MBL über die Konferenz in Salzgitter.

Ein Kollege sagte uns, die Konferenz habe eine befreiende Wirkung auf sein Denken und Handeln gehabt. Welchen Eindruck hast du als Friedensaktivist von der Konferenz?

Ich war sehr erfreut, dass ich von Euch zu dieser Konferenz eingeladen wurde, denn aus eigenen Stücken hätte ich sie wahrscheinlich nur passiv wahrgenommen. Zu erleben, dass die bedeutende gesellschaftliche Kraft, die Gewerkschaften, die Friedensfrage für wichtig einschätzen und dass viele Diskussionen um das Friedenthema geführt werden, mehr als ich es aus offiziellen Verlautbarungen des DGB und aus den Nachrichten kannte, war für mich erfreulich und überraschend. Und zu erleben, dass es Jugend in der Friedensbewegung gibt, plötzlich auf lauter junge Leute zu treffen, die diese

Konferenz auch mit organisiert haben – Wahnsinn! das hat mich sehr beeindruckt und mit viel neuem Mut nach Hause zurückkehren lassen.

Du bist seit den 1980er-Jahren in der Friedensbewegung aktiv. 1985 habt ihr als International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW) den Friedensnobelpreis bekommen. Was waren deine Schwerpunkte in den letzten Jahrzehnten?

Am Ende meines Medizinstudiums Ende der 1980er-Jahre hatte ich den Krieg in El Salvador und die Menschen dort hautnah erlebt. Ihr Wunsch nach Frieden wurde immer größer. Bei einem Aufenthalt dort sagten sie zu mir: Wir brauchen Dich weniger hier in El Salvador, sondern in Deinem Land, wo die tieferen Kriegsursachen liegen – im »Herzen der Bestie« (wie Che es nannte).

Um Arztberuf und Friedensarbeit verbinden zu können, trat ich dann in die Weltorganisation IPPNW ein, die 1980 von US- und sowjetischen Ärzten gegründet wurde. Trotz skeptischer Stimmen hat sie das Ende des Kalten Krieges überlebt. Der 2. Golfkrieg von 1990 schien mir eine neue geostrategische Epoche zu begründen, nun von Kriegen des Nordens gegen den Süden, sodass ich gemeinsam mit KollegInnen die Nord-Süd-Friedensarbeit in unserer deutschen Sektion gründete. Dabei kooperierten wir mit Süd-Sektionen wie Kuba und Nicaragua, die weniger das Problem der Atomwaffen als das zerstörerische und gewaltmächtige neoliberale Wirtschaftsmodell sahen – das wir im Projekt »Root Causes of Conflicts in the Age of the Total Market« thematisierten. Seit 1999 (Jugoslawien) und 2001 (Afghanistan) wandten wir uns gegen die Propaganda, dass Kriege für Menschenrechte und gegen Terrorismus notwendig seien – dagegen hatten wir auch innerhalb der IPPNW zu kämpfen. Ein wichtiger Erfolg war unsere Studie »IPPNW Body Count«, mit der wir zeigten, dass die Opferzahlen nach 10 Jahren »Krieg gegen den Terror« nicht Tausende, sondern über 1 Million betragen. Wir publizierten die Studie international und sie fand

Beachtung sogar bis in die Bundeswehr und den Bundestag.

Seit 2021 – also schon vor dem russischen Einmarsch – haben wir den Ost-West-Konflikt in die Agenda unseres AK »Süd-Nord« aufgenommen – basierend auf unserer Erfahrung aus unserem Root Causes-Projekt, wie wichtig die Frage nach den Ursachen von Kriegen ist. Gegen die sich ausbreitende Entmutigung konnten wir an die Erfahrung anknüpfen, wie wir in den 1980er Jahren zur Beendigung des Kalten Krieges beitrugen, wofür wir 1985 den Friedensnobelpreis erhielten. Historische Erfolge wie etwa der INF-Vertrag, durch den die atomar bestückten Mittelstreckenwaffen in Europa abgezogen und sogar verschrottet wurden, waren Teil dieser Erfahrung.

Auf der Konferenz wurde intensiv über die Militarisierung der Gesellschaft und in einem Workshop über deren einschneidende Auswirkungen auf das Gesundheitswesen diskutiert. Kannst du das aus Deiner Sicht bitte einschätzen?

Ein wichtiger Workshop, der gezeigt hat, dass wir noch kaum überblicken, was in dem Bereich alles auf uns zukommt. Deutlich zu sehen ist aber bereits, dass auch im Gesundheitswesen Krieg geplant wird. Die Forderung nach »Kriegstüchtigkeit« bedeutet, große Mengen von Soldaten versorgen zu müssen – geschätzt vierstellige Zahlen täglich! Dies wird die Versorgung von Zivilistinnen und Zivilisten verdrängen und die Priorität militärisch bestimmen. Eine zweite Sache ist, dass dann auch Kriegs-Recht angewandt werden wird, dessen Effekte wir noch nicht im Detail kennen. Aber in den Krankenhäusern haben dann nicht mehr ärztliche Kriterien Vorrang, sondern vorrangig sind Soldatinnen und Soldaten zu behandeln, um ihre Fronttauglichkeit wieder herzustellen.

In der Diskussion über Kriegswirtschaft hast du ergänzend erwähnt, dass in der Medizin unkontrolliertes Wachstum krankhaft sei.

Unser Wirtschaftssystem, der Kapitalismus, basiert konsequent auf Wachstums-Zwang.

Ich wollte auf die Blindheit kapitalistischer Ökonom:innen und die Gefahr von unbegrenztem Wachstum hinweisen: In Biologie und Medizin ist völlig klar, dass dies bösartig ist. Aber das betrifft unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell im Allgemeinen, schon vor der Umschaltung auf Kriegswirtschaft. Wie wenig dieser Widerspruch bisher erkannt wird, sehen wir an den täglichen Nachrichten: Dass Klimawandel immer mehr Katastrophen und Flucht verursacht, wird zunehmend erkannt, obwohl in gleichem Atemzug das abnehmende Wachstum beklagt wird. Aus meiner Sicht stimmt das Grundmodell des Kapitalismus nicht, zumal innerhalb der Systemlogik Null-Wachstum zu Arbeitsplatzverluste und Armut führt.

Die Umgestaltung zur »Kriegstüchtigkeit« verändert den gesellschaftlichen Überbau. Wie siehst du diese Umgestaltung der Gesellschaft in Anbetracht des Friedensgebotes im Grundgesetz und Völkerrecht?

Jedes Mal, wenn »Kriegstüchtigkeit« propagiert wird, müssen wir sofort sagen: Stopp – das verstößt gegen das Grundgesetz, gegen den 2+4-Vertrag und gegen die UN-Charta!

Das Friedensgebot steht schon in der Präambel des Grundgesetzes und in Artikel 26. Auch im Völkerrecht ist es zentral. Der Hauptgrund der Gründung der UN war die Erfahrung von zwei Weltkriegen.

Im Grundgesetz gibt es zwar einen Auftrag zur Landesverteidigung. Wenn das aber gemeint ist, muss es auch so genannt werden. Keinesfalls darf daraus »Kriegstüchtigkeit« gemacht werden, wie sie die Nazis zur Vorbereitung ihres Weltkriegs propagiert haben. Dem müssen wir bei jeder Gelegenheit widersprechen. Deswegen stand auf unserem Banner beim Ostermarsch 2025 in Braunschweig: *»Grundgesetz: Friedensgebot!«*

Es betrifft aber auch den ethischen Anspruch unserer Arbeit: Die Parole »Kriegstüchtigkeit« soll uns einhämmern, dass es ganz normal und

notwendig sei, die Werte über Bord zu werfen, für die wir als Ärzt:innen und Pfleger:innen arbeiten.

»Aggression neuen Typs« – was hast Du im Vorgespräch damit gemeint? Und welche Konsequenzen ziehst Du daraus?

Mit »Aggression neuen Typs« meine ich Angriffe, deren Gewaltcharakter primär verborgen ist und erst in der Reaktion der Gegenseite zu Tage tritt. Diese sind auch völkerrechtlich schlechter fassbar, als etwa der klar verbotene Einmarsch in ein anderes Land.

Dazu 2 Beispiele:

1. Das In-die-Enge-Treiben Russlands durch die fortgesetzte NATO-Osterweiterung, die dann erfolgte Anzettelung des »Regime Change« 2014 in Kiew, der zum Bürgerkrieg und 2022 schließlich zum Einmarsch Russlands führte in die Ukraine, nachdem die OSZE-Regel der Unteilbarkeit der Sicherheit aller Mitglieder mit der Planung der NATO-Aufnahme der Ukraine gebrochen wurde – ebenso Minsk-II mit Selenskyjs Krim-Rückeroberungsbefehl 2021. Schließlich wurden Verhandlungen über die russischen Vertragsvorschläge seitens USA und NATO 2021 abgelehnt. Auch solches Vorgehen, das Krieg herbeiführt, müssen wir begrifflich klar als Aggression fassen – sonst bleibt hinterher die primär angegriffene Seite die alleinige Täterin.

2. Die Vernichtung Palästinas: Als Netanjahu am 22.9.2023 in der UN-Vollversammlung seine Nahost-Karte ohne Palästina demonstrierte, gab es zwar einen Anflug von internationaler Entrüstung. Den wenig später begonnenen Völkermord konnte sich aber noch niemand vorstellen – als dessen Anlass der gut zwei Wochen später erfolgte Angriff der Hamas wie gerufen kam. Dieser wiederum hat seine Wurzeln in der Zerstückelung Palästinas – die aber unter dem Radar der UN-Charta blieb, da Palästinas diplomatische Anerkennung als UN-Mitglied bis heute aussteht. Netanjahu präsentierte zwar damals sein Auslöschungs-Ziel der Weltöffentlichkeit. Dies wurde aber nicht als Aggression

erkannt – sondern nur der gewaltsame Ausbruch der Hamas aus dem eingeschlossenen Gazastreifen im Oktober. Mit allen Folgen – einschließlich der deutschen Komplizenschaft (»Staatsräson«) mit dem als »Selbstverteidigung« deklarierten Völkermord.

Das völkerrechtlich zu fassen ist sicher nicht einfach. Ich will dem Kind aber wenigstens mal einen Namen geben.

Vielleicht brauchen wir so etwas auch für den Begriff des Faschismus – denn ihn bloß historisch zu verstehen und modernen Faschismus wie den Netanjahu zu negieren – der wieder Menschen zu Tieren erklärt und sie dann vor aller Augen systematisch ermordet, wird unserer heutigen Realität m. E. nicht gerecht.

Lass uns nun in die Zukunft blicken. Was sollten Schwerpunkte für die Verbreiterung der Friedensbewegung werden und welche Impulse gehen für Dich von der Konferenz aus?

Wir müssen uns besser kennenlernen und uns austauschen. Mangels ausreichender Kontakte hatte ich bisher gedacht, es sei schwierig mit den Gewerkschaften friedenspolitisch zu diskutieren, etwa mit in der Rüstungsproduktion beschäftigten Metallern. In Salzgitter das zu erleben, unter dem Dach der IG Metall, war ein Aha-Erlebnis und ein Hoffnungssignal. Wir wollen jetzt auch eine Gewerkschafterin zur Antikriegstags-Kundgebung in Braunschweig einladen.

Ich sehe die Gewerkschaften als starke gesellschaftliche Kraft. Natürlich stecken die Beschäftigten in dem Dilemma, wenn ihnen Rüstungsproduktion als Ersatz für gestrichene Arbeitsplätze angeboten wird. Daran muss man gemeinsam arbeiten.

Solidarität ist keine Einbahnstraße. Es wäre von Vorteil, wenn auch die Friedensbewegung in kommenden Tarifkämpfen unterstützend wirken könnte.

Zum Bundesparteitag der SPD

Otto Hibach

Der ordentliche SPD-Bundesparteitag, der vom 27. bis 29. Juni in Berlin, Messegelände, stattfand, war der erste nach der Bundestagswahl, die mit dem Ergebnis von 16,4 % der Stimmen für die SPD ausgegangen war. Die große Koalition mit der CDU/CSU war gewählt worden. In einem Mitgliederentscheid hatte sich eine große Mehrheit der SPD-Mitglieder für diese Koalition ausgesprochen. Der im Mitgliederentscheid zur Abstimmung stehende »Koalitionsvertrag« ist kein Vertrag im engeren Sinne, sondern eine Koalitionsvereinbarung, zum Teil auch nur eine Absichtserklärung. Einige Zugeständnisse an bestimmte Forderungen der SPD waren für die abstimmenden Mitglieder offenbar zu erkennen. Eine andere Koalition oder gar die Rolle der Opposition schienen nicht denkbar. Sie standen nicht zur Abstimmung.

Tiefgehende Analysen des Wahldebakels, gar Diskussionen über die Ursachen, waren weitgehend durch den »Blick nach vorn« ersetzt worden. Es gab einen gewissen Unmut in der Partei, dass Lars Klingbeil vordringlich um die Stärkung der eigenen Position bemüht schien. Rolf Mützenich etwa wurde als Fraktionsvorsitzender abgelöst, vermutlich, weil er zu wenig »auf Linie« war (siehe Stichwort »Erhard-Eppler-Kreis«) und dem »house of Lars« genannten Team um Klingbeil nicht angehörte. Nach einem Intermezzo (kurzzeitig war Klingbeil auch noch Fraktionsvorsitzender) wurde dann Matthias Miersch zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Er gehört zum stark niedersächsisch geprägten »house of Lars«.

Das alles ging dem Parteitag von Ende Juni voraus. Die wahrscheinlich wichtigste Aufgabe des Parteitags bestand in der Neuwahl des Parteivorstands. Anträge wurden zwar beraten und verabschiedet, boten aber kaum

Überraschungen. Die Wahl, insbesondere des Vorsitzenden bzw. beider Vorsitzenden, dagegen hatte es in sich.

Lars Klingbeil, bis dato Vorsitzender gemeinsam mit der ausscheidenden Saskia Esken, erhielt weniger als 65 Prozent der Delegiertenstimmen. Die neugewählte Ko-Vorsitzende Bärbel Bas, NRW, dagegen 95 Prozent. Im Grunde nicht überraschend, denn Klingbeil hatte auf dem Landesparteitag der SPD NRW im Mai schon heftige Kritik zu hören bekommen. Die eigentliche Überraschung war das kurz vor dem Parteitag in Umlauf gebrachte Friedensmanifest der »Friedenskreise« in der SPD (siehe Dokumentation in dieser Ausgabe). Der aktivste dieser Kreise war vermutlich der Erhard-Eppler-Kreis. Dessen neuer Vorsitzender Ralf Stegner hatte als Alternative zur »Aufrüstung bis zur Kriegsfähigkeit« gefordert: »Aufrüstung nur bis zur Verteidigungsfähigkeit«, aber eben auch offizielle Gespräche mit Vertretern Russlands über dessen Sicherheitsinteressen. Er selbst hatte »privat« solche Gespräche unter Einbeziehung anderer prominenter SPD- und weniger CDU-Mitglieder (in Baku) geführt.

Der Parteitag war nicht völlig auf dem Kurs »Aufrüstung bis zur Kriegsfähigkeit«, wie er insbesondere vom alten und neuen SPD-Minister Boris Pistorius vertreten wird. Die Einschränkung betraf mehr die Sorge, dass die Verschuldung fast ausschließlich für Aufrüstung verwendet werden könnte.

Ein genauerer Blick auf einige Ergebnisse der Vorstandswahlen ist aufschlussreich. Die SPD ist in den Bundesländern sehr unterschiedlich stark. Das reicht von der Regierungsführung als größter Partner in einer Koalition bis hin zu einem Wahlergebnis von unter 10 Prozent (Sachsen). Unter anderem schlägt sich darin ein Nord-Süd-Gefälle nieder. In Baden-Württemberg und Bayern ist die SPD nur eine relativ kleine Partei. In den Stadtstaaten Bremen und Hamburg sowie im Flächenstaat Niedersachsen ist sie relativ stark. Dito in Mecklenburg-Vorpommern. Auch die leicht randständigen

Bundesländer Saarland und Rheinland-Pfalz sind »SPD-geführt«, wie es oft heißt, was bedeutet, dass sie aufgrund einer relativen Mehrheit eine Koalition anführt.

Die Wahlergebnisse des Parteivorstandes auf dem Bundesparteitag geben einen guten Eindruck davon. Der SPD-Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Alexander Schweitzer, seit Juli 2024 im Amt, wurde mit 95,3 Prozent der Delegiertenstimmen zu einem der SPD-Vizevorsitzenden gewählt, seine Ministerkollegin, Sabine Bätzing-Lichtenthäler erzielte mit 561 Stimmen das höchste Abstimmungsergebnis. Anke Rehlinger, Ministerpräsidentin des Saarlands, erhielt ebenfalls ein hohes Stimmergebnis.

Andreas Bovenschulte, Bürgermeister von Bremen, wurde mit 514 Stimmen gewählt.

Gewählt wurden ebenso (es werden hier nicht alle Gewählten aufgeführt):

Ronja Endres, Ko-Vorsitzende SPD Bayern; Timon Gremmels, Minister in Hessen; Thorsten Kornblum, Oberbürgermeister von Braunschweig; Sarah Lahrkamp, Bundestagsabgeordnete NRW; Kaweh Mansoori, stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister in Hessen; Siemtje Möller, Bundestagsabgeordnete Niedersachsen, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion; Katja Pähle, Sachsen-Anhalt, zusätzlich im SPD-Präsidium; Sarah Philipp, Ko-Vorsitzende SPD NRW; Boris Pistorius, Minister auch im neuen Bundeskabinett; Sebastian Roloff, SPD Bayern und IG Metall; Andreas Stoch, SPD-Vorsitzender von Baden-Württemberg, Landtagsabgeordneter, Mitglied des SPD-Präsidiums; Petra Köpping, Landtag in Sachsen; Serpil Midyatli, Landtag von Schleswig-Holstein. Bisweilen sind es eben nur Landtagsabgeordnete aus den Bundesländern, die im Parteivorstand vertreten sind und damit keine höheren Ämter innehaben. Achim Post ist Ko-Vorsitzender der SPD NRW.

Als stellvertretende Vorsitzende der SPD wurden gewählt Anke Rehlinger, Alexander Schweitzer, Petra Köpping, Serpil Midyatli und Achim Post. Es wurden damit mehr Frauen in

den Parteivorstand gewählt als beim vorhergehenden Parteitag vom Dezember 2023.

Gesine Schwan referierte auf dem Parteitag zur Arbeit der Grundwerte-Kommission für ein neues Grundsatzprogramm. Der Beitrag eines ihrer beiden Stellvertreter in der Kommission, Henning Meyer, FAZ.net vom 8. Juni 2025, mit dem Titel »Wie die SPD zu retten ist« schlugt unter anderem eine stärkere Präsenz der SPD in den Kommunen vor. »Erneuerung mit besonderem Fokus auf die Kommunen und lokalen Gemeinschaften« sei erforderlich und eine neue Zukunftsvision, ein sozialdemokratischer Gesellschaftsentwurf. Bisherige »Werte« wie Gleichheit und Gleichberechtigung bleiben unerwähnt.

Der einstimmig gefasste Beschluss des Parteitags, die AfD möge als verfassungsfeindlich verboten werden, ist ohne juristische und politische Perspektive. Mehr als ein Signal an die Union von CDU/CSU, eine Koalition mit der AfD nicht zu erwägen, sieht kaum jemand darin.

●

isw institut für sozial-ökologische
wirtschaftsforschung e.V.

analysen. fakten. argumente.

Kapitalistische
Konkurrenzwirtschaft

Von der Bewältigung des globalen Gleichgewichts
zur Realität der sozialen und ökologischen Zerstörung



isw REPORT NR.142
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Die kapitalistische Gesellschaft hat der Welt in historisch sehr kurzer Zeit massenhaft Reichtum und gleichzeitig auch massenhaft Überlebensprobleme beschert.

Der Report diskutiert, warum die Chancen, diese zu lösen, in einer Marktwirtschaft, die Egoismus, Konkurrenzdenken und Ausbeutung forciert, so schlecht sind.

isw-report 142
Sept. 2025 / 20 S. / 3,00 EUR + V.

isw – institut f. sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.
Johann-v.-Werth-Str. 3, 80639 München. fon 089-130041
fax 089-168 94 15, email: isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

Der DKP-Parteitag in einem brandgefährlichen internationalen Umfeld

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Es gibt sicherlich einfachere Zeiten für die Durchführung eines Parteitags der kommunistischen Partei in einem der höchstentwickelten, imperialistischen Länder. Ich reiße Eckpunkte der Rahmenbedingungen hier nur an: Mindestens zwei Kriege, in der Ukraine und im Nahen Osten, die das Eskalationspotential zu Flächenbränden haben.

Während des Parteitags erfolgte dann der Überfall der USA auf den Iran.

Hinzu kommt der laufende Hegemonieverlust des Imperialismus, wie er sich um die G7 bzw. die NATO gruppiert – Weltmächte verlassen die Hegemonie in der Regel nicht ohne Krieg und Zerstörung.

Der deutsche Imperialismus, der sich strikt einordnet, beide Kriege mitführt, sich selbst hochrüstet und kriegsfähig werden will, dafür die Massen und vor allem die Arbeiterklasse zahlen lässt, Deindustrialisierung in Kauf nimmt, die Instrumente der Repression verschärft und anwendet.

Eine Arbeiterklasse, die weitgehend in den Kriegs- und Krisenkurs der Herrschenden integriert ist, eine Sozialdemokratie in drei Parteien, der traditionelle Teil beteiligt an der Verwaltung dieses Imperialismus, die zwei anderen Teile, die sich für die Integration der Beherrschten hergeben – entweder durch Aufweichen von Friedenspositionen und damit auch Antifaschismus, (wie die Linkspartei) oder durch ideologische und politische Zugeständnisse an Rassismus (wie das BSW).

Mittendrin die DKP, viel zu klein, viel zu schwach und viel zu wenig in der Arbeiterklasse verankert.

Da ist es schon erstaunlich, dass wir uns nach diesem Parteitag in der DKP sehr einig sind, dass es uns gelungen ist, eine richtige Strategie und in ihr richtig die Hauptaufgabe zu bestimmen, die vor uns liegt.

Die Handlungsorientierung der Partei

In der mit nur vier Enthaltungen einstimmig beschlossenen Handlungsorientierung formulieren wir: »Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg ist der entscheidende Kampf der nächsten Jahre. Wir stellen ihn in den Mittelpunkt unseres Handelns, wir ordnen andere Kämpfe in diesen Kampf ein. Deshalb wollen wir die Friedensbewegung stärken und dort Klassenpositionen einbringen. Die Basis für den Erfolg dieser Aufgabe ist die Verankerung in der Arbeiterklasse. Diese können wir vor allem durch die Intensivierung der Aktivitäten zur Schaffung von Klassenbewusstsein in den Betrieben, Gewerkschaften und Kommunen erreichen.

Die Integration der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den Kriegskurs des deutschen Imperialismus schreitet voran. Unsere Hauptaufgabe besteht im Zurückdrängen dieser Entwicklung.«

Es geht weiter um die Sammlung von Unterschriften für den Berliner Appell. Und es geht um die Intensivierung des Kampfes gegen die Wehrpflicht – diese wollen die Herrschenden mit großem Tempo umsetzen.

Wir haben die Imperialismusanalyse vertieft und haben es gleichzeitig geschafft, mit unseren Meinungsverschiedenheiten konstruktiv umzugehen. Diese haben wir zwar nicht ausgeräumt, konnten aber trotzdem die Handlungsorientierung beschließen.

Die Fragen, die wir hier weiterbehandeln wollen, sind u. a.: Kann der Hegemonieverlust des derzeit führenden imperialistischen Lagers die Spielräume für fortschrittliche Kräfte und ihre nationalen und internationalen Kämpfe und Klassenkämpfe erweitern? Kann das

herrschende Monopolkapital und der deutsche Imperialismus unter gewissen Rahmenbedingungen zum Austritt aus NATO und EU, zu einer eurasischen Orientierung, zum Verzicht auf kriegerische Aggressivität gezwungen werden? Und bei allem steht natürlich im Raum, ob es sich beim zunehmenden Einfluss der VR China um den Einflussgewinn eines Landes mit einer tatsächlichen sozialistischen Orientierung handelt.

Vertiefung der Debatte um die Entwicklung des Imperialismus

Eine interessante Debatte entspannt sich um die Frage, ob wir – was unsere Sichtweise ist – weiter von der Existenz neokolonialer Unterdrückung im Weltmaßstab ausgehen. Von dieser Einschätzung hängt natürlich auch ab, ob wir weiter von nationalen Befreiungskämpfen ausgehen und ob wir weiter davon ausgehen, dass Befreiungsbewegungen eine solche Bedeutung erhalten können, dass sie im Weltmaßstab zu einer Hauptströmung des Fortschritts werden. Das war zumindest bis zur Konterrevolution in den europäischen sozialistischen Ländern und der damit verbundenen Verschlechterung des Kräfteverhältnisses im Weltmaßstab der Fall.

Zur Vorbereitung der Debatte zur Analyse der Entwicklungen im Imperialismus (national und international) hatte der Parteivorstand »Leitgedanken« veröffentlicht, die bewusst nicht als Dokument konzipiert waren, das der Parteitag beschließen sollte. Ziel war es, die Debatte auf dem Parteitag ohne »Beschlussdruck« führen zu können. Dieser Versuch ist im Wesentlichen gelungen. Gleichzeitig wurden die »Leitgedanken« in- und außerhalb der Partei als wichtiger Beitrag zur notwendigen Analyse der Entwicklungen im Imperialismus wahrgenommen.

Hinsichtlich der Weiterführung der Debatte zur Imperialismusanalyse formulierten wir auf der 1. Tagung des neugewählten Parteivorstands: »Es kann eine Überlegung sein, diese

Fragen auf einer theoretischen Konferenz zu diskutieren. Die sollten wir aber in aller Ruhe vorbereiten – sie könnte dann im ersten Halbjahr 2026 stattfinden.«

Unwiderrspochen blieben Aussagen im Referat zum VII. Weltkongress der Komintern, zu dem es global unter kommunistischen Parteien durchaus Debatten gibt. Im Referat formulierten wir: »Die Frage der Bündnispolitik war ein wesentlicher Punkt des VII. Weltkongresses der Komintern, genauso wie die Einschätzung des Faschismus als eine neue Qualität der Diktatur der Bourgeoisie und nicht als eine bloße Verschlechterung der bürgerlichen Demokratie. Hier gibt es sich vertiefende Unterschiede zu einzelnen Schwesterparteien, die die Analysen des VII. Weltkongresses und die Volksfront-Orientierung als Quelle und Bestandteil von fehlerhaften Entwicklungen in der kommunistischen Weltbewegung ansehen.

Wir halten am VII. Weltkongress fest, wir sehen ihn als wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis. Wir sehen in den Dokumenten des VII. Weltkongresses eine große Anwendung des Marxismus auf die Analyse der damaligen Situation und einen wesentlichen Bestandteil der Weiterentwicklung unserer weltanschaulichen Instrumente. Wir verwenden sie nicht als Dogma, aber als schöpferische Quelle für unsere Strategie und Taktik.«

Verankerung und Teilnahme der Partei in den Tageskämpfen

In den Blöcken zur Parteistärkung und zum Erfahrungsaustausch gab es mehr Beiträge, die zuvor kollektiv in den Gruppen erarbeitet worden waren und die darauf Wert legten, das Verallgemeinerbare herauszuarbeiten. In allen drei Blöcken (Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft, Arbeit in der Kommune, Bündnispolitik und Friedensbewegung) wurde deutlich, dass die Orientierung auf die Arbeiterklasse in der Partei gut verankert ist und es auch kleine Entwicklungen gibt. Der Parteitag begrüßte sehr

zwei neugegründete Betriebsgruppen. Der Erfahrungsaustausch zeigte doch ein vielfältiges Eingreifen unserer kleinen Partei in die Kämpfe unserer Zeit, besonders in den Friedenskampf und in Tarifauseinandersetzungen. Letzteres stark in Bereichen des öffentlichen Dienstes – hier zeigte sich die vorhandene Schwäche der Verankerung in industriellen Bereichen. Eine Schwäche, deren Veränderung notwendig ist, aber Zeit brauchen wird. Diese und andere Schwächen hatte die Neuausgabe der Mitgliedsbücher im Vorfeld des Parteitags bestätigt, die intensive Gespräche mit den meisten Mitgliedern der DKP beinhaltet hatte und die der organisationspolitischen Vorbereitung des Parteitags dient.

Sehr bereichert wurde der Parteitag durch die Grußworte – international aus Vietnam, Kuba und Palästina, national von Jutta Kauschen für »Nie wieder Krieg« und Ulrike Eifler für den Aufruf »Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg«.

International erreichten den Parteitag weit über 50 Grußschreiben von Schwesterparteien und befreundeten Organisationen.

Eine recht hohe Geschlossenheit kam bei den Wahlen des Parteitags zum Ausdruck. Die Vorsitzenden, die weiteren Mitglieder des Parteivorstands, Schieds- und Revisionskommission wurden jeweils mit Ergebnissen gewählt, die deutlich machen, dass alle Genossinnen und Genossen das Vertrauen haben, die Partei in den kommenden beiden Jahren zu führen. Erfreulich ist, dass bei den Wahlen gelungen ist, sowohl den Anteil der Genossinnen in den Führungsorganen zu erhöhen, als auch den Parteivorstand insgesamt zu verjüngen.

Mittlerweile hat der Parteivorstand sein Sekretariat gewählt, hier konnten ebenfalls Schritte der Verjüngung gegangen werden.

Zwei Dinge prägten den Parteitag durchgängig:

Das war zuerst die Orientierung auf die Arbeiterklasse, die in vielen Diskussionsbeiträgen,

in der Begrüßung der beiden neuen Betriebsgruppen und in vielen Kleinigkeiten spürbar wurde. Hier ist der Parteitag Ausdruck davon, dass in der Partei die Orientierung »Heran an die Klasse« doch mittlerweile fest verankert ist. Das ist gut so und Ergebnis beharrlicher Arbeit der Kommission B&G und des Parteivorstands.

Der zweite Punkt, der den Parteitag prägte: Es wurde deutlich, dass auf allen Ebenen doch zunehmend junge Genossinnen und Genossen eine wichtige Rolle spielen. Das betrifft auch Gliederungen in Ostdeutschland – auch das ist gut so.

Trotzdem müssen wir, auch bei den Diskussionen auf Parteitag, weiter daran arbeiten, mehr Erfahrungen aus dem Osten einzubringen. Speziell auch in den Blöcken zum Erfahrungsaustausch wäre das notwendig gewesen, weil die Unterschiedlichkeit, die es für West und Ost im Kampf in Betrieb und Gewerkschaft, im Kampf in den Kommunen, im Friedenskampf und in der Bündnispolitik gibt, ja bei der Verallgemeinerung hin zu einer gemeinsamen politischen Linie eine wichtige Rolle spielt. Dieses Problem ist Ergebnis der nach wie vor schlechten Verankerung der DKP im Osten des Landes. Diese stellt eine große organisationspolitische Herausforderung für die DKP dar.

Trotzdem kann zusammenfassend festgestellt werden, dass der 26. Parteitag ein erfolgreicher Parteitag war, der den Delegierten Mut und Kraft gegeben hat. Diese Bilanz wurde dann auch durch den neugewählten Parteivorstand auf seiner ersten Sitzung bestätigt.

Freiverkäufer:innen gesucht

Wir suchen Leserinnen und Leser, die in ihrem persönlichen, politischen, gewerkschaftlichen Umfeld Marxistische Blätter verkaufen.

Kontakt: Lothar Geisler,
log@neue-impulse-verlag.de

Editorial

»Jetzt machen die auch noch was mit KI!« Vermutlich werden einige unserer Leser:innen so denken und das ist verständlich. Kaum ein Thema (außer das immer gellendere Kriegsgeschrei) ist so präsent in Medien wie die Künstliche Intelligenz. Dabei schwanken die bürgerlichen Gazetten in ihrer Einschätzung wie so oft zwischen Allheilmittel und Weltuntergangsszenarien. Daher wollen wir mit diesem Schwerpunkt gleichzeitig KI-Hintergrundwissen vermitteln und diese neue Technologie bewerten – aus Sicht der Arbeitenden, der Konzerne, aus Sicht der Friedenspolitik, der Bildung und der marxistischen Philosophie. Unsere Autor:innen wagen Standpunkte und Ausblicke.

KI ist derzeit ein überdimensionierter Kapitalstaubsauger – ein Platzen der Blase ist jederzeit möglich. Kaum etwas symbolisiert den technologischen Paradigmenwechsel so sehr wie das Übernahmeangebot des KI-Start-up-Unternehmens Perplexity für die Suchmaschine Google von Meta für 34,5 Milliarden US-Dollar. Es hat den Charme einer Majestätsbeleidigung. Die weltweit führende Suchmaschine im Internet in den Händen eines vor wenigen Jahren gegründeten KI-Unternehmens? Versucht da der Schwanz mit dem Hund zu wedeln?

Nein. Wir können davon ausgehen, dass zukünftig nicht mehr die Suchmaschine der Türöffner zum Erlangen von Information über ein bestimmtes Thema sein wird, sondern die Sammlung, Aufbereitung und Darstellung von Information durch KI auf Grundlage von Internetressourcen. Wir googeln nicht mehr, um Links zu einer relevanten Quelle im Internet für ein bestimmtes Problem zu erhalten. Wir fragen eine KI nach der Lösung des Problems.

Noch ist die Fehlerquote der KI-Antworten so hoch, dass manch Studierender böse auffällt, wenn er ungeprüft KI-Recherchen in seine Arbeit übernimmt. Aber die Entwicklung ist dynamisch. Die Unterscheidung zwischen KI- und von Menschen erzeugten Inhalten wird immer schwieriger.

Schöne neue Welt also? Von wegen. KI ist in hohem Maße umweltbelastend. Eine ChatGPT-Abfrage braucht nach Berechnungen von Goldman Sachs knapp zehn Mal so viel Strom wie eine Google-Suche. Waren schon vorher die Ergebnisse von Suchmaschinen nach den Interessen von Meta und Co sortiert, werden jetzt scheinbare Wahrheiten von Systemen in Privatbesitz zusammengestellt.

Und es geht noch weiter: Im Gaza-Streifen entscheidet eine KI über Leben und Tod, schlägt der israelischen Armee lohnende Anschlagziele vor, bei denen auf jedes angebliche Hamasmitglied der Mord an bis zu 100 Zivilpersonen, in Mehrzahl Frauen und Kinder, als akzeptabel gilt. Und bei uns wird KI zur Überwachung eingesetzt. Immer mehr Bundesländer wollen die Überwachungssoftware Gotham der Firma Palantir anschaffen. Ein Produkt aus dem Rüstungskonzern des Faschisten Peter Thiel, einem der einflussreichsten Überzeugungstäter hinter Trump. Gegen diese Schnüffler-KI ist die Vorratsdatenspeicherung ein Kindergeburtstag.

Fast die komplette Arbeitswelt wird KI umkrempleln. Laut Goldman Sachs sind bereits etwa zwei Drittel der derzeitigen Arbeitsplätze einem gewissen Grad der KI-Automatisierung ausgesetzt, und die generative KI könnte bis zu einem Viertel der derzeitigen Arbeit ersetzen.

Also Gründe genugsam, sich diese Technologie sehr genau anzusehen. Und damit es etwas leichter fällt, haben wir ein kleines Glossar auf Seite 42 mit oft verwendeten KI-Begriffen zusammengestellt.

Thomas Hagenhofer



Hannes A. Fellner,
Wien, Prof. Mag.,
Linguist an der
Universität Wien,
Gesellschaft für
dialektische Philo-
sophie, Mitheraus-
geber MBI

Geschichte und technologische Grundlagen der Künstlichen Intelligenz

Hannes A. Fellner

Künstliche Intelligenz ist zum Schlagwort geworden, das von Politik, Wirtschaft und Medien gleichermaßen inflationär gebraucht wird (wie etwa Digitalisierung), ohne dass damit immer klar umrissene Inhalte verbunden wären. Die Künstliche Intelligenz ist in Wirklichkeit das jüngste Kapitel einer langen, vielschichtigen Geschichte, in der sich Arbeit, Technik, Wissenschaft und gesellschaftliche Machtformationen gegenseitig durchdringen. Ihre Ursprünge liegen nicht in einem plötzlichen Sprung ins digitale Zeitalter, sondern in der schrittweisen Mechanisierung und vertiefter Spaltung von körperlicher und geistiger Arbeit, in der fortschreitenden Abstraktion menschlicher Tätigkeiten zu standardisierten Prozeduren, in ihrer quantitativen Messung und in der Überführung dieser Messgrößen in technische Artefakte. Die Geschichte der KI geht daher weiter zurück als bis zum Aufkommen erster Computer im 20. Jahrhundert. KI ist das jüngste Produkt einer langen Entwicklungslinie: der Teilung, Mechanisierung, Automatisierung von Arbeit, der Messung menschlicher Eigenschaften und Fähigkeiten, der Entwicklung der Wissenschaften sowie der Beherrschung gesellschaftlicher Verhältnisse.

KI ist das
jüngste
Produkt einer
langen Ent-
wicklungslinie

Lange bevor Maschinen im industriellen Sinn existierten, hatte die Herausbildung komplexer Gesellschaften die Notwendigkeit geschaffen, Arbeit zu formalisieren. Mit der Entstehung städtischer Zentren wuchs nicht nur der Umfang der Arbeitsteilung, sondern auch der Bedarf an übergreifender Koordination und Kontrolle. Große Bauprojekte wie Bewässerungssysteme mussten organisiert, erwirtschaftete Überschüsse verteilt und Handelsbeziehungen über große Entfernungen hinweg gesteuert werden. Das ist nicht nur der Ursprung der Schrift, sondern ganzer Systeme von Maß-, Gewicht- und Zeiteinheiten, die Tätigkeiten vergleichbar und berechenbar machten. Diese dienten anfangs vor allem der Verwaltung von Arbeits- und Abgabepflichten; die Entwicklung standardisierter Kalendersysteme verband sich mit der Steuerung landwirtschaftlicher Zyklen; geometrische Verfahren entstanden aus der Vermessung von Feldern und der Errichtung großer Bauwerke. Körperliche Arbeit wurde durch Soll- und Ist-Vorgaben, Arbeitslisten und Normzeiten gefasst, geistige Arbeit – das Organisieren, Planen, Rechnen – in ritualisierte Abläufe überführt. Schon hier zeigt sich der Kernmechanismus, der später auch die maschinelle Automatisierung prägen sollte: Die auf Arbeitsteilung basierende Zerlegung von Tätigkeiten in klar definierte Einheiten und deren Einbettung in ein System von

Regeln, das nicht nur Abläufe optimierte, sondern auch soziale Hierarchien festschrieb und stabilisierte.

Mit der Frühphase der Industrialisierung wurden die gewachsenen Formen der Erfassung, Standardisierung und Verwaltung menschlicher Tätigkeit in die Kontore und Fabriken verlagert, wo sie in den Dienst einer zunehmend mechanisierten, kapitalistisch organisierten Produktionsweise traten. Der französische Mathematiker Gaspard de Prony, inspiriert von Adams Smiths Theorie der Arbeitsteilung, übertrug Ende des 18. Jahrhunderts diese Logik auf die Erstellung umfangreicher mathematischer Tafeln. Er entwarf ein hierarchisches System von Arbeitsgruppen, das als eine Art sozialer Algorithmus funktionierte: Am unteren Ende der Hierarchie führten angelernte Kräfte einfache Tätigkeiten wie Additionen und Subtraktionen aus, darüber folgten Gruppen, die Zwischenergebnisse kombinierten, und an der Spitze stand eine kleine Elite, die die Gesamtberechnungen koordinierte und überprüfte. Dieses Organisationsprinzip, das keinerlei Maschine im engeren Sinne erforderte, verkörperte bereits die Kernidee jeder späteren Automatisierung: die Zergliederung komplexer Tätigkeiten in isolierbare, reproduzierbare und voneinander unabhängige hierarchisch organisierte Einheiten, die standardisiert zusammengesetzt werden können.

Charles Babbage, englischer Universalgelehrter, griff dieses Prinzip auf und verband es mit der Entwicklung mechanischer Rechenmaschinen. Seine Erfindungen, die unter anderem angeregt waren von notwendigen Berechnung von Navigationsrouten der britisch-kolonialen Handelsflotte, waren nicht nur technische Apparate, sondern materielle Umsetzungen einer bestimmten sozioökonomischen Logik. Babbage formulierte nicht zufällig das heute nach ihm benannte Prinzip: die Aufspaltung eines Arbeitsprozesses in unterschiedlich anspruchsvolle Teilprozesse senkt die Lohnkosten für die Produktion. Dies ist nicht nur eine Art Formulierung eines Algorithmus – einer Handlungsvorschrift zur Lösung eines Problems in vielen wohldefinierten Einzelschritten, sondern auch ein Ausdruck der Verbindung von technischer Konstruktion, betriebswirtschaftlicher Rationalisierung und sozialer Kontrolle.

Diese Verbindung war von Anfang an mehr als eine Frage der Effizienz. Sie war ein Herrschaftsinstrument, das die gesamte Produktionskette überschaubar machte. In den Werkstätten, Fabriken und Plantagen des 19. Jahrhunderts lag die Macht darin, Arbeit nicht nur zu beaufsichtigen, sondern sie in Zeit, Raum und Bewegung zu disziplinieren. Diese Disziplinartechniken bildeten die Voraussetzung für die industrielle Maschinerie, lange bevor diese technisch realisiert wurde.

Ebenfalls im 19. Jahrhundert verschob sich die Messung von Arbeit von der physischen auf die geistige Ebene. Die Psychometrie – in Verbindung mit Eugenik eine der Quellen für Statistik – verlegte sich darauf, geistige Leistungsfähigkeit in standardisierten Tests zu quantifizieren. Die

Charles
Babbage und
die Rechen-
maschine

Entwicklung des Intelligenzquotient als vermeintlich objektives Maß für »Intelligenz« war von Beginn an eng mit sozialen und rassistisch-kolonialen Hierarchisierungen verbunden. Doch gerade diese Verfahren – die Reduktion von Denkprozessen auf (vermeintlich) messbare Variablen – boten die Grundlage für spätere technische Modelle künstlicher Intelligenz.

Mit der Ausweitung der Arbeitsteilung auf globale Produktionsnetze gegen Ende des 19. Jahrhunderts geriet die direkte Kontrolle von Arbeit, Produktion und Verteilung an ihre Grenzen. Die Koordination von Informationsflüssen über Kontinente hinweg erforderte neue Medien: Telegraph, Telefon, Radio. Die Komplexität der gesellschaftlichen Arbeitsteilung überstieg die Möglichkeiten einer zentralisierten, rein menschlichen Überwachung.

F. A. von Hayeks Gegenstück zu zentralistischen Steuerungsmodellen

Eine besondere ideengeschichtliche Wendung erhielt die Auseinandersetzung mit der Organisation komplexer Systeme durch den neoliberalen Ökonomen Friedrich August von Hayek. In seinen Arbeiten zur Wissensökonomie und zur Theorie des Marktes griff er auf den Begriff des Musters zurück, um wirtschaftliche und soziale Ordnung als spontane, nicht zentral gesteuerte Emergenz aus dem Handeln vieler Individuen zu deuten. Hayek stellte diese Sicht in scharfen Gegensatz zu jeder Form zentraler Planung und machte sie zum Fundament seines radikalen Individualismus. Indem er den Markt und – in späteren Übertragungen – auch das Gehirn als Systeme verstand, deren Struktur nicht von oben entworfen, sondern aus lokalen Interaktionen »von unten« gebildet wird, lieferte er ein theoretisches Gegenstück zu zentralistischen Steuerungsmodellen. Diese Denkfigur fand, teils implizit, Eingang in Strömungen der Kybernetik und der frühen KI-Forschung, die sich für verteilte, selbstorganisierte Prozesse interessierten.

Die Vorstellung von Gesellschaft und Ökonomie als Systeme verteilter Information, wie sie Hayek propagierte, fiel zeitlich zusammen mit einer Epoche, in der die praktische Umsetzung solcher Ideen durch die rasanten Fortschritte der Rechentechnik vorangetrieben wurde.¹ Der Zweite Weltkrieg hatte den massiven Einsatz von Rechenmaschinen für militärische Zwecke beschleunigt – von der ballistischen Berechnung und der Entzifferung verschlüsselter Nachrichten bis hin zur Optimierung von Nachschubwegen. Im Kalten Krieg wurden diese Technologien nicht nur weiterentwickelt, sondern in immer umfassendere Modelle der Steuerung und Simulation überführt: Operations Research, Spieltheorie und Kybernetik wurden zu strategischen Werkzeugen, um gegnerisches Verhalten vorherzusagen, militärische Ressourcen zu koordinieren, ökonomische

1 Anmerkung unseres Korrektors: Die deutsche IBM-Tochter DEHOMAG (Deutsche Hollerith-Maschinen-Gesellschaft) versorgte sogar die faschistischen Konzentrationslager mit der damals neuesten Lochkarten-Technik zur Erfassung, Sortierung, Verwaltung und Vernichtung von Menschen im Industriemaßstab.

und politische Einflusszonen zu sichern. Der Computer avancierte in dieser Phase vom spezialisierten Recheninstrument zu einem universellen Planungsapparat, dessen Logik zunehmend auch in zivile Verwaltung, industrielle Organisation und schließlich in die sich formierende KI-Forschung einsickerte. Die militärische Herkunft dieser Technologien prägte nicht nur ihre technische Architektur, sondern auch die hierarchischen und strategischen Annahmen, die sie bis heute begleiten.

Die frühe Phase der eigentlichen KI-Forschung war geprägt von der Überzeugung, dass sich Intelligenz vollständig in formaler Logik und symbolischen Repräsentationen fassen lasse. Das Denken erschien als regelgeleiteter Prozess, der in expliziten »Wenn–Dann«-Bedingungen modelliert werden könne, sodass Maschinen in klar definierten Schritten logische Schlüsse ziehen. Diese symbolischen Systeme, die spätere Fachliteratur unter dem Etikett »Good Old-Fashioned AI« zusammenfasste, waren transparent und in ihrem Ablauf nachvollziehbar, versagten jedoch regelmäßig bei komplexen, unstrukturierten Problemen, in denen eindeutige Regeln fehlen oder sich laufend ändern. Der Übergang zum maschinellen Lernen bedeutete einen tiefgreifenden Paradigmenwechsel: An die Stelle vollständig von Menschen vorgegebener Regeln trat ein Verfahren, bei dem die Maschine statistische Zusammenhänge aus großen Datenmengen selbst erschließt und ihre internen Parameter iterativ so anpasst, dass die Ergebnisse mit den Zielvorgaben übereinstimmen. Dieses »Lernen« durch Mustererkennung erwies sich als flexibler, war aber zugleich intransparenter – es produziert Resultate, deren Entstehungsprozess sich nicht mehr einfach zurückverfolgen lässt.

Das Herzstück dieser neuen Richtung bildet das künstliche neuronale Netz, inspiriert von der Architektur biologischer Nervenzellen, jedoch stark abstrahiert. Es besteht aus Knoten – künstlichen »Neuronen« –, die Eingaben als Zahlenwerte empfangen, mit trainierbaren Gewichten multiplizieren, summieren und das Ergebnis durch nichtlineare Aktivierungsfunktionen an nachgelagerte Knoten weitergeben. Die Stärke der Verbindungen, die sogenannten Gewichte, bestimmt, wie stark ein Eingangssignal auf den Ausgang wirkt. »Lernen« bedeutet hier, diese Gewichte durch viele Iterationen so zu verändern, dass die Ausgaben möglichst nahe an den gewünschten Zielwerten liegen. Dabei kommt typischerweise der Backpropagation-Algorithmus zum Einsatz, der auf Grundlage der Differenz zwischen Vorhersage und Zielwert – dem Fehler – berechnet, wie jedes Gewicht in den Schichten anzupassen ist. Dieser Prozess wiederholt sich in unzähligen einzelner Rechenschritte über große Datenbestände hinweg, bis das Netz ein stabiles Leistungsniveau erreicht.

Frühe Netze bestanden oft nur aus einer oder wenigen Schichten und konnten lediglich sehr einfache Muster »erkennen«. Erst die Verfügbarkeit schnellerer Prozessoren, größerer Speicher und umfangreicherer

Paradigmenwechsel:
Übergang zum maschinellen Lernen

Bedingungen von »Deep Learning«

Datenbestände ermöglichte das »Deep Learning«: Netze mit Dutzenden oder gar Hunderten Schichten, in denen frühe Lagen elementare Merkmale wie Kanten in Bildern oder Silben in Texten identifizieren, während spätere Lagen diese zu komplexen Strukturen – Gesichtern, Wörtern, semantischen Beziehungen – zusammensetzen. Die Leistungssteigerung solcher Systeme resultierte selten aus einer einzigen bahnbrechenden Innovation, sondern aus dem kumulativen Zusammenspiel gesteigerter Rechenleistung, umfangreicher Datenressourcen und verfeinerter mathematischer Optimierungsverfahren.

Einen entscheidenden Schritt markierte 2017 die Einführung der Transformer-Architektur. Ihr zentrales Element, die »Self-Attention«, erlaubt es dem Modell, bei der Verarbeitung eines Elements – etwa eines Wortes in einem Satz – zugleich den Kontext aller anderen Elemente in derselben Sequenz zu berücksichtigen und deren jeweilige Relevanz zu berechnen. Im Gegensatz zu früheren rekurrenten Architekturen, die Eingaben nur schrittweise verarbeiteten, kann ein Transformer so globale Zusammenhänge unmittelbar »erkennen«. Dies beschleunigt nicht nur die Verarbeitung, sondern ermöglicht auch die Modellierung sehr langer Abhängigkeiten und subtiler Bezüge.

Transformer-Architektur

Diese Architektur ist besonders geeignet für die Verarbeitung großer, heterogener Datensätze und bildet die Grundlage der sogenannten »Foundation Models«: extrem große neuronale Netze mit Milliarden, teilweise Billionen Parametern, trainiert auf Texten, Bildern, Audio- und Sensordaten aus einer Vielzahl von Quellen, häufig aus dem offenen Internet aggregiert. In diesen Modellen werden unterschiedliche Eingangsdaten in eine gemeinsame mathematische Repräsentation – hochdimensionale Vektorräume – überführt, in denen semantische Nähe geometrisch messbar wird. Mit denselben statistischen Verfahren können so verschiedenste Aufgaben bearbeitet werden: Übersetzen, Textgenerierung, Bildbeschreibung, Objekterkennung oder das Befolgen komplexer Anweisungen.

Das Training solcher Modelle erfordert enorme Ressourcen. Die Daten müssen gesammelt, bereinigt und in ein einheitliches Format gebracht werden, bevor sie über Wochen oder Monate in gigantischen Rechenzentren verarbeitet werden. Dabei werden die Gewichte der Modelle in wiederholten Durchläufen ständig angepasst, um die Abweichung zwischen Modellvorhersage und Zielwert zu minimieren. Das Resultat ist ein System, das die in den Trainingsdaten vorhandenen statistischen Strukturen so modelliert, dass es neue, formal dazu passende Ausgaben generieren kann. Ein solches System »versteht« nicht im menschlichen Sinn, sondern setzt »erlernte« Wahrscheinlichkeitsmuster in synthetische Antworten um. Dennoch prägt gerade diese technische Funktionsweise unser Verständnis von Intelligenz und Sprache selbst: Sie legt die Vorstellung nahe, dass solche Modelle eine Art korrekte Nachbildung der Vorgänge im Gehirn oder eine vollständige Abbildung menschlicher Sprache seien.

Diese Gleichsetzung ist eine Projektion technischer Strukturen auf biologische und soziale Phänomene – eine Reduktion, die komplexe, historisch gewachsene und verkörperte Prozesse auf formale Muster schrumpft.

Trotz ihrer Vielseitigkeit stoßen diese Verfahren auf klare physische und ökonomische Grenzen. Die Rechenoperationen für das Training eines Modells mit hunderten Milliarden Parametern erfordern den Einsatz Tausender spezialisierter Prozessoren und verbrauchen enorme Mengen elektrischer Energie. Zudem nimmt der Leistungszuwachs pro Verdopplung der Modellgröße ab – ein Effekt, der die Vision unbegrenzter Selbstverbesserung widerlegt. Die Ergebnisse sind zudem untrennbar mit den Eigenschaften der Trainingsdaten verknüpft: Verzerrungen, Auslassungen und gesellschaftliche Vorurteile setzen sich in den Modellen fort und prägen ihre Ausgaben.

In ihrer gesellschaftlichen Funktion hat sich KI dabei von einem Werkzeug zur Automatisierung einzelner Aufgaben hin zu einem Instrument der Automatisierung von Management- und Kontrollprozessen entwickelt. Plattformunternehmen wie Amazon, Uber oder Deliveroo setzen Algorithmen nicht primär ein, um menschliche Arbeit abzuschaffen, sondern um sie neu zu organisieren, zu überwachen und in kleinste Einheiten zu fragmentieren. Diese »algorithmische Verwaltung« ersetzt nicht die Beschäftigten, sondern das mittlere Management, indem sie Arbeitszuweisungen, Leistungsüberwachung und Sanktionen in Echtzeit steuert. Der Effekt ist eine Zunahme prekärer, entkoppelter Arbeitsverhältnisse, in denen Menschen zu fragmentierten Datenpunkten in einem globalen Steuerungsnetz werden.

Die Versprechen einer bevorstehenden »technologischen Singularität«, in der Maschinen angeblich menschliche Intelligenz übertreffen und sich selbst unendlich verbessern, erweisen sich angesichts realer physischer, ökonomischer und mathematischer Grenzen als ideologische Projektionen. Die Rechen- und Energieaufwände für die weitere Skalierung heutiger Systeme steigen exponentiell, während der Zugewinn an Leistungsfähigkeit abnimmt.

Was den Maschinen fundamental fehlt: Intelligenz ist nicht bloß die Fähigkeit, Daten zu verarbeiten oder Muster zu korrelieren, sondern sie ist immer in konkrete materielle Verhältnisse eingebettet. Sie entsteht aus der sozialen Praxis von Menschen, aus ihrer Arbeit, die die Natur verändert und zugleich durch sie geprägt wird, aus der Sprache, die gemeinschaftliche Bedeutungen trägt und weitergibt, aus der Sozialität, die Denken und Handeln vermittelt. Menschliche Intelligenz ist somit eine historisch-situierte und gesellschaftlich vermittelte Form der Weltaneignung, deren Grundlage der Stoffwechsel mit der Natur. Künstliche Intelligenz hingegen verfügt über keine eigene Körperlichkeit, keine Beziehung zur Natur, keine soziale Praxis und keine produktive Arbeit.

»Algorithmische Verwaltung«

Fundamentaler Mangel: menschliche Intelligenz

Sie ist ein technisches Artefakt, das auf gespeicherten Spuren menschlicher Tätigkeit operiert, ohne selbst Teil dieser Tätigkeiten zu sein. Ihre »Intelligenz« ist damit nichts anderes als die abstrakte Verdichtung vergangener menschlicher Arbeit, Erfahrung und Sprache in Daten. Dabei wird systematisch verwechselt, was bloße Korrelation ist, mit dem Verstehen von Zusammenhängen und Verhältnissen: Während menschliches Denken immer auf Vermittlung, Sinnbildung und Orientierung im Geflecht gesellschaftlicher und natürlicher Prozesse zielt, beschränkt sich die Maschine auf das statistische Wiederholen und Rekombinieren vorhandener statistischer Muster. Als »stochastische Papageien« reproduzieren heutige KIs lediglich Oberflächenstrukturen, ohne deren Bedeutungsgehalt, geschichtlichen Kontext oder soziale Verankerung auch nur annähernd zu erfassen. Sie erzeugen scheinbar Neues, indem sie Vorhandenes zusammenwürfeln – mechanisches Reproduzieren ohne Praxis, ohne Erfahrung, ohne Bezug zu den realen Widersprüchen der Welt.

Zugleich bleibt die Abhängigkeit von vorhandenen Datenquellen bestehen, deren Verzerrungen und Lücken sich in den Modellen fortsetzen. Maschinen »verstehen« nicht, sie ahmen nach und korrelieren – und diese Nachahmungen und Korrelationen sind so vorurteilsbehaftet wie die Gesellschaften, aus denen ihre Daten stammen. Daten sind – entgegen ihrer etymologischen Bedeutung als »das Gegebene« – nie einfach vorhanden, nie bloß gegeben. Sie sind, wie alles Digitale (und wie jedes Modell), stets Abbildung, Reduktion und Konstruktion. Sie sind Ausschnitte, geformt durch Auswahl, Messverfahren, technische Strukturen und gesellschaftliche Interessen, die festlegen, was überhaupt als erfassenswert gilt. Auch im Digitalen gilt eine Reihe impliziter Axiome: dass sich Phänomene in diskrete Einheiten zerlegen lassen, dass diese Einheiten sich vollständig in Zahlen fassen lassen, dass Rechenoperationen auf diesen Zahlen als Äquivalent zu Operationen aus der Wirklichkeit gelten dürfen. Diese Axiome wirken unsichtbar, sind aber tief in den technischen Artefakten und Verfahren eingebettet – und prägen so wiederum unser Denken.

Aus einer kritisch-materialistischen Perspektive kann KI daher nicht als autonome, von sozialen Verhältnissen losgelöste Entität begriffen werden. Sie ist eine Verdichtung historischer Prozesse der Arbeitsteilung, der Vermessung, der Disziplinierung und Hierarchisierung menschlicher Fähigkeiten und der Überführung dieser Prozesse und Hierarchien in technische Systeme.

An den Eigentums- und Machtverhältnissen ansetzen

Eine politische Antwort muss daher an den Eigentums- und Machtverhältnissen ansetzen, auf denen KI-Infrastrukturen beruhen. Ende des Raubes und die Demokratisierung von Daten, Offenlegung von technischen und Trainingsgrundlagen, kollektive Mitbestimmung bei Entwicklung und Einsatz von KI sowie der Aufbau öffentlicher, nicht profitorientierter Alternativen zu den privaten Techmonopolen sind zentrale Bausteine

einer solchen Strategie. Ethische Kodizes und technische Korrekturen an bestehenden Systemen reichen nicht aus, solange sie die Funktion der Technik im Kapitalismus unangetastet lassen.

In der Hochtechnologie ist der strukturelle Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung und Kontrolle noch stärker ausgeprägt als in anderen Bereichen. Die grundlegende Produktion, etwa die Herstellung von Computerchips, kritische Infrastruktur wie Server- und Cloudfarmen sowie Plattformen wie Suchmaschinen, Internethandel und soziale Medien liegen in der Hand weniger global agierenden US-Monopole, die im Kern einigen wenigen Eigentümerfamilien gehören. Hinzu kommt, dass viele dieser Bereiche in hohem Maße von öffentlicher, also gesellschaftlicher Finanzierung profitieren – direkt durch Steuererleichterungen und staatliche Subventionen, indirekt durch Forschung an aus Steuermitteln finanzierten öffentlichen Institutionen. (Ähnliche Strukturen finden sich im biotechnischen Bereich.) Neu ist an dieser Konstellation, dass Technologie in einem solchen Maß zentralisiert, konzentriert und der gesamtgesellschaftlichen Kontrolle entzogen ist.

Wenn die politischen Repräsentanten der herrschenden Klasse von KI sprechen, ist Skepsis angebracht. Zum einen, weil viele von ihnen nicht im Mindesten verstehen, wovon sie reden – ihre »praktische« Erfahrung beschränkt sich oft auf automatisch generierte Posts in sozialen Medien, Sprachassistenten auf dem Smartphone oder das Abnicken von Berichten, die ihnen andere vorbereitet haben. Zum anderen, weil die inhaltsleere Verwendung des Begriffs dazu dient, politische und ökonomische Interessen zu verschleiern.

Gleichzeitig existiert innerhalb der herrschenden Klasse ein Bewusstsein für das Potenzial, das KI für gesteigerte Ausbeutung, Überwachung und eine Verschärfung des Klassenkampfes von oben bereithält. Historisch hat sich unter kapitalistischen Bedingungen immer wieder gezeigt, dass Automatisierungsschübe und Fortschritte in Steuerungs- und Organisationsprozessen – trotz ihres objektiven Potenzials zur Arbeitsentlastung – für die Mehrheit der Beschäftigten überwiegend negative Konsequenzen haben. Auch die aktuelle, von KI getriebene Welle wird gesamtgesellschaftlich nicht zu weniger, sondern zu mehr Arbeitsaufwand, nicht zu höherer, sondern zu sinkender Qualifikation, nicht zu einem schonenderen Umgang mit Mensch und Natur, sondern zu verstärktem Verschleiß und weiterer Zerstörung führen. Die ohnehin für die meisten kaum vorhandenen Möglichkeiten zu Selbst- und Mitbestimmung am Arbeitsplatz werden durch digitale Überwachung und algorithmische Steuerung weiter beschnitten.

Auch außerhalb der Produktionssphäre dient KI längst der Überwachung und Zurichtung. Die in gigantischem Umfang gesammelten Daten werden wie Rohstoffe extrahiert, als Waren gehandelt und für algorithmisch

Potenzial
für die Herr-
schenden ...

... Risiken
für die
Gesellschaft

personalisierte Werbung, politische Beeinflussung und Verhaltenssteuerung genutzt. Gerade die sogenannten »sozialen« Plattformen – deren Empfehlungs- und Ranking-Algorithmen selbst Formen von KI sind – tragen eher zur sozialen Vereinzelung und Isolation bei, als dass sie Gemeinschaft fördern. Sie erzeugen eine emotionalisierte Welt des schönen Scheins, in der jede Unwichtigkeit zur Neuigkeit, jede Banalität zum Hype, jede Meinung zur Expertise, jeder Beliebige zum Influencer, jede Langweiligkeit zur Mode, Angepasstsein zum Trend und Unterwürfigkeit wie Dummheit zu Idealen ästhetisiert werden.

Diese Irrationalität hat System. Ihre Grundlage sind die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, deren innere Widersprüchlichkeit in der Technologie zum Ausdruck kommen. Die kapitalistische »instrumentelle Vernunft« der herrschenden Klasse bedient sich der Wissenschaft und Technik, um Ausbeutung und Unterwerfung von Mensch und Natur zu steigern, während das wissenschaftliche Verständnis von Zusammenhängen sozioökonomischer Verhältnisse und ihrer historischen Entwicklung durch die Hegemonie der Besitzenden in Frage gestellt, vernebelt und bekämpft wird.

Der Kapitalismus braucht Wissen, Wissenschaft und Technik, um die gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen seiner profitablen Weiterexistenz so gut es geht im Griff zu behalten. Gleichzeitig muss unter kapitalistischen Bedingungen aber Wissen, Wissenschaft und Technik im Zaum gehalten werden, denn sie ermöglichen dem Menschen die Einsicht in die derzeitigen sozioökonomischen Verhältnisse, die Mensch und Natur knechten und zerstören, und stellen im Prinzip die Mittel zur Verfügung, diese zu verändern.

Im Kapitalismus existieren dann somit Datengläubigkeit und »alternative Fakten«, blindes Wissenschaftsvertrauen und Esoterik, Technikanbetung und romantisches »zurück zur Natur«, postmoderne Ablehnung von Wahrheit und dogmatischer Glaube an »den Markt«, »die Technik«, »die KI«, Bildungsprivileg und »lebenslanges Lernen« nebeneinander. Dies in einem Maße, dass die realen sozioökonomischen Verhältnisse durch Informationsüberflutung, Propaganda, verdeckter und offener Ablenkung immer schwerer durchschaubar werden, was wiederum den Herrschenden dient und ihre Hegemonie stärkt. Unwissenheit und Mangel an Bewusstsein dient also den kapitalistischen Verhältnissen; die »Zerstörung der Vernunft« und damit der Freiheit wird von den Herrschenden auch aktiv nicht zuletzt direkt und indirekt mittels KI-Systemen vorangetrieben.

KI ist nicht
neutral

All dies macht deutlich, dass KI nicht neutral ist, sondern aus einer langen Traditionslinie hervorgeht, in der sich Arbeitsorganisation, technologische Formgebung und gesellschaftliche Herrschaftsstrukturen wechselseitig verstärken. In der kapitalistischen Gegenwart ist KI nicht nur ein

Produkt dieser Produktionsverhältnisse, sondern zugleich ein Werkzeug zu ihrer Stabilisierung. Ihre architektonischen Prinzipien, ihre Datenquellen und ihre Einsatzfelder sind durchzogen von den Interessen, Machtasymmetrien und Eigentumsordnungen, die sie hervorgebracht haben. Die Rede von einer »neutralen« oder »wertfreien« Technologie verdeckt, dass jede technische Form eine soziale Form ist – in ihrer Entstehung, in ihrer Struktur und in ihrer Anwendung. Dies unterstreicht, dass die Macht über die Infrastrukturen der KI, die Kontrolle über Datenströme und die Definitionshoheit darüber, was als »Intelligenz« gilt, in den Händen weniger Akteure liegt, deren Ziele nicht das Allgemeinwohl, sondern die Reproduktion bestehender Herrschaftsverhältnisse sind.

Die Entscheidung über die Zukunft der KI fällt daher nicht durch den nächsten technologischen Durchbruch, sondern in den sozialen Kämpfen um Arbeit, Eigentum, Wissen und Macht. Eine gerechtere Technologie setzt eine gerechtere Gesellschaft voraus – und diese entsteht nur durch bewusste, organisierte Veränderung der materiellen und politischen Bedingungen, in denen Technik produziert, betrieben und genutzt wird. KI und Gesellschaft werden sich dabei nicht linear entwickeln, sondern in einem widersprüchlichen Prozess, in dem jede Errungenschaft, jede Infrastrukturerweiterung, jede technische Innovation zugleich umkämpft ist und in unterschiedliche Richtungen wirken kann. Wer also eine emanzipatorische Perspektive auf KI entwickeln will, muss deren langen historischen Bogen mitdenken und die Aufgabe ernst nehmen, dass nur die gemeinsame Revolution von Gesellschaft und Technik eine Befreiungsperspektive eröffnet.

Ossietszky

Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft



Zeichnung: Holger Elias

Asylabwehr als Staatsraison
Vom Schutzrecht zur Abschreckungspolitik

Themenheft

28. Jahrgang 26. Juli 2025 € 6,00

Mit Texten von Ghayath Almadhoun, Gabriele Gillen, Christophe Zerpka, Bernhard Schindlbeck, Günter Rexilius, Robert Pfaller, Holger Elias, Judith Lenger, Frank Schumann, Bertolt Brecht, Emile Sagan, Hannah Arendt, Giorgio Agamben, Papst Franziskus, Frank Strickstock, Thomas Bachmann, Jan Rauch, Martha Scheller, Ewart Reder u. a.

Bestellung

Themenheft einzeln 6 Euro

zzgl. Versandkosten

Die Weltbühne e. V.

Siedendolsleben 3

29413 Dähre

weltbuehne@ossietsyky.net

Tel. 039031.950 596

www.ossietsyky.net



Thomas Hagenhofer, Saarbrücken, Informationswissenschaftler, DKP-Bezirksvorsitzender Saarland, Mitherausgeber Marxistische Blätter

Nicht nur wo KI draufsteht, ist KI drin Wie Künstliche Intelligenz unseren Alltag prägt – und wo sie oft nur Marketing ist

Thomas Hagenhofer

Künstliche Intelligenz – kurz: KI – ist heute in aller Munde. Kaum ein Produkt, kaum eine Dienstleistung kommt noch ohne das magische Kürzel aus. Vom »KI-optimierten« Staubsauger bis zur »intelligenten« Hautpflege-App: Alles klingt smarter, effizienter und irgendwie zukunftsfähiger, wenn Künstliche Intelligenz dahinterstecken soll. Doch wie viel echte KI steckt wirklich hinter solchen Versprechen? Und wo begegnet uns KI im Alltag tatsächlich – oft ohne dass wir es merken?

Dieser Beitrag möchte etwas Licht ins Dunkel bringen: Wo wird KI wirklich eingesetzt, was ist noch klassische Programmierung – und wo steckt schlichtweg geschicktes Marketing dahinter? Angefügt ist auch noch ein Glossar wichtiger Begriffe, die im Zusammenhang mit KI häufig verwendet werden.

Was ist eigentlich Künstliche Intelligenz?

Bevor wir untersuchen, wo KI drin ist und wo nicht, sollten wir kurz klären, was KI überhaupt ist. Künstliche Intelligenz beschreibt Systeme, die Aufgaben ausführen, für die normalerweise menschliche Intelligenz erforderlich ist – etwa das Erkennen von Sprache, das Verstehen von Bildern oder das Treffen von Entscheidungen auf Basis von Daten.

Dabei gibt es viele Formen und Stufen von KI:

- **Schwache KI** (auch »enge KI«): Sie ist auf eine konkrete Aufgabe spezialisiert – etwa ein Sprachassistent, der Anfragen beantwortet, oder ein Programm, das Texte zusammenfasst.
- **Starke KI**: Ein noch theoretisches Konzept, bei dem eine Maschine über umfassende, menschenähnliche Intelligenz verfügt.
- **Klassische KI**: Arbeitet meist regelbasiert und ist auf Analyse und Mustererkennung (z. B. ähnliche Bilder oder Szenarien) ausgerichtet.
- **Generative KI**: Generiert neue Inhalte (Texte, Bilder, Videos, Präsentationen, Musik, Programmcode, etc.) aufgrund von statistischen Verfahren.

Die meisten Anwendungen heute nutzen schwache KI, meist in Form von **Maschinellem Lernen**: Computer »lernen« aus großen Datenmengen, Muster zu erkennen und darauf basierend Entscheidungen zu treffen.

Viele Menschen verbinden KI mit Robotern oder Science-Fiction. Doch tatsächlich begegnet sie uns oft ganz unauffällig – und manchmal sogar täglich.

KI im Alltag:
Wo sie wirklich drinsteckt

1. Smartphones: Der stille Helfer in der Hosentasche

Jedes moderne Smartphone enthält KI-Funktionen. Beispiele:

- **Sprachassistenten** wie Siri, Alexa oder Google Assistant nutzen Spracherkennung und natürliche Sprachverarbeitung.
- **Kamera-Apps** erkennen Gesichter, optimieren automatisch Belichtung und Bildkomposition – auf Basis trainierter Modelle.
- **Texterkennung und Übersetzung:** Google Lens oder Apple Live Text erkennen Texte in Bildern und übersetzen sie sofort.
- **Personalisierte Werbung und App-Vorschläge:** KI analysiert unser Kauf- oder Such-Verhalten im Internet und schlägt Inhalte vor, die zum jeweiligen Profil passen.

2. E-Mails und soziale Netzwerke

- **Spamfilter:** KI entscheidet, welche E-Mails du nie zu Gesicht bekommst, weil sie unerwünscht oder gefährlich sind.
- **Sortierung von Nachrichten:** Gmail erkennt wichtige Mails, soziale Netzwerke zeigen Beiträge an, die »interessant« für dich sein könnten – basierend auf KI-Algorithmen.
- **Content-Moderation:** Plattformen wie Facebook oder TikTok nutzen KI, um Hassrede, Nacktheit oder Gewalt in Inhalten zu erkennen und zu blockieren. Weil dies noch völlig unzureichend funktioniert, beauftragen die großen Plattformen Dienstleister meist in Billiglohnländern des Südens. Dort arbeiten menschliche Content Moderatoren unter prekären Bedingungen.¹

3. Streamingdienste und Online-Shopping

- **Netflix, Spotify, YouTube:** Sie analysieren dein Verhalten und machen Vorschläge, was du als Nächstes sehen oder hören möchtest.
- **Amazon, Zalando & Co.:** KI bestimmt, welche Produkte dir gefallen könnten, und ordnet Suchergebnisse entsprechend.

4. Navigation und Verkehr

- **Google Maps oder Waze** nutzen KI, um Verkehrsfluss vorherzusagen und die schnellste Route zu berechnen.
- **Autonomes Fahren** (aktuell noch im Entwicklungsstadium): Fahrzeuge »sehen« mithilfe von Kameras und Sensoren ihre Umgebung und entscheiden selbst, wie sie fahren – gesteuert durch komplexe KI-Systeme.

1 Siehe <https://kurzelinks.de/solg>.

5. Gesundheitswesen

- **Diagnoseunterstützung:** KI-Modelle analysieren Röntgenbilder, Hautveränderungen oder Laborwerte.
- **Früherkennung von Krankheiten:** KI kann Muster erkennen, die auf Krankheiten wie Krebs oder Alzheimer hinweisen – teilweise früher als Ärzt:innen. Ein grundsätzliches Problem des KI-Einsatzes ist die Gefahr des Verlustes von Fähigkeiten bei den KI-einsetzenden Menschen (Deskilling).²
- **Chatbots in der Telemedizin:** KI beantwortet erste Fragen von Patient:innen oder hilft bei der Terminvergabe.

6. Industrie und Produktion

- **Qualitätskontrolle:** Kameras prüfen mit KI-Unterstützung Produkte auf Fehler – schneller und präziser als das menschliche Auge.
- **Wartung und Logistik:** KI analysiert Maschinendaten und sagt vorher, wann ein Teil ausgetauscht werden muss (Predictive Maintenance).
- **Produktionsplanung:** KI hilft, Materialflüsse und Abläufe effizienter zu gestalten.

7. Finanzen

- **Betrugserkennung:** Banken setzen KI ein, um ungewöhnliche Muster bei Zahlungen zu erkennen.
- **Kreditvergabe:** KI-Modelle bewerten Kreditwürdigkeit – oft zusätzlich zu klassischen Bonitätsprüfungen. Im Ergebnis entsteht eine völlig intransparente Entscheidungsfindung, die insbesondere Menschen stigmatisieren können und sollen, die in prekären Verhältnissen leben müssen.
- **Finanzberatung:** Robo-Advisors verwalten Geldanlagen automatisiert – auf Basis von Algorithmen. So dreht sich der »Casino-Kapitalismus« noch schneller und wird noch anfälliger für Krisen.

Und wo ist nur KI drauf, aber nicht drin?

Der Begriff »Künstliche Intelligenz« wird inflationär verwendet – und das ist nicht immer seriös. Manche Anbieter schreiben »KI« auf ihr Produkt, obwohl dahinter nur einfache Regelwerke oder herkömmliche Software stehen. Beispiele:

1. »KI-gesteuerte« Küchenmaschinen oder Waschmaschinen

Oft sind das einfach Geräte mit voreingestellten Programmen oder Sensoren, die z. B. die Temperatur messen und entsprechend regeln. Intelligente Steuerung, ja – aber keine selbstlernende KI.

² Studie: Ärzte erkennen immer seltener Krebs wegen KI-Einsatz, <https://dert.tech/international/253304-studie-wegen-ki-einsatz-erkennen/>

2. Marketing-Tools mit »KI«

Viele Tools zur Texterstellung oder für Werbung behaupten, KI zu nutzen. Tatsächlich stecken manchmal nur einfache Vorlagen, Zufallsgeneratoren oder if-then-Regeln (wenn-dann-Regeln) dahinter.

3. »Intelligente« Spielzeuge

Einige sprechende Puppen oder Lernspielzeuge sind mit fest programmierten Antworten ausgestattet. Echte KI würde bedeuten, dass sie aus Gesprächen lernen und eigene Schlussfolgerungen ziehen – das können sie meist nicht.

4. Apps, die angeblich Hautkrankheiten erkennen

Hier ist Vorsicht geboten: Einige Apps bewerben sich mit »KI zur Hautanalyse«. Doch oft fehlt die medizinische Validierung, die Datengrundlage ist zu klein, oder das »KI-Modell« basiert auf festen Entscheidungsbäumen.

Dafür gibt es mehrere Gründe:

- **Marketingeffekt:** KI klingt modern und zukunftsfähig. Es verkauft sich besser als »automatisierte Software«.
- **Wettbewerbsdruck:** Wer nicht mitzieht, gilt als »veraltet« – also wird KI draufgeschrieben, selbst wenn sie kaum drin ist.
- **Verwirrung bei Konsument:innen:** Viele Menschen können nicht unterscheiden, was wirklich KI ist und was nicht – das nutzen manche Hersteller aus.

Hier ein paar Hinweise, wie du echte KI von Etikettenschwindel unterscheiden kannst:

- **Lernt das System aus Daten?** Wenn ja, spricht das für KI.
- **Verhält es sich bei gleichem Input immer gleich?** Dann handelt es sich wahrscheinlich um klassische Programmierung.
- **Verändert sich das System mit der Zeit?** Echte KI kann dazulernen – einfache Systeme nicht.
- **Wird erklärt, auf welcher Technologie es basiert?** Transparente Anbieter nennen z. B. »trainiert mit neuronalen Netzen« oder »verwendet maschinelles Lernen«.

Künstliche Intelligenz durchdringt unseren Alltag auf vielen Ebenen. Von der Spamfilterung bis zur medizinischen Diagnose, von der Navigation bis zur personalisierten Werbung: Oft unauffällig, aber wirkungsvoll. Damit monopolisiert sich die Verfügung über die Daten der Nutzer:innen weiter. Nutzungsprofile erhalten z. B. durch den Dialog mit KI-Anwendungen (»Prompts«) viel tiefere Einblicke in persönliche Interessen, Verhaltensweisen oder Einstellungen als durch eine »beobachtete« Internetnutzung.

Warum wird KI so oft als Etikett verwendet?

Woran erkenne ich, ob echte KI drinsteckt?

Fazit: KI ist längst Teil unseres Alltags – aber nicht überall, wo sie draufsteht

Deshalb lohnt sich ein kritischer Blick – und ein Grundverständnis davon, was KI ausmacht. Die bisherigen gesetzlichen Regelungen gehen den Kapitalvertretern schon viel zu weit, z. B. der AI-Act der EU.³ Nur eine Vergesellschaftung der KI-Riesen und Plattformen unter demokratischer Kontrolle könnte Machtmissbrauch und Manipulation verhindern.

Glossar wichtiger KI-Begriffe

Chatbot

Ein Computerprogramm, das mit Menschen in natürlicher Sprache kommuniziert – wie ein virtueller Gesprächspartner. Beispiele: Kundenservice-Bots oder KI-Assistenten wie ChatGPT, Gemini, Claude, Copilot, Perplexity.

Expertensystem

Eine KI, die auf fest einprogrammiertem Fachwissen basiert und damit Probleme in einem bestimmten Bereich löst, z. B. medizinische Diagnosen oder Maschinenwartung.

Generelle KI (GAI)

Eine Künstliche Intelligenz, die wie ein Mensch vielseitig denken, lernen und Probleme in völlig unterschiedlichen Bereichen lösen könnte. Gibt es nur in der Theorie, wird aber von KI-Jüngern wie Musk und Co. immer wieder vorhergesagt.

Generische KI

Eine KI, die nicht für eine einzelne Aufgabe gebaut wurde, sondern flexibel in vielen Bereichen eingesetzt werden kann – zum Beispiel Sprach- und Bilderkennung gleichzeitig.

Grafikchips und KI (NVIDIA)

Leistungsstarke Prozessoren, ursprünglich für Computerspiele entwickelt, die wegen ihrer Fähigkeit zu massenhaft parallelen Berechnungen heute oft für das Training von KI-Modellen genutzt werden. NVIDIA ist der bekannteste und größte Hersteller. Nach Börsenwert drittwertvollster Konzern nach Apple und Microsoft (Stand: Anfang 2025)

Halluzination in der KI

Wenn eine KI überzeugend klingende, aber falsche oder erfundene Antworten gibt – oft, weil sie Muster ergänzt, die nicht mit echten Fakten übereinstimmen.

3 Siehe <https://ai-act-law.eu/de/>.

Iterativ

Das Adjektiv bedeutet in Mathematik und EDV: sich schrittweise in wiederholten Rechengängen der exakten Lösung annähernd.

KI-Modell

Eine Art »Rezept« oder mathematische Struktur, mit der eine Künstliche Intelligenz arbeitet. Es wird durch Training mit Daten so angepasst, dass es Aufgaben lösen kann – zum Beispiel Sprache verstehen, Bilder erkennen oder Vorhersagen treffen.

Large Language Model (LLM)

Ein KI-Sprachmodell, das mit riesigen Textmengen trainiert wurde, um menschlich klingende Sprache zu verarbeiten und zu erzeugen. Beispiele: GPT-4, LLaMA, DeepSeek.

Neuronales Netz

Eine Rechenmethode, die vermeintlich am menschlichen Gehirn orientiert ist. Sie besteht aus vielen »Knoten« (Neuronen), die Informationen verarbeiten und Muster erkennen können.

Open Source

Software, deren Quellcode öffentlich einsehbar und oft kostenlos nutzbar ist. Jeder darf sie verändern und weiterentwickeln. Die bekanntesten OpenSource-KI-Modelle sind derzeit Llama von Meta und DeepSeek.

Rekurrent

Das Adjektiv definiert in Mathematik und EDV ein Verfahren oder eine Funktion, die sich aus sich selbst heraus bzw. aus dem Vorangegangenen ableitet.

Stochastischer Papagei

Kritischer Spitzname für alle derzeitigen Sprach-KIs, die vor allem Wahrscheinlichkeiten nutzen, um Wörter aneinanderzureihen – ohne echtes Verständnis der Inhalte.

Transformer-Modell

Eine besondere Bauweise für KI-Modelle, die besonders gut mit langen Texten umgehen kann. Sie macht moderne Sprach-KIs wie ChatGPT erst möglich.

Turing-Test

Ein Test, bei dem geprüft wird, ob ein Mensch im Gespräch nicht mehr sicher sagen kann, ob er mit einer Maschine (KI) oder einer Person redet.



Dietmar Dath,
Freiburg, Schrift-
steller, Journalist,
Übersetzer

Eins: Schock
und Kritik

Wenn Monsterwale das Meer vergiften Welche KI-Strategien verfolgt das Monopolkapital?

Dietmar Dath

Ende des Jahres 2022 fuhr vielen abhängig Beschäftigten in Kommunikationsarbeitszusammenhängen ein Schreck in die Glieder: Das neue Computerprogramm ChatGPT bewies beim Gebrauch von Sprache eine Geschicklichkeit, die zuvor den Menschen vorbehalten gewesen war. Dieser Chatbot, Systemeffekt eines großen Sprachmodells, trägt die Buchstaben »GPT« im Namen, wobei »G« für »generativ« steht (das heißt, aus erlernten Mustern berechnet das Modell neue, ähnlich wahrscheinliche Muster), »P« das Adjektiv »pre-trained« abkürzt (vorhandenes Trainingsmaterial wurde also unter enorm zahlreichen Parametern auf Lerngradienten durchgekämmt) und »T« den »Transformermechanismus« benennt, eine spezielle Aufmerksamkeitslenkungs Vorrichtung, die unter anderem sicherstellt, dass lange Zeichenketten nicht Portion für Portion im harten Häcksel-Takt durch einen mehr oder weniger engen Flaschenhals der Datenbeobachtungskapazität bearbeitet werden müssen, sondern vom Programm als ein stimmiges Ganzes aufgefasst werden können.

Ob die Zeichenfolgen, die so ein Ding auf entsprechende Eingaben hin herstellt, überhaupt den Namen »Sprache« verdienen, ist strittig. Denn wir Menschen, deren Sprachpraxis das Vorbild liefert, lernen das Sprechen, Lesen und Schreiben ja gerade nicht, indem wir in frühester Jugend etwa Unmassen von Trainingsmaterial im Hirn filtern, bis wir uns darin zu orientieren wissen. Was im Computer auf offensichtlich andere Art entsteht als unsere Sprache, mag daher unter Aspekten, die wir noch nicht zu benennen verstehen, letztlich doch etwas anderes sein als diese, ihr lediglich sehr ähnlich, wie eine gefälschte Banknote eben keine wirkliche ist. Aber fürs Kapital, das dieser Art Maschine jetzt einen privilegierten Platz bei der Produktivkraftorganisation zuweisen will, kommt es allein darauf an, wie viel Arbeitskraft es mit diesem Falschgeld kaufen und vernutzen kann.

Nur ein völlig traumtänzerisch-kleinbürgerlicher Humanismus wird philosophischen Einwänden zutrauen, die Pläne von Leuten zu vereiteln, die gerade einen neuen Weg gefunden zu haben meinen, einige bislang an die Leistung und damit auch die Ansprüche lebendiger Arbeit geknüpfte Denkvorgänge zu automatisieren; denn diese Leute wollen in Gestalt solcher Maschinen ein neues Druckmittel gegen besagte Ansprüche lebendiger Arbeit in die ohnehin herrschende Hand zu nehmen.

Dass wissenschaftliche Fachgelehrte auf Feldern wie Linguistik, Informatik oder Kognitionswissenschaft, also Leute wie Noam Chomsky,

Andrea Moro oder Douglas R. Hofstadter, solche philosophischen Einwände aber erheben, ist nicht belanglos. In den Zweifeln der Gelehrten an der Validität von Behauptungen der Äquivalenz, wenn nicht gar der Identität neuerer Äußerungen von Maschinen, mit denen von Menschen, steckt nämlich mehr als ein spätes Echo derjenigen Sorte Humanismus, die den Aufstieg des Bürgertums zum Status einer herrschenden Klasse in feudalen Zeiten ideologisch begleitete. Jener Ideologie war das authentisch Menschliche gleichsam heilig, mit strategischem Nutzen: Die damals noch um ihre Emanzipation kämpfende Bourgeoisie konnte mit den Parolen des menschlichen Universalismus allerlei Bündnisse mit anderen benachteiligten Klassen schmieden und ihr Klasseninteresse (sogar mit einem gewissen Recht) zum allgemein menschlichen Interesse erklären.

Die genannten Gelehrten des frühen Einundzwanzigsten Jahrhunderts nun, die Kritik an den Versprechen der KI-Monopole artikulieren, sind, wie streitende Gelehrte in der Weltgeschichte sehr oft, einfache Leute, die in einem akuten, von allerlei Überbaustreitigkeiten gespiegelten Klassenkampf zwischen besitzenden und nichtbesitzenden Klassen nach einem für ihren Lebensunterhalt und ihre Lebensweise vorteilhaften Standpunkt suchen.

Sie riechen da die anstehende Proletarisierung, die Entwertung ihrer ausgebildeten Arbeitskraft zur formlos allgemeinen. Faktisch droht ihnen in größerem Ausmaß denn je genau das, was Marx und Engels ihresgleichen vor bald zweihundert Jahren im »Manifest der Kommunistischen Partei« dem »Mann der Wissenschaft« gemeinsam mit dem Arzt, dem Poeten, dem Pfaffen und dem Juristen geweissagt haben, nämlich die Abrichtung auf neue, billigere Arbeits- und Lebensweisen.

Was heutzutage »achtsam«, »nachhaltig«, »kreativ«, »flexibel« und so weiter heißt, könnte mit einem eher mittelalterlichen Wort auch wahrheitsgemäß »demütig« heißen, als Sammelbegriff für eine weit ausgreifende Anpassung denkender Personen an Diktate, Arbeitsvorgaben und Pre-Settings von Apparaten, die ausschließlich Monopolzwecken zwischen Google und Microsoft dienlich sind.

Die laute, brausende, donnernde Gegenrede zur (oft sehr leisen, kaum verbreiteten, spärlichst bekannten) Kritik jener Gelehrten an der Produktwerbung der KI-Branche ist die täglich erneuerte, für den Arbeitsmarkt bestimmte Propaganda besagter Monopole in der Tonart »technischer Fortschritt zum Gesamtnutzen der Menschheit«; der Sachgehalt liegt nicht höher als bei der entsprechenden Propaganda der Feudalität vom Himmelreich und von der Heilsgeschichte. In dieser Propaganda heißt es, die Automatisierung der Sprache solle nur der Anfang sein, das erste Sakrament auf dem Weg zur allgemeinen künstlichen Seligkeit.

Weil Sprache für Menschen, die bekanntlich eine hochgradig soziale Tierart sind, viele Lebensaspekte regiert, hat der Erfolg ihrer maschinellen

Zwei:
Propaganda
und Profit

Synthese einem noch ehrgeizigeren Projekt der Monopole als nur der synthetischen Kommunikation neuen Auftrieb gegeben: dem Vorhaben »Artificial General Intelligence« (AGI). Wenn Automaten sprechen kann, dann kann sie neue Fähigkeiten und Fertigkeiten in beliebigem Ausmaß erwerben, weil wir genau das ja auch oft genug sprachgesteuert tun. AGI müsste also alles, was wir mithilfe des Hirns vermögen, auch hinkriegen. Gelänge das, wäre die Sprachsynthese eingebettet in die Denk- und Lernsynthese. Damit man die Behauptung, das sei ein Segen, leichter glaubt, leisten die Monopole sich in den Anschubphasen spezifischer Neuerungen auf dieser Route ein paar wirtschaftsstrategische Gesten in Richtung Öffentlichkeit.

So ging die Firma OpenAI, die ChatGPT lanciert hat, zu Beginn ihres Bestehens nicht geradewegs auf Profit aus, sondern bereitete das, was sie herstellt und was in Verschaltung mit der Robotik den Zugriff auf die lebendige Arbeit brutaler entgrenzt als jede Innovation zuvor, im Konzeptrahmen eine Art von Workshop-Ethos vor.

Sam Altman, das öffentliche Gesicht des Unternehmens, tat dabei so, als stünde er einem Pharmakonzern vor, der nicht etwa nur zahlungsfähige, sondern leidende und anderweitig bedürftige Nachfrage erfüllen wollte, so als hätte es je einen derartigen Laden gegeben, der die teure Entwicklung und die manchmal noch teurere Erprobung eines Medikaments aus rein altruistischen Motiven veranstaltet.

Das Ziel von OpenAI sollte schon in jener Zeit die AGI sein, deren bloße Möglichkeit mindestens genauso umstritten ist wie der Sprachcharakter von Zeichenketten aus der Maschine.

Denn woran würde man eigentlich erreichte AGI erkennen?

Der historisch-dialektische Materialismus weiß, dass Fragen, bei denen es um so viel Geld geht wie bei Instrumenten zur Koordination, Produktivitätssteigerung und Ausbeutung von menschlicher Leibes- und Gehirnarbeit, nicht auf seinsgeschichtlicher oder erkenntnistheoretischer Ebene beantwortet werden, solange Monopole herrschen. Das allgemeinmenschliche Sein und Erkennen kreist zwar um entsprechende Gebrauchswerte, aber der Imperialismus, das Wirtschafts- und politische System des Monopolkapitalismus, kreischt stattdessen wie ein Riesenschwarm aasfressender Vögel um einen Haufen Tauschwerte, die sich in zunehmend heftigen, die Wertverwertung zersetzenden, die Profitrate fressenden Krisen dem Zustand allgemeiner Verfaultheit nähern.

So hat denn die Firma Microsoft in einem Vertrag mit OpenAI inzwischen festgelegt, wann von AGI geredet werden darf: Wenn das Produkt einen Profit von hundert Milliarden US-Dollar oder mehr erzielt.

Drei:
Weltmaßstab
und
Konkretion

Die Umwälzung, die dabei vollbracht werden soll, umfasst zweierlei:

Erstens ist sie der weitestausgreifende Raubzug an lebendiger, ausgebildeter wie unausgebildeter Arbeit, den die Welt je erlebt hat. **Zweitens** ist sie die bislang in die größten Tiefen der Verflechtung von Finanzkapital

und anderen Arten der privaten Aneignung sozialer Arbeit reichende Produktivkrafterweiterung auf unserem Planeten.

Den ersten Punkt erleben inzwischen sowohl Hand- wie Kopfbeschäftigte, vom Kapital verfügt. Wer kein Kapital besitzt, muss nur mal reinschauen in den Planungsbüros der Läden oder Verwaltungseinrichtungen (auch der Staat gehört den Monopolen), für die er oder sie festangestellt oder freiberuflich rackert: Da hängt oder steht dann vielleicht eine weiße Plastiktafel, und auf die hat jemand mit wasserlöslichem Stift geschrieben: »KI-gestützt arbeiten!«, darunter: »So weit wie möglich automatisieren«, außerdem »regelmäßige Evaluation« »agiles Arbeiten« »neue Strukturen«, »neue Aufgabenverteilung«, »Autoindexing«, »Metadaten«.

Die Menschen sollen sich daran gewöhnen, als Anhängsel der Apparate diesen Apparaten möglichst vollständige Abbildungen menschlicher Produktions- und Verwaltungsabläufe einzuspeisen. Die lassen sich probabilisiert und stochastisiert in Ziffern (»Digits«, davon abgeleitet: Digital, Digitalisierung etc.) ausdrücken und also rechnen, das heißt im Resultat von Überwachung und Selbstüberwachung synthetisch nachahmen. Druck auf Ansprüche, ich wiederhole das, ist der Sinn dieser Sache, Ausweitung der Arbeitszeit eine Begleiterscheinung, Verschärfung der Ausbeutung das Ziel.

Der persönliche Weg des OpenAI-Champions Sam Altmans macht sinnfällig, was dahintersteckt. Von 2014 bis 2019 war Altman Chef der Firma Y Combinator (deren Name ist ein Informatik-Insiderwitz und bezeichnet einen mathematischen Operator aus dem Lambda-Kalkül, also einer epochalen, für die Entwicklung des Maschinenrechnens maßstabsetzenden formalen Sprache zur Funktionenuntersuchung).

Diese Firma Y Combinator, kurz: YC, ist ein Wagniskapital-Laden, welcher Gründerfirmen drei Jahre lang finanziell und logistisch Hilfe leistet, wofür YC Anteile von 6 % an diesen Firmen verlangt. Auch auf diesem Feld findet man wieder die Gemeinnutzengeräusche, mit denen sich das Wagniskapital insgesamt so gern wichtigmacht: Altman war bei YC unter anderem mit einer Untersuchung zum bedingungslosen Grundeinkommen befasst.

Ein materialistischer Blick auf diese Umtriebe erkennt sofort, dass es dabei nicht um Menschheitsbeglückung geht, sondern um die Modernisierung der alten Konstellation von arbeitsloser Reservearmee der Produktion und mit ihrer Hilfe erreichter Lohndrückerei, als Zentralwerkzeug repressiver Wirtschafts- und Sozialpolitik (eng zu verzahnen mit dem Staat; ein Monopol ohne einschlägige Verflechtungen wäre ja keins).

Sam Altman ist einfach ein typischer Wagniskapitalist, sein Geld »arbeitet für ihn« in kleinen und großen Wetten, bei Spielen, deren Ausgang er selbst beeinflussen kann.

OpenAI allerdings hat er zunächst ostentativ von seiner persönlichen Bereicherung ausgenommen, was bei Leuten seines Schlages bedeutet,

dass hier eine mittel- bis längerfristige Partie gespielt wird. Als der Anlauf zum berühmten Produkt im Gange war, ließ er sich »nur« ein Gehalt von 65.000 Dollar pro Jahr bezahlen. Als Miteigentümer von YC hatte er seine Finger aber selbstredend doch drin, denn YC steckt tief in OpenAI, darüber hinaus sind zahlreiche Läden, an denen YC klebt, inzwischen mit OpenAI verhandelt.

Heute beträgt Altmans persönliches Vermögen um die 3 Milliarden Dollar. Indem ich das hier hinschreibe, will ich keine moralisierende Klage über die persönliche Gier von Gestalten anstimmen, die mit ihren Geschäften wie mit ihren Stiftungen, mit ihren Besitztiteln wie mit ihren Algorithmen, mit ihren automatischen Programmierassistenten, die sogar das Programmieren jener Algorithmen aus der Verantwortung von Menschen herausziehen (wie das Töten per autonomer Drohne aus der Verantwortung von Mördern), mit ihren Plattformen und Suchmaschinen, mit ihren benutzerfreundlichen Oberflächen und Programmierschnittstellen-Integrationsoffensiven den Übergang betreiben, der von der Dampfmaschinen-Situation und ihren Nachfolgern (in denen der Kapitalerfolg ans Erreichen höchstmöglicher Wirkungsgrade beim energetischen Stoffwechsel mit der Natur gebunden war), zu einer neuen führen soll, bei der die menschliche Arbeitskraft Koordinationsregimes von nie gekannter Reichweite unterworfen wäre.

Schon Lenin lehrte, dass in der Epoche des entfesselten Finanz- und Monopolkapitals, die er Imperialismus nannte, die Produktivkräfte in Zerstörungskräfte umschlagen. Die Finanzregie der Tech-Branche beeilt sich, diesem Urteil zu entsprechen, von der offen zur CIA gehörigen Wagniskapitalfirma In-Q-Tel bis zu Silicon-Valley-Initiativen wie Tech Track 2. Bei Tech Track 2 wurden zunächst zwanzig Tech-Branchenköpfe mit zwanzig Chefs des Pentagon zusammengebracht, institutionelle Heimat dieser Initiative war die Hoover Institution, eine sogenannte Denkfabrik, das heißt, eine strategisch-ideologische Waffenschmiede, die arbeitsteilig an der ökonomisch-militärischen Basis herumschraubt, während der Überbau in dieselbe Richtung etwa von der Heritage Foundation bedient wird, die das »Project 2025« kuratierte, die Blaupause für den faschistoiden Staatsumbau der USA, der die zweite Regierung um Donald Trump zu folgen scheint.

Ich rede hier von US-amerikanischen Personen, Einrichtungen, Ideen, Taten, Strukturen und Vorgängen, aber das mache ich nicht deshalb, weil etwa in Europa oder Deutschland nichts Vergleichbares zu finden wäre. Das sehr Große und deshalb weithin Sichtbare hat aber nun mal Modellcharakter: Acht der zehn größten Tech-Firmen sitzen in den USA, und TSMC, eine weitere, sitzt USA-freundlich auf der Insel Taiwan, die zehnte, Tencent, ist in der Volksrepublik China daheim.

Was auf unserem eigenen Kontinent passiert, und in der Bundesrepublik Deutschland, Standort von KI-Firmen wie DeepL in Köln, Celonis in München oder Langdock in Berlin, gehört natürlich in dieselbe

Weltökologie des staatsmonopolistischen Kapitalismus: Auch hierzulande wird mit Startup-Firmen, deren Werden und Wirken sich zumeist an die klassische Wagniskapitalentwicklungsordnung von der Seed-Phase über die Start-Up-Phase zur expansiven Emerging-Growth-Phase hält, sozusagen die Zeit des Konkurrenzkapitalismus unter kontrollierten Bedingungen nachgestellt. Die Kleinen sind die Putzerfische, deren Treiben entweder den Monsterwalen Google, Microsoft und Konsorten zugutekommt oder aber früher oder später von diesen beendet wird, durch Auffressen.

Manchmal mutiert so ein Putzerfisch selbst zum Großkiller, aber das wird immer seltener, wir wissen seit dem dritten Band des Hauptwerks von Karl Marx ja, wie dergleichen funktioniert.

Alle Finanzmarktmanipulationen, auch alle mörderischen Aufrüstungsvorgänge jener Höllenkreise, gruppieren sich, während das Ganze läuft, um den Blutkreislauf im Innern noch der verzweigtesten Lieferketten herum, nämlich den Fluss der lebendigen Arbeit, die das Monopolkapital sich nach einer pervertierten Variante von Lenins alter Losung »lieber weniger, aber besser« zurichten will.

Der Kampf »des Westens« mit China beispielsweise wird gerade heute, in der Morgendämmerung der avisierten KI-Umwälzung, entlang der Differenz ausgetragen, dass dieser sogenannte Westen eher auf Kapitalsockeln statt auf rationaler Arbeitskräfte-Organisation gebaut ist, während China seine KI-Initiativen Staaten anbietet, bei denen weniger Kapital vorausgesetzt werden kann.

Die Volksrepublik zeigt bis jetzt ein vitales Interesse an preiswerten und skalierbaren (im Kleinen wie im Riesigen realisierbaren) KI-Anwendungen, es geht ihr weniger um Chatbots und »consumer applications«, eher um pünktliche Züge oder Fischbestandsmessungen.

Unterdessen geht's anderswo immer unvernünftiger zu: Mitte Juni 2025 wurde bekannt, dass die Leitung der Wikimedia Foundation (WMF), das heißt die Leitung der von Spenden finanzierten und von unbezahlten Beiträgen fleißiger Zuarbeit konstituierten Internet-Enzyklopädie Wikipedia, den Testlauf einer Software genehmigt hatte, die KI-Zusammenfassungen von Artikeln der Enzyklopädie aufspielte. Leute mussten sich dazu einwählen, aber diese Neuerung traf auf den entschiedenen Widerstand derjenigen Freiwilligen, die bei Wikipedia unbezahlt helfen, und außerdem der Gemeinde, die das alles finanziert. Verrücktheit: Der Sinn solcher KI-Zusammenfassungen kann ja nur sein, Menschenarbeit, die entlohnt werden müsste, zu sparen, aber bei Wikipedia wird auf dieser Ebene ja nichts ausgezahlt. Betriebswirtschaftliches Denken außerhalb betriebswirtschaftlicher Realität: Sekte, Ritual.

Der Unsinn hat leider einen geheimen massenpsychologischen Sinn, wie bei einer willkürlichen Schreckensherrschaft, die ihre Maßregelungsopfer per Losverfahren ermittelt: An sich ist das sinnlos, aber konkret erzeugt es einen permanenten Angstzustand bei allen.

Vier:
Konkurrenz
und
Klassenkampf

Selbst bei freiwilligen Tätigkeiten sollen die Menschen unter dem Fallbeil der Formel werkeln: »Ich bin ersetzbar«. Wie weit es der Monopolpropaganda schon gelungen ist, die Begrifflichkeiten der Produktion bei den Besitzlosen zu verwirren, zeigte sich mir persönlich, als nach einer Diskussionsveranstaltung jemand aus dem Publikum darauf hinwies, meine Skepsis in Sachen Produktivitätssteigerung durch KI und Digitalwesen (die ich im Wesentlichen einschlägigen Ahnungen des Wirtschaftsnobelpreisträgers Robert Solow verdanke) passten doch nicht zu meiner Befürchtung umfangreicher Entlassungen. Warum denn nicht? Unter »Produktivität« versteht das Kapital Profitabilität, und die kann man erzielen per »Wer Angst hat, schuftet stärker«. Es gibt da kein großes Geheimnis.

Die Verstörung des Sprachgebrauchs und des Denkvermögens der Menschen, die sich an solchen Stellen zeigt, hat System. Die Monsterwale des Digitalkapitals wollen nicht nur jede Arbeits- und Lebensäußerung derjenigen erfassen, die kein Kapital besitzen.

Mehr noch: Da, wo unser Leben sich diesem Fraß nicht einverleiben lässt, wird es mit Social Media, Fake News, Metaverse- und anderen Injektionsvorrichtungen vollgepinkelt, zum Zweck der Trübung unserer Kommunikationsumwelt.

Was die Wale nicht verschlingen können, das wollen sie vergiften. Entweder sie jagen uns oder wir jagen sie, das ist die Klassenfrage.

**MARXISTISCHE
BLÄTTER** *Seit 1963*
www.marxistische-blaetter.de

Einladung zur Video-Konferenz

Deine Meinung ist gefragt!

Leser (w/m/d) treffen Redakteure

Thema:

»Künstliche Intelligenz«

14. Dezember, ab 10.30 Uhr

Anmeldungen bitte bis 7. Dezember

per E-Mail an

redaktion@marxistische-blaetter.de



Achtung: Teilnehmer:innen bisheriger Treffpunkt-Veranstaltungen werden automatisch eingeladen, müssen sich also nicht erneut anmelden.

Grundlinien einer Kritik der politischen Ökonomie der künstlichen Intelligenz

Peter Schadt



Dr. Peter Schadt, Göppingen, studierte Politik und Sozialwissenschaften, arbeitet beim DGB, schreibt u. a. für PapyRossa, junge welt und konkret

Eine *Kritik der politischen Ökonomie der künstlichen Intelligenz* erscheint wie der Versuch, mit einer anachronistischen Theorie ausgerechnet die modernste Produktiv- und Distributivkraftentwicklung verstehen zu wollen. Dabei wird Marx in der modernen Ökonomik nicht totgeschwiegen, sondern gilt vielmehr als Klassiker, der »wichtige Impulse« für eine »kritische Betrachtung« des Kapitalismus geliefert habe, allerdings mit seinem Fokus auf die Arbeit als »vermeintliche« Quelle des Werts so hoffnungslos veraltet sei wie die Nationalökonomien von Adam Smith bis David Ricardo, die zu kritisieren er angetreten war. So findet Marx seinen Platz in der Ahnengalerie der Volkswirtschaftslehre, darf in der Heterodoxie sogar einmal mahnend zitiert werden, spielt ansonsten aber bei der Analyse von künstlicher Intelligenz keine Rolle.

Kaum überraschend also, dass schon in den 1980ern in VWL-Lehrbüchern zu lesen war, dass nur die überzeugten Marxisten diese Entwicklung hin zur – heute alle Ökonomik beherrschenden – subjektiven Wertlehre nicht mitgemacht haben. Wer daher an der politischen Ökonomie der künstlichen Intelligenz forscht und zu jenen Unverbesserlichen gezählt wird, hat es nicht nur damit zu tun, dass die marxistischen Grundbegriffe von Ausbeutung und Arbeit bis Wert und Ware innerhalb dieser Theorie selbst umstritten sind. Derjenige muss sich auch prinzipiell die Kritik gefallen lassen, einem unzeitgemäßen Dogmatismus anzuhängen: Ausgerechnet mit Marx die KI und damit die Veränderung der modernen Arbeitswelt begreifen zu wollen.

Für die subjektive Wertlehre bestätigt sich mit der KI indes ihr ganz eigenes Dogma, dass nicht die Arbeit, sondern der Nutzen der Dinge ihren Wert bestimmt. Das hat William Jevons schon in den 1870er Jahren in seiner »Theorie der Politischen Ökonomie« postuliert und ist heute Allgemeingut: »Brot hat den fast unendlich großen Nutzen, das Leben zu erhalten, und wenn es eine Frage von Leben und Tod wird, so übertrifft eine kleine Menge Nahrungsmittel an Wert alle anderen Dinge. Aber wenn wir uns unserer gewöhnlichen Lebensmittelversorgung erfreuen, hat ein Laib Brot wenig Wert«, heißt es in diesem Klassiker. Ein Triumph besonderer Art über die Arbeitswertlehre: Man muss sich nur eine Gesellschaft ohne »gewöhnliche Lebensmittelversorgung« vorstellen, in der also gerade nicht das Brot per Arbeit hergestellt werden kann, und schon ist die Arbeit – die man sich im Gedankenexperiment explizit weggedacht hat – auch nicht mehr bestimmend für den Wert.

Der Wert
der Waren

Das ist nicht etwa ein Fauxpas, sondern die systematische Kritik, mit der sich die subjektive Wertlehre von den vorgeblich anachronistischen politischen Ökonomen emanzipiert hat: »Die bloße Tatsache, dass es viele Dinge gibt, wie seltene alte Bücher, Münzen, Antiquitäten usf., welche hohen Wert besitzen und heute überhaupt nicht erzeugt werden können, vernichtet die Vorstellung, dass der Wert von der Arbeit abhängt. Sogar jene Gegenstände, welche in jeder Menge durch Arbeit hervorgebracht werden können, werden selten genau zu den entsprechenden Werten getauscht.« Wenn man also nur entschlossen genug vom Gegenstand der politischen Ökonomie wegschaut, nämlich der Produktion und Reproduktion der Gesellschaft und ihrer eigentümlichen, warenproduzierenden Form, und noch entschlossener zu lauter Dingen hinschaut, die gar nicht produziert werden können, sondern historische Relikte anderer Gesellschaften sind, dann kann man die Arbeitswertlehre also »vernichten«.

Dass Jevons im letzten Satz selbst auffällt, dass die meisten Dinge in den Supermärkten »in jeder Menge durch Arbeit hervorgebracht werden können«, man es also in der politischen Ökonomie mit etwas ganz anderem zu tun hat als einer Ansammlung von Artefakten anderer Gesellschaften, ist kein Auftakt einer Revision seiner eigenen Kritik. Dass er selbst dort die Arbeit nicht als wertbildend ansieht, weil auch die Arbeitsprodukte »selten genau zu den entsprechenden Werten getauscht« werden, ist beredt. Immerhin ist »selten genau« auch nichts anderes als »meistens ziemlich« und dürfte unbefangenen Ökonomen eigentlich als Beweis des Gegenteils dessen gelten, wofür es stehen soll: Offensichtlich ist, Abweichungen, Sonderfälle und entgegenwirkende Tendenzen inklusive, nicht mal Jevons entgangen, dass die Arbeit etwas mit den »entsprechenden Werten« zu tun hat.

Der Wert der KI

Soviel in aller Kürze zum Vorwurf, die jüngsten Entwicklungen der Digitalisierung auf Grundlage einer Theorie verstehen zu wollen, die doch längst widerlegt sei. Umgekehrt allerdings ist auch marxistischen Ökonomen nicht fremd, die Aktualität der »Arbeitswerttheorie« zu »beweisen«, indem das Preisschild an künstlichen Intelligenzen und der Handel mit Daten derart mit Marx befriedet werden, dass das Schreiben von »Posts« und »Tweets« in den sogenannten sozialen Medien kurzerhand zur Arbeit erklärt und Daten damit zum »ungeheuren Reichtum« in Warenform gezählt werden, der bekanntlich den Kapitalismus ausmacht.

Waren es gerade noch die Urväter der subjektiven Wertlehre, die man eines gewissen Desinteresses am Gegenstand der politischen Ökonomie überführen konnte, muss man Ähnliches auch gegenüber denjenigen Marxisten konstatieren, die Datensätze und Wissen *per se* als Produkt von abstrakter Arbeit und damit als Wert fassen wollen.¹ Immerhin hat

1 Hier ist besonders Christian Fuchs zu nennen.

Marx sich das Rätsel gestellt und beantwortet, wie eine gesellschaftliche Produktion und Reproduktion in komplexer Arbeitsteilung vorstattengehen, wo diese sich »hinter dem Rücken« der Eigentümer herstellen und das vorherrschende Motiv das Geldverdienen ist. Anders gesagt ist seine Frage: Was ist die Gesetzmäßigkeit von lauter Privatarbeiten, die sich erst bei Verkauf als gesellschaftliche Arbeit bewahrheiten?

Die besteht, nimmt man den alten Kritiker ernst, schon mal nicht in den »faux frais« der Produktion. Darunter verstand Marx all die falschen Kosten des Kapitals, etwa die für den Ein- und Verkauf von Rohstoffen und der fertigen Waren. Das ist zwar alles nötig, damit der Umschlag des Kapitals funktioniert, ist aber kein Beitrag zum gebrauchswertmäßigen Reichtum dieser Gesellschaft. Wo KI also massenweise als »Distributivmittel« eingesetzt wird, in der Werbeindustrie allen voran, mag zwar viel programmiert werden, mit »Wert« sollte das aber nicht verwechselt werden. Daran ändert sich auch nichts, wenn das Kapital die zum Training der KIs irgendwo in Nairobi sitzenden Klickarbeiter genauso in sein Diktat der Kostenreduktion und Produktivitätssteigerung eingliedert, so dass sie oberflächlich wie jeder produktive Arbeiter die Härte spüren, ein Leben als variables Kapital führen zu müssen.

Die »Herstellung« von Software oder das »Coden« von KIs per se als nicht wertbildend zu begreifen, ist dagegen ein ebenfalls verkehrter Schluss. Der konkreten Tätigkeit ist eben nicht abzulauschen, inwiefern sie sich in einer Gesellschaft der Privateigentümer als Beitrag zur Produktion und Reproduktion der Gesellschaft bewahrheitet: Wo in modernen Fabriken die Maschinen »geeicht« werden, indem Ingenieure mit ihrem Tablet durch die modernen Produktionsanlagen laufen, ist das nicht weniger ein Beitrag zur Produktion als der des Kollegen am Fließband. Damit ist das Coden im Dienste des Kaufens und Verkaufens nur nach seiner konkreten Tätigkeit vergleichbar, nicht aber nach seinem Beitrag für den gesellschaftlichen Stoffwechsel, d. h. seinem politökonomischen *Gehalt* nach.

Der ist bei der Herstellung von Software oft genug ein wenig anders als bei der Herstellung von Autos. Während die gesellschaftlich notwendige durchschnittliche Arbeitszeit pro Auto sich sukzessive durch den technischen Fortschritt reduziert und so ein Wertverlust über die Zeit stattfindet, ist es bei einmal programmierter Software anders. Die kann – einmal programmiert – unendlich oft, (fast) ohne Arbeitsaufwand reproduziert werden: Ein fast totaler »moralischer Verfall« (Marx) des Werts. Oder anders ausgedrückt: Einmal programmiert, ist die gesellschaftlich notwendige durchschnittliche Arbeit zur Herstellung dieser Software nahezu null, ihr Wert also auch – egal, wie aufwendig ihre einmalige Produktion war. So gibt es also eine ganze Reihe Informatiker, deren Arbeit zwar einen Gebrauchswert in Form von verwendbarer Software hat, deren Arbeit aber dennoch keinen Wert hat, da sie – einmal geleistet – sich selbst überflüssig macht.

Aber auch das gilt einmal mehr nicht für alle Produkte und jede Software. Dass moderne Software sich direkt an Lizenzen koppelt, ohne Zugang zur »Cloud«, und permanente Programmierleistung aus den Techkonzernen also gar nicht mehr verwendet werden darf, dreht diese Erkenntnis gleich wieder um: So reagiert das Kapital darauf, dass Software lange Zeit, eben weil sie wertlos *war*, nur durch das staatliche Gebot des geistigen Eigentums verkauft werden konnte, technisch unterstützt durch mehr oder minder gut funktionierenden »Kopierschutz«, und erfand die *Software-as-service*, die permanentes Coden, sowie die Verknüpfung mit *Cloudstrukturen* erfordert: So erfüllt moderne Software also doch noch das Kriterium der permanenten Produktion und Reproduktion und die Softwarefirmen haben – ganz begriffslos – ihr eigenes Produkt *In-Wert-gesetzt*.

KI und Wert der Ware Arbeitskraft

Aber nicht nur beim wirklichen und vermeintlichen »Wert« von künstlicher Intelligenz als Software sind die politökonomischen Bestimmungen durcheinander und bedürfen einer systematischen Entwicklung. Mit Blick in den Ostkongo und den Tantalabbau – notwendig für die Kondensatoren nicht nur, aber eben auch der modernen Rechner für die künstliche Intelligenz – blicken auch Marxist:innen auf die Arbeitsbedingungen der Kleinschürferinnen und -schürfer, welche die seltenen Erden für die neueste Entwicklung der Produktivkraft aus dem Dreck heben. Weil dort von einer »Reproduktion der Ware Arbeitskraft« nicht gesprochen werden kann, wird jüngst auch in Bezug auf diese materielle Basis der künstlichen Intelligenz von Überausbeutung geredet².

Wenn allerdings Kleinschürferinnen und -schürfer mit Schaufel und Eimer im Ostkivo seltene Erden fördern und diese an vorbeifahrende Händler verkaufen, dann hat man es mit gar keinem Lohnarbeitsverhältnis zu tun, in dem Unternehmern überhaupt einen vom »Wert der Ware Arbeitskraft« abweichenden Lohn zahlen könnten. Vielmehr versuchen sich diese Menschen daran, irgendwie ein Leben auf der Grundlage des Verkaufs von Rohstoffen zu organisieren, welche sie selbst – legal oder illegal – versuchen abzubauen. Wer hier die Kategorie der »Überausbeutung« vermutet, vertut sich damit also nicht nur sehr fundamental in der ökonomischen Bestimmung, sondern verharmlost auch politisch den Äquivalententausch, als könnten hungernde und sterbende Kleinschürferinnen nur aus einer *Abweichung* von Weltmarktpreis für Tantal resultieren, umgekehrt: das Ideal des »fairer Welthandel« auf Marxistisch.

Dass die künstlichen Intelligenzen besonders in Nairobi trainiert werden, wurde schon nach der Seite ihrer Wertbildung erwähnt. Dass die Protagonisten dieses Trainings von ihrer Arbeit auch kaum leben können, ist dabei so richtig wie ihre *de jure* Selbstständigkeit auf den Plattformen *Amazon Mechanical Turk* und wie sie alle heißen nicht damit verwechselt

2 (11) Was ist »Überausbeutung«? – Mit Bafta Sarbo – YouTube.

werden muss, dass sie *de facto* für das Kapital ihre Arbeitskraft anbieten. Aber auch hier sollte »Reproduktion der Ware Arbeitskraft« nicht euphemistischer genommen werden, als es sich für das Kapital darstellt. Dass nämlich der »Wert der Ware Arbeitskraft« sich ernstlich darin bemessen sollte, dass die einzelne KI-Trainerin davon *ihr* Leben organisieren kann, war damit nie gemeint. Solange sich in Nairobi eine *Klasse* an billigen und gut ausgebildeten Arbeitskräften findet, die sich aus der permanenten Armut der kenianischen Peripherie speist, »reproduzieren« sich die globalen KI-Trainer, ohne dass die Löhne dabei Kriterien erfüllen müssten, die so manche Marxistin an die »Reproduktionsfähigkeit« anlegt.

Es zeugt von einer sehr guten Meinung so mancher Marxisten über die politische Ökonomie der Gleichheit und Freiheit, wenn man sich das globale Elend der Schürfer für seltene Erden wie der Trainerinnen für die künstliche Intelligenz am Ende doch nur als »Abweichung« vom Äquivalenzprinzip und nicht als dessen konsequente Anwendung denken kann und will. Als wäre Marx' Hinweis, dass die Ausbeutung nur auf Grundlage der Reproduktion der Klasse gelingen kann, so etwas wie die Entwarnung gewesen, von Lohnarbeit müsse man individuell leben können, ansonsten würde eine Gesellschaft des Privateigentums gegen ihre eigenen Prinzipien verstoßen.

Manche Debatten über den »digitalen Kapitalismus« haben ihren Ausgangspunkt in viel älteren Diskussionen, wie jener über die Rolle der »Reproduktion«, also der Haus- und Carearbeit im Kapitalismus, und wiederholen sich jetzt. Manche moderne Marxistin schlägt vor, die von Marx als »unproduktive Arbeit« bezeichnete vielmehr als »reproduktive Arbeit« zu *rebranden*, um ihr Gewicht für den Kapitalismus stärker in der Analyse hervorzuheben. Damit seien verschiedene notwendige Beiträge – vor allem von Frauen – für die Gesellschaft stärker im Fokus, was den Blick auf Digitalisierungsprozesse erleichtern würde: »Nach dieser Auffassung fällt unbezahlte künstlerische Arbeit, wie z. B. das Bloggen oder das Einstellen von Fotos, Musik oder Videos ins Internet, in dem Maße, in dem sie zum Zweck der Selbstdarstellung geleistet wird, direkt in die Marx'sche Kategorie der »unproduktiven« Arbeit (die ich lieber als unbezahlte, reproduktive Arbeit bezeichnen würde, die gesellschaftliche Gebrauchswerte produziert«.⁴

Es ist einfach erfunden, dass das Schreiben irgendwelcher Blogs, das Veröffentlichen von Fotos und ähnliches die Kategorie der »Reproduktion der Gesellschaft« erfüllen sollen. Derartige, nicht zu Unrecht als *Selbstdarstellung* charakterisierte Tätigkeiten sind kein Beitrag zur ständigen

KI und Reproduktionsarbeit³

3 Hier beziehe ich mich vor allem auf die Theorien von Ursula Huws, die ich in Z. 140 ausgiebig kritisiert habe.

4 Ursula Huws 2014, S. 97: The underpinnings of Class in the digitale age: Living, labour and value. In Vol 50. Socialist Register 2014: Register Class.

Produktion und Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft. Es ist eben nicht jede unproduktive auch eine reproduktive Arbeit, nicht jede unproduktive Arbeit ist ein Beitrag zur gesellschaftlichen Reproduktion: tausende Laienautor:innen, deren Bücher niemals veröffentlicht werden, sind der traurige Beweis. Derartige »Aktualisierungen« verstehen sich als feministische Interventionen, um gleichzeitig die Erziehung von Kindern unter den gleichen Begriff von »Reproduktion der Gesellschaft« wie Blogger zu subsumieren.

Es geht nach beiden Seiten nicht auf: Die *produktive Arbeit* nach Marx ist nicht das Gegenteil von *reproduktiver Arbeit*; bekanntlich ist die ganze zweite Abteilung der Reproduktionsschemata nichts als die Herstellung von Konsumgütern für die *Reproduktion* der Arbeiterinnen und Arbeiter, d. h. der Gesellschaft als Ganzes. Das spezifische an der unproduktiven Arbeit ist nach Marx vielmehr, dass diese Arbeit – auch wo sie bezahlt wird – *unproduktiv* im Sinne der Mehrwertbildung ist. Wer für das Onlinestellen von Daten für das Training von KIs diese Unterscheidung *rebranden* will, sorgt schnell dafür, dass einem ihm wahrsten Sinne die richtigen Worte fehlen.

Materialien

Es gibt also einiges zu tun.

Die Volkswirtschaftslehre bzw. die in ihr dominante Neoklassik ist einst angetreten, mit ihrer subjektiven Wertlehre die Arbeitswerttheorie zu kritisieren. Diese Kritik gilt es nicht nur zurückzuweisen, sondern umgekehrt die Forschung der Grenznutzentheoretiker über »Künstliche Intelligenz« selbst zu kritisieren. Umgekehrt gilt es, kritisch zu prüfen, was marxistische Wirtschaftstheorie im 21. Jahrhundert eigentlich bedeutet, und – wie dargestellt – diverse *verkehrte* Schlüsse aus dem Weg zu räumen.

Das allerdings ist nur der Auftakt zu einem ganzen wissenschaftlichen Programm: Die *positive* Bestimmung der politischen Ökonomie der künstlichen Intelligenz im speziellen, der politischen Ökonomie der Digitalisierung im generellen. Wer sich an dieser Arbeit beteiligen will, ist herzlich eingeladen⁵.

5 Seit der Z. 137 erscheint in jeder Ausgabe der marxistischen Erneuerung ein weiterer Teil meiner *Materialien zur politischen Ökonomie der Digitalisierung*. Darüber hinaus kann man kostenlos meinen monatlichen Newsletter abonnieren und so das Projekt aktiv verfolgen: <https://shorturl.at/KDJYi>.

Digitale Werkzeuge und KI im schulischen Kontext

Erich Goldberg



Erich Goldberg, Bielefeld, arbeitet im Bildungswesen

In diesem kurzen Artikel kann es nicht um grundsätzliche Kritik an der »Digitalisierung« bzw. Formierung und Steuerung neoliberaler Gesellschaften durch Anwendung digitaler Maschinen gehen. Werner Seppmann hat grundsätzliche Kritik in seinem epochalen Buch: »Kritik des Computers«¹ geleistet. Er beschreibt die Formierung eines »marktkonformen Lebensstils, der Steuerung und Kontrolle durch Staat und Media-Konzerne beinhaltet, eine Formierung der Gesellschaft bis tief in die psychischen Strukturen des Individuums« und nennt dazu Stichworte wie Selbstoptimierung und permanenter Konkurrenzvergleich, Digitalisierung sozialer Selektionsprozesse und die Dominanz technischer Rationalität.

Eine weitere Perspektive liefert Andrea Komlosy², die die Änderungen des kapitalistischen Wirtschaftsmodells im kybernetischen Zeitalter im Zusammenhang mit der Steuerung der Corona-Krise präzise herausgearbeitet hat. Sie analysiert den Umbau der Wirtschaftsstrukturen von der von der industriellen zur kybernetischen Steuerung des Kapitalismus. »Die Technologie beruht auf digitaler Steuerung, Roboterisierung sowie neuer Verfahren zur Entwicklung neuartiger Materialien und Materialeigenschaften. Dabei ändert sich die Kommunikation zwischen Menschen sowie zwischen Mensch und Maschine, wobei die Koordination der Prozesse zunehmend von Algorithmen beherrscht wird.«³ Eine Debatte um die Veränderung der Arbeitsprozesse durch Digitalisierung findet sich in Sozialismus.de Supplement zu Heft 9/24/Roland Schneider/Hasko Hüning: Zukunft der Arbeit? Mit künstlicher Intelligenz in das »Reich der Freiheit«? Arbeit und Demokratie.

Dass der Bereich der Bildung und Weiterbildung von dieser Veränderung in gleichem Umfang erfasst wird, soll im Folgenden gezeigt werden:

Es gibt verschiedene Modelle des Machine bzw. Deep Learnings, die in Anwendungen wie ChatGPT genutzt werden. Gemeinsam ist ihnen aber, dass unendliche Datenmengen verarbeitet werden und die Modelle trainiert werden müssen, es sind und bleiben Rechenoperationen. Dazu werden sie »befähigt« durch die menschliche Eingabe von Daten (clickworker) oder indem massenhaft Daten in sogenannten »Sozialen

1 Kassel 2017.

2 Zeitenwende. Corona, Big Data und die kybernetische Zukunft, Wien 2022.

3 S. 119.

Netzwerken« abgegriffen und damit die Algorithmen der Modelle trainiert werden.⁴

Diese Daten eignen sich die Eigentümer der Netzwerke zum Teil ohne wissentliche Zustimmung der Nutzer an, um u. a. Persönlichkeitsprofile von Nutzern erstellen zu können, die dann mit Werbung und Einflussnahme gezielt »bespielt« bzw. beeinflusst werden können, entsprechend ihrer Einstellungen und Präferenzen, die den Konzernen zur Verfügung stehen bzw. unachtsam zur Verfügung gestellt wurden: Kaufverhalten, Einkommen, politische Einstellung, sexuelle Präferenzen, Kommentare zu Texten, Lesegewohnheiten, besuchte Internetseiten, Einkaufsverhalten, medizinische und psychologische Fragestellungen und vieles mehr. Es versteht sich von selbst, dass diese Kenntnisse auch politisch und parteilich genutzt werden können.

Grundsätzlich gilt, dass Modelle wie ChatGPT nicht entscheiden können, was wahr oder was falsch ist. KI-Systeme funktionieren nicht nach festen Regeln, sondern nach Wahrscheinlichkeiten. Das heißt, jede Aussage eines Sprachmodells muss bzw. müsste auf Plausibilität und Richtigkeit geprüft werden, was beim Nutzer entsprechende Fachkompetenz voraussetzt.

Wie stellen sich diese Prozesse im Bildungswesen dar?

Nach dieser Vorbemerkung sollen nun einige Aspekte der Nutzung von algorithmischer Steuerung des in Deutschland noch weitgehend staatlichen Bildungswesens betrachtet werden. Dabei ist zu unterscheiden, ob die Anwendungen als Hilfestellung für Lehrende und Lernende oder als Programme für Lernende mit gleichzeitiger Bewertung und Analyse des Lernerfolgs genutzt werden können bzw. sollen. Entscheidend für die Bewertung algorithmischer Lernprogramme ist das Verständnis von Bildung.

Entweder wird ein reduktionistisches Menschenbild zum Maßstab gemacht, »wenn der Mensch ausschließlich als biologischer Speicher für Informationen und als vollständig konditionierbarer Organismus betrachtet und in diesem Kontext menschliche Gehirntätigkeit auf formale Abläufe reduziert wird«⁵, oder man geht von einem humanistischen Verständnis aus.

Für Bildungsprozesse wurden die Arten des Lernens durch Klaus Holz kamp anschaulich definiert: Er unterscheidet dabei zwischen defensivem und expansivem Lernen.

Defensives Lernen ist in der derzeitigen Schule die Regel. Es ist nicht gekennzeichnet durch ein Interesse des Subjekts Schüler am Unterrichtsinhalt, sondern dient in der Regel der Bewältigung einer vorgegebenen

4 Es geht im Text nicht um schlussfolgernde Modelle, die besondere Gefahren aufweisen, siehe Künstliche Intelligenz: Tarnen, lügen, drohen. <https://www.heise.de/10475170>.

5 Seppmann, S. 278.

Lernanforderung der Schule, der Ausbildung etc. Der Schüler lernt, um Nachteile zu vermeiden, etwa schlechte Noten, Ärger mit den Eltern etc. Der Lernstoff wird aber nur bewältigt, es findet keine subjektiv begründete inhaltliche Auseinandersetzung statt, er bleibt äußerlich und wird nach einem Test vergessen (»denken, lernen, vergessen«).

Expansives Lernen ist durch ein Interesse am Inhalt, gegebenenfalls durch im Unterricht vermittelten Stoff gekennzeichnet. Das Subjekt Schüler will aus Interesse ein Problem lösen, etwas wissen, lernen und nimmt sogar, bei entsprechender Einsicht, Mühen auf sich, weil es perspektivisch etwas davon hat. Das kann die Fähigkeit sein, eine Sprache zu sprechen oder weil es ihm einfach Spaß macht. Schon hier wird klar, dass Lernen eben nicht das Abarbeiten von vorgegebenen Stoffmassen ist, sondern wenn es expansives Lernen sein soll, vom Subjekt gewollt sein muss. Es kann in diesem Rahmen nicht weiter erörtert werden, wie weit die staatlich organisierte Mangelverwaltung der Schulen expansives Lernen überhaupt zulässt.

Formen des defensiven Lernens lassen sich gut mit algorithmischen Lernprogrammen abarbeiten. Es kann durchaus Sinn machen, mit einem Programm Vokabeln zu lernen, solange die Daten über das Lerntempo etc. auf dem heimischen Rechner bleiben und nicht in einem Persönlichkeitsprofil landen, die von den Arbeitskraftnachfragern ggf. abgerufen bzw. gekauft werden könnten.

Gottfried Böhme hat die Nutzung von KI ohne diese Begriffe so definiert: »Künstliche Intelligenz bricht der Schule, wie sie heute existiert, das Rückgrat. Es hat in der Geschichte der Bildungseinrichtungen noch nie eine Erfindung gegeben, die so infam die gesamte Motivationsstruktur des Lernsystems infrage gestellt hat, wie diese Atombomben-KI – um mich hier deutlich zu outen. Wir ziehen gerade eine Generation von Jugendlichen heran, die eine Zeitlang ihren Lehrern noch vorgaukeln kann, dass das, was ihnen ChatGPT oder ein anderes Programm geschenkt hat, ihre Leistung sei, und bald nicht mehr wissen, warum sich Lernen überhaupt noch lohnen soll.«⁶

Die derzeitige, meist staatlich organisierte Schule in Deutschland setzt trotz des Engagements vieler Lehrerinnen und Lehrer vorrangig defensives Lernen, von den Subjekten oftmals ungewollt und unbegriffen, um. Dann, und nur im defensiven Lernen ist es für Schüler sinnvoll, Chat GPT die Arbeit machen zu lassen, mit dem Nachteil, bestimmte Fähigkeiten, die auch im defensiven Lernen ausgebildet werden, nicht mehr zu lernen, sondern das abgefragte Wissen »vorzugaukeln« zu können. Der jetzige Zustand ist eher ein schleichender, weiterer Verlust von früher in Schulen angeeigneten Fähigkeiten, selbst in Form defensiven Lernens, z. B. englischer Vokabeln.

6 Gottfried Böhme, ChatGPT bricht der Schule das Rückgrat, in: FAZ vom 14. September 2023.

»Wenn immer mehr Aufgaben von Maschinen übernommen werden, reduziert sich auch der fachliche Austausch von Mensch zu Mensch und Kompetenzverluste werden die Folge sein. Auch in Schule und Studium werden zunehmend technische Hilfsmittel genutzt, welche Problemlösungen übernehmen, die früher von den Schülern selbst vorgenommen wurden«, führt dazu Prof. Karl-Heinz Bläsius in einem Gespräch mit Andreas von Westfalen aus.⁷

Mit zunehmender Anwendung von KI einher, geht im schulischen Kontext eine völlige Operationalisierung sowie Entkontextualisierung des Lernens und eine totale Überwachung einher.

Die Möglichkeiten, sich mit KI das Arbeiten zu erleichtern, kann nicht bestritten werden, setzt aber immer die Beherrschung des Gegenstandes bzw. Wissensgebietes voraus, um Ergebnisse der maschinellen Berechnungen überprüfen und einordnen zu können. Wenn man mit KI-Prüfungsfragen für standardisierte Prüfungen in »einfache Sprache« übersetzen kann, dann ist das sicherlich hilfreich für Auszubildende.

Dr. Burkhard Chwalek charakterisiert in der Auseinandersetzung mit Apologeten der »Digitalen Bildungsrevolution« den Sachverhalt so: »Das zentrale Element der DB ist die weitgehende Eliminierung des pädagogischen Grundgefüges ›Lehrkraft – Lernende – Gegenstand/Sache‹ und der sozialen Interaktion der Schülerinnen und Schüler untereinander aus dem Lehr- und Lernprozess und deren Ersetzung durch eine Mensch-Technik-Verbindung. Dabei werden Lehrkräfte auf die Rolle von Coaches reduziert und festgeschrieben, Computer (Hardware, Software, Algorithmen) übernehmen die Wissensvermittlung für die an den digitalen Endgeräten isolierten Schülerinnen und Schüler mit der Folge einer artifiziellen und sachlogisch fehlgreifenden Scheidung von Wissensaneignung und Schule als Raum sozialer Interaktion.«

Die postulierte Art der Wissensaneignung veranschaulichen einige Zitate instruktiv: »... jeder Schüler und jeder Student [lernt] zur richtigen Zeit die richtigen Dinge auf die richtige Weise« und weiter: »Die Software beobachtet und speichert minutiös, was, wie und in welchem Tempo ein Schüler lernt. Jede Reaktion des Nutzers, jeder Mausklick und jeder Tastenanschlag, jede richtige und jede falsche Antwort, jeder Seitenaufruf und jeder Seitenabbruch wird erfasst [...]. Diese Daten werden analysiert und zur Optimierung der persönlichen Lernwege genutzt. Komplexe Algorithmen schnüren individuelle Lernpakete für jeden einzelnen Schüler, deren Inhalt und Tempo sich fortlaufend anpassen, bei Bedarf im Minutentakt.«⁸

7 In dem Artikel geht es auch um das Problem der Anwendung von KI, etwa bei Waffensystemen, indem auch grundsätzliche Gefahren der Anwendung dieser Systeme erörtert werden. <https://www.heise.de/-10031952>.

8 Dräger, Jörg; Müller-Eiselt, Ralph, Die digitale Bildungsrevolution. Der radikale Wandel des Lernens und wie wir ihn gestalten können, München 2015, S. 24–25.

Auf der Grundlage gewaltiger Datenmengen wird die gesamte Lernbiographie erfasst, so dass schließlich das Programm in der Lage sei, »zuverlässig die Wahrscheinlichkeiten richtiger und falscher Antworten sowie die Note, die ein Schüler am Ende eines Kurses erreichen wird« zu berechnen. Hierin spiegelt sich das ebenso unerschütterliche wie unbegründete Vertrauen in die Objektivität und Vorhersagegenauigkeit algorithmischer Architekturen, allgemeiner gesprochen: in die Mathematisierbarkeit der Welt.⁹

Um diese Art des Lernens zu gewährleisten, müssen die Lerngegenstände in Kleinsteinheiten zerlegt, aus ihren Kontexten genommen und somit ihres Sinnes entleert werden. Die Sache und somit die Möglichkeit zur Erschließung von Welt wird herabgestuft zum Vehikel des Kompetenzerwerbs bzw. -nachweises. Der damit einhergehende Verlust der in der Auseinandersetzung mit der Sache begründeten, intrinsischen Motivation wird substituiert durch Gaming-Effekte: »Ein Letztes noch, mag es auch trivial klingen: Es muss blinken und klingen.«¹⁰

Derzeit wird, gesteuert von den Konzernen und Schulbuchverlagen, ein reichhaltiges Angebot für Schüler und Lehrer entwickelt, das das Lernen erleichtert und die Lehrerarbeit entlastet. Es gehört wenig Phantasie dazu, die Folgen diese Strategien zu analysieren: Auf der eine Seite ein unterfinanziertes und kaputt gespartes Schulsystem, auf der anderen Konzerne wie Bertelsmann, Schulbuchverlage und die großen US Firmen, die demnächst KI gesteuerte Lerncoachs anbieten werden, mit denen Lehrer eingespart und »individuelles Lernen« – mit dem kompetenten Chatbot – ermöglicht werden soll.

Um an dieser Stelle nicht nur grundlegende Ablehnung zu formulieren, sei darauf hingewiesen, dass es innerhalb des Diskurses der Pädagogen und der Bildungsgewerkschaft GEW verschiedene kritische und konstruktive Auseinandersetzungen mit den neuen technischen Möglichkeiten gibt.¹¹ Einzelne seien an dieser Stelle benannt:

Manuel Flick erarbeitet einen fortlaufenden ChatGPT-Guide. Er diskutiert durchaus auch kritische Aspekte und den unterschiedlichen Umfang des Einsatzes von KI.¹²

Nele Hirsch konstatiert, dass es auf diese Fragen keine fertigen und allgemeingültigen Antworten gäbe. »Lehrende und Lernende müssen diese gemeinsam und passend zum Leitbild ihrer Institution entwickeln«, formulierte die Pädagogin und Bildungsexpertin beim GEW-Bildungstag auf der Leipziger Buchmesse im Workshop »Eine KI-Strategie

9 Z.B. Ebenda, S. 133–144.

10 Ebenda S. 86, <https://die-pädagogische-wende.de/zehn-jahre-digitale-bildungsrevolution-eine-bilanz/>.

11 Siehe <http://www.gew.de/learning-analytics2019-pdf>.

12 <https://manueflick.notion.site/Der-ChatGPT-Guide-f-r-Lehrkr-fte-f214379898ce405089ac05555f06ba04>, siehe auch <https://bobblume.de/2025/02/24/digital-unterschiedliche-dimensionen-der-betrachtung-von-ki/>.

in der Pädagogik kollaborativ entwickeln: So kann es gehen!« Ziel war es, den Teilnehmenden Praxisideen für Pädagogische Tage an ihren Einrichtungen mitzugeben. Joscha Falck entwickelt u. a. ein Modell für KI-Kompetenzen für verschiedene Schulstufen, einschließlich der Grundschule. Auch wenn er an bestimmten Punkten kritische Anmerkungen formuliert, geht er aber davon aus, dass KI die Bildungslandschaft revolutioniere. Seine Beschäftigung mit diesen neuen Entwicklungen ist recht affin zu digitalen Anwendungen in der Schulverwaltung, wie u. a. »AI Leadership«, Schulleitung: Verstehen, anwenden, mitgestalten, reflektieren.¹³

Eine Analyse der prinzipiellen Limitierung von KI-Bots, hier am Beispiel Korrektur, findet sich hier: Chatbots im Schulunterricht: Wir testen das Fobizz-Tool zur automatischen Bewertung von Hausaufgaben¹⁴.

Der profilierteste Kritiker einer »Digitalen Bildung« ist Prof. Ralf Lanckau, Initiator des Netzwerkes: »Die pädagogische Wende«¹⁵. Dort findet sich eine fundierte Kritik des gesamten IT-Bildungskontextes, einschließlich eines Maßnahmenkatalogs für eine humane und emanzipierende Bildungspolitik. Die entscheidende Frage bleibt, wer eine vernünftige Form der Nutzung bzw. Nichtnutzung digitaler Anwendungen, mindestens in der staatlich verantworteten Schule durchsetzen könnte? Gewerkschaften und Personalräte legen sich ungern mit einer digital-affinen und -kenntnislosen Mitgliedschaft an. Hier hat die IT-Industrie bereits Fakten gesetzt, die Influencer haben erfolgreich gearbeitet. Trotz des beachtlichen Engagements von Teilen der GEW gibt es keine konsistente Ablehnung einer digitalisierten Schule.

Klar ist jedoch, dass auch dort, wo die Digitalisierung positiv gesehen wird, es gesellschaftliche Regeln geben muss, um einen sozial gerechten Zugang zur digitalen Welt und für die unterrichtliche Nutzung von »sozialen Netzwerken« zu ermöglichen. So fordert die GEW allgemein:

- Recht auf eine umfassende Bildung, die ein selbstbestimmtes Leben in der digitalen Welt ermöglicht.
- Recht auf den Schutz der eigenen Daten und Achtung der Privatsphäre.
- Recht auf Selbstbestimmung über die eigenen Daten.
- Recht auf nicht-kommerzielle Bildung in öffentlichen Bildungseinrichtungen, also auch das Recht auf Schutz der eigenen Daten vor kommerzieller Verwertung.
- Recht auf »unbeobachtete Räume«, auf nicht-standardisierte und nicht-algorithmisierte Lernräume und -wege.
- Recht auf Offenlegung der Kriterien für datafizierte Entscheidungen, die das eigene Lernen oder auch die eigene Bildungslaufbahn betreffen.

13 <https://joschafalck.de>.

14 <https://doi.org/10.48550/arXiv.2412.06651>.

15 <https://die-pädagogische-wende.de>.

- Recht auf Vergessenwerden. Datenspuren, die bis in die Grundschulzeit zurückreichen, dürfen für zukünftige Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber nicht zugänglich gemacht werden.

Die Praxis in den Schulen sieht jedoch anders aus als diese Forderungen. Apple, Google und MS dominieren Anwendungen und Betriebssysteme und können Daten absaugen und Persönlichkeitsprofile generieren, die dann zur Werbung und Beeinflussung genutzt werden könnten. IT-Abteilungen der Schulträger setzen dem nichts entgegen. Lehrer und Personalräte sind häufig überarbeitet und freuen sich über neue Geräte und Apps, die scheinbar die Arbeit erleichtern. Die dahinterstehende Strategie der Konzerne und teilweise der Kultusministerien können sie nicht durchschauen. Eine überforderte und kaputt gesparte Schullandschaft, einzelne Vorzeige- oder Modellschulen mit integriertem Ganztagsangebot ändern daran nichts, treffen auf eine digital präformierte Schülerschaft. Insbesondere Korrektur »KI« erscheint dann völlig objektiv, pädagogische Kompetenz wird an die KI abgegeben.

Die KMK hat 2024 eine zehneitige »Handlungsempfehlung für die Bildungsverwaltung zum Umgang mit Künstlicher Intelligenz in schulischen Bildungsprozessen« vorgelegt.¹⁶ Darin heißt es: »Für das ›Lernen über KI‹ ist neben einer grundlegenden informatischen Bildung – insbesondere über KI sowie über ihre Wirkungsweisen – auch die Klärung ihrer ethischen und rechtlichen Rahmenbedingungen bei Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie in der Bildungsadministration selbst erforderlich. Hinsichtlich der Demokratiebildung und der Gefährdung demokratischer Strukturen durch KI-generierte und -verbreitete Falsch- und Desinformation gewinnt die Medienbildung und -erziehung in allen Lernbereichen an Bedeutung. Im Kontext gesellschaftlicher Teilhabe ist die Förderung von kritisch-reflexiven Kompetenzen besonders zu berücksichtigen. Die Länder werden bei künftigen Anpassungen ihrer Bildungspläne und curricularen Vorgaben aller Fächer und Schulstufen in allen Schularten informatische Kompetenzen sowie Kompetenzen für die Bildung in der digitalen Welt auch im Hinblick auf die Herausforderungen durch KI integrieren.«¹⁷

Diese Empfehlungen können bei der derzeitigen Schulrealität nur zynisch genannt werden, weil die Voraussetzungen, um diese Ziele umsetzen zu können, nicht gegeben sind. Google, Microsoft und Co. haben hier in Zusammenarbeit mit IT-Abteilungen der Schulträger und Stiftungen längst Fakten geschaffen, die gerade eine kritische Reflexion ausschließen oder erschweren.

16 https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2024/2024_10_10-Handlungsempfehlung-KI.pdf.

17 S. 5.

Psychische Verfasstheit von Kindern und Jugendlichen

Eine umfassend und differenzierte Gegenposition findet sich in dem »Aufruf: Humane und emanzipierende Bildungspolitik vs. digitale Transformation«. ¹⁸

Wenn Jugendliche viele Stunden in der Woche online sind, hat das Folgen für ihre psychische Verfassung, die durch einen KI-Schulcoach sicher verstärkt werden. Dann kann nicht mehr von sanfter Steuerung, nudging, sondern von direkter Steuerung durch Digitalkonzerne gesprochen werden. Im Moment sprechen sich die meisten Diskutanten für ein Primat der Pädagogik aus, Schule wird als sozialer Raum definiert, der auch der Erziehung dienen soll. Dessen ungeachtet schaffen Google und Co. in den Schulen Fakten.

Wolfram Grams stellt in seinem grundlegenden Artikel: »Ohne Erziehung ist alle Bildung nichts«, fest: »Im Prozess des Bildens und Erziehens spielen menschliche Beziehungen, Bindungen und Gefühle eine zentrale Rolle. Ohne sie ist Lernen als aktive Aneignung der Welt in lebendigen, zwischenmenschlichen Beziehungen nur eingeschränkt möglich. Er führt dann weiter die Verschränkungen der biologischen, psychischen und sozialen Aneignung aus, die Grundlage des Aneignungsprozesses sind. Wie schon oben angedeutet, ist Schule eine organisierte Reduktion des Aneignungsprozesses unter bestimmten historischen Bedingungen.«

Werden nur diese Beziehungen durch »maschinelles Lehren und Lernen« weiter enthumanisiert, sind die Folgen für die psychische Deformation von Kindern und Jugendlichen dramatisch. ¹⁹

Diese Deformationen sind auf mehreren Ebenen schon in der Grundschule nachweisbar. Gertraud Teuchert-Noodt und Manfred Spitzer haben die hirnpfysiologischen Verheerungen durch frühen Mediengebrauch nachvollziehbar aufgewiesen. Gertraud Teuchert Noodt spricht von einem Supergau der kindlichen Hirnentwicklung durch frühkindlichen digitalen Mediengebrauch. Manfred Spitzer hat schon 2012 grundlegende Mechanismen digitaler Verbildung aufgezeigt:

»Die Aneignung von wirklichem Wissen erfolgt weder mittels Surfen oder Skimmen sondern durch die aktive Auseinandersetzung, das geistige Hin- und Her-Wälzen und immer-wieder-Durchkneten, Infragestellen, Analysieren und Neusynthetisieren von Inhalten.« ²⁰

Ästhetische und verhaltensprägende Maßstäbe werden durch Influencer gesetzt, soziale Kontakte enthumanisiert, Mobbing und Doxing sind integraler Bestandteil der Sozialbeziehungen von Kindern und Jugendlichen in einer digitalisierten Welt. Die Folgen der Entsozialisierung bzw.

18 <https://die-pädagogische-wende.de/aufruf-bildungspolitik-2025/>.

19 Vgl. Vorgänge Heft 3–4, 2024 S. 6–7.

20 Manfred Spitzer: Digitale Demenz. Wie wir uns und unsere Kinder um den Verstand bringen. München 2014, S. 214.

Entzivilisierung²¹ können im Verhalten von Kindern und Jugendlichen studiert werden: Sie sind vereinzelt, unglaublichem Druck ausgesetzt, auf kurze Reize und Belohnungsimpulse eingestellt, verlieren im schlimmsten Fall den Bezug zur Realität und bilden nicht die Fähigkeiten aus, die von Arbeitskraftkäufern verlangt werden. Grundsätzlich ändert sich ihre Wahrnehmungserfahrung durch den Dauerkonsum von Bildern. Ohne Übertreibung sollte noch auf einen anderen Effekt der Digitalisierung hingewiesen werden. Gute Gamer können allerdings ihre Fähigkeiten beim Einsatz von Drohnen einsetzen, die Handlungsweisen beim Gamen und echten Töten mittels Drohnen sind am PC gleich.

Auf der diesjährigen Digitalkonferenz re:publica erklärte der deutsche Spielverband GAME, dass mittlerweile sechs von zehn Computernutzern Videospiele spielen. Darin sehe man eine Chance für die Bildungsarbeit. Tatsächlich machen sich das auch immer mehr Initiativen und Bildungsstätten zunutze und investieren in die Entwicklung von »Serious Games«, um junge Menschen zu erreichen und demokratiefördernde Werte zu vermitteln. Der Effekt, so gut gemeint solche Initiativen auch sind, dürfte aber überschaubar sein. Zu konstatieren ist, dass gegen eine milliardenschwere, marktwirtschaftliche, ggf. auch staatsmonopolistische IT-Manipulations-, Steuerungs- und Überwachungsgesellschaft schwer anzukommen wird. Deren Planungen für den Bildungsbereich gehen sogar schon einen Schritt weiter, nämlich in Richtung der vollständigen Ersetzung menschlicher Lehrkräfte. Schulen sollen nach dem Vorbild digitaler Plattformen umgebaut werden.²²

Da es »digitale Bildung« nicht gibt, sondern nur Bildung mit digitalen Medien, ist für einen erfolgreichen, reflexiven Lernprozess die kritische Auseinandersetzung mit dem medial präsentierten Unterrichtsgegenstand entscheidend. Die Nutzung von Tablets ist eher disfunktional, da z. B. das händische Schreiben Hirnareale trainiert, das manuelle Einstellen von Kameras erst eine Komposition ermöglicht, was bei der Smartphone-Fotografie der Algorithmus übernimmt, also einen Verlust von Fähigkeiten beinhaltet. Für Lehrer geht es also um den richtigen Einsatz von Medien in einem didaktisch-methodisch begründeten Interaktionsprozess mit und unter den Schülern.

Armin Grunwald, Professor für Technikphilosophie und Technikethik am Karlsruher Institut für Technologie und Leiter des Büros für Technikfolgen-Abschätzung des Deutschen Bundestags, sprach schon 2019 von der »Gretchenfrage«, die zu stellen sei, und forderte zur reflektierten Gegenwehr gegen Machtbestrebungen auf: »Wir müssen ernsthaft die Frage stellen: Wer sind die Macher der KI, wer verbreitet die Erzählungen und wer will hier eigentlich seine Werte und Interessen hinter einem

Ein neuer
Bauplan für
die Schulen
der digitalen
Welt

21 Seppmann.

22 Vgl. Dr. Ekkehard Thümler: Von der Fabrik zur Plattform. Heidelberg 2024.

vermeintlichen Technikdeterminismus verstecken? Denn auch in der Welt mit KI dient Technikdeterminismus einer Ideologie der Mächtigen. Er verschleiert, dass jede KI gemacht wird, von Menschen in Unternehmen und Geheimdiensten, nach deren Interessen, Werten und Weltanschauungen.«²³

Mit anderen Worten: Die Anwendung von KI im schulischen Kontext, die Digitalisierung von Bildung, dient unter den Bedingungen der gegenwärtigen Verfasstheit von Schule und Bildungseinrichtungen nicht der Technikbeherrschung oder der Wissensaneignung, sondern der »Arbeitsfähigmachung« der Lernenden, ist damit also Teil der Auseinandersetzung.

Alternativen gibt es, wie Schleswig-Holstein beweist: Windows wird als Betriebssystem abgeschafft und Libre Office als open source-Programm in der Verwaltung eingeführt. Dieser Weg sollte offensiv unterstützt werden. Hier sind engagierte Gewerkschafter und Personalräte gefragt. Sie stehen jedoch vor der Herausforderung, sich den »Verlockungen« der Medienkonzerne, die scheinbar einfache und überzeugende Lösungen in die Schulen und Bildungseinrichtungen implementieren wollen, sachkompetent entgegenstellen zu müssen.

Daher kommen engagierte Pädagogen nicht daran vorbei, einen eigenen Forderungskatalog für eine humanistisch fundierte Medienerziehung zu entwickeln. Darin muss es um die altersgemäße Reflexion der Funktionsweisen und gesellschaftliche Folgen des Einsatzes von KI gehen.

Literatur

Durchdachte Konzepte finden sich hier:

- Ralf Lankau Kein Mensch lernt digital. Über den sinnvollen Einsatz neuer Medien im Unterricht. Weinheim, Basel 2017
- Autonom und mündig am Touchscreen. Für eine konstruktive Medienarbeit in der Schule. Weinheim, Basel 2021
- Thomas Hickfang: Unterricht mit digitalen Medien als Prozess des expansiven Lernens. Das Modell einer interessengeleiteten Medienpädagogik. München 2020
- Digitale Öffentlichkeit und Affekte. Eine medienpädagogische Spurensuche. In: Sandra Hofhues, Julia Schütz (Hg.) Plattformen für Bildung. Bielefeld. S. 227 ff. Download unter: <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-7516-0/plattformen-fuer-bildung/>
- Handhabbare Hilfestellung finden Schulpraktiker auch unter <https://unblackthebox.org/>

23 Armin Grunwald: Gretchenfrage 4.0, in: SZ vom 26.12.2019.

KI-Chatbots aus marxistischer Sicht

Claudius Vellay



Claudius Vellay,
Philosoph,
Mitherausgeber
der MBI

In diesem Beitrag wird es um eine weltanschauliche Stellungnahme zur Künstlichen »Intelligenz« (KI) gehen und nicht um eine polit-ökonomische Betrachtung. Diese betreffend ist Fuchs-Kittowski (vgl. 2021: 56) grundsätzlich zuzustimmen, dass Marx das Wesen der Automatisierung in der »Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums« sah. Nicht den Ersatz der Menschen hielt er für das Bestimmende, sondern die Bereicherung ihrer Fähigkeiten durch Technikentwicklung, so auch durch Computer und KI. Zu welchen unmittelbaren Zwecken die KI verwandt wird, wem der neuerliche Produktivkraftschub nützt, wer sie beherrscht und wer mit ihr beherrscht wird, wie sie die Bedingungen der gegenwärtigen kapitalistischen Ausbeutung verändert usw. entscheidet sich im Klassenkampf.

Weltanschaulich steht nicht das »künstlich« von KI im Fokus der Kritik. Gerade weil die KI ein Produkt absichtsvoller, menschlicher Arbeit ist, ist sie ein Artefakt, ein künstlich entstandener Gegenstand.

Hingegen ist es sehr berechtigt, zu fragen, was KI »intelligent« macht, ohne hier auf die problematische Geschichte des Begriffs Intelligenz eingehen zu wollen (vom IQ bis zu tierischer Intelligenz¹). Es ist zu zeigen, dass KI kein Subjekt und in diesem Sinne nicht »intelligent« sein kann. Weltanschaulich orientierende marxistische Philosophie muss die materielle Simulation menschlicher Sprache der KI-Chatbots von den bedeutungsvollen Bewusstseinsinhalten im ideellen Denken der Menschen unterscheiden.

Die qualitative Verschiedenheit (»Dualität«) von materiellem Sein und ideellen Bewusstseinsinhalten des menschlichen Denkens ist philosophisch unabdingbar (vgl. Vellay 2024). Damit werden sowohl der kartesische Dualismus der Substanzen als auch monistische Weltansichten verworfen, die behaupten, alles wäre entweder materiell, einschließlich der Gedankeninhalte bzw. Ideen (mechanischer Materialismus, heute »Naturalismus«), oder subjektiv ideell, da wir stets ausschließlich in unseren Vorstellungen und Betrachtungsweisen gefangen blieben (subjektiver Idealismus).

Vieles »existiert« nur in unseren ideellen Vorstellungen und doch sind diese sehr wirkmächtige, gedankliche Werkzeuge (»Denkzeug«): Kontrafaktisches, Vorstellungen vom Zukünftigen oder Vergangenen, abstrakte

**Einleitung:
worum geht
es?**

**Materiell vs.
Ideell: was
heißen die
Begriffe**

1 Tierisches Bewusstsein, auch als Entwicklungsstufe zum Menschen, bleibt in diesem Artikel ausgeklammert.

Zahlen, Erfindungen, wie die Null oder Negation, bis hin zu Mathematik und Logik. Andererseits haben real nicht existierende Dinge und Prozesse ausschließlich ideell in unseren Gedanken einen »Ort« (Gott, fliegende Untertassen, Science-Fiction etc.). Mit anderen Vorstellungen und Theorien können wir Teile der Welt angenähert richtig »widerspiegeln«, d. h. gedanklich erfassen (dieser Tisch). Ebenso wenig wie das Sprechen über etwas, verändert die ideelle Erkenntnis allein das materielle Sein. Sie ist aber eine zentrale Bedingung für die absichtsvolle, körperlich bewirkte Veränderung von Weltausschnitten (Arbeit). Reines Denken ist marxistisch ebenso wenig Arbeit, wie es manuelle Arbeit ohne ideell-gedankliche Leitung und Zielsetzung gibt (vgl. Vellay 2019). Unser Handeln zur Veränderung der Wirklichkeit, obwohl vom ideellen Denken absichtsvoll geleitet, ist kausal wirkendes, materielles Sein. Z. B. ist ein Geldschein rein materiell ein Papier mit Tintenspuren. Die Bedeutung dieses Gegenstands als 10-Euro-Schein entsteht bloß ideell in unserem Denken, ohne die materielle Realität auch nur zu berühren. Erst im von Erkenntnis geleiteten, praktischen Handeln zum Kauf von Waren wird das Papier auch materiell zu Geld, zum »allgemeinen Tauschäquivalent« (Marx). Dies gilt generell, z. B. auch für das gesprochene oder geschriebene Wort: die ideelle Bedeutung existiert nur im Denken von Sender und Empfänger, aber materielle Realität hat das Wort bloß in den Schallwellen bzw. Farblecksen auf dem Papier und ihrem materiellen Gebrauch durch uns in der Kommunikation.

Der Zusammenhang zwischen den subjektiven Bewusstseinszuständen einerseits (gefühltes Erleben, intentionaler Weltbezug, logisch-mathematisches Denken, Wertungen und Zielsetzungen) und notwendigen, aber nicht hinreichenden materiellen Gehirnaktivitäten andererseits ist nach wie vor unbekannt (vgl. Seppmann 2018: 55). KI-gestützte körperliche Prothesen beispielsweise sind sicherlich medizinisch-technische Meisterleistungen, verbleiben jedoch ausschließlich im Bereich materieller Kausalprozesse. Ideelle Bewusstseinsphänomene bleiben davon unberührt und damit auch die traditionelle »Dichotomie von Körper und Seele (Psyche)« (Hörz 2011: 8).

Eine wichtige Konsequenz ist, dass nur Gedankeninhalte (Propositionen) wahrheitsfähig sind. Dies gilt selbst für schriftliche oder mündliche Aussagen: es sind nicht etwa die Schallwellen oder Tintenleckse oder Pixel am Bildschirm, die als solche wahr oder falsch sein können, sondern nur die Bedeutungen, welche diese materiellen Träger für uns haben. Materielle Gegenstände oder Prozesse sind nie falsch oder richtig, sondern sie sind kausal bewirkt entsprechend ihrer inneren, materiellen Funktionsweise und ihrer äußeren, materiellen Wechselwirkung mit anderem materiellem Sein. Was immer im rein materiellen Gegenstand Computer vorgeht, es kann nicht falsch sein oder Fehler machen. Für uns hingegen kann es falsch und richtig sein, was da am Ende auf dem Bildschirm erscheint. Und gerade weil wir Nicht-Existierendes

(Kontrafaktisches) denken können, deshalb machen wir auch Fehler (»Irren ist menschlich«), insbesondere auch beim Programmieren von Maschinen (vgl. Hörz 1996: 56). »Halluzinationen«, wie man scheinbar glaubwürdige, aber faktisch falsche Aussagen von Chatbots nennt, sind diese nur für unser gedankliches Urteil, für das es keine maschinelle Entsprechung gibt.

Eine weitere Konsequenz ist, dass es Bewertungen (wertvoll und wertwidrig, bis hin zu Moral und Ethik) nur für uns in unserem Denken über die materielle Realität und unsere menschlichen Belange gibt, nicht aber in den materiellen Prozessen an sich. Mit der Bewertungsfähigkeit der menschlichen Subjekte entwickelte sich in den anfänglich primitiven Arbeitsakten die Fähigkeit zum absichtsvollen Handeln (Teleologie: die Fähigkeit sich gedanklich Ziele zu setzen). Diese ideelle Zielsetzungsfähigkeit und die Realisierung der Ziele im praktisch-materiellen Handeln zeichnet uns Menschen aus, weshalb Marx nur uns Menschen die Arbeitsfähigkeit zuspricht (vgl. MEW 23: 192). Natürliche Realprozesse haben keine Pläne und folgen auch keinem Plan. Letzteres trifft nur auf Artefakte zu, welche der Mensch nach seinem Plan herstellt. Spontanen Naturprozessen Funktionen zuzuweisen, führt das teleologische Denken hinterücks wieder ein. Das etwas für etwas anderes eine Funktion erfüllt (das Herz erfüllt die Funktion eines Pumpwerks des Bluts), ist eine – gegebenenfalls nützliche – von unserem Denken dem Sein verliehene Zuschreibung. Ontologisch, d. h. seinem Sein nach, ist das Herz ein Muskel, der rhythmisch kontrahiert. Die organische Natur brachte »Zweckmäßigkeit ohne Zweck« (Kant) hervor, d. h. die »funktionale« Zweckmäßigkeit entsteht ohne beabsichtigten Zweck. Das Herz ist das Produkt eines blinden Zufallsprozesses der Evolution, die kein absichtsvoll handelndes Subjekt ist. Hingegen haben wir bewusst die Wasserpumpe mit dem Ziel geschaffen, damit sie die Funktion »Wasser zu pumpen« erfüllt. Marx und Engels begrüßten in der Darwinschen Evolutionslehre gerade die Verbannung der Teleologie aus dem Naturverständnis (vgl. MEW 29: 254 u. 30: 578).

Die anthropomorphe Redeweise, die natürlichen Prozessen Funktionen nach dem Vorbild von Maschinen zuschreibt, ist insbesondere in populärwissenschaftlichen Darstellungen sehr verbreitet und oft bloß pragmatisch abkürzend. Der Funktionalismus hingegen ist eine subjektiv-idealistische Philosophie, für die der Anschein genügt, um etwas eine Funktion zuzuschreiben. Da wir sowieso keinen Zugang zur Realität an sich hätten, handele es sich um eine gerechtfertigte Beschreibungsebene. Spätestens in Zweifelsfällen, sollte man sich jedoch den tatsächlichen Sachverhalt klar machen, um nicht in ideologische Fallen zu tappen. Eine solche besteht im ideologischen Gegenstück zur Anthropomorphisierung von Naturprozessen: der Naturalisierung (auch Physikalisierung) des bewussten Verhaltens von Menschen. Wenn es natürliche Funktionen (Herz) gibt, so gibt es keinen Grund, die Funktionen der menschlichen Produkte (Wasserpumpe) nicht ebenso »natürlich« zu erklären, d. h. in

Bestreitung der tatsächlichen Rolle ideeller Absichten im menschlichen Handeln. Bei »mentalen Zuständen«, z. B. Absichten, handele es sich demnach bestenfalls um eine kommode Redensweise, die eine bestimmte Funktion in der Oberflächenbeschreibung menschlichen Verhaltens erfülle, aber selbst keinen Realitätsgehalt aufweise. Letztlich gäbe es nur physische Prozesse, im Fall des Menschen Neuronalprozesse im Gehirn. Der Naturalismus erweist sich als metaphysischer Materialismus, der die ideelle Denk- und Absichtsfähigkeit des Menschen in Abrede stellt, zugleich aber – subjektiv-idealistisch – überall »Funktionen« entdeckt, als folgten sie (ideellen) Absichten.

Ruhm und Grenzen des Turing-Tests

Für den Pionier der Informatik, Alan Turing, war es nicht wert, sich lange mit der schlecht definierten Frage aufzuhalten, was das Denken sei. 1950 sagte er voraus, dass in 50 Jahren ohnehin niemand mehr Anstoß daran nähme, dass man dem Computer Denken zuschreibt. Noch einmal 25 Jahre später ist »niemand« vielleicht immer noch etwas übertrieben, aber nicht nur in der Alltagssprache, sondern auch unter den Experten ist die irriige Meinung weit verbreitet, »künstliche Intelligenzen« wie ChatGPT übernahmen Denkfunktionen des Menschen.

Zunächst zeigt dies den beeindruckenden technischen Fortschritt der KI-Entwicklung. LLMs (Large Language Models) sind die Technologie, die Chatbots wie ChatGPT zugrunde liegt. Auf der Grundlage großer Datenmengen (Big Data) und komplexer Korrelationsmuster wird das jeweils wahrscheinlichste nächste Wort berechnet. Auf diese Weise entsteht maschinell erzeugter Text, der auf menschliche Eingaben oft überraschend inhaltsreich und kohärent reagiert. Es wirkt beinahe wie Magie – vor allem, wenn man sich den Ablauf schematisch vor Augen führt: Der Nutzer stellt eine für ihn sinnvolle Frage. Diese Eingabe wird von der Maschine in eine Zahlenrepräsentation übersetzt, konkret in eine digitale Abfolge von Nullen und Einsen. Diese durchläuft eine algorithmisch definierte Sequenz gewichteter Koeffizienten, deren Parameter aus einer enormen Menge an Vergleichsdaten (Trainingsdaten) abgeleitet wurden. Dabei entstehen statistische Strukturen, aus denen wiederum eine neue Zahlenabfolge erzeugt wird – ebenfalls als Bitfolge –, die schließlich in sprachliche Ausgaben zurückübersetzt wird: als Sätze, die uns als überraschend sinnvolle Antworten auf unsere weitgehend beliebige Frage erscheinen. Doch selbst diese Abfolge von Nullen und Einsen existiert in der Maschine nicht als solche. Vielmehr wird ein mathematisches Modell auf der Hardware implementiert. Es steuert die Abfolge elektrischer Impulse im Schaltkreis. Der maschinelle Prozess ist letztlich nichts anderes als eine spezifische physikalische Dynamik des Elektronenflusses. Die gängigen Beschreibungsebenen – ob als Binärcode oder als mathematisches Programm – sind nützliche Abstraktionen. Sie helfen uns, die extreme Komplexität der inneren Abläufe im Computer funktional zu erfassen und gezielt zu beeinflussen. In der Maschine realisiert werden

sie aber ausschließlich über materiell-physikalische Prozesse. Je nach Programmierung reproduziert die KI als »stochastischer Papagei« eher Mehrheitsmeinungen (Echo-Kammern) oder generiert neue Musterkombinationen, die für die jeweiligen menschlichen Experten (Go-Spieler, Komponisten etc.; vgl. Eder 2025) gegebenenfalls überraschend anregend und durchaus sinnvoll sein können.

Doch Turings Vorhersageerfolg erklärt sich nicht nur durch den offensichtlichen technischen Fortschritt, sondern sie drückt auch den Siegeszug bürgerlicher Ideologie aus. Es ist subjektiver Idealismus, das Sein danach bestimmen zu wollen, wie es uns erscheint, wenn also das Sein vom Denken abhängig gemacht wird. Für das Sein des als »Künstliche Intelligenz« bezeichneten Prozess ist es völlig unerheblich, als was er jemandem »erscheint« bzw. was jemand über ihn denkt. Selbst das Denken der Wissenschaftler oder sogar aller Menschen hat allein keinerlei Auswirkungen auf den materiellen Prozess, sondern allenfalls das menschliche Handeln z. B. der Programmierer. Daher ist der sogenannte »Turing-Test« ein Dummenfang, dem zufolge wir dann berechtigt sind von »Künstlicher Intelligenz« bzw. »maschinellen Denken« zu sprechen, wenn wir im Test die Imitation menschlichen Verhaltens durch programmierte Maschinen nicht mehr vom tatsächlichen, menschlichen Verhalten unterscheiden können. Die Tatsache, dass uns die maschinellen Antworten der Chatbots als »intelligent« erscheinen, da sie in Form und Inhalt menschliche Äußerungen imitieren, ändert ihr Sein keinesfalls, sondern bestenfalls ihre Bedeutung im Denken und Handeln der Menschen. Schon Marx wusste: »alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen« (MEW 25: 825). Daher kommt es nicht darauf an, als was uns etwas erscheint, sondern gegebenenfalls auf die wissenschaftliche Untersuchung, was es tatsächlich ist. Für diese besteht kein Zweifel: die maschinelle Imitation funktioniert gänzlich verschieden vom menschlichen Original. Niemand täuscht sich, indem er beispielsweise einen toten Bildschirm mit einem lebenden Menschen verwechselt. Und sollten uns humanoide Roboter dereinst auch visuell täuschen, so müssten wir halt genauere Nachforschungen anstellen. Schaut man hinein in das Innere eines menschlichen Körpers, speziell in das körperliche Organ Gehirn und vergleicht es mit dem elektronischen Innenleben eines Computers, so findet man bestenfalls ideell konstruierte Analogien über zugeschriebene »Funktionen« (»neuronale Netze«), keinesfalls etwas zum Verwechseln ähnliches. Nach bisherigem Kenntnisstand braucht es eine Reihe von anorganischen und vor allem biologischen Voraussetzungen, damit bei Lebewesen Bewusstsein entstehen kann, über welche die künstliche Technik – zumindest bisher – nicht verfügt.

Weniger offensichtlich ist, dass die Chatbots mit den generierten Wortfolgen ausschließlich materielles Verhalten von Menschen imitieren, keinesfalls aber das ideelle Denken. Beispielsweise spricht der Professor

für Informatik, Fuchs-Kittowski, von der »materiell-technische(n) Vergegenständlichung geistiger Prozesse« (2004: 1.046) und der »Vergegenständlichung des Geistigen in Software« (2021: 56). Dies verleitet zu dem Fehlschluss, die Wortfolgen könnten, weil sie für uns einen Sinn haben, auch nur von einer menschenähnlich denkfähigen Macht hervorgebracht worden sein. Es gibt keine künstlichen Bewusstseinszustände oder Denkinhalte und in diesem Sinne auch keine künstliche Intelligenz. Eine ernsthaft vertretene, sich nicht nur dem ersten Anschein hingebende Ansicht, bei menschlicher und künstlicher Intelligenz könne es sich um das Gleiche handeln, ist ausschließlich dem metaphysischen, sogenannten »naturalistischen« Vorurteil geschuldet, wonach es sich beim menschlichen Gehirn und den Rechenmaschinen um »funktionell« Gleiches handele.

Wer oder was ist intelligent?

Hörz definiert: »Intelligenz ist Problemlösungskapazität« (2011: 3). Auch wenn man dies akzeptiert, so ist ihm sofort entgegen zu halten, dass eine KI nichts erkennen kann, somit für sie sich weder Probleme noch Problemlösungen stellen. Sinn, Bedeutung, und damit auch Intelligenz entstehen in den »Dialogen« mit Chatbots ausschließlich in den Köpfen der – direkt oder indirekt – beteiligten Menschen: jener, die die Fragen stellen und die Antworten verstehen, die die KI programmieren und trainieren, die die sprachlichen Äußerungen getätigt haben, die als Daten in die KI eingehen, und überhaupt all jenen, die mit ihrer Arbeit die Existenz der KI (und unserer gesamten gesellschaftlichen Welt) erst ermöglichen, angefangen bei den Produzenten der notwendigen Energie, bis zu den Putzfrauen und Müllmännern. Sie alle verfügen über Intelligenz, denn sie können selbstbestimmt Bedeutungen denken und entsprechend absichtsvoll handeln, einschließlich aus eigener Initiative mit Menschen oder auch Chatbots kommunizieren, um gegebenenfalls Probleme zu lösen. Dies gilt nicht für Computer oder KIs. Nicht nur, weil sie einer anderen Entstehungsgeschichte entspringen und in ihrem physischen Sein schlicht verschieden sind, sondern vor allem, weil sie programmiert werden müssen, das heißt: Sie folgen ausschließlich fremdgesetzten Absichten. Denn: Sie können nicht denken, verfügen über keinerlei ideelle Bedeutungen – von einem Selbstbewusstsein ganz zu schweigen – und sind daher zu keiner selbstbestimmten Handlung aus freiem Willen fähig, wie menschliche Individuen (zum marxistischen Freiheitsbegriff vgl. Vellay 2022).

Bei KI handelt es sich bloß um ein lebloses Werkzeug, welches uns gegebenenfalls beim Denken behilflich sein kann ... Die KI genannte Computersoftware ist dagegen ein materieller Gegenstand ohne Bewusstsein oder ideelles Denken. In Hörz' Terminologie wäre die KI damit angemessener zu den »künstlichen Mittel[n]« zu zählen, »wie Aufzeichnungen (...), Rechenhilfen (...), Buchdruck« (ebd.). Um es an den sprachlichen Mitteln der Kommunikation deutlich zu machen: weder Schallwellen des gesprochenen Worts, noch Pigmente auf dem Papier oder Pixel am Bildschirm, noch Körperbewegungen der Gebärdensprache, oder – noch

weniger, ist man irreführend versucht, zu sagen – ihre digitale Verarbeitung zu Bitmustern elektrischer Impulse haben an sich ideelle Qualität. Die materiellen Träger (Laut, Schrift, Pixel oder elektrische Impulsfolgen) sind notwendige Bedingungen für sprachliche Mitteilungen, aber nicht hinreichend, da sie zwar eine syntaktische Struktur haben, an sich jedoch keinerlei semantischen Sinn.² Die KI imitiert genau genommen nur die materielle, syntaktische Struktur sprachlicher Äußerungen³, nicht aber die ideellen Gedankeninhalte, die unabdingbar zur menschlichen Sprache gehören. Ideelle Bedeutungen haben die materiellen Träger ausschließlich für uns denkfähige Menschen, die wir an ihrer jeweiligen Struktur die entsprechenden Bedeutungen abzulesen und zu denken gelernt haben.

Daher sind die materiell programmierte KI und die Computer-Maschine genauso wenig »intelligent« wie das materielle Buch in unserer Hand.⁴ Sprechen wir von einem intelligenten Buch, so meinen wir dessen ideellen Inhalt, der jedoch nur vom Schriftsteller und den Lesern des Buchs gedanklich realisiert wird. Allerdings können wir uns bei der KI, aufgrund der dynamischen, interaktive Kommunikation simulierenden Form viel leichter täuschen und sind spontan geneigt, ihr bewusste Denkfähigkeit zuzusprechen. Das Genie der Ingenieure riskiert umso mehr ein Hindernis für die philosophische Orientierungsfähigkeit der Menschen in der Welt zu werden, als der ideologische Begleitdiskurs aus dem Silicon Valley massiv in die Irre leitet. Dagegen gilt es zu betonen: Ausschließlich im Denken der Menschen, die diese Gegenstände herstellen oder benutzen, entsteht die von diesen Gegenständen entsprechend ihrer Form (Struktur) »transportierte« ideelle Bedeutung, welche wir gewohnt sind, als (mehr oder weniger) intelligent zu bezeichnen.

Wenn wir vielfältige »Dialoge« mit (meist) richtigen »Antworten« des Computers auf von uns beliebig aufgeworfene Fragen führen, fällt es schwer, das Bewusstsein darüber wach zu halten, dass es sich bei den täuschend echten »Antworten« der KI zwar um ein intelligentes Meisterwerk menschlicher Programmierkunst handelt, der Computer aber keineswegs

Schluss: Wer beherrscht die KI

- 2 Der im Zusammenhang mit KI gebrauchte Begriff der Semantik bezieht sich auf die statistische Berücksichtigung von Wortkontexten, um sich dem fehlenden Sinnverständnis zumindest imitativ anzunähern. Ein echtes, bewusstes Verstehen bleibt solchen Systemen jedoch verwehrt – sie bleiben semantisch blind.
- 3 Dies ist auch der Grund – der hier aber nur angedeutet werden kann –, warum der menschliche, semantische Informationsbegriff vom strukturorientierten der Informatik abweicht, weshalb Fuchs-Kittowski (vgl. 2004: 1049) zu Recht festhält, dass es keine angemessene Informations-Theorie von »materieller Codierung und ideeller Bedeutung« gibt.
- 4 Haug – einmal ist keinmal – ist Recht zu geben, wenn er sagt: »Das Quidproquo (...) Güter intelligent zu nennen, ist ein gedankenloser Anthropomorphismus (...) Intelligente können nur lebendige Subjekte sein« (Haug 2002, ähnlich 2004). Genau diesen »gedankenlosen Anthropomorphismus« kultiviert hingegen das HKWM, wenn es unter dem Lemma »Künstliche Intelligenz« heißt: KI hätte die »notwendigen und hinreichenden Mittel für allgemeine intelligente Handlungen« (Ohm 2012: 491).

intentional und verstehend mit uns »spricht«. So verblüffend die menschliche Konversationskompetenz imitierenden Ergebnisse der KI sind, so bedürfen sie immer der Interpretation durch die Menschen, um zunächst für uns Bedeutungen zu erlangen und um sie sodann kritisch zu kontrollieren und zwar doppelt: auf Sinnhaftigkeit und Faktizität, aber auch bezüglich ideologischer Verzerrungen entsprechend der gesellschaftlich herrschenden Meinung.

Lukács kritisiert in seiner *Ontologie* (1984–6) die naturalistische Ideologie unter der Bezeichnung Neopositivismus, der ebenso wie die Phänomenologie als zweite Hauptlinie der bürgerlichen Gegenwartsphilosophie die objektive Wirklichkeit negiert. Während diese das subjektive Erleben zur einzig zugänglichen Wirklichkeit erklärt, verweigert der Neopositivismus die Anerkennung des spezifisch menschlichen Bewusstseins. Beide bereiten den Weg für irrationales Denken und entsprechende politische Praxis der Klassenherrschaft.⁵ Insbesondere naturalisiert der technophile Neopositivismus den denkenden Menschen und seine gesellschaftliche Praxis. Die antihumanistische Rede von der funktionalen Gleichheit menschlicher und künstlicher Intelligenz ist herrschaftsstabilisierende Ideologie, da sie die gesellschaftlichen Verhältnisse naturalisiert. Nicht nur wird verdunkelt, dass sie das Produkt des Menschen sind, sondern auch dass nur die Menschen denk- und handlungsfähige Subjekte sind, die diese Verhältnisse bewusst humaner gestalten können.

Selbst die Kritik der angeblich die Menschheit bedrohenden Verselbständigung der KI bleibt in den Nebelkerzen bürgerlicher Ideologie verfangen.⁶ Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf die Schimäre der Herrschaft der Technik⁷, wodurch die manipulativen Möglichkeiten der Bourgeoisie mittels Techniken wie KI, ebenso wie ihre tatsächliche Klassenherrschaft aus dem Blick geraten. Ob die Nutzung der KI, statt zur Verbreitung herrschaftskonformen Denkens (Seppmann), auch als technische Hilfe zur Kritik und Überwindung der kapitalistischen Ordnung dienen kann, darum muss der – auch ideologische – Klassenkampf geführt werden. Die Stärkung der Denk- und Kritikfähigkeit der Menschen wird zunehmend zu einer zentralen Aufgabe im Überlebenskampf der Menschheit gegen die tatsächlich existentiell drohenden Gefahren (zuvorderst Kriege

5 Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Tech-Milliardäre des Silicon Valley ihre geballte Monopolmacht nun der offen irrationalistischen Machtausübung Donald Trumps zur Seite stellen und ihre anfänglichen Berührungängste zum Schmuttelkind der US-amerikanischen Bourgeoisie mit seinen zumindest offenen Flanken zum Neofaschismus ad acta legen.

6 Schon Turing meinte, es sei »damit (zu) rechnen, dass die Maschinen die Macht übernehmen« (zitiert nach Ohm 2012: Sp. 487). Eine (willentliche) Verselbständigungsgefahr der KI, vor der sogar Hörz warnt (vgl. 2011: 14), ist jedoch bloß dystopische, von den Tech-Bossen mit viel Geld kultivierte Science-Fiction.

7 Die tatsächliche Frage hinsichtlich der »neuen Gestaltungsmittel« (Hörz 2011) ist nicht, ob die KI uns oder wir die KI beherrschen, sondern wer und zu welchem Ziel beherrscht die KI und die Technik allgemein.

und ökologische Krise), für deren Meisterung die kapitalistische Gesellschaftsordnung das Haupthindernis darstellt. Es wird Zeit, dass die fortschrittlichen Kräfte ihre wirkliche Intelligenz nutzen, um die künstliche »Intelligenz« – wie alle Produktivkräfte – der Kontrolle durch die Bourgeoisie zu entreißen.

- Fuchs-Kittowski 2004: Information II, HKWM 6/2, Sp. 1035–1056.
- Fuchs-Kittowski, Klaus 2021: Wie Marx das Wesen der Automatisierung sah, MB 5: 53–60.
- Haug, Wolfgang F. 2002: Zur Frage der Im/Materialität digitaler Produkte, Das Argument 5/6.
- Haug, Wolfgang F. 2004: Information (I), HKWM 6/II, Sp. 1034–5.
- Hörz, Herbert 1996: Information – Philosophische Aspekte, MB 6: 49–57.
- Hörz, Herbert 2011: Beherrschen wir die neuen Gestaltungsmittel? Philosophisches zur Beziehung von menschlicher und künstlicher Intelligenz.
- <https://leibniz-institut.de/konferenzen/konferenz-archiv/12-leibniz-konferenz-kognitionstechnologien-2011/>
- junge Welt 9.07.2025: Beilage Künstliche Intelligenz, mit Beiträgen von Barbara Eder (S. 8), Max Grigutsch (4), Sabine Knütter (1) u. Peter Schadt (3).
- Lukács, Georg 1984–6: Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins, LuW Bd. 13 u. 14, Darmstadt/Neuwied: Luchterhand.
- Ohm 2012: Künstliche Intelligenz, HKWM 8/1, Sp 483–501.
- Seppmann, Werner 2018: Der Mensch als Auslaufmodell – Über die Ideologie des IT-Kapitals, Freidenker 3: 52–61.
- Vellay, Claudius 2019: Arbeit als ontologische Zentralkategorie, MB 5: 59–70.
- Vellay, Claudius 2021: Marxistische Subjekttheorie in Anschluss an Lukács' »Ontologie des gesellschaftlichen Seins«, MB 3: 23–31.
- Vellay, Claudius 2022: Zum marxistischen Freiheitsbegriff – Auswahl unter Möglichkeiten statt determinierender Notwendigkeit, MB 4: 44–53.
- Vellay, Claudius 2024: Marxistischer Materialismus, MB 2: 56–62.

Literatur



Leon Sierau, Hamburg, Psychologe, Informatiker, promoviert zu mathematischen Grundlagen maschinellen Lernens

»Intelligenz« ohne Bewusstsein Wohin geht die KI-Entwicklung?

Leon Sierau

War es vor wenigen Jahren wohl noch die Gentechnologie, welche den größten Teil bombastischer Behauptungen in Richtung einer in Bälde bevorstehenden Aufhebung der menschlichen Spezies durch höherentwickelte Superintelligenzen auf sich vereinen durfte, ist dieser Pokal – spätestens seit dem durchschlagenden Erfolg von auf Large Language Models (LLMs) basierenden Chatbots – mittlerweile an die sog. »Künstliche Intelligenz« weitergewandert. Mahnende Stimmen mit apokalyptischen Prophezeiungen kommen dabei keineswegs nur aus dem pseudo- und populärwissenschaftlichen Spektrum. Es lohnt daher eine genauere Betrachtung dessen, was da mit welchen Argumenten behauptet wird.

Spektakuläre Behauptungen

Stellvertretend für die seriöseren »KI-Mahner« steht Geoffrey Hinton. Als Pionier des maschinellen Lernens mithilfe künstlicher neuronaler Netze und vielfach ausgezeichnete Wissenschaftler (zuletzt erhielt er 2024 den Nobelpreis für Physik), machte er in den letzten Jahren immer wieder mit spektakulären Aussagen im Hinblick auf die durch »KI« entstehenden Gefahren für die Menschheit auf sich aufmerksam. Beispielhaft dafür steht ein Radiointerview Ende 2024, in dem er, gefragt nach seiner persönlichen Einschätzung der Wahrscheinlichkeit einer »KI«-bedingten Apokalypse innerhalb der nächsten 30 Jahre, mit »10 to 20 percent« antwortet. Auf Nachfrage des Moderators spezifiziert er: »*Sehen Sie, wir [Menschen, Anm. des Autors] mussten bisher noch nie mit Dingen umgehen, die intelligenter als wir selbst sind [...] Wie viele Beispiele einer intelligenten Entität, die durch eine weniger intelligente kontrolliert wird, sind Ihnen bekannt? Es gibt kaum welche.*«¹

Nicht zuletzt wegen seiner unbestreitbaren Verdienste in der praktischen Nutzbarmachung maschinellen Lernens wird Hinton von Einigen durchaus ernstgenommen. Eine umfassende schriftliche Niederlegung seiner Gründe für diese Prognosen sucht man vergeblich. Aus seinen öffentlichen Auftritten lässt sich sein Hauptargument aber ableiten: Der unerwartet rasche Fortschritt beim Einsatz maschinellen Lernens für immer größere Anwendungsfelder.

1 <https://www.theguardian.com/technology/2024/dec/27/godfather-of-ai-raises-odds-of-the-technology-wiping-out-humanity-over-next-30-years>.

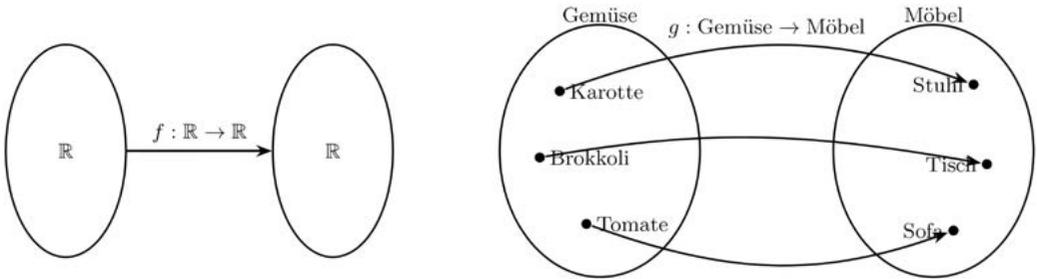


Abbildung 1. Links: Eine Abbildung von den reellen Zahlen in die reellen Zahlen, wie man es aus der Schule kennt. Ein Beispiel wäre etwa $f(x) = 0.5x + 1$. Rechts: Eine Abbildung von der Menge »Gemüse« in die Menge »Möbel«. Beispielsweise ordnet g dem Input »Tomate« den Output »Sofa« zu ($g(\text{Tomate}) = \text{Sofa}$).

Einzuwenden ist gegen seine Beobachtung der überraschend schnellen Skalierung und der für den menschlichen Entwickler zunehmend undurchschaubaren Lern-Mechanismen zunächst einmal nichts. Der Schritt von diesen Feststellungen zur »KI«-Apokalypse ist jedoch ein großer und ein falscher. Wie kommt ein unbestreitbar kompetenter Wissenschaftler wie Hinton auf die Idee, wir würden bald von mit (Macht-)Willen und Bewusstsein ausgestatteten Super-Intelligenzen ausgerettet?

Wird heute von »KI« gesprochen, sind in der Regel maschinell gelernte Modelle (MLM) gemeint. Ein Modell meint hier eine mathematische Funktion. Mathematische Funktionen wiederum sind Abbildungen von einer Definitions- in eine Bildmenge. Praktisch kann man sich die Definitionsmenge als alle möglichen Inputs und die Bildmenge als alle möglichen Outputs einer Funktion vorstellen. Abbildung 1 veranschaulicht dies.

Die Funktionen, die uns im Folgenden interessieren, lassen sich mit einer endlichen, großen Anzahl von Parametern *parametrisieren*. Das bedeutet, dass sie durch ihre Parameter vollständig charakterisiert sind. Abbildung 2 zeigt beispielsweise eine aus dem Schulunterricht bekannte affine Funktion $f(x) = ax + b$. Eine solche Funktion ist durch den Steigungsparameter a und den Achsendurchschnitt b charakterisiert. (Siehe Abbildung 2)

Das *maschinell gelernt* in MLM bezieht sich auf die automatische Findung der bestmöglichen Parameter auf Grundlage von Beispieldaten (»Trainingsdaten«), wobei »bestmöglich« sich auf die möglichst präzise Reproduzierbarkeit der Trainingsdaten bezieht. Zur Verdeutlichung führen wir das einmal selbst durch. Die Ausgangssituation ist wie folgt:

1. Wir haben eine Reihe von Datenpaaren, d. h. Input- und Output-Werte $(x, f(x))$ gegeben. Dies sind unsere Trainingsdaten. Unsere Aufgabe ist

Ein längerer Exkurs: Was ist maschinelles Lernen?

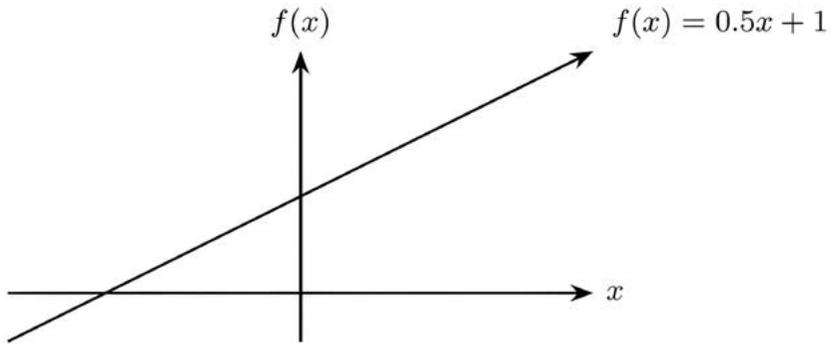


Abbildung 2. Ein sehr einfaches Beispiel einer parametrisierbaren Funktion von den reellen Zahlen in die reellen Zahlen. Dargestellt ist die affine Funktion $f(x) = ax + b$ mit den Parametern $a = 0.5$ und $b = 1$.

es, eine möglichst gute Annäherung an die datengenerierende Funktion zu finden.

2. Als vereinfachende Annahme fixieren wir für unsere Annäherung eine bestimmte Funktionsklasse, nämlich die der affinen Funktionen. D. h. wir haben nur Funktionen der Form $f(x) = ax + b$ zur Verfügung.
3. Die »wahre« Funktion, aus denen unsere Trainingsdaten generiert wurden, nennen wir f^i , bestimmt durch die »wahren« Parameter. Die Funktion, die durch unsere geschätzten Parameter bestimmt wird, nennen wir \hat{f} , die geschätzten Parameter heißen \hat{a} und \hat{b} .
4. Die »wahre« Funktion f^i ist uns unbekannt. Zur Verfügung stehen ausschließlich die Trainingsdaten.
5. Unser Ziel ist, dass unsere geschätzte Funktion \hat{f} möglichst nah an f^i liegt (»nah« in einem wohldefinierten Sinne, den wir hier aber nicht näher ausführen).

Zunächst betrachten wir den Fall, dass unsere Trainingsdaten durch die in Abbildung 2 dargestellte Funktion generiert wurden (mittlere Spalte in Tabelle 1).

Input x	Output $f^i(x) = 0.5x + 1$	Output $f^i(x) = x^2$
1	1.5	1
2	2	4
3	2.5	9
4	3	16

Tabelle 1. Trainingsdaten für zwei verschiedene »wahre« Funktionen. Mittlere Spalte: Affine Funktion. Rechte Spalte: Quadratische Funktion.

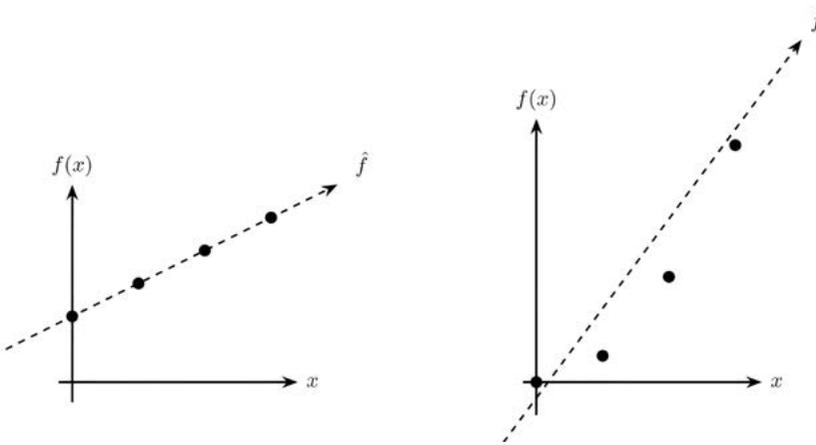


Abbildung 3. Links: Durch eine affine Funktion generierte Trainingsdaten (Tabelle 1, mitte). Die gestrichelte Linie stellt die geschätzte Funktion dar. Rechts: Durch eine quadratische Funktion generierte Trainingsdaten (Tabelle 1, rechts). Geschätzte Funktion wieder als gestrichelte Linie.

Wie würde ein Mensch vorgehen, der nur auf Grundlage der Trainingsdaten die Funktion f^i schätzen soll? Beispielsweise würde er die Datenpunkte, wie in Abbildung 3 (links) dargestellt, zeichnen und die visuell am besten dazu passende Funktion \hat{f} auswählen. In diesem Beispiel ist die Aufgabe denkbar einfach lösbar, da alle Punkte auf einer Geraden liegen. Da hier f^i und \hat{f} zur selben Funktionsklasse gehören, gilt sogar, dass wir die Parameter so schätzen können, dass $\hat{a} = a^i, \hat{b} = b^i$ und somit $\hat{f} = f^i$ gilt. (Siehe Abbildung 3)

Für die durch die Funktion $f^i(x) = x^2$ generierten Punkte (Tabelle 1, rechts) ist die Aufgabe schon schwieriger zu lösen. Zur Erinnerung: Durch Annahme (2.) aus der obigen Ausgangssituation haben wir nur Funktionen der Form $f(x) = ax + b$ zur Verfügung. Innerhalb dieser Funktionsklasse ist die »wahre« Funktion f^i offensichtlich nicht mehr exakt darstellbar. Wir sind also gezwungen, eine Funktion \hat{f} zu finden, die in einem wohldefinierten Sinne möglichst »nah« an f^i liegt (wobei verschiedene Definitionen von »Nähe« zugrunde liegen können). In anderen Worten, wir suchen nach der bestmöglichen Approximation der Funktion f^i . In Abbildung 3 (rechts) ist beispielsweise die Funktion \hat{f} dargestellt, die den durchschnittlichen quadrierten Abstand zu den Trainings-Datenpunkten minimiert. Viele dürften dieses Verfahren als *lineare Regression* oder *Methode der kleinsten Quadrate* kennen.

Hier werden mehrere zentrale Probleme der mathematischen Theorie des maschinellen Lernens deutlich:

1. Ist die zur Verfügung stehende Funktionsklasse nicht hinreichend reichhaltig, kann auch die beste geschätzte Funktion innerhalb dieser Klasse sehr stark von der »wahren« Funktion abweichen. Dies kann

nur durch eine Erweiterung der zur Verfügung stehenden Funktionsklasse, nicht aber durch eine größere Menge Trainingsdaten behoben werden.

2. Das Ergebnis der Schätzung kann sehr stark von den Trainingsdaten abhängen. Hätten wir im Fall $f^i(x) = x^2$ nicht die Punkte für $x = \{1, 2, 3, 4\}$, sondern bspw. für $x = \{5, 6, 7, 8\}$ als Trainingsdaten gegeben, wäre unsere optimale Schätzung \hat{f} eine andere gewesen. Mit einer wachsenden Menge an Trainingsdaten liegt unsere Schätzung \hat{f} allerdings mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit beliebig nah an der (innerhalb der zur Verfügung stehenden Funktionsklasse) bestmöglichen Schätzung.
3. Punkt 1 gilt auch in die andere Richtung: Ist die zur Verfügung stehende Funktionsklasse viel reichhaltiger als die der »wahren« Funktion, kann die resultierende Schätzung zwar perfekt zu den Trainingsdaten passen (d. h. die geschätzte Funktion schneidet alle Trainings-Datenpunkte), aber beliebig schlecht zu allen weiteren möglichen Datenpunkten, die nicht in den Trainingsdaten enthalten sind.

Man kann sich leicht überzeugen, dass das Finden der optimalen Parameter schon in sehr einfachen Szenarien wie den oben dargestellten Beispielen eine äußerst lästige Angelegenheit wäre, müsste es händisch durchgeführt werden. Glücklicherweise ist es möglich *Lernalgorithmen* zu entwerfen, die diese Aufgabe übernehmen. Ein *Lernalgorithmus* ist ein Verfahren, das die optimalen Parameter einer geschätzten Funktion in Bezug auf ein bestimmtes Maß der Passung oder »Nähe« zu den Trainingsdaten automatisch bestimmt.

Die hier skizzierte Lösung für ein Optimierungsproblem nennt sich *überwachtes* oder auch *angeleitetes Lernen*. »Überwacht/Angeleitet« deshalb, weil man sich die Trainingsdaten wie von einem Lehrer vorgegebene Beispiele vorstellen kann, anhand derer möglichst gut auf die zugrundeliegenden datengenerierenden Mechanismen geschlossen werden soll. In den 1960 bis 1990er Jahren konnten sehr starke theoretische Aussagen über die Konsistenz und Generalisierung von Lernalgorithmen in diesem Setting bewiesen werden, insb. im Rahmen der statistischen Lerntheorie von Vladimir Vapnik & Alexey Chervonenkis².

Ein weiterer Durchbruch war die Erschließung sogenannter künstlicher neuronaler Netze als flexible »Apparate« für die Approximation sehr breiter Funktionsklassen und somit als geeignete Basis für die Implementierung von Lernalgorithmen^{3,4}. Diese theoretischen Durchbrüche

2 Vapnik, V. N. (1995). *The nature of statistical learning theory*. Springer.

3 Cybenko, G. (1989). Approximation by superpositions of a sigmoidal function. *Mathematics of Control, Signals and Systems*, 2(4), 303–314.

4 Barron, A. R. (1993). Universal approximation bounds for superpositions of a sigmoidal function. *IEEE Transactions on Information Theory*, 39(3), 930–945.

gingen Hand in Hand mit der Erfindung effizienter Lernalgorithmen für ihr Training, durch die ihre praktische Anwendung auf vorher kaum lösbare Probleme erst möglich wurde⁵.

Die Übertragung der oben skizzierten Beispiele auf etwa einen LLM-basierten Chatbot liegt natürlich nicht gerade auf der Hand. Der Leser sollte aus dem vorherigen Abschnitt aber mitnehmen:

- Maschinelles Lernen bezeichnet ein Verfahren zur optimalen Approximation von Funktionen und zwar:
 - Auf Grundlage empirischer Daten
 - Durch Parameteroptimierung mit Hilfe von Lernalgorithmen.

Wie oben schon angedeutet, sind die Funktionen, um die es dabei geht, keineswegs auf die aus dem Schulunterricht bekannten univariaten, reellwertigen Funktionen beschränkt. Möglich sind bspw. auch Abbildungen von Gemüse auf Möbel. Insb. sind Funktionen nicht auf deterministische Funktionen beschränkt, sondern können auch Abbildungen von Inputs auf eine Wahrscheinlichkeitsverteilung über mögliche Outputs sein. Ein LLM wie GPT-4 ist (modulo einige technische Feinheiten) eine Funktion, die einen Input (die Texteingabe des Nutzers) mit gewisser Wahrscheinlichkeit auf bestimmte Outputs abbildet.

Wichtig ist: Bei allem gerechtfertigten Erstaunen über den rasanten Fortschritt in ihrer Anwendung sind und bleiben MLM Funktionsapproximationen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Neben dem oben skizzierten Paradigma des überwachten Lernens existieren das sog. *unüberwachte* und das *Verstärkungslernen*⁶. Insbesondere das letztere hat zur beeindruckenden Flexibilität moderner MLMs beigetragen. Mutmaßlich haben wir die apokalyptischen Prophezeiungen von Hinton und Co. in erster Linie dem raschen Fortschritt in der Anwendung des Verstärkungslernens zu verdanken.

Verstärkungslernen ist der psychologischen Theorie des Behaviorismus, genauer der auf der operanten Konditionierung⁷ basierenden Lerntheorie entlehnt. Anstelle von optimaler Anpassung an Trainingsdatenpunkte erfolgt die Parameteroptimierung hierbei auf Grundlage von Belohnungs- bzw. Bestrafungssignalen. Der wesentliche Unterschied zum überwachten Lernen besteht darin, dass für das Training des Modells keinen eindeutigen *wahren* zu einem bestimmten Input korrespondierenden Output geben muss. Stattdessen »lernt« das Modell, mit hoher Wahrscheinlichkeit Outputs zu generieren, die zu einer Belohnung führen. Dies

5 Rumelhart, D.E., Hinton, G.E., & Williams, R.J. (1986). Learning representations by back-propagating errors. *Nature*, 323(6088), 533–536.

6 Sutton, R.S., & Barto, A.G. (2018). *Reinforcement learning: An introduction* (2nd ed.). MIT Press.

7 Skinner, B.F. (1938). *The behavior of organisms: An experimental analysis*. New York: Appleton-Century-Crofts.

ermöglicht es insb. auch, exploratives Verhalten zu belohnen, weshalb das Modell nicht »steckenbleibt«, sobald es das erste Belohnungssignal für einen Output erhält, sondern nach langfristig noch besseren Outputs suchen kann. Damit wird es möglich, MLM wesentlich komplexere Verhaltensmuster »beizubringen«. Probleme wie das Training von MLM für das Spielen von Videospiele wurden bspw. erst durch das Verstärkungslernen gelöst.

Das Bewusstsein eine mathematische Funktion, der Wille eine Illusion?

Wieso nicht wenige seriöse Wissenschaftler in diesen bemerkenswerten Fortschritten in der Funktionsapproximation schon die Dämmerung bewusster Maschinen sehen, mag auf den ersten Blick verwundern. Es wirkt aber weit weniger erstaunlich, wenn man sich vergegenwärtigt, wie stark das psychologische Weltbild – konkreter das Bild des Menschen als Reiz-Reaktions-Organismus – das Denken der gesamten Kognitionswissenschaft durchdringt. Diese Sicht auf den menschlichen Geist hat der (frühe) Behaviorismus, der den Geist als »Black-Box« zwischen Stimulus und Reaktion auffasste, lediglich am konsequentesten formuliert, nicht aber für sich gepachtet. Zwar hat man sich von der Black-Box-Idee mittlerweile größtenteils verabschiedet. Die Auffassung, der Mensch sei durch teils in seiner Umwelt, teils in seinem Inneren angesiedelte Reize gelenkt, ist in Psychologie und Kognitionswissenschaft aber eine auch heute noch als gültig angenommene Grundüberzeugung⁸⁹.

In den ersten beiden Dekaden des 21. Jahrhunderts waren es die Fortschritte in der immer hochauflösenderen funktionellen Bildgebung des Gehirns, die mit einem Wiederaufleben des Neuroreduktionismus in der Psychologie einhergingen. Dieser bescherte uns die Verbreitung der irri- gen Annahme des Bewusstseins und des freien Willens als »evolutionäre Illusion«, u. a. vertreten durch den prominenten deutschen Hirnforscher Wolf Singer¹⁰. Nicht zuletzt durch das Aufkommen immer leistungsfähigerer MLM wurde dieser Trend inzwischen von der wieder in Mode kommenden *rechnerischen Theorie des Geistes* überholt, d. h. der Auffassung, der Geist sei im Grunde eine Sammlung formaler Regeln für die symbolische Verarbeitung sog. mentaler Repräsentationen¹¹. Der gedankliche Schritt von dieser Sicht auf den Geist zur Erwartung der baldigen Bewusstwerdung der Maschinen ist kein allzu großer: Begreift man das menschliche Denken und Verstehen als eine Menge formaler Regeln für die Informationsverarbeitung, also letztlich als eine Sammlung

8 Holzkamp, K. (1985). *Grundlegung der Psychologie*. Frankfurt/M.: Campus Verlag.

9 Krölls, A. (2016). *Kritik der Psychologie – Das moderne Opium des Volkes* (3. aktual. u. erweit. Aufl.). Hamburg: VSA-Verlag.

10 Singer, W. (2004). *Der Beobachter im Gehirn: Essays zur Hirnforschung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

11 Haugeland, J. (1994). *Künstliche Intelligenz: Die Natur des Denkens*. München: Oldenbourg Verlag.

mathematischer Abbildungen, müssen einem die heutigen MLM wohl als unmittelbare Vorstufe der sog. technologischen Singularität erscheinen.

Die Unangemessenheit solcher Auffassungen über den Geist kann hier nicht umfänglich belegt werden. Wir belassen es bei dem von J. Mark Bishop formulierten Hinweis darauf, dass die Prämisse, menschliches *Verstehen* sei in letzter Instanz nichts anderes als die Befolgung formaler Regeln, nach den Regeln der formalen Logik in die Zuschreibung von Bewusstsein zu sehr einfachen unbelebten Objekten wie etwa Steinen mündet¹².

Nicht gelegnet werden soll hier die Tatsache, dass verschiedene Geistesfunktionen gut durch mathematische Modelle, insb. mit Hilfe von Methoden der Wahrscheinlichkeitstheorie, *beschreibbar* sind. Beispiele hierfür sind etwa die auditive und visuelle Wahrnehmung¹³.

Unabhängig davon, ob man rechnerischen Theorien des Geistes etwas abgewinnen kann, ist es natürlich eine spannende Frage, ob MLM in ihrer aktuell existierenden Form sich bereits der Grenze ihrer theoretischen Möglichkeiten nähern oder nicht. Im Abschnitt über MLM als Funktionsapproximation wurde die Frage ausgespart, wie Lernalgorithmen zu optimalen Parameterschätzungen gelangen. Hier zumindest einige Hinweise dazu: Eine wesentliche Rolle spielt die Klassifikation von Daten anhand ihrer Ähnlichkeit. Eine Voraussetzung dafür, dass MLM überhaupt generalisieren, d. h. eine gute Approximation der zugrundeliegenden Funktion auf von nicht im Trainingsmaterial enthaltenen Daten abgeben können, ist, dass verschiedenen Daten in Bezug auf ihr »Verhalten« eine Ähnlichkeit zugewiesen werden kann. Erhält ein MLM etwa diverse Bilder von Katzen als mit dem Label »Katze« und diverse Bilder von Hunden mit dem Label »Hund« als Trainingsdaten, werden Pixelmengen mit demselben Label als ähnlicher klassifiziert.

Vereinfacht ausgedrückt kann ein MLM in diesem Beispiel eine Wahrscheinlichkeitsverteilung, über die zum Label »Katze« bzw. »Hund« korrespondierenden Pixel-Konfigurationen lernen. Das bedeutet grob, dass der Lernalgorithmus die Parameter schrittweise so anpasst, dass Pixel, die unter der »Katzen-Verteilung« sehr wahrscheinlich sind, auf den Output »Katze« abgebildet werden und andersherum. Je schärfer die beiden Verteilungen getrennt sind, desto einfacher ist das Lernen der optimalen Parameter. Möglich ist die Trennung immer, sofern hinreichend viele Parameter zur Verfügung stehen.

Weil MLM immer etwas über die Daten-Verteilung (im Sinne einer Wahrscheinlichkeitsverteilung) »lernen« müssen, sind sie statistische

MLM als
statistische
Modelle

12 Bishop, J.M. (2021). *Artificial intelligence is stupid and causal reasoning will not fix it*. *Frontiers in Psychology*, 11, 513474.

13 Knill, D.C., & Richards, W. (Eds.). (1996). *Perception as Bayesian Inference*. Cambridge University Press.

Modelle. Dabei ist es im Grunde unerheblich, wie kompliziert das zu lösende Optimierungsproblem oder die verwendete Architektur des »lernenden« Systems im konkreten Fall ausfallen mögen. Ein MLM »lernt« eine Repräsentation der ihm präsentierten Daten, die gut dafür geeignet ist, zu optimalen Parametern für die konkret vorliegende Aufgabe auf genau den konkret vorliegenden Daten zu gelangen. Werden Katzenbilder beispielsweise zufällig sehr häufig innerhalb von Wohnungen und Hundebilder sehr häufig im Wald oder auf einer Wiese präsentiert, wird die Daten-Repräsentation des MLM diese Information nutzen, um die Bilder nach Ähnlichkeit zu gruppieren. In der Konsequenz würde es ein in einer Wohnung aufgenommenes Hundebild als »Katze« klassifizieren. Für einen menschlichen Betrachter wäre hingegen klar, dass diese Hintergrundinformationen irrelevant für die eigentliche Aufgabe sind.

Diese Problematik ist in der Theorie und Praxis des maschinellen Lernens natürlich seit Jahrzehnten bekannt. Die ersten und offensichtlichsten Methoden zur Abhilfe bestehen darin, dafür zu sorgen, dass die Trainingsdaten möglichst unabhängig von für die eigentliche Aufgaben irrelevanten Informationen ausgewählt werden, sie mit künstlich erzeugten Perturbationen (z. B. die Addition von zufälligem »Rauschen«) zu versehen etc. Jeder MLM-Ingenieur, der etwas auf sich hält, wird heutzutage zahllose Verfahren zur Verhinderung solcher Modell-Fehlleistungen kennen. Doch egal wie geschickt die entsprechenden Tricks noch werden, die von MLM »gelernten« Repräsentationen sind datenabhängig. Das liegt schlicht in der Natur statistischer Lernalgorithmen.

Hierin liegt ein entscheidender Unterschied zwischen dem, was MLM »lernen« und dem, was Menschen lernen: Ein Mensch kann kontextübergreifende Sachverhalte *einsehen*, ein statistisches Modell ist dazu nicht in der Lage.

Die zukünftige Entwicklung

Heißt das, dass wir uns schon am Ende der rasanten Entwicklung des maschinellen Lernens befinden? Nicht notwendigerweise. Zwar sind Maschinen nicht in der Lage in dem Sinne zu denken und zu verstehen, wie es ein Mensch tut, doch das bedeutet nicht, dass ihre Möglichkeiten zur Imitation des menschlichen Verstandes schon ausgeschöpft sind.

Das zentrale Problem in der theoretischen Weiterentwicklung des maschinellen Lernens ist das des out of distribution learning (o. o. d.). Die klassische Theorie der Generalisierung bezieht sich auf die Verallgemeinerung von MLM auf Daten, die zwar nicht im Trainingsmaterial enthalten waren, aber durch dieselben Mechanismen wie die Trainingsdaten generiert wurden. Beim o. o. d. geht es hingegen um die Frage, inwiefern MLM dazu gebracht werden können, Repräsentationen zu »lernen«, die auch unter veränderten datengenerierenden Mechanismen noch nützlich sind. Um das wieder an einem Beispiel zu verdeutlichen: Ein Mensch könnte mit seinem Wissen über das Hebelgesetz auf einem Planeten mit anderer Schwerkraft ausgesetzt sein. Er könnte auf diesem Planeten mit

demselben Hebel andere Gewichte als auf der Erde bewegen, doch das Hebelgesetz wäre weiterhin gültig. Er müsste daher nur sein Wissen über die Schwerkraft aktualisieren, könnte sein sonstiges, weiterhin gültiges Weltwissen aber unverändert nutzen. Die Tatsache, dass die verschiedenen kausalen Mechanismen unabhängig sind, führt dazu, dass eine Anpassung an veränderte Umstände sehr effizient von statten gehen kann. Bei einem MLM wäre das aktuell nicht der Fall. Stattdessen müsste das gesamte zugrundeliegende statistische Modell unter den veränderten Gegebenheiten neu »gelernt« werden.

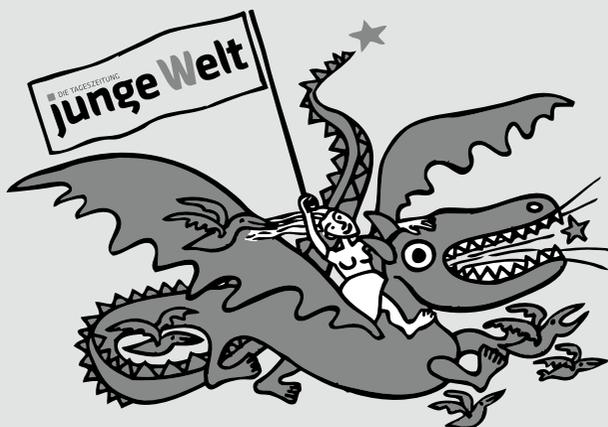
Obwohl MLM nicht denken können und man ihnen daher auch nicht erklären kann, was ein kausaler Mechanismus ist, ist es dennoch denkbar (und gibt es tatsächlich schon konkrete Ansätze dafür) Tricks zu finden, mit denen sich forcieren lässt, dass die von MLM gelernten Datenrepräsentationen mit Einklang mit bekannten kausalen Mechanismen stehen¹⁴. Die Modelle wären damit nicht im eigentlichen Sinne klüger, aber deutlich flexibler in ihren Einsatzmöglichkeiten. Ein weiterer vielversprechender Ansatz besteht im »Lernen« sog. Konzepte oder Kompetenzen¹⁵. Gemeint sind Modelle, denen man zunächst allgemein einsetzbare Fähigkeiten antrainiert, die für die flexiblere Lösung anspruchsvoller Probleme kombiniert werden können.

MLM werden, wenn nicht wegen ihrer von der menschlichen Intelligenz noch Lichtjahre entfernten Fähigkeiten, dann zumindest in Ermangelung der Fähigkeit, den entsprechenden Willen auszuprägen, aller Voraussicht nach nicht die Weltherrschaft übernehmen. Sehr plausibel erscheint es jedoch, dass wir in den nächsten Jahrzehnten noch weitere sprunghafte Entwicklung der Fähigkeiten von MLM erleben. Zumindest wird also weder den Weltuntergangspropheten noch den »KI«-Euphorikern der Stoff für ihre Geschichten ausgehen.

- 14 Schölkopf, B., Locatello, F., Bauer, S., Ke, N.R., Kalchbrenner, N., Goyal, A., & Bengio, Y. (2021). Toward causal representation learning. *Proceedings of the IEEE*, 109(5), 612–634.
- 15 Rajendran, G., Buchholz, S., Aragam, B., Schölkopf, B., & Ravikumar, P. (2024, November). *From causal to concept-based representation learning*. In *NeurIPS 2024* (Advances in Neural Information Processing Systems 37).

LPG junge Welt eG

Jetzt Mitherausgeber/in werden!



GRAFIK: THOMAS J. RICHTER

Als Mitglied der Genossenschaft tragen Sie dazu bei, der Tageszeitung *junge Welt* eine starke materielle Basis zu verschaffen. Diese stellt sicher, dass die Zeitung ökonomisch nicht erpressbar ist und inhaltlich unabhängig bleiben kann – und dass ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um Angriffe aller Art abwehren zu können. Dazu bedarf es weiterhin vieler weiterer Genossenschaftsmitglieder!

Infos und Aufnahmeantrag: jungewelt.de/genossenschaft

E-Mail: lpg@jungewelt.de



Künstliche Intelligenz in der Kriegsführung¹

Überblick, Hoffnungen und Risiken

Jens Hälterlein

Die Diskussion über den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) im Militär ist breit, dynamisch und zunehmend von praktischen Anwendungen geprägt. Längst geht es nicht mehr nur um ferne Zukunftsszenarien, sondern um Technologien, die bereits im Einsatz sind – in Simulationen, in der Logistik, bei der Zielerkennung, in Entscheidungsprozessen und nicht zuletzt in Form autonomer Waffensysteme.

Dieser Beitrag bietet einen Überblick über die gegenwärtigen Anwendungen von KI in der Kriegsführung, die mit ihr verbundenen Versprechen – sowie über die Kritikpunkte, die sich daraus ergeben.

Die militärischen Einsatzmöglichkeiten von KI-Technologien sind vielfältig und werden stetig weiterentwickelt. Die folgende Auswahl gibt einen ersten Eindruck – erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Simulationen und Kriegsspiele:

Ein Beispiel für KI-basierte militärische Simulationen ist das Projekt *Ghost-play* der Bundeswehr. Es handelt sich dabei um ein System, das verschiedene taktische und strategische Szenarien simuliert, ähnlich wie in einem Computerspiel. Dabei können virtuelle Gegner, die von KI gesteuert werden, auf menschliche Handlungen reagieren. So lassen sich mögliche Verhaltensmuster erproben und alternative Handlungsoptionen analysieren.

Logistik:

Auch im logistischen Bereich kommt KI zum Einsatz. Hier geht es etwa darum, frühzeitig vorherzusagen, wann Ersatzteile kaputtgehen und rechtzeitig nachzubestellen. Dadurch lassen sich Versorgungsabläufe optimieren. Auch Routenplanung kann durch KI unterstützt oder vollständig automatisiert erfolgen.

Überwachung und Aufklärung:

Drohnen, Satelliten und andere Überwachungstechnologien erzeugen eine große Menge an Bild- und Videodaten. Diese Daten auszuwerten



Dr. Jens Hälterlein, Universität Paderborn, hat Soziologie, Politikwissenschaft und Philosophie studiert, forscht zu »Meaningful Human Control« im Kontext KI und Krieg.

Breites
Anwendungsspektrum

1 Dieser Text basiert auf der Transkription eines Vortrags, der am 10. Juli 2025 im Rahmen der Veranstaltung »Automatisierte Kriege ...« in München gehalten wurde, <https://youtu.be/BtlqgTxTn2Y>.

ist arbeitsintensiv – eine Aufgabe, die KI-Systeme übernehmen können. Sie analysieren die Daten automatisiert, identifizieren Bewegungsmuster oder potenzielle Ziele und entlasten so menschliche Analysten.

Luftabwehrsysteme:

Bekanntere Beispiele wie das Patriot-System der USA oder der Iron Dome in Israel arbeiten mit KI-ähnlichen Funktionen. Diese Systeme erfassen automatisch feindliche Flugobjekte, berechnen deren Flugbahnen und leiten entsprechende Abwehrmaßnahmen ein – in einem Bruchteil der Zeit, die ein Mensch benötigen würde.

Entscheidungsunterstützungssysteme:

Systeme wie *Palantir AIP*, das Berichten zufolge unter anderem in der Ukraine und möglicherweise vom israelischen Militär eingesetzt wird, sollen militärisches Personal bei Entscheidungen unterstützen. In einem vereinfachten Bild kann man sich das so vorstellen: Nutzer:innen stellen eine taktische Frage – etwa, wie auf eine feindliche Truppenbewegung zu reagieren sei – und das System generiert daraufhin Vorschläge, aus denen gewählt werden kann. Diese Vorschläge basieren auf der Analyse umfangreicher Datenquellen durch die KI.

Zielidentifikation:

Die israelischen Systeme *Lavender*, *Gospel* und *Where's Daddy* werden von der IDF eingesetzt und dienen der automatisierten Generierung, Identifikation und Erkennung von Zielen. Ein weiteres prominentes Beispiel ist *Maven*, ein ursprünglich mit Google entwickeltes US-System, das heute von Palantir weiterentwickelt wird. Es wertet Daten aus und identifiziert potenzielle militärische Ziele. Maven kam laut offiziellen Angaben bereits in Syrien, im Irak und im Jemen zum Einsatz.

Autonome Waffensysteme:

Ein besonders kontrovers diskutierter Bereich sind autonome Waffensysteme, etwa sogenannte Kamikaze-Drohnen. Diese können eigenständig über einem Gebiet kreisen und greifen ein Ziel an, sobald bestimmte Kriterien erfüllt sind. Wie eine Rakete enthalten sie Sprengstoff und zerstören sich selbst und das Ziel beim Angriff. Im Kontext des Ukraine-Kriegs sind solche Systeme verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit geraten.

Militärische
Versprechen:
Geschwindigkeit,
Präzision,
Effizienz

Die Argumente, die für den Einsatz von KI im Militär vorgebracht werden, ähneln sich in vielen Fällen. Im Zentrum steht meist das Versprechen einer schnelleren Kriegsführung. Schneller als der Gegner zu agieren, wird als zentraler strategischer Vorteil betrachtet. Hinzu kommt das Versprechen auf höhere Präzision. KI soll helfen, zivile Opfer zu vermeiden, weil Ziele besser identifiziert und Angriffe gezielter ausgeführt werden können. Das würde sogenannte »Kollateralschäden« verringern.

Gleichzeitig, so das Argument, entlastet KI das militärische Personal. Automatisierte Prozesse übernehmen Aufgaben, die zuvor manuell erledigt werden mussten. Damit bleibe mehr geistige Kapazität für strategisch wichtige Entscheidungen. Zudem wird betont, dass Maschinen keine Emotionen haben – sie seien also nicht in der Lage, aus Hass, Rache oder Angst Kriegsverbrechen zu begehen.

Ein weiteres, häufig zu hörendes Argument ist die Vorstellung, dass sich völkerrechtliche und ethische Prinzipien – wie die Regeln für militärische Einsätze (»Rules of Engagement«) – in Algorithmen übersetzen lassen. In dieser Sichtweise würden Verstöße – z. B. gegen das Völkerrecht – technisch ausgeschlossen, weil die Software nur erlaubt, was den Kodizes entspricht.

Diesen optimistischen Erwartungen stehen zahlreiche Bedenken gegenüber – sowohl technischer als auch ethischer und rechtlicher Natur.

Zentrale
Kritikpunkte

Fehleranfälligkeit und Vorurteile:

Wie jede andere KI auch, sind militärische KI-Systeme anfällig für Fehler – insbesondere aufgrund des sogenannten Machine Bias. Wenn die Trainingsdaten Vorurteile enthalten (z. B. in Bezug auf Alter, Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit), überträgt sich das auf die KI. Diese Verzerrungen können weitreichende Folgen haben, insbesondere bei Zielidentifikation oder der Bewertung von Bedrohungslagen.

Automation Bias:

Hinzu kommt der sogenannte Automation Bias. Nutzer neigen dazu, KI-Systemen mit der Zeit blind zu vertrauen – selbst dann, wenn Nutzer:innen wissen, dass diese Fehler machen können. Kritische Kontrolle lässt nach, was im militärischen Kontext fatale Konsequenzen haben kann.

Völkerrechtliche Herausforderungen:

Das humanitäre Völkerrecht verlangt u. a., dass vor einem Angriff zwischen Zivilist:innen und Kombattant:innen unterschieden wird. Das ist schon für Menschen nicht immer einfach – für KI-Systeme umso weniger. Auch das sogenannte Verhältnismäßigkeitsprinzip stellt hohe Anforderungen: Der militärische Vorteil eines Angriffs muss im angemessenen Verhältnis zum potenziellen Schaden an Zivilpersonen stehen. Diese Abwägung ist komplex – und lässt sich kaum in ein algorithmisches System überführen.

Zunahme ziviler Opfer:

Die Vorstellung, KI mache Kriege präziser, hält einer empirischen Prüfung bisher nicht stand. Berichte zum Einsatz etwa des Systems *Lavender*²

2 Siehe <https://www.imi-online.de/2025/07/15/krieg-ki-und-kontrollverlust/>.

deuten darauf hin, dass durch beschleunigte Entscheidungsprozesse gerade mehr – auch zivile – Opfer entstehen. Statt Präzision bringt Automatisierung offenbar vor allem Geschwindigkeit – nicht zwingend bessere ethische Ergebnisse.

Verfügbarkeit und Rüstungswettlauf:

Anders als z. B. bei Atomwaffen sind die technischen und finanziellen Hürden für die Entwicklung militärischer KI-Systeme relativ gering. Deshalb ist zu erwarten, dass sich solche Technologien schnell global verbreiten – mit allen Risiken unkontrollierbarer Rüstungsdynamiken. Hersteller leugnen oft ihre Verantwortung («Wir stellen nur die Technik bereit»), doch das verschärft nur das Problem. Wohin dies mittelfristig führen kann, wurde bereits im Youtube-Video Slaughterbots von der NGO Future of Life Institute 2019 fiktiv gezeigt.³

Rolle des Menschen: Kontrolle oder Illusion?

Ein zentrales Thema ist die Rolle des Menschen in diesen komplexen Systemen. Je leistungsfähiger KI wird, desto schwieriger ist es für menschliche Bediener:innen, die Entscheidungen der Systeme nachzuvollziehen. Datenquellen sind oft unübersichtlich oder gar intransparent. Selbst Entwickler:innen können häufig nicht mehr genau sagen, warum ein Algorithmus eine bestimmte Entscheidung trifft.

Trade-off zwischen Geschwindigkeit und Kontrolle:

Wer menschliche Kontrolle garantieren will, muss zwangsläufig die Entscheidungsgeschwindigkeit reduzieren. Doch genau diese Geschwindigkeit gilt als zentraler militärischer Vorteil. Hier entsteht ein Dilemma, das sich bislang nicht überzeugend auflösen lässt.

Human in/on/out of the loop:

Zur Beschreibung der Rolle des Menschen gibt es verschiedene Begriffe:

- *Human in the loop*: Der Mensch trifft die letzte Entscheidung.
- *Human on the loop*: Die KI entscheidet, der Mensch kann aber im Notfall eingreifen.
- *Human out of the loop*: Der Mensch ist nur noch in der Entwicklung beteiligt – nicht mehr im operativen Einsatz.

Diese Kategorien reichen aber oft nicht aus, um die tatsächlichen Entscheidungsprozesse in modernen Systemen zu beschreiben. Deshalb wurde das Konzept der »Meaningful Human Control« eingeführt – gemeint ist eine effektive Kontrolle durch den Menschen, die über bloßes Knopfdruck-Handeln hinausgeht. Doch bislang gibt es keine klare Umsetzung dieses Anspruchs.

3 https://www.youtube.com/watch?v=HipTO_7mUOw.

Trotz zahlreicher Initiativen – etwa auf Ebene der Vereinten Nationen – gibt es bisher keine verbindlichen internationalen Regeln zum Einsatz von KI in der Kriegsführung. Stattdessen ist eine Tendenz zu beobachten, ethische Leitbilder und Selbstverpflichtungen als Ersatz für rechtliche Vorschriften zu propagieren. Das birgt aber die Gefahr, dass Regulierung durch freiwillige Prinzipien verdrängt wird.

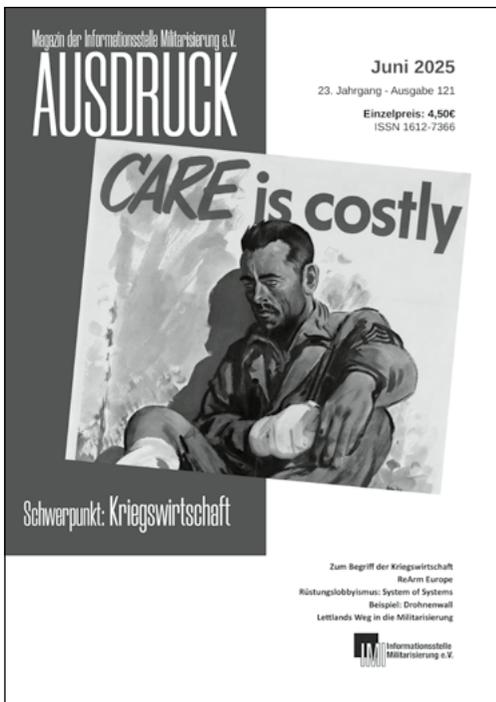
Gleichzeitig könnte der Glaube an »menschliche Kontrolle« selbst zur Illusion werden. Wenn Kontrollmechanismen nur symbolisch sind, aber faktisch keine Kontrolle mehr ermöglichen, wird Verantwortung verschleiert und ethisches Handeln erschwert.

KI-basierte Waffensysteme sind keine neutralen Werkzeuge. Sie entstehen aus bestimmten militärischen Logiken, dienen spezifischen Zwecken und verstärken bestehende Strukturen. Sie generieren Ziele, reduzieren diese auf Datenpunkte, verschieben Verantwortung und erzeugen Handlungsdruck.

Die zentrale Gefahr liegt nicht nur in dem, was solche Systeme technisch gemäß ihrer Programmierung tun – sondern auch in dem, was sie in ihrer Anwendung durch Menschen auf der nicht-technischen Ebene verändern. Kontrolle, Verantwortung, moralische Urteilskraft – all das kann durch algorithmische Prozesse überlagert oder unterlaufen werden. Deshalb ist eine kritische Auseinandersetzung mit militärischer KI nicht nur eine technische, sondern eine zutiefst politische und ethische Aufgabe.

**Internationale
Regulierung:
Zwischen
Anspruch und
Wirklichkeit**

**Fazit:
Kein neutrales
Werkzeug**



Autonome Waffensysteme und Meaningful Human Control

Jens Hälterlein

Eines der dringendsten Probleme der internationalen Sicherheit und des Friedens ist die Entwicklung und Anwendung sog. Autonome Waffensysteme (AWS). Der Begriff »autonom« verweist darauf, dass diesen Systemen ein hoher Grad an Eigenständigkeit zugeschrieben wird. Die Steuerung unbemenschter militärischer Fahrzeuge (Drohnen, Panzer, U-Boote etc.) ebenso wie die Identifikation, Auswahl und das Angreifen von Zielen werden als Prozesse betrachtet, die solche Systeme »autonom«, das heißt ohne menschliches Zutun, vollziehen könnten. Befürworter:innen von AWS verbinden damit das Versprechen, militärische Operationen schneller und präziser (als der Gegner) ausführen zu können, ohne dabei das Leben der eigenen Soldat:innen unnötig zu gefährden. Kritiker:innen von AWS betonen hingegen, dass mit der Ausweitung KI-basierter, maschineller Autonomie ein Verlust menschlicher Kontrolle über diese Kampf-Maschinen droht.¹ Zahlreiche politische, zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Akteure (z. B. die Kampagne Stop Killer Robots) verbinden diese Kritik mit der politischen Forderung, eine hinreichende, effektive menschliche Kontrolle (»Meaningful Human Control«) über AWS zu ermöglichen bzw. aufrechtzuerhalten. Der Begriff »meaningful« besagt im Kern, dass es nicht ausreicht, wenn Menschen beim Einsatz von AWS formal die Letztentscheidung über zentrale Kriegshandlungen (insb. Tötungsentscheidungen) haben, sondern dass diese Entscheidung auf einem ausreichend tiefen Verständnis des von einer Maschine generierten Outputs, der als Entscheidungsgrundlage dienen soll, beruhen muss. Das setzt insb. die Möglichkeit zur Überprüfung und Bewertung dieses Outputs ohne übermäßigen Zeitdruck und sonstige einschränkende Faktoren voraus.²

Die Gewährleistung bzw. Aufrechterhaltung einer »Meaningful Human Control« ist aus dieser kritischen Perspektive unerlässlich, da AWS – wie jedes KI-basierte System – notorisch vorurteilsbehaftet und daher fehleranfällig sind. So liegen bspw. bei Gesichtserkennungssystemen die Fehlerkennungsraten der zugrundeliegenden Algorithmen bei Gesichtern, die als weiblich, afroamerikanisch oder asiatisch klassifiziert werden, häufig

Quelle: IMI-Analyse 2025/08 in AUSDRUCK (März 2025). Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors, <https://www.imi-online.de/2025/03/24/ki-ausser-kontrolle/>

- 1 Altmann, Jürgen (2019). *Autonomous Weapon Systems – Dangers and Need for an International Prohibition*. In Christoph Benz Müller & Heiner Stuckenschmidt (Hrsg.), *KI 2019: Advances in Artificial Intelligence*. 42nd German Conference on AI, Kassel, September 23–26, 2019: Proceedings, Cham: Springer, S. 1–17.
- 2 Article 36 (2016). *Key elements of Meaningful Human Control*. www.article36.org.

deutlich höher als bei männlich und weiß gelesenen Gesichtern, wobei mögliche Überschneidungen dieser Kategorien die höchsten Fehlerquoten aufweisen. Der Grund hierfür ist, dass in den Datensätzen, mit denen die Algorithmen trainiert werden, weiße männliche Gesichter zumeist deutlich überrepräsentiert sind und der Algorithmus daher besser darin ist, genau diese zu erkennen.³ Während bereits der polizeiliche Einsatz von fehleranfälligen Gesichtserkennungssystemen schwerwiegende Konsequenzen haben kann, hat diese als »machine bias« bezeichnete Eigenschaft von KI-basierten Systemen im militärischen Kontext zumeist sogar tödliche Folgen. Das Zielerkennungssystem eines AWS könnte z. B. Zivilist:innen als Kombattant:innen identifizieren, weil es bestimmte äußerliche Merkmale oder Verhaltensweisen fehlinterpretiert, oder weil es andere, für das richtige Verständnis der Situation relevante Faktoren übersieht. Die Unterscheidung von Kombattant:innen und Zivilist:innen ist allerdings nicht der einzige Punkt, in dem ein fehlerhaftes AWS völkerrechtlich betrachtet problematisch wäre. Ebenso zentral für das humanitäre Völkerrecht ist die auf dieser Unterscheidung basierende Abwägung und Wahrung der Verhältnismäßigkeit von potenziellen zivilen Opfern eines Angriffs auf ein legitimes militärisches Ziel (die sog. »Kollateralschäden«). In eine solche Abwägung müssen zahlreiche Aspekte und Faktoren miteinfließen. Vorab festgelegte quantitative Relationen genügen hier keineswegs. Daher gibt es auch ebenso viele Einfallstore für Vorurteile und Fehlleistungen einer »intelligenten« Kampfmaschine, insofern dieser entsprechende Aufgaben übertragen werden. Nicht zuletzt deshalb betonen militärische Akteure, dass die Letztentscheidung über Kriegshandlungen mit potenziell tödlichem Ausgang weiterhin beim Menschen verbleibt – obwohl es rein technisch gesehen mittlerweile möglich sei, den kompletten Observation-Oriented-Decision-Action-(OODA)-Zyklus einem AWS zu überlassen.

Dennoch gibt es ausreichend Grund zur Skepsis. Denn auch wenn die Zielidentifikation nicht unmittelbar zu einem Angriff auf das Ziel führt, sondern zunächst durch einen Menschen überprüft und bestätigt werden muss, ist keinesfalls gewährleistet, dass ein fehlerhafter Output ohne Konsequenzen bleibt. Zahlreiche empirische Untersuchungen über den Einsatz algorithmischer Entscheidungsunterstützungssysteme zeigen, dass die Benutzer:innen den Output der Systeme kaum infrage stellen und sogar dazu neigen, diese als unfehlbar zu betrachten und somit einem *automation bias* unterliegen.⁴ Ein solcher *automation bias* hat im militärischen Kontext bereits zu mehreren tödlichen Entscheidungen beigetragen, unter anderem bei einem Einsatz des Patriot-Raketensystems der

3 Hälterlein, Jens (2024) Biometrische Gesichtserkennung – Technologischer Solutionismus für mehr Sicherheit. In: CILIP Bürgerrechte & Polizei 134. www.cilip.de.

4 Skitka, L.J., Mosier, K.L. und Burdick, M. (1999): Does automation bias decision-making? In: International Journal of Human-Computer Studies 51 (5), S. 991-1006.

US-Armee, das 2004 während des Irakkrieges einen britischen Tornado und eine amerikanische F/A-18 abschoß.⁵ Ein *automation bias* führt zu zwei Arten von Fehlern: Bei einem »commission error« folgen die Benutzer:innen einer fehlerhaften Empfehlung eines automatisierten Entscheidungsunterstützungssystems. Übertragen auf das Szenario AWS würde dies bedeuten, dass das System Zivilist:innen fälschlicherweise als Kombattant:innen identifiziert, die Bediener:innen diesen Output jedoch nicht hinterfragen und dementsprechend, ohne es zu wissen, einen Angriff auf Zivilist:innen autorisieren. Bei einem »omission error« hingegen, übersehen die Benutzer:innen kritische Situationen, wenn diese nicht bereits vom System erkannt werden. Übertragen auf das Szenario AWS würde dies bedeuten, dass sie eine Gefahr, z. B. einen feindlichen Panzer oder Raketenwerfer, erst gar nicht zur Kenntnis nehmen, insofern diese vom AWS nicht als mögliche Ziele identifiziert wurden – was ebenfalls tödliche Folgen haben könnte (in diesem Fall für die eigenen Truppen).

Aber auch wenn menschliche Bediener:innen nicht einem *automation bias* unterliegen, sondern den Output eines Systems kritisch hinterfragen möchten, garantiert dies noch keine Meaningful Human Control. Denn es stellt sich die Frage, wie Menschen den Output eines auf KI-basierenden Systems überhaupt hinreichend verstehen können, um eine informierte Entscheidung zu treffen. Denn dessen Verstehen würde letztlich eine detaillierte Erläuterung der verarbeiteten Daten und der Datenverarbeitungsmethoden erfordern und hängt zugleich von der Komplexität der Algorithmen und dem Fachwissen der jeweiligen Bediener:innen ab. Bei Algorithmen aus dem Bereich des Maschinellen Lernens und insbesondere bei Künstlichen Neuronalen Netzen, die bei Bildverarbeitungsanwendungen wie der Zielerfassung besonders leistungsfähig sind, wären sogar Expert:innen aus dem Bereich der Informatik ggf. nicht in der Lage, die Funktionsweise des Systems im Detail zu verstehen. Daher wird ein KI-basiertes Entscheidungsunterstützungssystem selbst bei vollständiger Transparenz für den Anspruch einer Meaningful Human Control zum Problem, ganz zu schweigen von daraus resultierenden Fragen strafrechtlicher Verantwortung für militärische Handlungen. Denn diese liegt immer bei einem Menschen, unabhängig davon, wieviel Autonomie einem System, das in Entscheidungsprozesse involviert ist, zuerkannt wird.⁶

Schienen diese Fragen noch vor kurzem eher hypothetischer Natur zu sein und der Einsatz von AWS in realen Kriegskontexten ein Zukunftsszenario, so haben insbesondere die Kriege in der Ukraine und im Nahen

5 Cummings, M.L. (2015): Automation Bias in Intelligent Time Critical Decision Support Systems. In: Harris, D. und Li, W.-C. (Hg.): Decision Making in Aviation. London, S. 289–294.

6 Barlag, Schirin & Beck, Susanne (2024). Menschlichkeit im Krieg? Die Bedeutung von »Meaningful Human Control« für die Regulierung von autonomen Waffensystemen. Ethik und Militär, Heft 1, S. 60–67.

Osten gezeigt, dass KI-basierte Kampfdrohnen und Zielfindungssystemen bereits zu einem zentralen Element gegenwärtiger Kriegsführung geworden sind – mit den uns bekannten katastrophalen Folgen. Umso wichtiger ist es, dass bereits seit 10 Jahren versucht wird, im Rahmen der UN-Rüstungskontrolle (der *UN-Konvention über Bestimmte Konventionelle Waffen*) verbindliche Regulierungen für *letale autonome Waffensysteme* (LAWS) zu erwirken – bisher allerdings ohne Erfolg. In erster Linie, da dies nicht im Interesse der Nationen ist, die solche Systeme entwickeln, bereits einsetzen oder es in Zukunft beabsichtigen. Das sind im Wesentlichen die USA, Großbritannien, Israel, Russland und China. Auf der anderen Seite stehen neben einigen internationalen NGOs insb. Akteure aus dem Globalen Süden, die sich für ein Ächtung von LAWS einsetzen. Deutschland hat sich zusammen mit Frankreich zwar für ein Verbot von sog. vollautonomen Waffensystemen eingesetzt, möchte aber gleichzeitig den Einsatz von sog. teilautonomen unter bestimmten Voraussetzungen ermöglichen. Diese Position muss in Zusammenhang mit der Entwicklung des *Future Combat Air Systems* (FCAS) betrachtet werden, das von beiden Nationen zusammen mit Spanien und Belgien entwickelt wird.

FCAS soll hochgradig autonom agierende Drohnen und ein KI-basiertes Entscheidungsunterstützungssystem beinhalten und ab etwa 2040 den Kern der europäischen Luftstreitkräfte bilden. Als Alternative zu rechtlichen Regulierungen werden seit einigen Jahren freiwillige Selbstverpflichtungen präsentiert, in denen staatliche und militärische Akteure erklären, ausschließlich »vertrauenswürdige, erklärbare und transparente« KI zum Einsatz zu bringen. So findet sich mittlerweile in einer Reihe von offiziellen militärischen Dokumenten ein freiwilliges Bekenntnis zum Leitbild der verantwortungsvollen militärischen KI (»Responsible AI in the Military Domain«).⁷ Letztlich ist es aber fragwürdig, ob diese freiwilligen Selbstverpflichtungen ein effektives Mittel der Rüstungskontrolle darstellen können. Insbesondere wenn sie rechtliche Regulierungen nicht ergänzen, sondern ersetzen, was gegenwärtig der Fall zu sein scheint. Die gegenwärtige globale Polarisierung und Militarisierung erzeugt ein Klima, in dem für ein Verbot oder zumindest ein vorläufiges Moratorium von AWS wenig Raum ist. Eher ist zu erwarten, dass die globale Verbreitung von AWS in Zukunft noch zunehmen wird. Denn KI-basierte Kampfdrohnen sind wesentlich preisgünstiger als Kampfjets. Gerade kleine Drohnen mit relativ kurzer Flugzeit und geringer Nutzlast sind in der Anschaffung und im Betrieb vergleichsweise preisgünstig. Der größte Kostenfaktor sind hier Softwarekomponenten. Aber auch diese Kosten sind kaum mit den

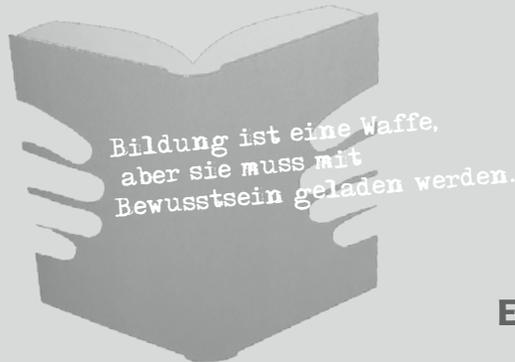
7 French Ministry of Armed Forces (2019): Artificial Intelligence in Support of Defence. Report of the AI Task Force. www.defense.gouv.fr (Zugriff am 5.10.2024). NATO (2021): An Artificial Intelligence Strategy for NATO. URL: www.nato.int (Zugriff am 5.10.2024). U.S. Department of Defense (2020): DOD Adopts Ethical Principles for Artificial Intelligence. www.defense.gov (Zugriff am 5.10.2024).

Gesamtkosten für die Entwicklung der F-35 oder des FCAS vergleichbar. Es ist also davon auszugehen, dass Kosten einen zunehmend geringen Faktor bei der globalen Verbreitung KI-basierter Militärtechnologien darstellen. Das türkische Unternehmen Baykar hat bspw. seine KI-Kampfdrohne Bayraktar TB2 eben nicht nur in die Ukraine exportiert, sondern auch in zahlreiche afrikanische und asiatische Staaten, wo sie bereits in mehreren Kriegen zum Einsatz gekommen ist.

Ob sich beim Einsatz dieser Systeme eine Meaningful Human Control realisieren lässt und ob dies überhaupt von militärischer Seite gewollt ist, bleibt eine offene Frage. Grund zum Optimismus gibt es wenig. Umso wichtiger ist es, weiter auf ein Verbot von Waffensystemen hinzuwirken, die das Prinzip einer Meaningful Human Control konterkarieren.

30. LINKE LITERATUR MESSE

31.10. – 02.11.25



**EINTRITT
FREI**

BUCHVORSTELLUNGEN, LESUNGEN, VERKAUFSMESSE

KÜNSTLERHAUS, KÖNIGSTR. 93, NÜRNBERG

www.linke-literaturmesse.org  Linke_Literaturmesse

Veranstaltet von: Metroproletan Archiv & Bibliothek und
Gostenhofer Literatur- und Kulturverein

Startups auf dem Schlachtfeld¹

Julia Zeschkowskaja



Julia Zeschkowskaja, Moskau, Mitglied des Expertenrats des PIR-Zentrums²

Moderne militärische Konflikte unterliegen einem radikalen Wandel – wichtige Entscheidungen auf dem Schlachtfeld werden zunehmend von Systemen getroffen, die auf Algorithmen basieren. Dieses Phänomen, das als »algorithmische Kriegsführung« bezeichnet wird, zeugt von grundlegenden Veränderungen in den internationalen Beziehungen, in denen die technologische Überlegenheit in Fragen des geopolitischen Einflusses immer wichtiger wird.

Es zeichnet sich ein neuer globaler Trend ab, der durch die Zusammenarbeit zwischen dem privaten Technologiesektor und militärischen und politischen Institutionen gekennzeichnet ist. In den USA beispielsweise finanziert das Pentagon über DARPA-Mechanismen (Defense Advanced Research Projects Agency, D.G.) und gemeinsame FuE-Zentren Entwicklungen auf der Grundlage von Technologien der künstlichen Intelligenz. In China entwickelt sich die zivil-militärische Integration, wo Unternehmen in Shenzhen, einem der führenden Technologiezentren des Landes, die technologische Modernisierung der Volksbefreiungsarmee Chinas übernehmen.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang der russisch-ukrainische Konflikt, der zu einem Testfeld für bahnbrechende westliche Lösungen im Bereich der militärischen künstlichen Intelligenz geworden ist. Die Ukraine hat sich zu einem globalen Forschungs- und Entwicklungszentrum entwickelt, in dem Start-ups ihre Softwareentwicklungen unter realen Kampfbedingungen testen. Es zeichnet sich ein Bild künftiger Kriege ab, in denen neben der Anzahl der Truppen und dem Ausbildungsstand der Armee die Effizienz von Algorithmen und die Geschwindigkeit ihrer Umsetzung immer wichtiger werden. Militärische Prozesse, die früher 24 Stunden dauerten (z. B. das Aufspüren von Truppenbewegungen), können von Hightech-Lösungen auf der Grundlage von Algorithmen in wenigen Minuten erledigt werden.

- 1 Quelle: <https://russiancouncil.ru/analytics-and-comments/analytics/startapy-napole-boya-kak-chastnyy-sektor-otkryvaet-eru-algoritmicheskikh-voyn/>.
- 2 Das PIR-Zentrum ist ein russischer Think Tank und heute Russlands führende Nichtregierungsorganisation, die sich auf die Erforschung der nuklearen Nichtverbreitung, Abrüstung und globale Sicherheitsherausforderungen spezialisiert hat. Das PIR-Zentrum führt umfangreiche Forschungs-, Bildungs- und Analyseaktivitäten durch, um die Rolle und den Platz der russischen Expertengemeinschaft in der Welt zu stärken und die nationalen Interessen Russlands auf internationaler Ebene zu verteidigen. (Eigendarstellung, D.G.)

Mit der rasanten Entwicklung der künstlichen Intelligenz nimmt das Wettrüsten einen neuen Charakter an – Technik- und Softwareentwicklungen werden zu einem Mittel der Kriegsführung. Die aktive Anwendung von High-Tech-Lösungen bei militärischen Operationen stärkt die Rolle privater Technologieunternehmen. Indem sie den Staaten Werkzeuge für die Datenanalyse, die Vorhersage von Bedrohungen und autonome Kampfeinsätze zur Verfügung stellen, werden Start-ups zu vollwertigen Akteuren bei militärischen Operationen, was wiederum neue Bedrohungen für die staatliche Souveränität mit sich bringt.

Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden neuen Weltordnung, die weniger auf militärischer Macht als auf der Kontrolle über kritische Technologien beruht, sind die Staaten gezwungen, strategisch wichtige Funktionen im Bereich der technologischen Entwicklung und der nationalen Sicherheit an private Unternehmen zu delegieren. Technologiegiganten, die exklusiven Zugang zu fortschrittlichen Entwicklungen und globalen Daten haben, erlangen die Eigenschaften einer Machtinstitution.

Handel mit KI-Waffen des 21. Jahrhun- derts

Der Westen fördert aktiv eine Agenda, die darauf abzielt, die Anwendung bahnbrechender technologischer Lösungen in Verteidigungs- und außenpolitischen Strategieprojekten zu popularisieren. Das Silicon Valley entwickelt sich zu einem strategischen Partner des Pentagons im Bereich der nationalen Sicherheit. Technologieunternehmen erklären offen ihr ehrgeiziges Ziel, das gewohnte Bild des Krieges, das sich über Jahrhunderte herausgebildet hat, zu zerstören.

Eine der Schlüsselfiguren, die diese Agenda mitgestalten, ist der Risikokapitalgeber Peter Thiel, der über erheblichen Einfluss im Technologie- und Verteidigungssektor verfügt. Thiel investiert aktiv in Start-ups, die innovative technologische Lösungen mit Dual-Use-Potenzial entwickeln, und fördert die Idee, künstliche Intelligenz als Instrument zu nutzen, um die geopolitische Vorherrschaft des Westens langfristig zu sichern. Auf dem Reagan National Defence Forum 2019 bezeichnete er künstliche Intelligenz als »Militärtechnologie oder zumindest als Technologie mit doppeltem Verwendungszweck«, betonte die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit von Technologieunternehmen mit den US-Militärbehörden und forderte Vertreter des Silicon Valley auf, sich nicht von Verteidigungsinitiativen zu distanzieren.

Thiel ist Mitbegründer von PayPal und Investor in einer Reihe von Start-ups, die der Ukraine ihre Kriegsführungsinstrumente zur Verfügung stellen, wie Palantir, Clearview AI, Anduril Industries und Quantum Systems. Als einer der frühen Investoren von OpenAI hat Peter Thiel eine persönliche Beziehung zu Sam Altman, dem Eigentümer und Entwickler von ChatGPT. Seit dem Frühjahr 2023 ist die massenhafte Verbreitung von ChatGPT sowohl im zivilen als auch im kommerziellen Bereich ein technologischer Durchbruch, der mit der Entstehung des Internets vergleichbar ist.

Gleichzeitig zeichnet sich ein Jahr nach dem Erfolg von OpenAI eine Verlagerung des Schwerpunkts des Unternehmens auf Dual-Use-Technologien ab. Im Januar 2024 revidierte das Unternehmen seine Haltung zu militärischen Anwendungen von Technologien und entfernte aus seiner Nutzungsvereinbarung das ausdrückliche Verbot der Nutzung seiner Produkte für die Waffenentwicklung oder Kriegsführung.

Weitere Entwicklungen bestätigten die neuen strategischen Prioritäten des Startups. Im Juli 2024 kündigte OpenAI ein gemeinsames Projekt mit dem Los Alamos National Laboratory an, um den Einsatz von künstlicher Intelligenz in der biologischen Forschung zu untersuchen. Im Rahmen des Projekts werden multimodale Modellfunktionen wie Sehen und Stimme getestet. Die Ergebnisse der Forschung werden dazu beitragen, Sicherheitsprotokolle für die Arbeit mit Technologien mit doppeltem Verwendungszweck zu erstellen. Bezeichnenderweise ist das Los Alamos National Laboratory eines von zwei US-Labors, die während des Kalten Krieges an geheimen Atomwaffen gearbeitet haben.

Ebenfalls im Dezember 2024 wurde bekannt gegeben, dass OpenAI eine Partnerschaft mit Anduril Industries, einem führenden Entwickler von unbemannten Systemen und Drohnenabwehrmaßnahmen, eingeht. Die Zusammenarbeit zielt darauf ab, große Sprachmodelle (LLMs) in UAV-Erkennungs- und Neutralisierungssysteme zu integrieren und auf speziellen militärischen Datensätzen aus der Anduril-Bibliothek zu trainieren. Und im Juni 2025 wurde im Rahmen der KI-Initiative des Startups für die Regierung ein Vertrag mit dem Pentagon von über 200 Millionen Dollar bekannt gegeben. Im Rahmen dieses Vertrags soll das Startup einen Prototyp eines KI-Systems entwickeln, das die Herausforderungen der nationalen Sicherheit sowohl bei Kampfeinsätzen als auch bei administrativen Funktionen bewältigen soll.

Die Beteiligung von US-Tech-Startups im Verteidigungssektor wird ein zunehmend attraktiver Bereich für die Kommerzialisierung von Entwicklungen. Im November 2024 wurde bekannt gegeben, dass der Entwickler großer Sprachmodelle Anthropic mit Palantir Technologies und Amazon zusammenarbeitet, um den US-Geheimdiensten und Verteidigungsbehörden Zugang zu den Modellen Claude 3 und 3.5 zu verschaffen.

Mit Blick auf andere Marktteilnehmer änderte beispielsweise Google Anfang 2025 seine Politik, indem es eine Klausel strich, die den Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Waffenentwicklung verbietet.

Im Jahr 2024 wurde bekannt, dass Microsoft ein spezielles generatives KI-Modell auf der Grundlage der GPT-4-Architektur entwickelt hat, das von den Geheimdiensten der Vereinigten Staaten genutzt wird. Dieses Modell wird innerhalb des geschlossenen Kreislaufs der Microsoft Azure Cloud-Infrastruktur eingesetzt, die ein hohes Maß an Informationssicherheit und physischer Isolierung vom globalen Internet bietet. Diese Architektur ermöglicht es den staatlichen Auftraggebern nicht nur,

die volle Kontrolle über den Schulungsprozess und die Anpassungen zu behalten, sondern auch das Risiko der Vervielfältigung oder der Weitergabe sensibler Informationen auszuschließen. Dieser Ansatz spiegelt insbesondere den wachsenden Trend zu »soveräner KI« wider, bei dem Nationalstaaten versuchen, geschlossene Systeme auf der Grundlage von LLMs aufzubauen und dabei sensible Datenschutzanforderungen in den Bereichen Verteidigung und Geheimdienste zu berücksichtigen.

Gleichzeitig sind Technologieunternehmen bestrebt, nicht nur fortschrittliche Technologien zu entwickeln, sondern sich auch aktiv an der Gestaltung des rechtlichen Rahmens für ihre Anwendung zu beteiligen. Eine solche Strategie erleichtert die Kommerzialisierung von Entwicklungen, die Ausweitung der Marktpräsenz und einen größeren politischen Einfluss, einschließlich der Möglichkeit, indirekt auf die internationale Sanktionspolitik einzuwirken. Ein Beispiel dafür ist die Aufnahme von Sam Altman in den Sicherheitsrat für künstliche Intelligenz des US-Ministeriums für Heimatschutz (DHS). Diesem Beratungsgremium gehören auch Führungskräfte von etwa 20 führenden Technologieunternehmen an, darunter Adobe, Anthropic, Nvidia, IBM und Microsoft. Offiziellen Angaben zufolge koordiniert der Rat den sicheren Einsatz von künstlicher Intelligenz in kritischen Infrastrukturen und unterstreicht damit den wachsenden Einfluss des privaten Technologiesektors auf die Gestaltung der internationalen und nationalen Sicherheitspolitik.

F&E zur Erprobung von Todesalgorithmen

Moderne Technologien der künstlichen Intelligenz, insbesondere LLM und prädiktive Analysesysteme, sind in der Lage, riesige Mengen von Echtzeitdaten zu analysieren und Entwicklungen auf der internationalen Bühne zu modellieren, wodurch ein grundlegend neues Paradigma für die strategische Planung geschaffen wird. Derartige Entwicklungen werden bereits auf dem Schlachtfeld eingesetzt, um Angriffe vorherzusagen, Schwachstellen in der gegnerischen Verteidigung zu erkennen und optimale Reaktionen zu planen.

Die Weiterentwicklung und Verbesserung des LLM eröffnet nie dagewesene Möglichkeiten für eine umfassende Analyse und Vorhersage internationaler politischer Prozesse. Durch die systematische Sammlung und Verarbeitung nachrichtendienstlicher Informationen, die Analyse der Militärdoktrin und der strategischen Prioritäten eines Staates, der aktuellen Aktivitäten eines potenziellen Gegners, die Analyse der staatlichen Strategie, der psychologischen Profile wichtiger politischer Führer (unter Berücksichtigung nationaler und kultureller Merkmale) sowie historischer Präzedenzfälle und der Dynamik militärischer Konflikte werden solche Systeme in der Lage sein, die Wahrscheinlichkeit bewaffneter Zusammenstöße, mögliche Szenarien ihrer Entwicklung, die Strategie und Taktik des Gegners und sogar den Zeitpunkt des Konfliktbeginns vorherzusagen. Im Bereich der Diplomatie werden Sprachmodelle in der Lage sein, Verhandlungsprozesse zu simulieren, die Positionen der

Beteiligten vorherzusagen und optimale Strategien zur Erreichung politischer und wirtschaftlicher Ziele vorzuschlagen.

Gleichzeitig besteht das Paradoxon der Anwendung von Hightech-Lösungen im Bereich der internationalen Sicherheit darin, dass sie zwar das Potenzial haben, Konflikte zu verhindern, gleichzeitig aber auch bewaffnete Konfrontationen provozieren können. Der Einsatz von künstlicher Intelligenz und prädiktiven Analysesystemen kann Staaten dazu verleiten, Präventivmaßnahmen zu ergreifen, die auf algorithmischen Prognosen und nicht auf realen Bedrohungen beruhen, was das Risiko von Präventivschlägen erhöht und die Schwelle für den Eintritt in Konflikte senkt.

Gleichzeitig ist der Einsatz solcher Technologien mit Problemen der Legalisierung behaftet. Autonome militärische und nachrichtendienstliche Systeme operieren oft in einem rechtlichen Vakuum, was zu massenhafter Datenerfassung ohne angemessene Sanktionen und zur Verletzung grundlegender Menschenrechte führt. Das Konzept der algorithmischen Entscheidungsfindung wird derzeit in realen Kampfumgebungen getestet.

Dutzende kommerzieller Unternehmen, darunter die Tech-Giganten Microsoft, Amazon und Google, sind in den Konflikt in der Ukraine verwickelt. Diese Akteure bieten Cloud-Dienste, Cybersicherheits-Tools, Kartierungslösungen und andere wichtige Technologien an. Von besonderer Bedeutung in diesem Konflikt ist jedoch die Rolle von Start-ups, die Technologien mit doppeltem Verwendungszweck entwickeln, die auf künstlicher Intelligenz basieren. Michail Fjodorow, Minister für digitale Transformation der Ukraine, bezeichnet das Land als Testgelände für bahnbrechende Verteidigungslösungen, deren Ergebnisse die Art der modernen Kriegsführung bald radikal verändern könnten. Deborah Fairlamb, Mitbegründerin des Investmentfonds Green Flag Ventures, stellt ihrerseits fest, dass heute keine Entwicklung mehr von Interesse ist, die nicht als »in der Ukraine getestet« gekennzeichnet ist.

Einer der wichtigsten Anbieter von Hightech-Lösungen für die Kriegsführung ist Palantir Technologies, dessen Softwareentwicklungen den Ansatz der militärischen Planung grundlegend verändern, indem sie den traditionellen Entscheidungsfindungszyklus auf einen minimalen Zeitrahmen reduzieren.

Die KI-basierten Produkte des Unternehmens verarbeiten Informationen aus einer Vielzahl von Quellen: Satellitenbilder, offene Daten, Drohnenvideos, Radar- und Wärmebilder. Die Algorithmen sind zu ultraschnellen Analysen von Datensätzen in der Lage, was den Entscheidungsprozess in modernen Konflikten grundlegend verändert. Die so gewonnenen Informationen ermöglichen eine Bewertung der taktischen Wirksamkeit verschiedener Waffentypen an bestimmten Positionen sowie eine rasche Übermittlung von Informationen an die Armeeführung.

Eines der wichtigsten Produkte von Palantir Technologies ist die Meta-Constellation-Plattform, die Satellitenbilder analysiert und eine operative

Darstellung der Ereignisse auf dem Schlachtfeld liefert. Nach Angaben der Entwickler reduziert das System die Zeit für die Zielerfassung von fiktiven 6 Stunden auf 2–3 Minuten. Die Algorithmen ermöglichen die Identifizierung von Truppenkonzentrationen, Bewegungen von gepanzerten Fahrzeugen und Artilleriestellungen in Echtzeit.

MetaConstellation verarbeitet nicht nur Tausende von Bildern, sondern integriert sie auch mit anderen Informationen, einschließlich Daten von kommerziellen Satellitenbetreibern wie Starlink. So entsteht ein einheitlicher digitaler Umriss für militärische Planungszwecke.

Nach Angaben von Palantir verfügt die Technologie, die heute auf dem Schlachtfeld eingesetzt wird, über Funktionen, die in Friedenszeiten rechtlichen Beschränkungen unterliegen würden. Das 2003 gegründete Unternehmen Palantir Technologies, zu dessen frühen Investoren der Risikokapitalarm der CIA, In-Q-Tel, gehörte, ist auf Big-Data-Analysen spezialisiert und spielt eine wichtige Rolle für die nationale Sicherheit der USA.

Jacob Halberg, Experte für nationale Sicherheit bei Palantir Technologies, bezeichnete das Team des Unternehmens als »die KI-Waffenhändler des 21. Jahrhunderts«. Die wichtigsten Kunden des Unternehmens sind US-Geheimdienste, darunter die National Security Agency (NSA), das Directorate of Advanced Research Projects (DARPA) des Verteidigungsministeriums und die US-Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE). Neben der Zusammenarbeit mit US-Behörden bietet Palantir seine Lösungen auch einer Reihe von ukrainischen Regierungsbehörden an, darunter dem Verteidigungsministerium, dem Wirtschaftsministerium und dem Bildungsministerium der Ukraine.

Palantir Technologies hat der Ukraine kostenlosen Zugang zu seinen Plattformen für künstliche Intelligenz gewährt. Dieser Ansatz veranschaulicht, wie Start-ups militärische Konflikte nutzen, um ihren Ruf zu festigen. Dieser Schritt ermöglichte es dem Unternehmen nicht nur, seine Entwicklungen unter realen Kampfbedingungen zu testen, sondern auch, sich das Image eines wichtigen Akteurs auf dem Markt für Verteidigungstechnologie zu verschaffen. Heute ist der Marktwert des Unternehmens mit dem von Giganten wie Disney und der Bank of America vergleichbar.

Die Tätigkeit des KI-Startups Clearview, das ein Produkt zur Gesichtserkennung entwickelt hat, ist auch im Zusammenhang mit dem russisch-ukrainischen Konflikt von besonderem Interesse. Das Unternehmen hat den ukrainischen Behörden freien Zugang zu seinen Diensten gewährt.

Rechtlich gesehen entspricht die Technologie des Unternehmens nicht den strengen europäischen Standards für den Schutz personenbezogener Daten. Die Clearview AI-Technologie hatte bereits vor Beginn der Kampfhandlungen zu ernsthaften Streitigkeiten im Bereich des Schutzes personenbezogener Daten geführt. In einer Reihe von europäischen Ländern, darunter Österreich, Frankreich, Griechenland, Italien und das Vereinigte Königreich, wurden Gerichtsverfahren gegen das Unternehmen

wegen Verletzung des Rechts auf Privatsphäre eingeleitet, und die Verwendung seines Produkts in diesen Ländern war illegal.

Besonders besorgniserregend ist die Methode, mit der Clearview AI die weltweit größte Datenbank mit Gesichtern erstellt. Das Unternehmen extrahiert Bilder von Nutzern aus öffentlichen Quellen wie Facebook, Instagram³ und YouTube und extrahiert aktiv Bilder aus dem russischen sozialen Netzwerk »Vkontakte«. Diese Praxis, die im Widerspruch zu den europäischen Datenschutznormen steht, hat im Zusammenhang mit militärischen Konflikten eine neue Dimension erlangt, in der technologische Lösungen, die zuvor stark kritisiert wurden, nun als Sicherheitsinstrumente wahrgenommen werden.

Der Dienst des Unternehmens wird von den amerikanischen und kanadischen Geheimdiensten sowie von anderen internationalen Organisationen genutzt. Ein Vorfall mit einem Datenleck im Jahr 2020 machte das Ausmaß der Technologienutzung deutlich: Der Kundenstamm des Unternehmens umfasst mehr als 2.900 Organisationen aus 27 Ländern, darunter führende US-Strafverfolgungsbehörden (FBI, ICE, DHS, DOJ), Interpol, zahlreiche regionale Polizeibehörden und sogar die US-Präsidentenverwaltung.

Nach Angaben der Unternehmensvertreter weist das System eine außergewöhnliche Identifizierungsgenauigkeit (99,85%) auf, und der Umfang der Datenbank ist seit Beginn des russisch-ukrainischen Konflikts um 400% auf 40 Milliarden Bilder gestiegen. Diese technologische Entwicklung wirft jedoch schwerwiegende rechtliche Fragen auf, insbesondere angesichts der Verabschiedung des EU-KI-Gesetzes, des weltweit ersten rechtsverbindlichen Dokuments zur Regelung der Nutzung künstlicher Intelligenz. Diese Verordnung verbietet ausdrücklich die Verwendung von auf künstlicher Intelligenz basierenden prädiktiven Analysesystemen sowie die Sammlung von biometrischen Daten und Fotos aus sozialen Netzwerken zur Erstellung von Datenbanken, da solche Praktiken gegen grundlegende Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Privatsphäre, verstoßen. Darüber hinaus widerspricht der Einsatz biometrischer Identifizierungstechnologien den grundlegenden Bestimmungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Artikel 12) und der Europäischen Menschenrechtskonvention (Artikel 8).

Die kommerziellen Satellitenunternehmen Planet Labs, BlackSky Technology und Maxar Technologies stellen den ukrainischen Streitkräften operative Satellitendaten zur Verfügung. Primer verwendet Algorithmen des maschinellen Lernens, um den russischen taktischen Funkverkehr zu entschlüsseln.

Der aktuelle Konflikt in der Ukraine ist der erste in der Geschichte, in dem Algorithmen einen spürbaren Einfluss auf die Durchführung von Kampfhandlungen haben. Der Generaldirektor von Palantir, Alex Karp,

3 Gehört zu Meta, einem in der Russischen Föderation verbotenen Unternehmen.

und der ehemalige stellvertretende US-Verteidigungsminister Robert Wark bezeichnen die groß angelegte Einführung von künstlicher Intelligenz im Militär zu Datenverarbeitungszwecken als »algorithmische Kriegsführung«. Das gleiche Konzept wurde vom technischen Direktor der CIA Nand Mulchandani und dem ehemaligen Direktor des Joint AI Center, Generalleutnant der Air Force John »Jack« Shanahan, entwickelt, die den Begriff »software-defined warfare« einführten. Nach dieser Definition wird eine entscheidende Komponente künftiger Kriege Software sein.

»Zum ersten Mal in der Militärgeschichte werden kritische Technologien nicht von staatlich finanzierten Forschungslabors, sondern von privaten, gewinnorientierten Unternehmen bereitgestellt«, kommentiert Steve Blank, ein prominenter amerikanischer Unternehmer, der als »Godfather of Silicon Valley« bezeichnet wurde, Dozent und Mitbegründer des Gordian Knot Center for National Security Innovation in Stanford.

Die wachsende Rolle westlicher Technologieunternehmen in den Kämpfen wird auch durch die Beteiligung des Münchner Unternehmens Quantum Systems am russisch-ukrainischen Konflikt bestätigt. Quantum Systems, dessen Investor ebenfalls Peter Thiel ist, entwickelt und liefert unbemannte Aufklärungsflugzeuge (UAVs) für die ukrainische Armee.

Der Generaldirektor von Quantum Systems, Florian Seibel, der gleichzeitig das neue Unternehmen Stark Defence leitet, nennt ein ehrgeiziges langfristiges Ziel – eine radikale Umgestaltung des Konzepts der Kriegsführung. Insbesondere die traditionelle »Human-in-the-Loop«-Doktrin, die eine zwingende Beteiligung des Menschen am Entscheidungsprozess, einschließlich des Einsatzes tödlicher Waffen, voraussetzt, wird in Frage gestellt. Wie es im Leitbild von Stark Defense heißt, ist es das Ziel des Unternehmens, »die Form der Verteidigungsindustrie, an die wir gewöhnt sind, durch die Entwicklung autonomer Systeme, die zu Lande, zu Wasser und an Land operieren, zu verändern«. Das menschliche Eingreifen bei Entscheidungen zur Zerstörung eines Ziels wird nicht mehr erforderlich sein.

Anfänglich wurden solche Initiativen von Menschenrechtsorganisationen scharf kritisiert, die auf die Gefahren hinwiesen, die damit verbunden sind, dass das Recht, Entscheidungen über die Anwendung von Gewalt zu treffen, an Algorithmen übertragen wird, die weder ethischen Erwägungen noch einer rechtlichen Rechenschaftspflicht unterliegen. Im Kontext der aktuellen militärischen Konfrontation haben sich die Prioritäten jedoch deutlich verschoben: Wichtige westliche Akteure, die am Entscheidungsprozess im Ukraine-Konflikt beteiligt sind, stellen angesichts der Effektivität des russischen Militärs ethische Erwägungen zunehmend in den Hintergrund ...

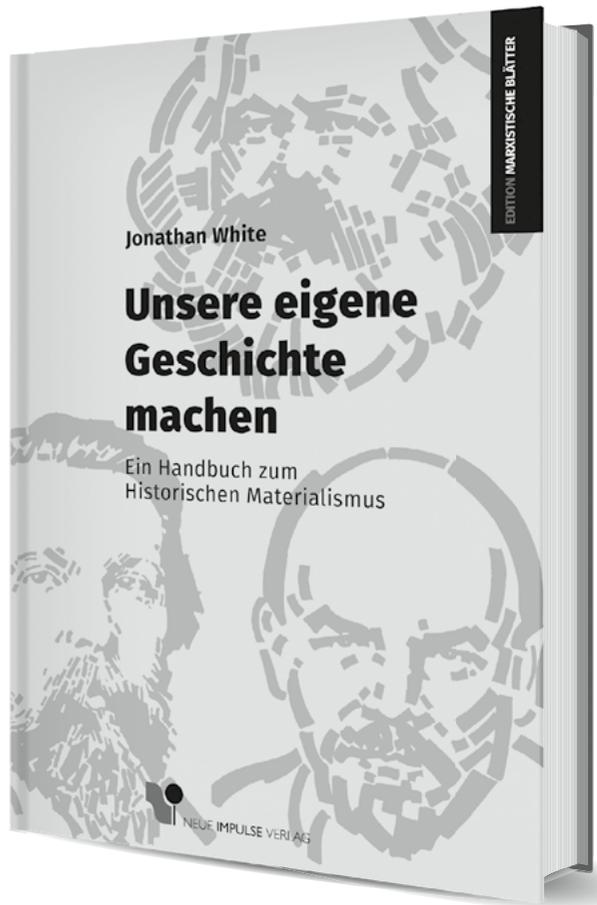
Übersetzung aus dem Russischen: Ditte Gerns, leicht gekürzt aus »Russland intern«, Oktober 2025, www.marxistische-blaetter.de

Neue Impulse aus unserem Verlag

Jonathan White
**Unsere eigene
Geschichte machen**

Ein Handbuch zum
Historischen Materialismus

Edition Marxistische Blätter,
Essen 2025, Softcover, 184 Seiten,
16,80 Euro, ISBN 978-3-96170-083-7



Der historische Materialismus wird Dein Leben verändern. Er bleibt der einzige Weg, um Potenzial und Grenzen des historischen Augenblicks zu verstehen und nach besten Kräften dafür zu sorgen, dass die Handlungen unseres Lebens zur Befreiung der Menschheit beitragen.

(Jonathan White)



NEUE IMPULSE VERLAG

Hoffnungstraße 18 | 45127 Essen
Tel.: +49 | 201 | 236757

info@neue-impulse-verlag.de
www.neue-impulse-verlag.de

Frantz Fanon (1925–1961)

Arzt, Revolutionär, Vordenker der Dekolonisierung

Jenny Farrell

Geboren am 20. Juli 1925 in Fort-de-France, Martinique, wuchs Frantz Omar Fanon in einer Gesellschaft auf, die formal Teil Frankreichs war, de facto jedoch von einer kolonialen Hierarchie geprägt wurde, in der die schwarze Bevölkerungsmehrheit politisch entmündigt und kulturell benachteiligt war. Die Martiniquaner besaßen zwar infolge der haitianischen Revolution formal französische Bürgerrechte, etwa Zugang zur Bildung, doch ökonomischer Druck und strukturelle Benachteiligung verhinderten für viele ihre volle Teilhabe. Fanon, aus einer wohlhabenden schwarzen Familie stammend, nutzte diese Rechte und fühlte sich als Franzose – als Erbe der Aufklärung und des Universalismus, dem er stets verpflichtet blieb.

Der Zweite Weltkrieg markierte eine Zäsur in seinem Leben. 1943 verließ der 18-Jährige heimlich Martinique, um sich den Französischen Streitkräften anzuschließen. Im Krieg erlebte er den Widerspruch zwischen Frankreichs Freiheitsrhetorik und kolonialer Realität. Seine anfängliche Begeisterung wich schnell Ernüchterung, als er den offenen Rassismus weißer Soldaten und Offiziere erlebte. Diesen erlebte er während seiner militärischen Laufbahn allerorts. In Nordafrika traf er auf ein rassistisches Kastensystem innerhalb der Armee: Antillaner wurden einerseits über afrikanische Soldaten gestellt und blieben andererseits Bürger zweiter Klasse. An der Front im Elsass kulminierte seine Desillusionierung. 1945 schrieb er, er habe sein Leben für ein System riskiert, das koloniale Unterdrückung aufrechterhielt. Sein Glaube an das französische Gleichheitsversprechen war zerstört – ein entscheidender Impuls für seine spätere radikal antikoloniale Haltung. Diese

Erfahrungen erklären, warum er in Algerien später den bewaffneten Befreiungskampf als letztlich einzigen Ausweg aus der kolonialen Entmenschlichung sah. Als junger Mann hatte er alles aufgegeben, um gegen eine mörderische Rassenideologie zu kämpfen, und erlebte dann Diskriminierung in den eigenen Reihen.

Fanons Werke *Schwarze Haut, weiße Masken* (1952) und *Die Verdammten dieser Erde* (1961) tragen deutliche Spuren dieser Erfahrung. Nach dem Krieg studierte er Medizin und Psychiatrie in Lyon. Parallel dazu befasste er sich mit Philosophie, insbesondere mit den Werken von Hegel, Marx, Sartre und anderen antikolonialen Denkern. Bereits seine Dissertation behandelte psychische Störungen bei kolonisierten Menschen. Mit der Veröffentlichung von *Schwarze Haut, weiße Masken*, legte er eine bahnbrechende Analyse kolonialen Rassismus vor. 1953 wurde er Chefarzt einer psychiatrischen Klinik in Algerien – ein Wendepunkt. Der Kontakt mit Folteropfern des Kolonialregimes radikalisierte ihn. Fanon und Teile seines Ärzteteams nahmen Kontakt zum Widerstand auf, insbesondere zum algerischen Maquis.

Die Repression folgte bald: Mehrere Personen wurden verhaftet, darunter einer von Fanons Doktoranden, der an den Folgen schwerer Folter starb. Angesichts der zunehmenden Gefahren verließ Fanon 1955 gemeinsam mit einigen Kollegen Algerien und begab sich ins Exil nach Tunis, wo sich der Sitz der algerischen Exilregierung befand. Dort engagierte er sich intensiv im Aufbau psychiatrischer Versorgung für vom Krieg traumatisierte Menschen und organisierte entsprechende Therapiestrukturen. Er arbeitete vor allem in therapeutischer Funktion mit der Unabhängigkeitsbewegung FLN. Parallel dazu übernahm er politische Aufgaben für die Exilregierung, unter anderem als Journalist, Sprecher und Diplomat mit Schwerpunkt in Schwarzafrika. Ab 1957 war er Mitherausgeber ihrer Zeitschrift *El Moudjahid*. 1959 entkam er nur knapp zwei Attentatsversuchen des französischen Geheimdienstes – in Marokko und in Rom. Bereits schwer an Leukämie erkrankt,

diktierte er 1960 seiner Frau Josie sein letztes und bedeutendstes Werk: *Die Verdammten dieser Erde*. Er starb 1961 in Maryland, USA, ohne die algerische Unabhängigkeit 1962 noch zu erleben.

Die Verdammten dieser Erde zählt zu den einflussreichsten Werken der postkolonialen Theorie und der anticolonialen Befreiungsbewegungen. Fanon analysiert darin die tiefgreifenden psychologischen, politischen und sozialen Folgen des Kolonialismus und entwirft eine Vision radikaler Dekolonisierung. Bis heute bleibt das Werk relevant, da es systemische Gewalt, Rassismus und die Notwendigkeit einer umfassenden Befreiung thematisiert. Es offenbart, dass Kolonialismus, Krieg und Gewalt – entgegen gängiger Behauptungen – keineswegs dem menschlichen Wesen entsprechen. Fanon widerlegt diese Vorstellung sowohl theoretisch als auch anhand eindringlicher Fallstudien, die belegen, wie sehr extreme Gewalt Menschen psychisch zerstört. Doch angesichts der allgegenwärtigen strukturellen und physischen Gewalt des Kolonialismus bleibt für die Kolonisierten oft nur der gewaltsame Aufstand. Fanon rechtfertigt Gewalt nicht abstrakt, sondern als Reaktion auf ein gewalttätiges Kolonialsystem, das keine friedliche Veränderung zulässt. Seine Position ist also nicht bellizistisch, sondern emanzipatorisch: Gewalt dient der Befreiung, wenn es keine politischen Wege gibt.

Vor Fanons *Schwarze Haut, weiße Masken* und *Die Verdammten dieser Erde* gab es bereits wegweisende Vorarbeiten: José Martí (*»Nuestra América«*, 1891) und W. E. B. Du Bois (*The Souls of Black Folk*, 1903) thematisierten kulturelle Entfremdung und das »double-consciousness« der Kolonisierten. Psychoanalytiker wie Octave Mannoni (*Psychologie de la colonisation*, 1950) und Albert Memmi (*Der Kolonisator und der Kolonisierte*, 1957, Deutsch: 1966) untersuchten zwar die Dynamik zwischen Unterdrückern und Unterdrückten, blieben jedoch eurozentrisch (Mannoni) oder reformorientiert (Memmi). Fanon radikalisierte diese Ansätze: Als Psychiater, Philosoph und Revolutionär verband er

klinische Fallstudien aus Algerien mit einer Systemkritik, die Kolonialismus als Gewaltverhältnis entlarvte. Fanon, der Gegengewalt nur unter extremen Bedingungen unterstützte, suchte stets auch Wege, sie zu vermeiden. Doch sah er die Befreiung aus einer totalen Gewaltordnung, in der keine demokratische Kommunikation möglich ist, nicht in Reform oder Anpassung, sondern in der revolutionären Zerschlagung der kolonialen Herrschaftsstruktur. Gewalt war für ihn auch ein individueller psychologischer Befreiungsakt. Als Psychiater beschreibt Fanon die zerstörerischen psychischen Auswirkungen des Kolonialismus auf beide Seiten: Die Kolonisierten entwickeln als Opfer des Rassismus Minderwertigkeitskomplexe und internalisieren Unterwerfung, während die Kolonisatoren in einem entmenschlichenden Überlegenheitsdenken gefangen sind.

Im Kontext der Befreiungskämpfe der 1960er-Jahre wurde *Die Verdammten dieser Erde* zu einem Leitfaden anticolonialer Bewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Sein Werk entlarvt zudem den Widerspruch zwischen dem europäischen Werte-Anspruch und der gleichzeitigen Praxis kolonialer Unterdrückung – eine Kritik, die bis heute die Debatten über westliche Hegemonie prägt.

Ein weiterer zentraler Punkt ist Fanons Kritik an der postkolonialen Elite. Er warnte, dass die nationale Bourgeoisie nach der Unabhängigkeit oft nur die Machtstrukturen der Kolonialherren fortführe, statt einen radikalen Bruch zu vollziehen – eine Prognose, die sich in vielen Staaten Afrikas und Asiens – wie auch in Irland – bewahrheitete. Sein Plädoyer für eine »neue Menschlichkeit« fordert radikalen gesellschaftlichen Umbruch, der koloniale Denkmuster überwindet und echte politische wie kulturelle Selbstbestimmung ermöglicht.

Fanon forderte eine kritische Wiederaneignung kultureller Traditionen – verbunden mit humanistischen Ideen. Sein Universalismus zielte auf eine gemeinsame Menschlichkeit jenseits sich gegenseitig ausgrenzender Identitäten. *Die Gegenüberstellung von »europäischer«*

und »afrikanischer Kultur« ist ein Produkt des Kolonialismus selbst. Seine Vision war die Befreiung aller Menschen von rassistischen Strukturen – nicht die Verfestigung von Opferrollen. Identitätspolitik, die sich nur über Verletzung definiert, hielt er für hemmend. Befreiung bedeutete für ihn, über das erfahrene Leid hinaus etwas Neues zu schaffen. In diesem Sinne lehnte er auch Kolonialsprachen nicht pauschal ab, sondern sah in ihnen pragmatische Werkzeuge der Verständigung.

Während Fanon in Algerien kämpfte und schrieb, entwickelte der nigerianische Autor Chinua Achebe ähnliche Überzeugungen – auf literarischem Wege. Sein Roman *Things Fall Apart* (1958, Deutsch: *Okonkwo oder Das Alte stürzt/Alles zerfällt*, 1959) zeigt, wie der Kolonialismus nicht nur die einheimische Gesellschaft zerstört, sondern gleichzeitig das Selbstbild der Kolonisierten deformiert. Wo Fanon die psychologische Befreiung durch revolutionäre Gewalt betont, setzt Achebe – wie auch sein Landsmann Wole Soyinka – auf die Macht der Erzählung, um ein Gegen-Narrativ zum kolonialen Diskurs zu schaffen. So entstand die moderne Literatur in Afrika als Antwort auf koloniale Unterdrückung und entwickelte sich zu einem Instrument der kulturellen und politischen Befreiung.

Als epischer Chronist der afrikanischen Erfahrung thematisiert Achebe in seiner Afrikanischen Trilogie das Trauma des Kolonialismus: den Zusammenbruch indigener Gesellschaftsordnungen, die psychische Entmündigung der Kolonisierten und den anschließenden Neokolonialismus, der sich in der Herrschaft korrupter einheimischer Eliten und multinationaler Konzerne manifestiert. *Alles zerfällt* veranschaulicht diesen totalen Weltverlust, aus dem keine neue Ordnung, sondern zunächst nur Chaos hervorgeht. Doch trotz der schonungslosen Darstellung von Gewalt und Verlust bleibt bei Achebe stets ein Hoffnungsschimmer spürbar – etwa im symbolischen Ritual der Neugeburt am Ende von *Anthills of the Savannah* (1987, Deutsch: *Termitenhügel in der Savanne*,

1991), das eine egalitäre, sozialistisch geprägte Zukunft andeutet.

Achebes Literatur ist somit mehr als nur Anklage: Sie ist ein Instrument der Erinnerung und Selbstermächtigung. Dass seine Werke im Westen gefeiert wurden, ohne dass man sich ihrer politischen Sprengkraft bewusst war, illustriert die Ironie dieser Rezeption – und die Macht einer Literatur, die auch dann wirkt, wenn ihre radikale Botschaft unterschätzt wird. Das afrikanische Sprichwort zitierend »Solange die Löwen keine eigenen Historiker haben, wird die Geschichte der Jagd stets den Jäger verherrlichen«, verwies Achebe auf die Notwendigkeit, das eigene Narrativ zurückzuerobern – als Voraussetzung für kulturelle und politische Selbstbestimmung.

Diese Literatur ist nicht nur ein künstlerisches, sondern auch ein politisches Projekt: Sie dokumentiert die tiefgreifenden Umbrüche – Kolonisation, Unabhängigkeitsbewegungen und die Ernüchterung angesichts postkolonialer Realitäten, in denen sich alte Machtverhältnisse unter neuen Vorzeichen fortschreiben. Achebe macht dabei sichtbar, wie äußere und innere Fremdbestimmung ineinandergreifen – und eröffnet zugleich narrative Räume, in denen Zukunft neu gedacht werden kann.

Während Fanon und Achebe zentrale Impulse für eine postkoloniale Literaturtheorie setzten, entwickelte der kenianische Schriftsteller Ngũgĩ wa Thiong’o ihre Ansätze weiter – besonders in *Decolonising the Mind* (1986, Deutsch: *Dekolonisierung des Denkens*, 2019) sowie in seinem Erzählwerk. Für ihn ist Sprache nicht nur Kommunikationsmittel, sondern Träger von Geschichte, Kultur und Macht. Wer in der Sprache des Kolonisators denkt, übernimmt unwillkürlich dessen Wertesystem – eine Form geistiger Unterwerfung, der Ngũgĩ mit seiner Entscheidung, nur noch in Gikũyũ zu schreiben, bewusst entgegnet. Diese sprachliche Selbstermächtigung ist für ihn Voraussetzung kultureller Emanzipation. Damit knüpft er einerseits an Fanons Forderung nach einer Dekolonisierung des Geistes und an Achebes literarische

Verankerung afrikanischer Perspektiven an, geht aber zugleich über sie hinaus: Nicht nur Inhalte, auch die Sprache selbst muss dekolonisiert werden. Ziel ist eine afrikanische Literatur in afrikanischen Sprachen – als Widerstand und Mittel kollektiver Erinnerung sowie der Auseinandersetzung mit der neokolonialen Gegenwart. So entspricht sie der Forderung Fanons, nicht rückwärtsgewandt zu sein, sondern aus dem Kampf geboren.

Auch Edward Said prägte diesen Diskurs maßgeblich: In *Orientalism* (1978, Deutsch: *Orientalismus*, 1981) analysiert er die kulturelle Hegemonie des Westens und zeigt, wie der ›Orient‹ in europäischen Diskursen als rückständig und exotisch konstruiert wurde – ein Vorgang, den Fanon bereits 1952 für den anti-Schwarzen Rassismus beschrieben hatte.

Zusammen bilden diese Denker eine intellektuelle Tradition, die aufzeigt, dass Dekolonisierung nicht mit politischer Unabhängigkeit endet – sie muss in den Köpfen, in der Literatur und in der Sprache weitergeführt werden. Ihre Werke bleiben relevant, weil sie nicht nur die Vergangenheit erklären, sondern auch Wege in eine befreite Zukunft weisen. In diesem Sinne ist sie nicht allein afrikanisch, sondern weltliterarisch – Teil eines globalen Kampfes für Dekolonisierung und menschliche Würde.

Fanon bietet ein Schlüsselverständnis für anhaltende postkoloniale Machtstrukturen – wirtschaftliche Abhängigkeit durch Schulden oder Rohstoffausbeutung. Systemischer Rassismus und Polizeigewalt sind Ausdruck jener Entmenschlichung, die Fanon als Folge des Kolonialismus analysierte. Seine Forderung nach geistiger Dekolonisierung spiegelt sich heute in Debatten über kulturelle Aneignung, Repräsentation und Ermächtigung wieder. Gleichzeitig bestätigen autoritäre Regime in postkolonialen Staaten und globale Migrationsbewegungen als Folge unvollendeter Dekolonisierung Fanons düstere Prognosen.

Die Theorien der Dekolonisierung, die im 20. Jahrhundert vor allem von afrikanischen und karibischen Denkern wie Fanon, Memmi

und Ngũgĩ geprägt wurden, finden auch in Europa Resonanz – nirgends deutlicher als in Irland. Der irische Biologe und Autor Tomás Mac Síomóin – aus vollständig postkolonialer Perspektive schreibend – übertrug diese Ideen auf seine Heimat und zeigte, wie die britische Kolonialherrschaft nicht nur die politische, sondern auch die psychische und kulturelle Landschaft Irlands nachhaltig deformiert hat. Seine Arbeiten – insbesondere *The Broken Harp* (2014) und *The Gael Becomes Irish* (2020) – verdeutlichen, dass die Dekolonisierung nicht abgeschlossen ist, sondern ein fortwährender Kampf gegen die unsichtbaren Überreste imperialer Herrschaft.

Mac Síomóin knüpft explizit an Fanon und Memmi an, indem er die Psychopathologie der Kolonisation analysiert. Während Fanon die psychische Zerstörung der Kolonisierten in Algerien beschrieb, untersucht Mac Síomóin, wie die systematische Erosion der irischen Sprache (Gaeilge) und Kultur ein kollektives Trauma hinterließ, das sich über Generationen fortsetzt. Wie Ngũgĩ betont er, dass der Verlust der Muttersprache den Verlust einer eigenständigen Weltansicht bedeutet. Die Iren, so Mac Síomóin, internalisierten die englische Perspektive so tief, dass viele bis heute ein »kulturelles Stockholm-Syndrom« aufweisen: Sie identifizieren sich mit der Sprache und den Werten der ehemaligen Unterdrücker, während sie die eigene Herkunft als rückständig ablehnen.

Ein Gedanke, der schon bei Fanon angelegt ist, wird bei Mac Síomóin zentral: Er thematisiert nicht nur die psychologischen, sondern auch die epigenetischen Folgen kolonialer Gewalt. Die Große Hungersnot (1845–1849) hinterließ als gezielter Akt ethnischer Säuberung ein transgenerationales Trauma, das bis heute nachwirkt. Mac Síomóins Lösungsansatz ähnelt dem Ngũgīs: Eine echte Dekolonisierung erfordert die Rückkehr zur eigenen Sprache. Doch während Ngũgĩ ins Gikũyũ wechselte, stand Mac Síomóin vor einem Dilemma: auf Irisch zu schreiben und nur eine kleine Leserschaft erreichen, oder auf Englisch, um breitere Kreise anzusprechen? Seine Entscheidung, Teile seines

Werkes zu übersetzen, reflektiert solche pragmatischen Herausforderungen.

Es ist nachvollziehbar, wie diese Autoren die Sprache der Kolonisatoren primär als Instrument einer indirekten, geistigen Fortsetzung der Unterdrückung betrachteten – besonders, wenn ihnen unterdrückte Muttersprachen zur Verfügung standen. Ein weiterführender Aspekt ist das Verhältnis dieser Literatur zur ›zweiten Kultur‹ – der unterdrückten Kultur innerhalb der kolonialen Zentren selbst, etwa der der Arbeiterklasse. Um sich das humanistische Erbe, oft in den Sprachen der Kolonisatoren, anzueignen, übersetzen Befreiungsbewegungen auch klassische Texte in die eigenen Sprachen. Julius Nyerere übertrug Shakespeare ins Swahili, der portugiesische Kommunist Álvaro Cunhal übersetzte *König Lear* heimlich im Gefängnis ins Portugiesische, Pablo Neruda machte Blake auf Spanisch zugänglich, Nazım Hikmet übertrug im Gefängnis unter anderen Tolstoi ins Türkische.

Wie Fanon voraussah und Ngũgĩ bestätigte, zeigte auch Mac Síomóin: dass Dekolonisierung nicht mit der politischen Unabhängigkeit endet. Neokoloniale Strukturen wirken fort – getragen von einer irischen Bourgeoisie, die nach der formalen Unabhängigkeit wieder in Abhängigkeit zur britischen Macht geriet und ab 1973 zunehmend der EU-Politik Vorschub leistete, statt ihr zu widerstehen. So verlor Irland ökonomische und politische Souveränität; die Dominanz anglophoner Medien beschleunigt seither die kulturelle Selbstaufgabe – nicht nur in Irland. Hier verbindet sich Mac Síomóin mit globalen Diskursen, etwa der portugiesischen Postkolonialtheorie (Boaventura de Sousa Santos), um zu verdeutlichen, dass Irland kein Sonderfall, sondern Teil eines weltweiten Musters ist.

Mac Síomóins Werk ist Beleg dafür, dass postkoloniales Denken nicht auf den Globalen Süden beschränkt ist. Irland, Europas erste kolonisierte und letzte – unvollständig – dekolonisierte Nation, wird bei ihm zum Laboratorium einer europäischen Dekolonisierungstheorie. Er verdeutlicht, dass die Wunden des

Kolonialismus in Europa noch immer bluten. Seine Arbeit ist ein Aufruf, die »innere Kolonisierung« zu überwinden – jene geistigen Barrieren, die Iren davon abhalten, ihre eigene Sprache, Geschichte und Identität zurückzuerobern. In diesem Sinne ist er nicht nur ein Erbe Fanons, sondern ein Pionier eines transkontinentalen Dekolonisierungsdenkens, das Afrika, Irland und andere Teile der Welt verbindet.

So bleibt *Die Verdammten dieser Erde* ein Schlüsselwerk. Es erklärt die Vergangenheit und erhellt die Gegenwart. Fanons radikale Kritik an Unterdrückung, sein Aufruf zur Selbstbefreiung und seine Warnung vor neokolonialen Fallstricken sowie seine Vision einer neuen Menschlichkeit machen das Buch so aktuell wie 1961. Es fordert dazu auf, die unvollendete Dekolonisierung nicht nur politisch, sondern auch im Denken zu vollziehen – und den gewaltsamen Widerstand kolonisierter Völker, etwa der Palästinenser, in ihrem welthistorischen Zusammenhang zu begreifen und zu unterstützen.

(Die Autorin dankt Dr. Sabine Kebir für die freundliche Beratung).

Fortschreiten wohin?

Annette Schlemm

Früher war der Begriff »Fortschritt« eindeutig positiv besetzt. Im Voranschreiten der Menschheit sollte es immer besser werden. »Mit uns zieht die neue Zeit« war ein bekannter Slogan, der auch zur Liedzeile wurde. Noch der Titel des Koalitionsvertrags der Ampelregierung wurde hoffnungsvoll betitelt: »Mehr Fortschritt wagen«. Aber man spricht auch nicht umsonst von einem »fortschreitenden« Klimawandel. Angesichts der Möglichkeit, dass der »Fortschritt« mindestens der letzten Jahrzehnte die Menschheit an den Abgrund des ökologischen Untergangs geführt hat, ist inzwischen Zweifel aufgekommen an der befreienden Wirkung des Fortschritts. Fortschritt könnte aus dieser Sicht verstanden werden als »fortschreitende, sich beschleunigende Umwandlung von Rohstoffen, Energie und menschlicher Arbeitskraft in Müll, Armut und Reichtum«, wie man es auf einem Aufkleber definiert findet. Außerdem wird inzwischen hartnäckig nachgefragt, ob der Fortschritt in einem Teil der Welt nicht auf Kosten anderer Menschen und der Natur stattfand. In gleicher Weise wird der Begriff der »Entwicklung« hinterfragt. Sima Luipert von der *Nama Traditional Leaders Association*, aus dem afrikanischen Volk der *Nama*, an denen zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein schrecklicher Völkermord verübt wurde, versteht unter »Entwicklung« »die größte Lüge des Nordens. Es ist die vermeintliche Großzügigkeit einer Zivilisation, die auf unserer Unterdrückung beruht« (zit. in Cohen, Weizman 2024: 15).

Fortschreiten als Besserwerden

Die Bedeutung des Wortes »Fortschritt« änderte sich im Laufe der Zeit schon mehrmals. Für Francesco Petrarca (1304–1374) und noch bis ins 18. Jahrhundert hinein ging es

beim Versuch, »nach oben zu steigen« (Petrarca 2004: 37) um die »Stabilisierung einer als krisenhaft erfahrenen Zeit« (Kittsteiner 2003: 98). *Nicht ins immer Bessere* zeigten die ersten Fortschrittspfeile, sondern *heraus aus dem gegenwärtigen Unglück*. Die wirtschaftliche Dynamik des Kapitalismus beförderte dann Vorstellungen eines stufenweisen Voranschreitens der Zivilisation. Dieses Denken war von Anfang an davon geprägt, die eigene Gesellschaft gegenüber den kolonialisierten Völkern als eine höher entwickelte darzustellen und damit den kolonialen Umgang mit ihnen zu legitimieren.

Auch in der Arbeiterbewegung hat sich »gegen Ende des 19. Jh. der Glaube an den steten, unaufhaltsamen Fortschritt als Gesetz von Natur und Geschichte festgesetzt« (Haug, Reitz 1999: 729). Im Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus betonen die Autoren aber auch: »Wer sich im Brustton der Überzeugung von ›dem F‹ spricht, kann sich der Kritik und des Spotts v. a. von MARX sicher sein« (ebd.: 719). Trotzdem schrieb Marx von »naturgemäßen Entwicklungsphasen« (MEW 23: 17). Und Engels war sich sicher: »Mit derselben Sicherheit, mit der wir aus gegebenen mathematischen Grundsätzen einen neuen Satz entwickeln können, mit derselben Sicherheit können wir aus den bestehenden ökonomischen Verhältnissen und den Prinzipien der Nationalökonomie auf eine bevorstehende soziale Revolution schließen« (MEW 2: 555). Warum dann die eben genannte Kritik auch bei Marx? Kritisiert wird vor allem die Verwendung des »Fortschritts« als scheinbarer Akteur der Geschichte. Denn »[d]iese Abstraktionen haben für sich, getrennt von der wirklichen Geschichte, durchaus keinen Wert. Sie können nur dazu dienen, die Ordnung des geschichtlichen Materials zu erleichtern [...]. Sie geben aber keineswegs [...] ein Rezept oder Schema, wonach die geschichtlichen Epochen zurechtgestutzt werden können.« (MEW 3: 27) Wie passt das nun zusammen, die »naturgemäßen Entwicklungsphasen« und dass sie »keineswegs [...] ein Rezept oder Schema«

der Geschichte sein können? Wir haben Glück, dass er eine Frage der russischen Sozialrevolutionären Vera beantworten musste und er darin einen »Universalschlüssel einer allgemeinen geschichtsphilosophischen Theorie, deren größter Vorzug darin besteht, übergeschichtlich zu sein« (MEW 19: 112) deutlich ablehnte. Was die einzelnen geschichtlichen Epochen aneinander bindet, sind die jeweils »vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umstände« (MEW 8: 115). Aber die Zukunft ist dadurch nicht vorherbestimmt. Bei Karl Kautsky kann man deutlich herauslesen, wie stark die Fortschrittshoffnung zur Fortschrittsgewissheit gerinnt. Er schrieb: »Der Fortschritt der Kultur ist eine so offenkundige Tatsache, daß niemand an ihm zweifelt. Man ist wohl berechtigt, aus den bisherigen Tatsachen dieses Fortschrittes den Schluß zu ziehen, er werde auch in Zukunft immer weiter vor sich gehen...« (Kautsky 1927: 770). Walter Benjamin meinte dazu: »Es gibt nichts, was die deutsche Arbeiterschaft in dem Grade korrumpiert hat wie die Meinung, sie schwimme mit dem Strom. Die technische Entwicklung galt ihr als das Gefälle des Stromes, mit dem sie zu schwimmen meinte.« (Benjamin 1940/1995: 17 f., These XI).

Fortschritt wobei?

Seitdem ist vieles fortgeschritten. Die Güterproduktion sowieso, auch die Lebenserwartung der Menschen stieg kontinuierlich an. Es gibt Fortschritte bei der Senkung der Kindersterblichkeit und bis in die 40er Jahre hinein auch bei einer sinkenden Arbeitszeit in den Industriestaaten. Deutlich ist aber auch inzwischen der oben schon erwähnte »fortschreitende« Klima-Umbruch und die wachsende Zahl stark gefährdeter oder ausgestorbener Tier- und Pflanzenarten. Wenn dadurch alle anderen Fortschritte gefährdet werden, was sind sie dann noch wert? Woran ist Fortschritt überhaupt zu bemessen? Der Bürgermeister von Bogotá meint dazu: »Die Qualität einer Stadt bemisst sich nicht an Autobahnen, sondern

daran, wie weit sich ein Kind mit einem Dreirad sicher bewegen kann« (Enrique Penalosa, zit. in Imlinger 2017). Bei Marx und Engels ging es vor allem um die »fortgeschrittene[...] Art der Selbstbetätigung der Individuen« (MEW 3: 72). Ob sie damit das ausufernde Influencertum und Tik-Tok-Challenges meinten, ist stark zu bezweifeln.

Die Nachteile von bestimmten Fortschritten sah z. B. schon Lukrez (1. Jhd. v. u. Z.). Während man das Fell von Tieren als Kleid zu missachten und Gold und Purpur zu schätzen lernte, begannen Sorgen das Leben der Menschen zu erfüllen und es in Kriegen aufzureiben (Lukretz 1975: 478). Der Kapitalismus ist in besonderem Maße von Widersprüchen durchzogen. Einerseits kann die Bourgeoisie »nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren« (MEW 4: 465), Andererseits ist der »Fortschritt hier« mit einem »Rückschritt dort« (MEW 25: 270) verbunden. Der Kapitalismus wird auch von Friedrich Engels als »Epoche, in der jeder Fortschritt zugleich ein relativer Rückschritt, in dem das Wohl und die Entwicklung der einen sich durchsetzt durch das Wehe und die Zurückdrängung der andern« (MEW 21: 68) bezahlt wird, gekennzeichnet. Dass deshalb heutzutage die Begriffe »Entwicklung« und »Fortschritt« von Menschen und Bewegungen, die wir gerne als »fortschrittlich« bezeichnen würden, eher grundsätzlich verworfen werden, wie im Buch *Pluriversum. Ein Lexikon des Guten Lebens für alle* (Kothari u. a. 2023), ist eine nachvollziehbare Folge der mit dem kapitalistischen Fortschritt verbundenen Grausamkeiten.

Fortschritt retten?

Kann man den Begriff trotzdem noch retten? Nur, wenn die kritischen Inhalte mit aufgehoben werden. Das bedeutet zuerst, vom Gedanken des Determinismus im Sinne der Vorausbestimmtheit abzulassen. Das »projektierte

Ziel der Geschichte« ist nicht die »bewegende Kraft des historischen Prozesses« (Kittsteiner 1980: 188)! Trotzdem können nur Privilegierte, denen es an nichts mangelt, alles so behalten wollen, wie es ist. Der Dichter Emil Cioran (1911–1995) meinte, wir müssten »die Ungeerechtigkeit des Daseins mit Würde ertragen« (Cioran 1960/1979: 121). Dem sollte immer noch unbedingt entgegengestellt werden der Satz des 1945 hingerichteten Widerstandskämpfers Johann Schmidt: »Ich sterbe nicht als Verbrecher, sondern für meinen Glauben an eine bessere Zukunft.« (Schmidt nach Reinisch 2024: 15). Selbstgewisser Glauben bringt uns allerdings nicht weiter. Wir brauchen »Verantwortung statt Zukunftssicherheit« (Schlemm 2025: 167). Bisher hätte man vielleicht entscheiden können, auf Fortschritt zu verzichten. Heute ist eine bestimmte Form von Fortschritt, und zwar den, der vom Abgrund wegführt, unabdingbar. Früher war Fortschritt möglich – heute ist er zur Überlebensbedingung geworden.

Literatur

- Benjamin, Walter (1940/1995): *Über den Begriff der Geschichte*, in: ders.: *Geschichtsphilosophische Thesen und Briefe*. Liechtenstein: edition archiv. S. 10–16.
- Cioran, Emil (1960/1979): *Geschichte und Utopie*, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Cohen, Tsafir; Weizman, Eyal (2024): »Alles wieder gut?«, *rundschreiben medico international* 02/24. S. 12–17.
- Engels, Friedrich (MEW 2): *Zwei Reden in Elberfeld II*, in: Karl Marx, Friedrich Engels, *Werke*, Band 2, Berlin: Dietz Verlag 1962, S. 549–557.
- Engels, Friedrich (MEW 21): *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*, in: Karl Marx, Friedrich Engels, *Werke* Band 21, Berlin: Dietz Verlag 1962, S. 25–173.
- Haug, Wolfgang Frit; Reitz, Tilman (1999): *Fortschritt*, in: *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Band 4. Hamburg: Argument-Verlag, Sp. 701–744.
- Imlinger, Christine (2017): »Eine Stadt wird (schön langsam) zur Begegnungszone«. *Die Presse*, Wien. 11.07.2017.
- Kautsky, Karl (1927): *Die materialistische Geschichtsauffassung. Zweiter Band. Der Staat und die Entwicklung der Menschheit*, Berlin: Dietz.
- Kittsteiner, Heinz-Dieter (1980): *Naturabsicht und Unsichtbare Hand. Zur Kritik des geschichtsphilosophischen Denkens*, Frankfurt/M., Berlin, Wien: Ullstein.
- Kittsteiner, Heinz Dieter (2003): *Die Stufen der Moderne*, in: Rohbeck, Johannes; Nagl-Docekal, Herta (Hrsg.): *Geschichtsphilosophie und Kulturkritik. Historische und systematische Studien*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 91–117.
- Kothari, Ashish; Salleh, Ariel; Escobar, Arturo; Demaria, Federico; Acosta, Alberto (Hrsg., 2023): *Pluriversum. Ein Lexikon des Guten Lebens für alle*, Neu Ulm: AG SPAK Bücher.
- Lukrez: *Auswahl aus Lukrez, Über die Natur der Dinge*, in: *Griechische Atomisten*, Leipzig: Reclam 1975, S. 427–480.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich (MEW 3): *Die deutsche Ideologie*, in: dies.: *Werke* Band 3, Berlin: Dietz Verlag 1978, S. 9–472.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich (MEW 4): *Manifest der Kommunistischen Partei*, in: dies.: *Werke*, Band 4, Berlin: Dietz Verlag 1978, S. 460–493.
- Marx, Karl (MEW 8): Der 18te Brumaire des Louis Napoleon, in: Karl Marx, Friedrich Engels, *Werke* Band 8, Berlin: Dietz Verlag 1960, S. 113–207.
- Marx, Karl (MEW 19): *Brief an die Redaktion der »Otetschestwennyje Sapiski«*, in: Karl Marx, Friedrich Engels, *Werke* Band 19, Berlin: Dietz Verlag 1987, S. 107–112.
- Marx, Karl (MEW 23): *Vorwort zur ersten Auflage*, in: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band, Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals*, *Werke*, Band 23, Berlin: Dietz Verlag 1962, S. 15–17.
- Petrarca, Francesco (2004): *Secretum meum* (Lateinisch-Deutsch), Mainz: Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung.
- Reinisch, Dieter (2024): »Die bessere Zukunft«. In: *junge Welt*, 26. August 2024.
- Schlemm, Annette (2025): *Fortschritt als Fehlschritt? Eine rettende Kritik*, Stuttgart: Schmetterling Verlag.

In bewegten Zeiten einen klaren Standpunkt beziehen

Erich Hahn (1930–2025)

Je bewegter die Zeiten, desto wichtiger der Standpunkt! Daß die Zeiten bewegt sind, wurde im Bericht des Politbüros bestätigt. Im Übrigen hat unsere Partei vorausgesagt – ich zitiere einen Satz aus der Rede Erich Honeckers auf dem XI. Parteitag: »Die Welt von heute ist von tiefgreifenden Veränderungen zugunsten des Fortschritts, von gegenläufigen Tendenzen und vielfältigen Widersprüchen geprägt.«

Einen Standpunkt diesen Veränderungen gegenüber einzunehmen bedeutet, sie auf den Charakter unserer Epoche zu beziehen, sie in den weltgeschichtlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus einzubetten, der mit der Oktoberrevolution begonnen hat, der sich seitdem vollzieht und den wir kräftig mitgestalten.

Denkmuster, die den Blick für die sozialen Kräfte verschließen

Das muß um so deutlicher betont werden, als das geistige Leben unserer Zeit von einer unübersehbaren Fülle irreführender Deutungen überschwemmt wird, die auf das Gewicht und die Neuartigkeit der uns bewegenden Prozesse und Probleme dadurch reagieren, daß sie alles in Frage stellen. Ich zitiere: »Epoche am Ende der Geschichte«, »Wir erleben die Endzeit der Wendezeit«, »Zeitalter der offenen Angst«, der »Entzweiung von Vernunft und Natur«, »Mega-krise der Weltgesellschaft«, »Risiko-Gesellschaft«, »Nach-neuzeitliche Epoche«. Sie alle – und zahlreiche ähnliche Denkmuster – kranken daran, daß sie den Blick für die sozialen Kräfte, die der gegenwärtigen Situation und ihrer Dynamik das konkret-historische Vorzeichen

verleihen, nicht öffnen, sondern verschließen. Gerade das aber ist die große geistige Leistung und Lehre unseres, des marxistisch-leninistischen Epochenverständnisses. Ich zitiere Lenin: *»Es ist von großen geschichtlichen Epochen die Rede; in jeder Epoche gibt es wie bisher so auch künftig einzelne Teilbewegungen bald vorwärts, bald rückwärts, gibt es wie bisher so auch künftig verschiedene Abweichungen vom Durchschnittstypus und vom Durchschnittstempo der Bewegungen. Wir können nicht wissen, mit welcher Schnelligkeit und mit welchem Erfolg sich einzelne geschichtliche Bewegungen der jeweiligen Epoche entwickeln werden. Wir können aber wissen und wissen tatsächlich, welche Klasse im Mittelpunkt dieser oder jener Epoche steht und ihren wesentlichen Inhalt, die Hauptrichtung ihrer Entwicklung, die wichtigsten Besonderheiten der geschichtlichen Situation in der jeweiligen Epoche usw. bestimmt.«*¹

Das Programm, die Konzeption unserer Partei, ist an den Gesetzmäßigkeiten und Erfordernissen dieser Epoche orientiert. Einen Standpunkt in den Kämpfen unserer Zeit einzunehmen, bedeutet daher zum ändern, die Erfahrungen unserer Partei sorgfältig zu verarbeiten. Das gilt nicht zuletzt für den Bereich geistig-kultureller und ideologischer Prozesse. Das soll an zwei Grundprozessen und -zusammenhängen dargestellt werden.

Eine radikale Revolution im Massenbewußtsein

In unserem Lande haben sich infolge und dank der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse auch auf diesem Gebiet Grundtendenzen einer weltanschaulichen, moralischen und ideologischen Erneuerung durchgesetzt, die den epochalen Erfordernissen und Gesetzmäßigkeiten unserer Zeit entsprechen. Wenn ich dabei auf die Ursprünge zurückgehe, so aus sehr aktuellem Anlaß!

1 Lenin 21/134.

Die erste kulturgeschichtliche Tat unserer Partei im Bündnis mit allen antifaschistischen, humanistischen, fortschrittlichen Kräften war die Zerschlagung der faschistischen Ideologie. Es ist wohl berechtigt festzustellen, daß alle folgenden Schritte im Aufbau einer neuen Gesellschaft ohne diesen entscheidenden historischen Ausgangspunkt nicht hätten bewältigt werden können. Das gilt nicht nur für die sozialistische Revolution, sondern nicht minder für das weltweit gewürdigte vorbehaltlose und kontinuierliche Engagement unseres Staates und seiner führenden Repräsentanten für den Frieden. Zu oft wird nicht genügend beachtet oder übersehen, daß dieses Engagement dieses Staates schlechterdings nicht denkbar wäre ohne eine echte, eine im wahrsten Sinne des Wortes radikale Revolution im Massenbewußtsein, eine Revolution, die an Gründlichkeit und Härte nichts zu wünschen übrig ließ und die nur unter Führung der Partei sich erfolgreich verwirklichen konnte, die seit ihrer Gründung bis heute so gern als Ausbund geistiger Indoktrination verteuftelt wird.

Uns alle bewegt zugleich die trübe Geschichte der Nichtbewältigung bzw. Reproduktion faschistischer Ideologie in der BRD. Künftige Historiker werden es ohne Zweifel zu den geschichtlichen Verdiensten der Arbeiter- und Bauern-Macht in der DDR zählen, nichts unterlassen zu haben, um ihren nicht unwesentlichen Beitrag zur Aufhellung dieses anachronistischen und zugleich überaus gefährlichen Vorganges zu leisten. Zugleich sind wir dabei gegenwärtig mit einer neuen Qualität konfrontiert.

Der bisherige Beitrag der 80er Jahre in diesem Land, der BRD, zu diesem Strang unheilvoller Geistesentwicklung ist einerseits die sogenannte »Historiker-Debatte« – in deren Verlauf von reaktionären Wissenschaftlern ein massiver Vorstoß zur Verharmlosung des Faschismus unternommen wurde, mit dem Gipfelpunkt einer so oder so vorgenommenen Gleichsetzung Hitlers und Stalins. Andererseits erleben wir immer wieder neue sogenannte Entgleisungen bundesdeutscher Spitzenpolitiker.

Beides hat nicht nur eine scharfe Abfuhr von seiten humanistischer Kreise der BRD selbst hervorgerufen, sondern immer wieder auch die Frage, wie so etwas überhaupt möglich sei. Bei einer schlüssigen Antwort auf diese Frage sind sicher zahlreiche Umstände und Faktoren in Rechnung zu stellen. Fest steht jedoch: Die Bewältigung des Faschismus in beiden deutschen Staaten – die Verharmlosung des Faschismus ist auch eine Bewältigung! – ist von entgegengesetzten Klassenkräften erfolgt, wurde von entgegengesetzten Klassenkräften vorgenommen.

Die große historische Leistung der Ausrottung von Imperialismus, Militarismus und faschistischem Ungeist war bei uns erfolgreich, weil sie von der Position eines konsequenten Antifaschismus aus und unter der Führung der Arbeiterklasse erfolgte, und sie war durch die Dialektik von Klassenkampf und Menschheitsfortschritt gekennzeichnet. Die Arbeiterklasse konnte ihre spezifischen Klasseninteressen nicht realisieren, ohne sich an die Spitze des Kampfes zur Realisierung des gemeinsamen Interesses unterschiedlicher Klassenkräfte an der Beseitigung der faschistischen Ideologie der Unmenschlichkeit zu stellen. Und dazu bedurfte es nicht einer Verleugnung oder Zurückstellung irgendeines proletarischen Interesses, sondern gefragt war die uneingeschränkte Verdeutlichung, die volle Klarstellung der Position der Arbeiterklasse in dieser geschichtlichen Umbruchsituation.

Die Rolle der Arbeiterklasse und ihres geistigen Instrumentariums war und ist unverzichtbar, um die sozialen, die klassenmäßigen Wurzeln der faschistischen Barbarei zu identifizieren: der reaktionäre Militarismus, die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne – ich habe aus dem Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 zitiert. Das schloß ein, den Faschismus und seine Träger nicht mit der Bourgeoisie insgesamt zu identifizieren, aber auch die geistigen Quellen der faschistischen Ideologie nicht zu übersehen: Die Vorgeschichte des Nationalsozialismus war der Verfall der bürgerlichen

Ideologie – so formulierte es Genosse Otto Grotewohl auf dem I. Kulturtag der SED 1948. Und die Arbeiterklasse erwies sich gerade dadurch als führende Kraft in diesem Prozeß, daß sie das ganze Potential humanistischer und demokratischer Ideen und Werte für die Überwindung der faschistischen Ideologie ansprach und herausforderte. Wilhelm Pieck sagte auf der ersten Kulturtagung der KPD am 3. Februar 1946: »Gerade der Gebildete, der Denker, der Künstler, der Lehrer, von dem man erwarten durfte, daß er tiefere Kenntnis der deutschen Kultur besitzt und darum auch von heißerer Liebe zu dieser Kultur erfüllt ist, sollte verantwortungsbewußt darüber wachen, daß« solche »hohen Werte« wie »Verbundenheit mit dem Volk, klare Erkenntnis der politischen Aufgaben und Fruchtbarmachung der erworbenen Kenntnisse für den gesellschaftlichen und kulturellen Fortschritt, vor allem aber Verantwortungsgefühl vor der Nation und dem anvertrauten wissenschaftlichen oder künstlerischen Erbe und schließlich Charakter und nochmals Charakter«, daß solche Werte »nicht durch Chauvinismus, Völkerverhetzung und verbrecherisches Spiel mit dem Kriege in Gefahr gebracht werden.«²

Auf der anderen Seite erwies und erweist sich ein weiteres Mal die unheilvolle Rolle des Antikommunismus.

Am 7. Mai 1979 sagte Konrad Wolf auf einer Plenartagung der Akademie der Künste in Berlin, DDR: »Der Antifaschismus ist ein historisch gewachsenes Bündnis von Menschen unterschiedlicher Weltanschauung. Dieses Bündnis hat Weite und Fülle im Individuellen, Geistigen, Politischen, aber es endet an einer Grenze: Antifaschismus und Antikommunismus waren und bleiben unvereinbar. In dem Land, in dem wir leben, sind Antifaschismus und Sozialismus eine Einheit geworden.«³

Das ist der klassenmäßige Hintergrund und Inhalt des oben erwähnten makabren Vergleichs, jenes Zusammendenkens von Unvereinbarem. Dieser klassenmäßige Hintergrund darf von niemandem übersehen oder auf die leichte Schulter genommen werden. Hier geht es um die Verwischung von Klassenpositionen, um eine auf historischer Verfälschung beruhende Variante der Totalitarismuskonzeption. Es geht darum, den Sozialismus als geschichtliche Alternative für die überlebte imperialistische Ordnung, als geschichtliche Perspektive der Menschheit in Mißkredit zu bringen. Es geht darum, die Wachsamkeit der Völker von den Schandtaten des Imperialismus abzulenken. Das muß man wissen, wenn man sich zu diesen Zusammenhängen äußert. Und deshalb hat unsere Partei recht, wenn sie einer derartigen Verzerrung der Wahrheit unseres Jahrhunderts – auch wenn sie aus einer ganz anderen Richtung kommt und mit anderen Vorzeichen versehen ist – entschieden entgegentritt.

Auch jeder andere und jeder weitere grundlegende Schritt gesellschaftlicher Umwälzung wurde von uns als geistiger Anspruch verstanden und unter Führung der Partei der Arbeiterklasse auf kollektive Weise bewältigt. Der unbestreitbar demokratische Vollzug der Bodenreform und der Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher durch Volksentscheid, des Übergangs zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus, der Inangriffnahme der Gestaltung einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft bis hin zu der sozialistischen Art der Intensivierung und Rationalisierung oder der Einführung der Schlüsseltechnologien – all das war mit tiefgreifenden geistig-kulturellen und ideologischen Veränderungen verbunden. Und das wäre nicht möglich gewesen ohne unser Bildungswesen, ohne die ständige Verbreitung der wissenschaftlichen Weltanschauung, ohne ständiges öffentliches Ringen um konkreten geistigen Vorlauf, ohne Informiertheit und Kompetenz der Akteure, ohne Orientierung an den Werten und Idealen der Arbeiterbewegung in Ökonomie und

2 Wilhelm Pieck, Reden und Aufsätze, Bd. II, Berlin 1952, S. 42.

3 ND, 9. Mai 1979, S. 4.

Politik, in Wissenschaft und Kunst und schließlich ohne jene unserer Gesellschaft eigene Weite und Vielfalt von Meinungen, Ideen, Erfahrungen, Traditionen und Standorten, die auf wissenschaftlichen Kongressen nicht weniger zum Tragen kommt als auf Kunstausstellungen oder auf dem Theaterspielplan oder auf Jugendforen.

Nicht zu vergessen sind in diesem Zusammenhang die pausenlosen Attacks des Klassegegners gegen jeden dieser Schritte, das ununterbrochene Infragestellen der sozialistischen Ordnung im großen Ganzen wie im Alltäglichen. All das zusammen hat uns zu ständiger ideologischer Aktivität und politischer Entscheidung, zur Besinnung auf unsere Positionen und Perspektiven, also zu geistiger Anstrengung gezwungen und herausgefordert. Das alles ist eingegangen in das geistige Profil unseres Landes und seiner Bürger.

Hinterland einer Demagogie bröckelt

Die Orientierung an den Erfordernissen unserer Epoche ist nicht weniger unerlässlich, wenn man den richtigen Standpunkt gegenüber anderen akuten und drängenden Problemen der Menschheitsentwicklung einnehmen will. Besonders gilt das für die wissenschaftlich-technische Revolution, von der wir wissen, welche fundamentale Rolle ihr als Gegenstand und Instrument der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus zukommt. Genauer gesagt geht es ja um den Nachweis, welches Gesellschaftssystem, welche Konzeption, welches Programm die größeren geistigen und praktischen Potenzen für eine effektive und humane Nutzung dieses Prozesses zu erschließen vermag. Und auch in dieser Hinsicht bedürfen die Erfahrungen und Positionen unserer Partei als Ausgangspunkt dafür, sich angesichts dieser historischen Herausforderungen und Maßstäbe für den richtigen Weg zu entscheiden, sorgfältiger Berücksichtigung. Und auch diese Entscheidungen heute sind in

tiefgreifende weltanschauliche Auseinandersetzungen eingelagert. Ich greife drei Fragen heraus.

Erstens. Daß Sozialismus auf der politischen Macht der Arbeiterklasse, dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmittel und Planwirtschaft beruht, sieht unsere Partei als allgemeingültige Gesetzmäßigkeit dieser Gesellschaft an. Daß uns vom Gegner das Gegenteil empfohlen wird, ist normal. Zugleich beobachten wir, daß das Hinterland dieser Demagogie brüchig wird. Abgesehen von der dieser Empfehlung direkt entgegengesetzten Praxis des Monopolkapitals mehrten sich Stimmen, die eine gesellschaftliche, eine politische Steuerung der modernen Produktivkräfte auch unter den Bedingungen des Profitsystems für unumgänglich deklarieren, sei es, um für die imperialistische Herrschaft unerwünschte Fernwirkungen aufzufangen oder sei es, um dieser Entwicklung eine humane Richtung zu verleihen. Auf dem Zukunftskongress der IG Metall erklärte Franz Steinkühler: »Die Entwicklung von Technik ist interessegeleitet und damit gestaltbar. Wir halten eine politische Technikbeeinflussung ... nicht nur für möglich und durchsetzbar. Wir halten sie vielmehr für unverzichtbar.«⁴

Für uns stellt sich politische Technikbeeinflussung nicht mehr nur als Postulat, sondern als praktische Ursache dafür, daß der Sozialismus bemerkenswerte Resultate vorzuweisen hat bei der Verbindung der modernen Produktivkraftentwicklung mit der Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen des ganzen Volkes, mit Vollbeschäftigung und sozialer Sicherheit, mit einem Zuwachs an Gerechtigkeit und Kollektivität, mit mehr persönlicher und gesellschaftlicher Freiheit, mit der Weckung hoher geistig-kultureller Bedürfnisse.

4 UZ, 5.11.1988, S. 5.

Enorme geistige Herausforderungen

Zugleich sind weitere Ergebnisse bei der Nutzung der Vorzüge des Sozialismus mit enormen geistigen Herausforderungen an uns, nicht zuletzt an die Gesellschaftswissenschaften verbunden. Es geht mehr und mehr darum, die Dialektik von wirtschaftlichem und gesamtgesellschaftlichem Fortschritt dadurch zu meistern, daß einerseits von der Entwicklung der Produktivkräfte ausgehend die Entwicklung der Produktionsverhältnisse und aller anderen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens so gestaltet wird, daß diese als Triebkraft und Bedingung der ökonomischen Entwicklung wirken. Andererseits aber geht es in zunehmendem Maße darum, daß die Entwicklung des wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Fortschritts selbst gesamtgesellschaftlicher Kriterien, Maßstäbe und Vorgaben bedarf.

Zweitens. Es wäre an der Zeit, die Geschichte des Umgangs unserer Gesellschaft mit dem Wert Arbeit zu schreiben. Die Aufnahme, die praktische und geistige Aneignung, die schöpferische Verarbeitung und Veränderung dieses Wertes, die sozialistische Veränderung dieses Wertes im individuellen und gesellschaftlichen Bewußtsein.

Dabei dürfen natürlich auch jene sozialen Widersprüche und persönlichen Konflikte nicht ausgespart werden, die diesen Prozeß begleiten. Gerade sie weisen ihn als Beförderer sozialistischer Humanität aus. Auch dabei sollten wir stets mindestens einen Blick auf die andere Seite der Barrikade richten. Es kann nicht übersehen werden, daß von seiten maßgeblicher Wirtschaftskreise hochentwickelter kapitalistischer Länder in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen werden, um den Zusammenhang von Wirtschaft und Moral für ihre Zwecke auszuloten. Unablässige Erörterungen in der Tagespresse über Wirtschaft und Ethik zeugen davon ebenso wie Lothar Späths »Wende in die Zukunft« oder die im September dieses Jahres angekündigte Einrichtung des

ersten Lehrstuhls für Wirtschafts- und Unternehmensethik in der BRD. Er wird zu der in Ingolstadt geplanten wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der katholischen Universität Eichstätt gehören.⁵

Wir wären schlecht beraten, derartige Aktivitäten zu unterschätzen. Auf jeden Fall jedoch sollten wir uns heute bereits darauf einstellen, unseren Beitrag zur Bloßstellung der bereits erkennbaren Heuchelei, des Zynismus und der vordergründigen Naivität zu leisten, die solche moralischen Unternehmungen zwangsläufig begleiten.

Heuchelei: In der Septemhernummer 1988 einer BRD-Zeitschrift erschien ein Artikel, der nachgerade auf ein zu begehendes Jubiläum schließen lassen könnte: »15 Jahre Arbeitslosigkeit – Aspekte einer Halbzeitbilanz«. Das war die Überschrift. In ihm findet sich der Satz: »Somit ist die Arbeitslosigkeit für eine große Minderheit zu einer kaum gefährlichen Normalerfahrung geworden.«⁶

Zynismus: In der gleichen Zeitschrift gibt es einen Artikel mit der Überschrift: »Ausblick auf die Arbeitsgesellschaft: Über das ganz allmähliche Verschwinden des Menschen.« Oder FAZ vom 28.7.1988: »... ein allgemeines Recht auf Arbeit kann es nicht geben ... Doch man kann sich ein viel handfesteres Recht auf Arbeit vorstellen ... Der Arbeitslose könnte sich ... um eine Tätigkeit bewerben mit einem Lohn z. B. um 10 oder 20 Prozent unter dem Satz des Kollektivvertrages. Er könnte auf Nebenleistungen des Arbeitgebers wie bezahlten Urlaub oder Ruhegeld verzichten ... Es müsste zulässig sein, daß er für seine Person zeitweilig auf gesetzliche Schutzbestimmungen wie Kündigungsschutz oder auf Lohnfortzahlung bei Krankheit verzichtet.«⁷

5 Vgl. Bayern-Kurier, 3.9.1988.

6 Jürgen Kühl: Aus Politik und Zeitgeschichte, 16.9.1988, S. 3 ff.

7 Jochen Rudolph, Eine Art Recht auf Arbeit, FAZ, 28.7.1988, S. 1.

Vordergründige Naivität: Interview der »Wirtschaftswoche«, Düsseldorf, mit John Kenneth Galbraith, am 8.4.1988: »In ihrem Buch über die Wohlstandsgesellschaft gaben sie vor 30 Jahren der Hoffnung Ausdruck, daß die Kluft zwischen privatem Konsum und öffentlichem Leistungsangebot eines Tages überbrückt werde. Daraus wurde wohl nichts?

Galbraith: Nein. Und ich hätte damals nicht im Schlafe vermutet, daß sich diese Kluft noch vergrößern würde. Insofern halte ich den Kontrast zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut für eine der frustrierendsten Eigenarten der amerikanischen Gesellschaft.«

Solche und ähnliche Äußerungen sind ein Beleg dafür, daß es konservativen Kreisen des Imperialismus sehr ernst ist mit der Praktizierung des durch und durch reaktionären, antihumanen Konzepts einer Zweidrittelgesellschaft.

Imperialismus in historischer Krise

Und schließlich drittens: Weder reale ökonomisch-materielle Potenzen und Spielräume noch weltanschauliche Optimismus-Beschwörungen auf allen Wellenlängen des Zeitgeistes können verdecken, daß die imperialistische Ordnung sich in einer historischen Krise befindet. Auch dies wäre durch viele Selbsteinschätzungen zu belegen. Ich beschränke mich auf zwei Anmerkungen:

Einerseits geht aus den zahlreichen Artikulationen von Krisenbewußtsein in den letzten Jahren zweifelsfrei hervor, daß praktische und ideologische Krisenerscheinungen dieser Gesellschaft letztendlich in dem Unvermögen der Monopolbourgeoisie verankert sind, die Bedingungen und den Inhalt der menschlichen Tätigkeit so zu gestalten, daß die Gegenwart und Zukunft der menschlichen Gattung bereichert und nicht bedroht wird.

Andererseits ist offenkundig, daß insbesondere die geistig moralischen Krisenprozesse dieser Gesellschaft in einem zunehmenden, vielgestaltigen und überaus gefährlichen Irrationalismus kulminieren. »Die Rationalitätsskepsis

ist nur eine Abart eines viel weiter verbreiteten Unbehagens in der Seelenwetterlage der gesamten westlichen Welt.«⁸ Ein anderes Zitat: »Wer Sachverhalte verdeutlichen will, die sich hinter dem Rücken auch der Wissenschaften durchgesetzt haben, muß lernen, gegen das Denken zu denken.«⁹ Und dies ist ernst gemeint, nicht kritisch.

Und auch der vielzitierte Hans Jonas muß gestehen, daß diese konkret-historische Irrationalität der Logik der Profitwirtschaft entspringt und anhaftet.

Es ergeben sich Schlußfolgerungen. Wir haben die Pflicht, noch gründlicher und kollektiver alle sozialen, geistigen, moralischen und weltanschaulichen Voraussetzungen und Konsequenzen moderner Wissenschafts- und Technikentwicklung sowohl auf der Ebene des theoretischen Denkens als auch im Alltagsbewußtsein, in einem breiten gesellschaftlichen Kommunikationsprozeß zu klären.

Wir haben deutlich zu machen, daß der verhängnisvolle Schluß von der tiefen Krisenhaftigkeit imperialistischen Umgangs mit Wissenschaft und Vernunft auf die Krisenhaftigkeit von Wissenschaft und Vernunft selbst systembedingt ist. Wahrheit und Rationalität sind unverzichtbare Werte der Menschheit, die heute allerdings auf eine sozialistische Erneuerung der Welt drängen.

Eine andere Schlußfolgerung ist eher praktischer Art. Es handelt sich ja bei dem Thema »Irrationalismus als gesellschaftliches Phänomen« auch nicht nur um ein theoretisches Problem! Nachdem Konrad Wolf in der oben bereits zitierten Rede über den Faschismus der »dritten Generation«, die neofaschistischen Tendenzen der Gegenwart, gesprochen hatte, sagte er: »Die Zerstörung der Vernunft, des gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtseins

8 Manfred Frank, In: *Moderne versus Postmoderne*, S. 101.

9 Dietmar Kamper, In: *Moderne versus Postmoderne*, S. 38f.

und des menschlichen Empfindens ging solchen Feldzügen immer voraus.«¹⁰

Wo Menschlichkeit oberster Wert ist

Reaktionären Tendenzen in der Gegenwart – seien diese nun neofaschistischen oder anderen Gepräges wie militante Konzeptionen im Rahmen konservativer Grundhaltungen, seien dies chauvinistische oder rassistische oder andere autoritäre Strömungen – solchen reaktionären Tendenzen den Weg verlegen heißt ja nicht nur den ideologischen Kampf gegen sie zu führen oder ihre Wurzeln im engeren Sinne auszureißen, sondern heißt ebenso, jenen Boden der Unsicherheit und Angst, der Perspektivlosigkeit und Verzweiflung ernst zu nehmen, der sich als entscheidende Bedingung für die Massenwirksamkeit derartiger »Feldzüge« erwiesen hat.

Ich meine, der Zusammenhang ist nicht konstruiert, wenn ich das kontinuierliche, beharrliche, auch komplizierte Ringen unserer Partei um die Gewährleistung und die Reproduktion sozialer Sicherheit in unserer Gesellschaft als Grundelement sozialistischer Gesellschaft und Lebensweise auch unter diesem Gesichtspunkt und Gesichtswinkel würdige.

Es geht bei dem Stichwort »soziale Sicherheit im Sozialismus« ja längst nicht mehr allein um die Verwirklichung des Menschenrechts auf Arbeit, auf Wohnung, auf Bildung usw., so wichtig und so schwer zu erringen diese sind. Es geht vielmehr um die Gesamtatmosphäre eines Gemeinwesens, das sich auf diesem Fundament erhebt. Es geht darum, daß die Gewährleistung sozialer Sicherheit ein erster, aber entscheidender Schritt in Richtung einer Gesellschaft ist, in der Menschlichkeit als oberster Wert fungieren kann. Es geht darum, daß soziale Sicherheit sich nachgerade zu einem Inbegriff der Einheit

sozialistischer Ziele und sozialistischer Mittel ausprägt.

Natürlich, soziale Sicherheit ist sowohl Zustand als auch Herausforderung und Anspruch. Soziale Sicherheit wirkt ebensowenig automatisch als Triebkraft ihrer eigenen Reproduktion und Vervollkommnung, wie ein Zuwachs an Triebkräften des Sozialismus durch einen Abbau sozialer Sicherheit zu haben wäre. Im Gegenteil, gerade wir Gesellschaftswissenschaftler stehen erst am Beginn unseres Beitrages zur Bewältigung der Aufgabe, jene dem Sozialismus gemäßen Triebkräfte eines hohen Tempos wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu entfalten, die auf der Grundlage sozialer Sicherheit wirken. Daß im Ensemble der Faktoren, die dabei eine Rolle spielen, unsere Ideologie, unsere Ideale, unsere Werte einen gewichtigen Platz einnehmen müssen, steht ebensowenig außer Zweifel wie die Einsicht, daß es dabei letztendlich um Interessen, um Klasseninteressen geht.

Quelle

Aus der Diskussionsrede von Prof. Dr. Erich Hahn. Mitglied des ZK, Direktor des Instituts für Marxistisch-Leninistische Philosophie der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED auf der 7. Tagung des Zentralkomitees der SED, ND vom 3./4. Dezember 1988

10 Konrad Wolf auf einer Plenartagung der Akademie der Künste in Berlin/DDR am 7. Mai 1979, ND, 9. Mai 1979, S. 4.

Manifest der SPD-Friedenskreise

Friedenssicherung in Europa durch Verteidigungsfähigkeit, Rüstungskontrolle und Verständigung



80 Jahre nach Ende der Jahrhundertkatastrophe des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung vom Hitler-Faschismus ist der Frieden auch in Europa wieder bedroht. Wir erleben neue Formen von Gewalt und Verletzung der Humanität: Der russische Krieg gegen die Ukraine, aber auch die fundamentale Verletzung der Menschenrechte im Gaza-Streifen. Die soziale Spaltung der Welt wird tiefer, in den Gesellschaften und zwischen den Gesellschaften. Die vom Menschen gemachte Krise des Erd- und Klimasystems, die Zerstörung der Ernährungsgrundlagen und neue Formen von Kolonialismus um Rohstoffe bedrohen den Frieden und die Sicherheit der Menschen. Nicht zuletzt versuchen Nationalisten Unsicherheiten, Konflikte und Kriege für ihre schäbigen Interessen zu nutzen.

Von einer Rückkehr zu einer stabilen Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa sind wir weit entfernt. Im Gegenteil: In Deutschland und in den meisten europäischen Staaten haben sich Kräfte durchgesetzt, die die Zukunft vor allem in einer militärischen Konfrontationsstrategie und hunderten von Milliarden Euro für Aufrüstung suchen. Frieden und Sicherheit sei nicht mehr mit Russland zu erreichen, sondern müsse gegen Russland erzwungen werden. Der Zwang zu immer mehr Rüstung und zur Vorbereitung auf einen angeblich drohenden Krieg wird beschworen, statt notwendige Verteidigungsfähigkeit mit einer Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik zu verknüpfen, um gemeinsame Sicherheit und gegenseitige Friedensfähigkeit zu erreichen. Wir sind davon überzeugt, dass das Konzept der gemeinsamen

Sicherheit der einzige verantwortungsbewusste Weg ist, über alle ideologischen Unterschiede und Interessen-Gegensätze hinweg Krieg durch Konfrontation und Hochrüstung zu verhindern. Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit lag auch dem zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow 1987 vertraglich vereinbarten Verbot aller atomarer Mittelstreckenwaffen zugrunde, das wesentlich zum Ende des Kalten Kriegs in Europa und zur deutschen Einheit beigetragen hat.

Seit den 1960er Jahren wurde die Welt mehr als einmal an den nuklearen Abgrund geführt. Der »Kalte Krieg« war geprägt von gegenseitigem Misstrauen und militärischer Konfrontation der Führungsmächte in Ost und West. Der Präsident der USA John F. Kennedy, Willy Brandt und andere führende Politiker der damaligen Zeit haben die richtigen Konsequenzen aus der in der Kuba-Krise offensichtlich gewordenen gefährlichen Perspektivlosigkeit dieser Rüstungsspirale gezogen. An die Stelle von Konfrontation und Hochrüstung traten Gespräche und Verhandlungen über Sicherheit durch Kooperation, Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 war ein Höhepunkt dieses Zusammendenkens von Verteidigungs- und Abrüstungspolitik, das in Europa jahrzehntelang Frieden gesichert hat und schließlich auch die deutsche Einheit ermöglichte.

In Helsinki wurden zentrale Prinzipien der europäischen Sicherheit durch einen

friedlicheren Umgang der Staaten miteinander vereinbart: Die Gleichheit der Staaten unabhängig von ihrer Größe, die Wahrung der territorialen Integrität der Staaten, der Verzicht auf gegenseitige Gewaltandrohungen, die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Verzicht auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten wie auch die Vereinbarung umfassender Zusammenarbeit.

Heute leben wir leider in einer anderen Welt. Die auf den Prinzipien der KSZE Schlussakte basierende europäische Sicherheitsordnung wurde schon in den letzten Jahrzehnten vor dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine immer mehr untergraben – auch durch den »Westen« – so etwa durch den Angriff der Nato auf Serbien 1999, durch den Krieg im Irak mit einer »Koalition der Willigen« 2003 oder durch Nichteinhaltung der 1995 bekräftigten nuklearen Abrüstungsverpflichtungen des Atomwaffensperrvertrags, durch Aufkündigung oder Missachtung wichtiger Rüstungskontrollvereinbarungen zumeist durch die USA oder auch durch eine völlig unzureichende Umsetzung der Minsker Abkommen nach 2014.

Diese historische Entwicklung zeigt: Nicht einseitige Schuldzuweisungen, sondern eine differenzierte Analyse aller Beiträge zur Abkehr von den Prinzipien von Helsinki ist notwendig. Gerade deshalb dürfen wir jetzt nicht die Lehren aus der Geschichte vergessen. Eine Rückkehr zu einer Politik der reinen Abschreckung ohne Rüstungskontrolle und der Hochrüstung würde Europa nicht sicherer machen. Stattdessen müssen wir wieder an einer Friedenspolitik mit dem Ziel gemeinsamer Sicherheit arbeiten.

Vielen scheint gemeinsame Sicherheit heute illusorisch. Das ist ein gefährlicher Trugschluss, weil es zu einer solchen Politik keine verantwortungsbewusste Alternative gibt. Dieser Weg wird nicht einfach sein. Vor echten vertrauensbildenden Maßnahmen braucht es deshalb zunächst kleine Schritte: die Begrenzung weiterer Eskalation, den Schutz humanitärer Mindeststandards, erste technische Kooperationen etwa

im Katastrophenschutz oder der Cybersicherheit sowie die behutsame Wiederaufnahme diplomatischer Kontakte. Erst wenn solche Grundlagen geschaffen sind, kann Vertrauen wachsen – und damit der Weg frei werden für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur. Auch der öffentliche sicherheitspolitische Diskurs muss dazu beitragen.

Zudem ist Europa heute mehr denn je gefordert, eigenständig Verantwortung zu übernehmen. Unter Präsident Trump verfolgen die USA erneut eine Politik, die auf Konfrontation besonders gegenüber China setzt. Damit wächst die Gefahr einer weiteren Militarisierung der internationalen Beziehungen. Europa muss dem eine eigenständige, friedensorientierte Sicherheitspolitik entgegensetzen und aktiv an einer Rückkehr zu einer kooperativen Sicherheitsordnung mitwirken – orientiert an den Prinzipien der KSZE-Schlussakte von 1975.

Dabei ist klar: Eine verteidigungsfähige Bundeswehr und eine Stärkung der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit Europas sind notwendig.

Diese Verteidigungsfähigkeit muss aber in eine Strategie der Deeskalation und schrittweisen Vertrauensbildung eingebettet sein, – nicht in einen neuen Rüstungswettlauf. Tatsächlich sind allein die europäischen Mitgliedsstaaten der NATO, selbst ohne die US-Streitkräfte, Russland konventionell militärisch deutlich überlegen. Militärische Alarmrhetorik und riesige Aufrüstungsprogramme schaffen nicht mehr Sicherheit für Deutschland und Europa, sondern führen zur Destabilisierung und zur Verstärkung der wechselseitigen Bedrohungswahrnehmung zwischen NATO und Russland.

Zentrale Elemente einer neuen, zukunftsfähigen Friedens- und Sicherheitspolitik sind daher:

- Möglichst schnelle Beendigung des Tötens und Sterbens in der Ukraine. Dazu brauchen wir eine Intensivierung der diplomatischen Anstrengungen aller europäischen Staaten. Die Unterstützung der Ukraine in ihren völkerrechtlichen Ansprüchen muss verknüpft

- werden mit den berechtigten Interessen aller in Europa an Sicherheit und Stabilität. Auf dieser Grundlage muss der außerordentlich schwierige Versuch unternommen werden, nach dem Schweigen der Waffen wieder ins Gespräch mit Russland zu kommen, auch über eine von allen getragene und von allen respektierte Friedens- und Sicherheitsordnung für Europa.
- Herstellung einer eigenständigen Verteidigungsfähigkeit der europäischen Staaten unabhängig von den USA. Stopp eines Rüstungswettlaufs. Europäische Sicherheitspolitik darf sich nicht am Prinzip der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, sondern muss sich an einer wirksamen Verteidigungsfähigkeit orientieren. Wir brauchen eine defensive Ausstattung der Streitkräfte, die schützt ohne zusätzliche Sicherheitsrisiken zu schaffen.
 - Für eine auf Jahre festgelegte Erhöhung des Verteidigungshaushalts auf 3,5 oder 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gibt es keine sicherheitspolitische Begründung. Wir halten es für irrational, eine am BIP orientierte Prozentzahl der Ausgaben für militärische Zwecke festzulegen. Statt immer mehr Geld für Rüstung brauchen wir dringend mehr finanzielle Mittel für Investitionen in Armutsbekämpfung, für Klimaschutz und gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, von denen in allen Ländern Menschen mit geringen Einkommen überdurchschnittlich betroffen sind.
 - Keine Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland. Die Stationierung von weitreichenden, hyperschnellen US-Raketen-Systemen in Deutschland würde unser Land zum Angriffsziel der ersten Stunde machen.
 - Bei der Überprüfungskonferenz im Jahr 2026 zum Atomwaffensperrvertrag gilt es, die Verpflichtung zur nuklearen Abrüstung nach Art. 6 zu erneuern und mit verbindlichen Fortschrittsberichten sowie völkerrechtlichen »No First Use«-Erklärungen zu stärken.
 - Gleichzeitig gilt es auf die Erneuerung des 2026 auslaufenden New Start-Vertrags zur Verringerung strategischer Waffen und auf neue Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung, Rüstungskontrolle, vertrauensbildende Maßnahmen sowie Diplomatie und Abrüstung in Europa zu drängen.
 - Schrittweise Rückkehr zur Entspannung der Beziehungen und einer Zusammenarbeit mit Russland sowie die Berücksichtigung der Bedürfnisse des Globalen Südens insbesondere auch zur Bekämpfung der gemeinsamen Bedrohung durch die Klimaveränderungen.
 - Keine Beteiligung Deutschlands und der EU an einer militärischen Eskalation in Süd-Ost-Asien.

Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner

Dr. Ralf Stegner, MdB, Dr. Rolf Mützenich, MdB, Dr. Norbert Walter-Borjans, SPD-Parteivorsitzender a. D., Dr. hc. Gernot Erler, Staatsminister a. D., Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Ehrenpräsident des Club of Rome, Dr. Nina Scheer, MdB, Maja Wallstein, MdB, Sanae Abdi, MdB, Lothar Binding, Bundesvorsitzender der AG SPD 60 plus, Hans Eichel, Bundesratspräsident a. D., Bundesfinanzminister a. D., Dr. Carsten Sieling, Präsident des Senats und Bürgermeister a. D. Bremen, Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, Staatsminister a. D., Arno Gottschalk, MdBB, Mirjam Golm, Mda Berlin, Matthias Hey, MdL Thüringen, Dunja Wolff, Mda Berlin, Michael Müller, Bundesvorsitzender der Naturfreunde Deutschlands, Parlamentarischer Staatssekretär a. D., Erik von Malottki, Vorsitz Demokratische Linke 21, stellvertretender Afa Bundesvorsitzender, Katja Weitzel, MdL Bayern, Dr. Matthias Kollatz, Mda Berlin, Finanzsenator a. D., Friedhelm Hilgers, Bundesvorstand SPD AG 60 plus, Dr. Theodor Ziegler, 1. Vorsitzender SPD Baidersbrunn, Peter Kox, stellvertretender Vorsitzender SPD-Ratsfraktion Bonn, Martin Schilling, ehem. Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Bonn, Heinz Oesterle, Landesvorsitzender AG

SPD 60 plus Bayern, Prof. Dr. Renate Meyer-Braun, Mitglied des Landesvorstands der Bremer SPD a. D., René Röspe, MdB a. D., Adi Ostertag, MdB a. D., Robert Antretter, MdB a. D., Ehrenmitglied des Europarates und der WEU, Klaus Barthel, MdB a. D., Afa-Bundesvorsitzender a. D., Sigrid Skarperlis-Sperk MdB a. D., Joachim Schuster, MdEP a. D., Prof. Dr. Dietmar Köster, MdEP a. D., Ulrike Neumann, Mda Berlin a. D., Karlheinz Nolte, Mda a. D. Berlin, Bärbel Dieckmann, Oberbürgermeisterin Bonn a. D., Anke Brunn, Wissenschaftsministerin NRW a. D., Gabriele Behler, Staatsministerin a. D., Prof. Jochen Dieckmann, Staatsminister a. D., Dr. Wolfgang Lieb, Staatssekretär a. D., Dr. Hans Misselwitz, Parlamentarischer Staatssekretär a. D., Christoph Habermann, Staatssekretär a. D., Dr. Wilhelm Schäffer, Staatssekretär a. D., Prof. Dr. Dieter Schimanke, Staatssekretär a. D., Dr. Karlheinz Bentele, Staatssekretär a. D., Dr. Karl-Heinz Klär, Staatssekretär a. D., Prof. i. R. Dr. Peter Brandt, Entspannungspolitik Jetzt!, Knut Lambertin, stellv. Demokratische Linke 21, Bundesvorsitzender, Dr. Uwe Pöhls, Blog der Republik, Herbert Sahlmann, Ministerialrat a. D., Cay Gabbe, Ministerialrat a. D., Dr. Wolfgang Biermann, ehemaliger Mitarbeiter von Egon Bahr, Prof. Dr. h. c. Cornelia Füllkrug-Weitzel, ehemalige Präsidentin »Brot für die Welt«, Jürgen Zurheide, Journalist, Dr. Wolfgang Roters, Martin Schmuck, Journalist, Burkhard Zimmermann, Reiner Hammelrath, Verbandsdirektor a. D., Ingrid Hentzschel, Axel Fersen, Bernhard Pollmeyer, Ministerialdirigent a. D., Michael Pöllath, Vorstand NaturFreunde, Dr. med. Susanne Zickler, Dr. Petra Frerichs, Hartmut Palmer, Journalist, Beenhard Oldigs, Dr. Heinrich Lienker, Dagmar Wenzel, Biologin, Dr. Joke Frerichs, Jogi Vormbrock, Meinholde Sollmann, Prof. Dr. Clemens Knobloch, Margret Schmitz, Dr. Paul Hugo Suding, Willi Vogt, Gewerkschafter, Prof. Dr. Andreas Fissahn, Michael Buckup, Demokratische Linke 21 Sprecher Bremen/Niedersachsen, Holger Egger, Wilfried Gaum, Vorstand »Forum für Politik und Kultur Hannover«, Wolfgang

Wiemer, Büroleiter des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck, Dr. Ulrich Brandt, Reinhard Thon, Prof. Dr. Dieter Stammler, Barbara Petersen, Folkert Kiepe, Beigeordneter Deutscher Städtetag a. D., Hans-Joachim Wunderlich, Rainer Papke, Thomas Albert, Ministerialdirigent a. D., Henning von Borstell, Anna von Borstell, Roland Klapprodt, Vorstandssekretär des SPD Parteivorstandes a. D., Hartmut Veitengruber, Ehemaliger ver.di Bezirksgeschäftsführer Niederbayern, Ursula Hagen, Dr. Eckehart Hagen, Stefan Bone, Dirigent, Prof. Dr. Klaus Semlinger, Prof. Dr. Heinz Stapf-Finé, Prof. Dr. Gerhard Bosch, Helmut Krings, Eberhard Weber, Heinz Witte, Prof. Volker Riegger, Frank Schmiedchen, Dr. Karl Lauschke, Heiko Wessel, Dieter Schormann, Florian Dohmen, Mitglied UB-Vorstand Duisburg, Claudia Osten-Bornheim, Hugo Waschkeit, Stadtrat Ronnenberg, Prof. Dr. Bernhard Nagel, Thomas Hönscheid, Prof. i. R. Dr. Dieter Segert, Dr. Wolfram Geier, Dr. Günter Bonnet, MinDirig a. D., Dr. Gerd Pflaumer, Horst Meixner, Dr. Steffen Lehndorff, Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Dr. Hans-Jochen Luhmann, Dr. Joachim Paul.

Über die SPD-Friedenskreise

Die SPD-Friedenskreise sind ein Beratungsgremium, das in regelmäßigen Abständen zusammenkommt, um über Fragen der SPD-Friedenspolitik zu beraten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kommen aus unterschiedlichen Kreisen, Vereinen und Arbeitsgemeinschaften, wie beispielsweise dem Erhard-Eppler-Kreis, dem Willy-Brandt-Kreis, der Johannes-Raugesellschaft, SPD 60 plus, Mehr-Diplomatie-wagen, Demokratische Linke 21, Entspannungspolitik Jetzt!, Naturfreunde, AK Frieden Bremen und Köln.

Das Einfache, das schwer zu machen ist

Die inklusive Langformschule von Jahrgang 1 bis 10

Reinhard Stähling¹

Vorbemerkung der Redaktion: »Demokratie beginnt mit Bildung«, so lautete das Motto des Gewerkschaftstags der GEW im Mai 2025. Dort in Berlin haben die Delegierten die schulpolitischen Positionen erneuert und sich gegen aussondernde Schulstrukturen positioniert. »Eine Schule für alle« könnte damit wieder auf die Tagesordnung kommen, d. h. ein wohnortnaher, mindestens 10jähriger gemeinsamer Schulbesuch, letztlich also eine inklusive Langformschule. Wir haben einen ehemaligen Schulleiter gebeten, seine Erfahrungen mit dieser Schulform zusammenzufassen.

1. Einleitung

Aus pädagogischer Sicht kann eine humane Schule – ohne Zweifel, und die Fachwelt wird das bestätigen (vgl. Stähling 2025, S. 367 ff.) – nur so aussehen wie eine *Gesamtschule für alle*, die bereits im ersten Schuljahr beginnt und alle Schülerinnen und Schüler bis zum Schulabschluss führt. Alle Kinder eines festgelegten Schuleinzugsgebietes werden in dieser Schule aufgenommen, kein Kind wird in eine

Sonderschule überwiesen. Das Sitzenbleiben ist abgeschafft und Noten gibt es erst ab Jahrgang 9. Ziel ist, dass alle Erfolge erzielen und den für sie höchstmöglichen Schulabschluss erreichen. Diese Schule ist als gebundene Ganztagschule verpflichtend. Schulverpflegung, sowie medizinische und soziale Beratung sind kostenlos und Bestandteil der schulischen Erziehung. Bei Problemen von Eltern und Kindern ist die Schule Ansprechpartner. Für jede Klasse ist ein multiprofessionelles Verantwortungsteam zuständig, das die pädagogische Arbeit in wöchentlichen Teamsitzungen abspricht und koordiniert. Diese Schule ist eine »caring community« (vgl. Prengel 2020).

Wieso gehen in Deutschland bisher nur einige Einzelschulen, wie z. B. in der PRIMUS-Schule Berg Fidel – Geist in Münster solche Wege? International auffällig bleibt Deutschland als eines der wenigen Länder, das seit mehr als 100 Jahren eine abgetrennte Grundschule führt und den Kindern, Eltern, Lehrer:innen und den Kooperationspartnern einen künstlichen Bruch ab dem 4. Schuljahr zumutet. Die damit verbundene frühe Trennung von Mitschüler:innen und Lehrer:innen behindert individuelle Lernfortschritte. Zunächst werde ich die Vorteile der Langformschule zusammenfassen, um dann anschließend die Perspektive der Benachteiligten deutlich zu machen.

2. Erfahrungen aus Langformschulen

Um die Vorteile der Langformschule (Jg 1–10) zu zeigen, beziehe ich mich, neben meinen eigenen Einsichten in einer solchen Schule, die wir seit 2014 aus einer Grundschule aufgebaut haben, auf die langjährigen Erfahrungen des Schulleiterkollegen Lothar Sack. Dieser hat von 1969–2006 an der Fritz-Karsen-Schule (FKS) Berlin-Neukölln gearbeitet, seit 1992 als Schulleiter dieser ersten bundesdeutschen Gesamtschule. Schülerinnen und Schüler dieser Langformschule leben und lernen vom ersten Schuljahr an bis zum Schulabschluss (Jg. 10 oder

1 Dr. Reinhard Stähling (geb. 1956) war bis 2022 Lehrer und Schulleiter der PRIMUS-Schule Berg Fidel – Geist (Jg. 1–10) in einem sozialen Brennpunkt in Münster. Unter seiner Leitung haben das Kollegium, die Elternschaft und die Kinder die Grundschule Berg Fidel zu einer Gesamtschule von Jahrgang 1 bis 10 umgebaut. Sein neues Buch »Entwicklungsschritte einer Schule im Brennpunkt« ist 2025 im Psychosozial-Verlag erschienen und analysiert, wie die eigene Schule über Jahrzehnte die aussondernden Schulstrukturen Zug um Zug außer Kraft gesetzt hat.

Abitur) zusammen. Lothar Sack hat über viele Jahre Schüler:innen, Eltern, Pädagogen, das System und das Umfeld der Langformschule beobachten können. Die Ergebnisse sind im Folgenden stichwortartig zusammengefasst (vgl. Sack 2015; Stähling/Wenders 2015, S. 218 ff.):

*Wie erleben **Schülerinnen und Schüler** diese Schule im Gegensatz zu anderen, die nach der Grundschule einen Schulwechsel erfahren?*

- Bekannte und vertraute Umgebung bleibt erhalten.
- Bewährte soziale Beziehungen zu Mitschüler:innen und Lehrer:innen werden fortgesetzt. Gut funktionierende Schüler:innengruppen bleiben bestehen.
- Künftige Lehrer:innen und ältere Schüler:innen sind bekannt.
- Schulplatz für die Sek-Stufe ist sicher.
- Weniger Verunsicherungen, weniger Brüche und unökonomische Lernunterbrechungen.

*Was schätzen **Eltern** daran?*

- Stress der Schulplatzsuche entfällt.
- Wechselmöglichkeiten (bei Unzufriedenheit) bleiben bestehen.
- Lehrer:innen und Konzept der Sek-Stufe sind bekannt.
- Eltern können sich auch bei längerfristigen Projekten sinnvoll einbringen.

*Welche Auswirkungen hat die Langformschule auf das **Kollegium**, das aus Lehrer:innen verschiedener Schulstufen und Schulformen zusammengesetzt ist? Wie arbeiten Lehrkräfte und andere Mitarbeiter der Schule zusammen, wenn Schüler:innen über Klasse 4 hinaus bleiben?*

- Künftige Schüler:innen bereits bekannt.
- Wechsel der Arbeitsschwerpunkte ist realistisch möglich (Grundstufe ↔ Abitur).
- Frühere Lehrer:innen (der Schüler:innen) sind vor Ort.
- Langfristige Entwicklung der Schüler:innen (und damit die langfristige Wirkung des päd. Handelns) kann unschwer beobachtet werden.

- Dadurch entsteht eine realistischere Einschätzung der Situation und Entwicklung von Schüler:innen.

*Wie wird die Langform aus der Sicht der **Schulorganisation** erlebt?*

- Eine »durchgängige« Pädagogik wird möglich.
- Größere Altersbandbreite bietet Vorteile, wie Patenschaften (Lernen durch Lehren), im AG-Bereich, bei Schulfesten u. a.
- Vermeidung des Zeitverlustes durch soziale Brüche.
- Inklusion in der Sekundar-Stufe ist ohne Brüche leichter.
- Altersmischung kann sich besser entfalten, weil es einen mehrfachen Durchlauf in derselben Schülergruppe gibt.
- System ist weniger anfällig für Demütigungen und Suche nach »Sündenböcken«.
- Längere Verweildauer der Schüler:innen macht die Schule weniger empfindlich gegen Interventionen von außen.
- Größeres Kollegium ermöglicht interne Ver tretungsregelungen.

*Wie reagiert das **Schulumfeld**?*

- Schulen mit großer Altersbandbreite sind ein interessanterer Kooperationspartner, z. B. für
 - Sportvereine, Firmen, Kommunale Aufgaben, Freie Träger der Jugend- und Sozialarbeit, Sozialpraktika u. a.

3. Wem nützt die Langformschule und wen trifft die frühe Trennung nach Klasse 4 am meisten?

Wieso profitieren Benachteiligte besonders von der Langformschule? Hier lohnt ein genauer Blick in die Lebens- und Arbeitsweisen von Kindern, die in Armut und Not aufwachsen. Wenn eine Schülerin, nennen wir sie Maria, aus Armutsverhältnissen kommend (oder auch mit Fluchterfahrungen) in ihrer Schulklasse

eine Freundin gefunden hat, dann gibt diese ihr Halt und Sicherheit. Hier kann sie sich entfalten, spielen und lernen, sich zu vergessen. Eine einfühlsame Klassenlehrerin wird diese Freundschaft zu den wichtigsten Bedingungen einer guten Entwicklung zählen. Hier kann sie die Sprache lernen, sich auf neue Perspektiven einlassen und ihren Wissensdurst stillen. Wenn sie nun aber in einem relativ jungen Alter von ihrer Freundin getrennt wird, weil diese z. B. auf eine andere Schule wechselt, kommt es zu einem Bruch. Dieser Bruch ist in unserem System für alle nach Klasse 4 vorgesehen. Aber Maria, deren Leben stabilisiert wird durch die engen Kontakte zur Freundin und zur Familie, soll sich nun auf einer neuen Schule in ganz fremder Umgebung ohne Freundin durchschlagen? Hier wird die solidarische Stärke, die Maria trägt, zerstört. Sie hat es nicht geschafft, auch auf die Schule ihrer Freundin zu kommen. Ihr schadet dieser Bruch, ihr Selbstwert ist geschwächt und sie wäre nicht die erste Schülerin, deren Lernentwicklung von nun an stockt. Nicht wenige beginnen, die Schule nicht mehr regelmäßig zu besuchen. Den Schaden, den die frühe Trennung nach Klasse 4 anrichtet, hinterlässt Spuren im ganzen Leben. Die Langformschule wäre ein wichtiger Faktor, diese seelischen Schmerzen zu verhindern und die eigene Stärke in der Solidarität mit den Mitschüler:innen dauerhaft aufzubauen und zu kultivieren.

Ein Schulwechsel nach der Klasse 4 schadet am meisten denen, die an der Wettbewerbslogik im Schulsystem, an seinem Noten- und Aussonderungswesen scheitern. Jahr für Jahr bleiben ca. 50.000 junge Menschen ohne Hauptschulabschluss. Seit 10 Jahren ist diese Quote von 6,2% der Schülerschaft nicht gesunken. Viele von diesen Benachteiligten leben in Armut (vgl. Stähling 2025, S. 409 ff.). Wenn diese Kinder keinen Bruch nach der 4. Klasse erlebt hätten, wäre ihre Laufbahn erfolgreicher gewesen. Dieses Ergebnis ist aus einer aktuellen Vergleichsstudie (Vieluf 2021) zu schlussfolgern.

Erfahrungen zeigen, dass die Sicht auf die Vorzüge der Langformschule von etlichen

bürgerlich geprägten Eltern nicht geteilt wird. Bürgerlichen Mittelschichtfamilien und den entsprechenden zuständigen Behörden und Politikern mag die Notwendigkeit einer strukturellen Änderung im Schulsystem, wie die Einführung von Langformschulen, nicht dringend erscheinen. Sie können sich häufig mit dem aussondernden Schulsystem sogar dann arrangieren, wenn es zu frühen Schulwechseln (nach Jg. 4) und Brüchen in der Bildungsbiografie kommt: »Das hat mir nicht geschadet!« Während die »schwächeren Schüler« aus Unter- und auch teilweise aus der Mittelschicht an den Hürden der Schule scheitern, haben sie es »geschafft, auf das Gymnasium zu kommen«. Viele von ihnen hatten es »nie nötig gehabt«, sich über die frühe Trennung nach Klasse 4 zu beklagen. Nur die 20 %-ige Minderheit, nämlich die Kinder, die in Deutschland in Armut leben, hätten eine Langformschule gebrauchen können. Bürgerliche Familien, die sich engagiert für ihre Kinder in der Schule eingesetzt haben, sehen sich selbst oft als verdiente »Bildungsgewinner«, wohl wissend, dass etliche ihrer Klassenkameraden niemals gute Noten bekamen.

Ähnliche Beobachtungen hat der Soziologe Pierre Bourdieu (1930–2002) gemacht. Er legt 1979 seine Studie »Die feinen Unterschiede« vor. Er erklärt die kulturellen Gewohnheiten und Verhaltensweisen der Menschen aus ihren historisch gewachsenen, ökonomischen und sozialen Entstehungsbedingungen und ihren sozialen Funktionen. Es wird deutlich, dass die soziale Herkunft den entscheidenden Einfluss auf die Aneignung des kulturellen Erbes hat. Die Schule ist nach Bourdieu daran beteiligt, die Ungleichheit zu reproduzieren, zu verfestigen und zu verschleiern. Spätestens in Klasse 4 geschieht in Deutschland der gesellschaftliche Verteilungskampf um die besten Rangplätze. Wer schafft es, auf ein Gymnasium zu kommen? Die Chance eines Kindes, dessen Eltern kein Abitur haben, in der Koppelung mit einer Migrationsvorgeschichte oder mit Armut, ist deutlich niedriger als die eines Kindes, dessen

Eltern Akademiker sind, wie Studien seit langem zeigen (vgl. Maaz u. a. 2010).

Wie geraten Schüler:innen aus »unteren« sozialen Schichten der Gesellschaft unter Druck durch die Anforderungen der Institution Schule? In der folgenden kurzen Darstellung von entsprechenden Schüler:innen-Typologien wird deutlich, welche Passungen von Elternhaus und Schule für die Schulerfolge ausschlaggebend sind (vgl. Kramer/Helsper 2010, S. 115 ff.; Stähling/Wenders 2021, S. 286 ff.):

- a. Kinder der akademischen Oberklasse-Milieus können wegen ihres überlegenen Hintergrundwissens zwanglos familiale und schulische Bildungsstrategien verbinden. Bei einigen Schüler:innentypen dieses Milieus finden Kramer/Helsper (2010, S. 117) u. a. einen Habitus der »*Bildungsexzellenz*«, der über den Horizont der Schule hinausweist. Sie setzen sich teilweise von anderen ab, die diese Bildungsorientierung nicht so selbstverständlich ausgeprägt vorweisen können.
- b. Ein weiterer Schüler:innen-Typus wird charakterisiert mit einem Habitus des *Bildungsstrebens*. Mit starkem Bemühen streben diese Schüler:innentypen gymnasiale Bildungsorte und -abschlüsse an, die ihnen und ihren Familien tendenziell fremd sind. Eine selbstverständliche Leichtigkeit fehlt. Die Leistungsbereitschaft fokussiert sich auf die Schule, nicht unbedingt darüber hinaus (vgl. Kramer/Helsper 2010, S. 118 f.).
- c. Ein anderer Schüler:innen-Typus aus den Milieus der gesellschaftlichen Mitte zeichnet sich durch unauffällige Schulkarrieren und schulisches Pflichtbewusstsein aus. Diese Schüler:innentypen entwickeln einen Habitus der »*Bildungskonformität*«. Angestrebt wird ein mittlerer Schulabschluss. Diese Kinder profitieren davon, dass sich Bildungsprozesse in Familie und Schule überlagern und man mit der Schule konform geht (vgl. Kramer/Helsper 2010, S. 107, 118 f.).
- d. Demgegenüber erweisen sich die üblichen schulischen Anforderungen für die Lebenswelten der Kinder aus »unteren

Klassenmilieus« als wenig passend. Sie wirken wie aus einer fremden Kultur stammend und zeigen sich für benachteiligte junge Menschen eher als »Disziplinar- und Kolonialisierungsmaßnahme« (vgl. Kramer/Helsper 2010, S. 107). Es entsteht ein Habitus der »*Bildungsfremdheit*«. Die Schüler:innen dieses Typus stehen den schulischen Leistungs- und Verhaltensanforderungen fremd gegenüber. Offene, außerschulische Angebote und die Bezüge zu Peers sind für sie in der Schule bedeutsamer (a. a. O. S. 119 f.). Die herkömmliche Schule nimmt die »Bildungs- und Wissensformen, die in diesen Milieus besonders tradiert und wertgeschätzt werden« (Kramer/Helsper 2010, S. 107), nicht wahr und erkennt sie nicht an. Daher sind diese Schüler:innen von einem steten Scheitern bedroht und erleben, dass ihre Kompetenzen und Orientierungen in den Augen der Institution nichts wert sind (vgl. a. a. O., S. 119). In vielen Fällen kann die solidarische Gemeinschaft der Mitschüler:innen innerhalb und außerhalb der Klasse diesen Jugendlichen einen Selbstwert geben, den sie im schulischen Lernen in manchen Schulen nicht finden.

An diesen Beobachtungen der Forscher fällt auf, dass für die benachteiligten Kinder und Jugendlichen die *Peers, mit denen sie gerne zusammen sind*, eine große Rolle spielen. Die schulischen Anforderungen treten dahinter zurück. Viele suchen die Gemeinschaft und wären zufrieden, wenn sich ihre schulischen Aufgaben mit den gemeinschaftlichen Bedürfnissen verbinden ließen. Wir beobachten, dass für benachteiligte Kinder ein Schulwechsel nach Klasse 4 häufig zu einer Trennung von Freunden aus der Klassengemeinschaft der Grundschule führen. Für sie gefährdet der Bruch nach Klasse 4 die Sicherheit, die diese Kinder in der Beziehung zu den Peers finden. Dies kann ein Faktor für den geringen schulischen Erfolg sein, den Schüler:innen aus Armutsverhältnissen zeigen.

4. Der Einsatz für die Langformschule ist zugleich eine »Pädagogik der Solidarität« (Freire)

Die schulischen Vorgänge und Strukturen wirken für viele Benachteiligte wie eine »Disziplinar- und Kolonialisierungsmaßnahme« (vgl. Kramer/Helsper 2010, S. 107). Mit dem brasilianischen Pädagogen Paulo Freire (1921–1997) lässt sich hier von »kultureller Invasion« sprechen, von der es sich zu befreien gelte (vgl. Stähling 2025, S. 345 ff.). Die Literaturwissenschaftlerin Bell Hooks (1952–2021) ist ein Beispiel für einen solidarischen Aufbruch, den es lohnt, genauer zu betrachten, wenn wir über die Kraft für die Veränderung zu einer Langformschule nachdenken wollen. Hooks ist Schülerin von Freire und spricht stolz über ihre eigene Herkunft als Schwarze aus einer armen Familie in den USA.

In unserer Schule in Berg Fidel sehen wir ständig die aus Armut stammenden Kinder, wie sie sich gegenseitig helfen. Wenn Maria ihre Lernaufgabe nur schwer versteht, ist dies kein Problem; denn ihre Freundin ist immer zur Stelle, sitzt neben ihr und gibt ihr das, was sie braucht: eine verlässliche Beziehung und sorgt mit dafür, dass Maria eine für sie passende Anforderung bekommt.

Hooks beschreibt aus eigener Erfahrung die Gemeinschaftsgefühle, die sich in der Solidarität zueinander ausdrücken: »In unserer Welt war Teilen alltäglich – ein direktes Ergebnis des Glaubens an die Notwendigkeit, sich mit den Bedürftigen auf eine Stufe zu stellen« (Hooks 2020, S. 51). Hooks ethischer Maßstab ist, die eigenen solidarischen Wurzeln nicht zu verleugnen und nicht aus der *Arbeiterklasse* herauszustreben. Der Mehrheit der in Armut lebenden Schwarzen fehlt allerdings nach ihrer eigenen Erfahrung »das Bewusstsein, das unsere Vorfahren nutzten, um Not und Armut zu ertragen, ohne dabei an Menschlichkeit zu verlieren. Größtenteils fehlt den Armen von heute ein Klassenbewusstsein, das sie vor der

Vorstellung schützt, dass der eigene Wert durch materielle Gegenstände bestimmt wird. In den Nachbarschaften meiner Kindheit und Jugend teilten weise Schwarze Älteste, von denen viele nie in bezahlter Anstellung gewesen waren, ihre Auffassung davon, dass wir weit mehr waren als unsere materiellen Bedürfnisse und das, was wir besaßen. Inmitten von bitterer Not lebten sie integer und in Würde. Dies war ihnen möglich, weil sie sich weigerten, zu glauben, dass der Erwerb materieller Besitztümer der einzige Weg sei, um dem Leben einen Sinn zu geben« (Hooks 2020, S. 139).

Angesichts ihrer Erfahrungen empfiehlt Hooks, dass sich die Armen *schützen vor der Vereinzelung* der bürgerlichen Gesellschaft und dem *Versprechen eines Aufstiegs*. In der deutschen Schule wiederum verspricht man den »Erfolgreichen« den Aufstieg in die »höhere Schule«. Etliche derjenigen, die im gegliederten System in den niedrigeren Schulformen landen, sagen von sich: »Wir haben es nicht geschafft!« Die Auffassung, dass das »Gymnasium« die Schule für die »besseren Kinder« sei, ist Ausdruck einer Missachtung und geringen Wertschätzung, die man sich zu eigen gemacht hat. Die mit der frühen Trennung nach Klasse 4 verbundenen Folgen schmälern somit besonders bei Kindern aus Armutslagen das Selbstwertgefühl und den Glauben an die eigene Leistungskraft.

Fazit

Für Schülerinnen und Schüler aus Armut ist eine Schule für alle aus dem Wohnbezirk in Langform (Jg. 1–10) bedeutsam, um sich vom Konkurrenzdruck angesichts Trennung nach Klasse 4 zu distanzieren und die eigene Identität der Herkunft nicht zu verleugnen. Die Würde der Kinder, besonders der benachteiligten, können wir hochhalten, wenn wir in den einzelnen Schulen die Strukturen Zug um Zug außer Kraft setzen, die die solidarische Ader der in Armut lebenden Kinder untergraben. Die Behinderung der Solidarität durch schulische Strukturen, wie

die Trennung der Kinder nach Klasse 4, das Sitzenbleiben, die Überweisung in Sonderschulen, kann engagierte Pädagogen nicht kalt lassen. Die Errichtung jeder einzelnen Langformschule kann ein sehr langer Weg sein. Er ist notwendig, sich innerhalb des aussondernden Schulsystems gezielt und geduldig dieser Aufgabe zu stellen.

Literatur

- Bourdieu, P. (2018 [1982]). *Die feinen Unterschiede*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Freire, P. (2013 [1996]). *Pädagogik der Autonomie*. Münster: Waxmann.
- Hooks, B. (2020). *Die Bedeutung von Klasse*. Münster: Unrast.
- Hooks, B. (2023). *Die Welt verändern lernen. Bildung als Praxis der Freiheit*. Münster: Unrast.
- Maaz, K.; Baumert, Ju.; Trautwein, U. (2010): Genese sozialer Ungleichheit im institutionellen Kontext der Schule: Wo entsteht und vergrößert sich soziale Ungleichheit? In Krüger,

- H.-H.; Rabe-Kleberg, U.; Kramer, R.-T.; Budde, Ju. (Hrsg.), *Bildungsungleichheit revisited* (S. 69–102). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Prengel, A. (2020). *Ethische Pädagogik*. Weinheim: Beltz.
- Sack, L. (2015): Warum Langformschulen besser sind. Erfahrungen mit einer verheimlichten und unterschätzten Schulstruktur. In Schnell, Irma-traud (Hrsg.), *Für uns kommt nur 1–13 in Frage – Entwicklungsimpulse aus und für PRIMUS Berg Fidel* (S. 30–37). Baltmannsweiler: Schneider.
- Stähling, R. & Wenders, B. (2015). *Teambuch Inklusion. Ein Praxisbuch für multiprofessionelle Teams*. Baltmannsweiler: Schneider.
- Stähling, R. & Wenders, B. (2021). *Worin unsere Stärke besteht – eine inklusive Modellschule im sozialen Brennpunkt*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Stähling, R. (2025): *Entwicklungsschritte einer Schule im Brennpunkt*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Vieluf, U. (2021). Gemeinschaftsschule Berlin als Prototyp einer inklusiven Schule? *Die Schule für alle*, 2(1), 25–31.

Studientage: »Menschliche Kooperation«

von **Freitag, 5. Dezember bis Sonntag, 7. Dezember 2025**
 Veranstalter: Marx-Engels-Stiftung und Marxistische Blätter

Kooperation ist eine eigenständige gesellschaftliche und vor allem auch soziale Produktivkraft und Bedingung für die notwendige »Einheit von Weltveränderung und Selbstveränderung« (Metscher) in der politischen Praxis. Ausgehend von diesem marxistischen Verständnis wollen wir kollektiv erarbeiten, welche Bedeutung das Kooperationsproblem für die Zukunft der Gattung Mensch und die Politikfähigkeit marxistischer Bewegungen hat.

Jürgen Lloyd (MEST)

beleuchtet in seinem Vortrag das Verhältnis von Kooperation und Gesellschaft

Werner Zimmer-Winkelmann (MEST/MBL),

Coach/Teamentwickler referiert zum Thema »Kooperation oder Niedergang«

Ziel ist, den Gesamtzusammenhang zu diskutieren über die Kooperationsfähigkeit der (marxistischen) Linken, Kooperation fördernde oder behindernde gesellschaftliche Bedingungen sowie Perspektiven, krisenhafte Erscheinungen zu überwinden.

Teilnahmebeitrag (für Übernachtung und Verpflegung): 90 Euro (SDAJ Mitglieder 30 Euro).

Anmeldung bitte über die MES Homepage »Studientage: Menschliche Kooperation«
<https://www.marx-engels-stiftung.de>

Transformation, Krise, Deindustrialisierung

Ulf Immelt

»Wir kommen aus Hattingen, Salzgitter und Kiel, wir kommen von der Ruhr, von der Saar. Und wir sind Stahlarbeiter und haben ein Ziel, wir wollen leben – na klar. Die Regierungen ham uns in die Krise gehetzt. Regierung und Kapital. Nun wird von uns eine Marke gesetzt, du hast die Wahl – Kopf oder Zahl.«

Diese Textzeilen stammen aus dem »Stahlwerkersong«, geschrieben von Bernd Köhler anlässlich der großen bundesweiten Demonstration von Stahl- und Werftarbeitern 1983 in Bonn. Damals gingen 130.000 Kolleginnen und Kollegen gegen die Kahlschlagpolitik der Stahlbarone auf die Straße. Die Zeit war von einer massiven Vernichtung industrieller Arbeitsplätze geprägt. Es begann mit dem Steinkohlebergbau, fraß sich durch die Textilbranche und den Schiffbau und machte schließlich auch vor der Stahlindustrie nicht Halt. Den Höhe- und Endpunkt dieser Arbeitskämpfe markierte die Schließung des Stahlwerks in Duisburg-Rheinhausen im Winter 1987/1988.

Transformation der Wirtschaft

Gut 30 Jahre später stehen wieder Massenentlassungen, Werksschließungen und Lohnrückerei ganz oben auf der Agenda der Bosse. Statt den technologischen Fortschritt für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller zu nutzen, stehen Profite und Dividendenausschüttungen an die Aktionäre im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Entscheidungen in den Vorstandsetagen.

Neben teuren Energiekosten in Folge des Wirtschaftskriegs und Sanktionen gegen die Russische Föderation müssen gravierende Veränderungen in der Produktionsweise, die als Transformation der Wirtschaft bezeichnet

werden, als vermeintliche Sachzwänge für den Kahlschlag herhalten. Hierhinter verbergen sich Prozesse wie Digitalisierung, Dekarbonisierung und zunehmende Internationalisierung von Produktions- und Wertschöpfungsketten.

In der Folge verlieren alte Industrien an Bedeutung oder verschwinden ganz. Gleichzeitig entstehen in Form von Digitalkonzernen wie Google, Facebook oder Amazon neue Schlüsselindustrien. Daten werden zu einer ökonomisch immer bedeutenderen Ware und sind Schmiermittel kapitalistischer Akkumulation. Um mit dieser Entwicklung Schritt zu halten, stellen sich auch die heimischen Konzerne wie Continental, Bosch, Opel oder VW neu auf. Sie werden selbst zu Digitalkonzernen. Investitionen fließen verstärkt in die Entwicklungsabteilungen und den IT-Bereich. Der Umstieg auf Elektromobilität und Wasserstofftechnologien verstärkt diesen Trend.

Mit den Veränderungen in der Produktionsweise entstehen neue Märkte und die Konkurrenz bei deren Neuaufteilung – bis hin zu offenen militärischen Auseinandersetzungen – nimmt zu. Es verwundert daher nicht, dass staatliche Investitionsprogramme von den heimischen Konzernen nicht nur begrüßt, sondern offensiv eingefordert werden. Denn eine gut ausgebaute, mit öffentlichen Mitteln finanzierte Infrastruktur und Grundlagenforschung sowie ein hochgerüsteter Militärapparat sind entscheidende Wettbewerbsvorteile gegenüber der Konkurrenz aus Übersee.

In Folge der beschriebenen Veränderungen werden auch die Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen neu ausgehandelt. Unter günstigeren Kräfteverhältnissen zwischen Kapital und Arbeit könnte der technische Fortschritt dazu genutzt werden, Arbeitszeit zu verkürzen und Arbeit zu humanisieren. Unter kapitalistischen Vorzeichen besteht jedoch die Gefahr, dass zahlreiche Jobs vernichtet werden. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit kommt zu dem Ergebnis, dass jeder vierte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplatz in

Deutschland inzwischen durch einen Computer oder eine computergesteuerte Maschine ersetzt werden könnte. In absoluten Zahlen sind 7,9 Millionen Kolleginnen und Kollegen von dieser Entwicklung betroffen. Und die Substituierbarkeitspotentiale, so der wissenschaftliche Fachbegriff, haben in relativ kurzer Zeit massiv zugenommen. Noch 2013 betrug das Substituierbarkeitspotential 4,4 Millionen sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze.

In der Konsequenz wird es zu großen Verschiebungen innerhalb der Branchen- und Berufsstrukturen kommen. Dies kann Folgen auf die Qualität der Jobs haben. Der Anteil tarifgebundener und mitbestimmter Arbeitsplätze kann zurückgehen. An ihre Stelle treten prekäre Arbeitsverhältnisse. Denn entgegen der landläufigen Meinung, dass vor allem Helfertätigkeiten in Folge der Digitalisierung wegfallen, geht die Wissenschaft davon aus, dass im besonderen Maße Facharbeiter von dieser Entwicklung betroffen sein werden. Das festgestellte hohe Substituierbarkeitspotential bei Facharbeitern, insbesondere im produzierenden Gewerbe, beinhaltet die Gefahr, dass die stärksten Bataillone gewerkschaftlicher Gegenmacht im hohen Maß wegrationalisiert werden könnten. Eine solche Schwächung insbesondere im Organisationsbereich der IG Metall würde die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit im Betrieb und in der Gesellschaft zugunsten des Kapitals weiter verschieben. Daher ist der Kampf um den Erhalt industrieller Arbeitsplätze und Standorte nicht nur von zentraler Bedeutung für die dort beschäftigten Kolleginnen und Kollegen, sondern hat auch Auswirkungen auf Arbeitskämpfe in anderen Branchen.

Arbeitsplatzvernichtung im großen Stil

Zahlen des Statistischen Bundesamts machen die Dimension der bereits erfolgten Arbeitsplatzabbau deutlich. Demnach ist die Zahl der Beschäftigten in der Industrie hierzulande von 7,53 Millionen 2019 um 330.000 auf rund

7,22 Millionen 2024 gesunken. Und der Stellenabbau schreitet immer schneller voran. Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) zeigen, dass in der Industrie im Dezember 2024 im Jahresvergleich 105.000 Jobs vernichtet wurden. Im Januar 2025 waren es bereits 121.000 und im Februar 125.000 Jobs. Zum Vergleich: Im Februar 2024 hatte die Zahl der Industriearbeitsplätze im Vergleich zum Vorjahr »nur« um 32.000 abgenommen.

Prognosen, die auch durch eine im Februar veröffentlichte Studie der Unternehmensberatung Ernst & Young (EY) bestätigt werden. Demnach wurden allein 2024 rund 70.000 Industriearbeitsplätze abgebaut. Weitere 100.000 dürften im laufenden Jahr hinzukommen. Neben den Elektrotechnik- und Maschinenbau-Unternehmen ist vor allem die Automobil-Industrie betroffen. Dort wird sich der Stellenabbau im laufenden Jahr auf rund 40.000 Stellen verdoppeln, so die Prognose der Studie.

Laut einer Umfrage unter Betriebsräten des IG-Metall-Bezirks Mitte droht allein in der Metall- und Elektroindustrie der Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen der Verlust von mindestens 14.100 Jobs. Diese Tendenz bestätigt ausgerechnet die Konjunkturumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Demnach steht bei 44 Prozent der befragten Industrie-Unternehmen Stellenabbau auf der Agenda. Gerade einmal 14 Prozent – meist Rüstungsschmieden – planen Neueinstellungen.

Nicht nur VW

Volkswagen ist hier nur ein – wenn auch besonders prominentes Beispiel – der aktuellen Deindustrialisierungswelle. Unmittelbar vor der anstehenden Tarifrunde hatte Europas größter Autobauer im September vergangenen Jahres den Sparkurs noch einmal verschärft und den eigentlich noch bis 2029 laufenden Vertrag zur Beschäftigungssicherung gekündigt. In der Folge stehen nach Medienberichten so mittelfristig bis zu 30.000 Jobs auf der Kippe. Auch

die Schließung ganzer Werke wurde von der Kapitalseite nicht länger ausgeschlossen. Laut VW-Finanzvorstand Arno Antlitz fehlen dem Konzern die Verkäufe für rund zwei Werke.

Ford plant ebenfalls bis Ende 2027 in Deutschland 2.900 Stellen zu streichen, die meisten davon im Kölner Werk. Insgesamt sollen in Europa bis Ende 2027 etwa 4.000 Jobs wegfallen. Die Entwicklung in der Autobranche hat Folgen für die Zulieferindustrie. Nach Angaben des Verbands der Automobilindustrie (VDA) wurden allein bei den deutschen Autozulieferern im vergangenen Jahr rund 11.000 Jobs abgebaut.

Der Automobilzulieferer ZF will in den kommenden Jahren bis zu 14.000 der 54.000 Stellen in Deutschland streichen. Allein in Saarbrücken sind bis Ende kommenden Jahres 1.800 Jobs betroffen. Wenn die Auftragslage weiterhin so schwierig bleibt, könnten nach Aussage der Konzernleitung bis Ende des Jahres 2028 sogar noch mehr Jobs – insgesamt bis zu 4.500 Arbeitsplätze – wegfallen. Auch Werkschließungen sind nicht ausgeschlossen.

Auch Schaeffler will insgesamt 4.700 Arbeitsplätze abbauen, davon 2.800 in Deutschland. Zudem soll je ein Werk in Österreich und in Großbritannien geschlossen werden. Der Autozulieferer Continental baut ebenfalls weltweit tausende Jobs ab. Nach Angaben der Konzernleitung hat man seit Mitte 2023 schon 5.000 Stellen in Entwicklung, Produktion und Verwaltung gestrichen. Bis 2028 sollen es in dem Unternehmen insgesamt 7.150 Stellen weniger sein. Mehr als ein Drittel der wegfallenden Arbeitsplätze befinden sich in Deutschland.

Darüber hinaus hatte die Vorstandsetage bereits im Dezember angekündigt, die schwächelnde Autozulieferersparte abzuspalten und als eigenes Unternehmen unter neuem Namen bis Ende des Jahres an die Börse zu bringen. Continental reagiere damit auf das »gegenwärtig herausfordernde Marktumfeld im Zuge der grundlegenden Markttransformation in Richtung Zukunftstechnologien«, heißt es aus dem

Management. »Die wirtschaftlichen Bedingungen haben sich eingetrübt«, so ein Unternehmenssprecher. Damit sind jedoch keinesfalls Verluste gemeint, der Umsatz wächst nur nicht so stark, wie man es sich in den Vorstandsetagen ausgemalt hat.

Auch Konkurrent ZF Friedrichshafen prüft laut »Handelsblatt«, das Antriebsgeschäft abzuspalten. Ein Verkauf im kommenden Jahr sei möglich, hört man aus dem Management. Für die Anteilseigner – ob bei Continental oder ZF – sind dies goldene Aussichten. Der DAX hatte schon zu Jahresbeginn 2025 erstmals die 21.000-Punkte-Marke überschritten. Das zeigt, Arbeitsplatzvernichtung und Profitmaximierung gehen in »unserem« Wirtschaftssystem Hand in Hand.

Dieses für Aktionäre äußerst lukrative Geschäftsmodell funktioniert nicht nur in der Automobil- und Zulieferindustrie. Auch bei Bosch stehen bis zu 5.550 Stellen zur Disposition, mehr als zwei Drittel davon – insgesamt 3.800 Jobs – sollen in Deutschland wegfallen. Von den aktuellen Plänen ist am stärksten der Geschäftsbereich betroffen, der unter anderem für Assistenzsysteme und automatisiertes Fahren zuständig ist. Zur Senkung der Kosten plant der Konzern auch eine kürzere Wochenarbeitszeit für einen Teil der Beschäftigten. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit verringert sich entsprechend auch das Gehalt. Insgesamt sind rund 10.000 Mitarbeiter von dieser Maßnahme betroffen, unter anderem an neun deutschen Standorten.

Deutschlands größter Stahlhersteller Thyssenkrupp Steel setzt ebenfalls den Rotstift an. Die Zahl der Arbeitsplätze soll nach Angaben der Unternehmensleitung innerhalb von sechs Jahren um 11.000 schrumpfen. Von derzeit 27.000 Stellen würden dann noch 16.000 übrigbleiben. 5.000 Arbeitsplätze sollen bis Ende 2030 in Produktion und Verwaltung wegfallen, weitere 6.000 sollen durch Ausgliederungen auf externe Dienstleister oder Geschäftsverkäufe ausgelagert werden. Der Standort in Kreuztal im Siegerland soll ganz geschlossen werden.

Mit dem Vorhaben verbunden ist auch die Reduzierung der Stahlkapazitäten von derzeit 11,5 Millionen Tonnen pro Jahr auf nur noch 8,7 bis 9,0 Millionen Tonnen.

In der Chemieindustrie steht ebenfalls Arbeitsplatzabbau auf der Agenda der Bosse. Bereits 2022 hatte die BASF-Führung ein Sparprogramm angekündigt. Ein weiteres wurde Anfang dieses Jahres angekündigt. Nach Informationen des »Handelsblatts« sollen bei dem Chemiekonzern bis Ende 2024 weltweit knapp 3.300 Stellen gestrichen werden, gut 2.500 davon in Ludwigshafen.

Verlagerungen

Neben Massenentlassungen und Standort-schließungen bringt die Kapitalseite in jüngster Zeit vermehrt Produktionsverlagerungen ins Spiel. So hatte Mercedes-Benz im Februar angekündigt, die Kapazitäten in Deutschland auf insgesamt 900.000 Fahrzeuge zu reduzieren und dafür mehr Autos im ungarischen Werk in Kecskemét zu bauen. Dort seien die Kosten um rund 70 Prozent günstiger als in Deutschland, begründete Finanzchef Harald Wilhelm die Pläne des Autobauers.

Dies ist nur die Spitze des Eisbergs. Laut einer Studie des Finanzinstitutes A&M im Auftrag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) plant jedes fünfte Industrieunternehmen für dieses Jahr weitere Verlagerungen. Im Chemie- und Pharmasektor ist es sogar ein Viertel aller Betriebe. Dabei werden nicht nur Produktionskapazitäten ins Ausland verlagert: »Auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung werden künftig eher in andere Länder fließen, wo es eben auch qualifizierte Fachkräfte gibt, aber die Rahmenbedingungen deutlich besser ausfallen«, so die A&M-Analysten.

Übergang zur Kriegswirtschaft

Damit nicht genug. Mit der Ausrufung der sogenannten »Zeitenwende« scheinen Ausrüstung und Übergang zur Kriegswirtschaft

zumindest für bestimmte Kapitalfraktionen eine weitere Option zur Bewältigung der aktuellen Krise zu sein. Wie sonst soll man folgende Äußerungen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft interpretieren? »Nur von Diskussionen über erhöhte Verteidigungsausgaben haben die Hersteller nicht viel. Jetzt müssen die Rüstungsausgaben schnell und deutlich erhöht werden. Die Industrie benötigt langfristige Perspektiven, die mit Bestellungen unterlegt sind«, fordert kürzlich beispielsweise Klaus-Heiner Röhl. Außerdem müssten die Kapazitäten ausgeweitet werden durch Einbeziehung bislang ziviler Industriebetriebe oder Neuerrichtung von Produktionsstätten, so der Rüstungsexperte am Institut der deutschen Wirtschaft.

Aus Sicht des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie böten aktuell freiwerdende Ressourcen in der Automobil- und Automobilzulieferindustrie besondere Chancen für einen schnellen Aufbau von Rüstungskapazitäten, insbesondere im Bereich größerer Serien, so deren Hauptgeschäftsführer Hans Christoph Atzpodien. »Anstatt einen volkswirtschaftlichen Schaden durch den Abschwung der Auto-Konjunktur zu beklagen, sollten wir versuchen, Produktionseinrichtungen und vor allem Fachkräfte aus dem Automobilssektor möglichst verträglich in den Defence-Bereich zu überführen«, wirbt er bei den Gewerkschaften für die geplante Kriegswirtschaft.

Zudem zeige der Krieg in der Ukraine die wachsende Bedeutung von Drohnen, die auch von anderen Herstellern als denen von Kampf- und Schützenpanzern entwickelt werden und zum Teil auch von Start-ups angeboten werden könnten. Doch damit nicht genug: Wachstumspotenzial gebe es auch bei Unternehmen, die zu künstlicher Intelligenz und elektronischer Kriegsführung forschen. »Es gibt einige kleinere Unternehmen, wie zum Beispiel Helsing aus München, die im Bereich der Cybersicherheit und der elektronischen Kriegsführung auch immer stärker gefragt sind«, argumentierte kürzlich Aylin Matlé, die für die Deutsche

Gesellschaft für Auswärtige Politik zu »Sicherheit und Verteidigung« forsch.

Angesichts des beispiellosen Auftragsbooms in Folge der jüngsten Aufrüstungsprogramme prognostizierte Rheinmetall-Chef Armin Papperger jüngst in der »WirtschaftsWoche« für sein Unternehmen »ein Potenzial zwischen 300 und 400 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030«. Damit solche Profite langfristig realisiert werden können, ist es mit Aufrüstung allein nicht getan. Um die Nachfrage nach Rüstungsgütern dauerhaft sicherzustellen, müssen diese in Kriegen verbraucht werden. Das hat auch der politische Überbau verstanden

Doch nur wenige sprechen es so deutlich aus wie BND-Chef Bruno Kahl, der in einem Interview in der »Deutschen Welle« erklärte, dass ein Kriegsende in der Ukraine vor dem Ende des laufenden Jahrzehnts nicht wünschenswert sei. Manche mögen schockiert sein über den unmissverständlichen Ruf aus dem Staatsapparat nach Fortsetzung des tausendfachen Mordens. Andere berufen sich schlicht auf das in »unserem« Wirtschaftssystem garantierte Recht auf »unternehmerische Freiheit«.

Gewerkschaftliche Gegenwehr

Trotz der Dimension der Angriffe der Kapitalseite erscheinen die gewerkschaftlichen Gegenstrategien noch stark »sozialpartnerschaftlich« geprägt und von der Hoffnung auf staatliche Intervention zugunsten der Lohnabhängigen getragen. Gleichzeitig müssen auf betrieblicher Ebene Abwehrkämpfe organisiert und geführt werden. Um letztere zu verbinden und so auch ein starkes Zeichen Richtung Politik und Kapital zu senden, hatte die IG Metall unter der Losung »Mein Arbeitsplatz. Unser Industrieland. Unsere Zukunft!« zu einem bundesweiten Aktionstag aufgerufen. »Zukunft statt Kahlschlag in den Betrieben. Offensive Politik für die Industrie. Soziale Sicherheit im Wandel.« Dafür demonstrierten über 80.000 Metallerrinnen und Metalller am 15. März dieses Jahres in Hannover, Stuttgart, Köln, Frankfurt und Leipzig.

»Die Arbeitgeber müssen sich zu unseren Standorten bekennen. Schluss mit Arbeitsplatzabbau, Standortschließungen und Verlagerungen. Und die neue Bundesregierung muss schnell und entschlossen handeln, die Bedingungen für die Industrie verbessern, soziale Sicherheit im Wandel garantieren. Hier geht es nicht um Rendite, es geht um die Menschen in diesem Land. Es geht um unsere Arbeitsplätze, unsere Familien, unsere Zukunft«, hieß es im Aufruf der größten DGB-Gewerkschaft.

Ziel des Aktionstags war es auch, Einfluss auf die Sondierungs- und Koalitionsgespräche nach der Bundestagswahl zu nehmen. »Es muss um die zentrale Frage gehen, wie wir industrielle Wertschöpfung erhalten, heutige Arbeitsplätze sichern und neue Perspektiven schaffen.« Denn die Industrie sei ein entscheidender Pfeiler für Beschäftigung. »In Deutschland hängen etwa acht Millionen Arbeitsplätze direkt von ihr ab«, so die Argumentation der Industriegewerkschaft.

Um diese dauerhaft zu schützen, ist aus deren Sicht eine massive Deckelung des Strompreises für die energieintensive Industrie von großer Bedeutung. Bereits im August 2023 hatte sich die IG Metall gemeinsam mit der IG BCE und dem DGB sowie Kapitalverbänden der energieintensiven Industrien zur »Allianz pro Brückenstrompreis« zusammengeschlossen, die insgesamt mehr als 1,1 Millionen Beschäftigte in über 8.000 Unternehmen vertreten. Die Allianz fordert von der Bundesregierung, dass sie aktiv in den Energiemarkt eingreift und den Strompreis für bestimmte Unternehmen bei einer vorab festgelegten Höhe deckelt.

Die Staatsgelder sollen die Unternehmen nach Auffassung der Gewerkschaft jedoch nicht ohne Gegenleistung erhalten. Wer die Förderung bekommt, müsse sich zu Investitionen in den Umbau der eigenen Produktion verpflichten. Betriebsräte und zuständige Gewerkschaften seien eng einzubeziehen und Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung auszuhandeln. Der Brückenstrompreis soll zudem auf die energieintensiven Branchen, etwa auf

Stahlwerke, Gießereien, Aluminiumhersteller beschränkt bleiben.

Staatshilfen und Investitionen, an Mindestvoraussetzungen gebunden, wären nicht nur bei der Frage der Deckelung der Energiekosten, sondern insgesamt ein wirksamer Hebel, um mittels staatlicher Industrie- und Strukturpolitik industrielle Arbeitsplätze zu sichern. Weitere zwingende Bedingungen für die Ausschüttung von staatlichen Geldern könnten Tarifbindung und Mitbestimmung durch Betriebsräte sowie die Sicherung und Förderung von Ausbildung, Weiterbildung und Qualifizierung im Betrieb sein. Außerdem sollte die Inanspruchnahme von staatlichen Mitteln mit einem Verbot von Gewinn- und Dividendenausschüttungen verbunden sein. Vorstands- und Managergehälter müssen gedeckelt und gewinnabhängige Vergütungen für Geschäftsführer und Vorstände begrenzt werden.

Dass eine solche Struktur- und Industriepolitik – anders als wie bisher die bedingungslose Ausschüttung von Steuergeldern an die großen Konzerne – nicht auf die Zustimmung aller Kapitalfraktionen und ihres wirtschaftsliberalen politischen Personals stoßen, verwundert nicht. Diese Vertreter der herrschenden Klasse setzen angesichts solcher »staatlichen Bevormundung« dann lieber auf ein Akkumulationsmodell, wie man es seit den 1980er Jahren auch aus Britannien kennt: Zerschlagung der industriellen Kerne und Stärkung der Finanzmärkte.

Die Durchsetzung solcher gewerkschaftlicher Gegenkonzepte wird daher sicher kein Selbstläufer. Dies gilt erst recht nach der Wahl des ehemaligen BlackRock-Manager Friedrich Merz zum Kanzler. Daher lohnt noch einmal ein Blick zurück in das Jahr 1983. Als Helmut Kohl und die hinter ihm stehenden Kapitalverbände die industriepolitischen Vorstellungen der IG Metall ignorierten, passierte das, was die beiden IG-Metall-Vorstandsmitglieder Eugen Loderer und Rudolf Judith in einem Brief an den damaligen Kanzler angekündigt hatten. Sie schrieben: »... dann wird der Unmut in den

Stahlrevieren sich selbst politisch Bahn brechen.« Tatsächlich beschlossen die Delegierten des 14. Gewerkschaftstages im Oktober des gleichen Jahres als Reaktion auf Krise und Massenentlassungen fast einstimmig die Forderung nach Vergesellschaftung der westdeutschen Stahlindustrie. Und im Mai 1984 begann der Kampf um die 35-Stunden-Woche.

»Verschärfung der Armut in Deutschland«

Willy Sabautzki

Der Paritätische Gesamtverband veröffentlicht jährlich den sogenannten Paritätischen Armutsbericht, der auf Daten des Mikrozensus des Statistischen Bundesamts basiert und die Armutsquoten in Deutschland analysiert. Der aktuelle Armutsbericht 2025 bezieht sich auf die Daten des Gesamtjahres 2024.

Für den umfassenden Armuts- und Reichtumsbericht auf Bundesebene ist die Bundesregierung zuständig, der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) verantwortet wird. Dieser wird in der Regel alle Legislaturperioden herausgegeben. Der Armuts- und Reichtumsbericht 2025 wurde aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen bislang nicht veröffentlicht.

In Deutschland leben 13 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze. Das sind 15,5% der Bevölkerung,¹ Insgesamt sind rund 20,9% der Bevölkerung (ca. 17,6 Millionen) von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Armut wird für Deutschland laut dem Paritätischen Wohlfahrtsverband nach der

1 Der Paritätische, Paritätische Forschungsstelle, Verschärfung der Armut, Paritätischer Armutsbericht, April 2025

Armut-Schwellenwerte nach Haushaltstypen (2024/2025)

Haushaltstyp	Monatliche Armutsschwelle (2024/2025)
Alleinlebende Person	1.247–1.829 €
Zwei Erwachsene	1.871–2.743 €
Zwei Erwachsene, zwei Kinder (< 14 Jahre)	2.620–3.840 €
Alleinerziehend, ein Kind (< 14 Jahre)	1.622–2.377 €

europaweiten Definition als Einkommen unter 60% des Medianeinkommens verstanden, was für eine alleinlebende Person ein Nettoeinkommen unter 1.381 Euro monatlich bedeutet.

Wer weniger Einkommen unterhalb dieses aktuellen Armut-Schwellenwertes zur Verfügung hat, gilt als einkommensarm. Dieses Einkommen gilt als unzureichend, um am gesellschaftlichen Leben angemessen teilzuhaben.

Die nominelle Armutsschwelle von 1.381 EUR für das Jahr 2024 hat einen realen Vergleichswert von 1.158 Euro und liegt damit deutlich unterhalb der Armutsschwelle von 1.300 EUR von vor vier Jahren. Die reelle, preisbereinigte Armutsschwelle liegt folglich im Jahr 2024 um 223 EUR unter der nominalen Armutsschwelle.

Die Armutsgrenze wird in Deutschland als 60% des mittleren Einkommens (Median) definiert. Median ist der Mittelwert des Einkommens, der die Einkommen in zwei Hälften unterteilt.

Der Armut-Schwellenwert wird für die verschiedenen Gruppen regelmäßig angepasst und variiert je nach Haushaltstyp. Die wichtigsten aktuellen Werte sind in der Tabelle oben aufgeführt.

In Deutschland ist die Armut in 2024 im Vergleich zum Vorjahr angestiegen (+1,1 Prozentpunkte), trotzdem eine leicht gesunkene Erwerbsarmut zu vermelden ist.

Menschen, die zur einkommensarmen Bevölkerung gezählt werden, sind in den vergangenen Jahren ärmer geworden. 5,2 Millionen Menschen leben in erheblicher materieller Entbehrung, d.h. sie haben nicht genug Geld für eine warme Wohnung oder Kleidung. Die

Armutgefährdung führt zu einer Einschränkung einer gesellschaftlichen Teilhabe. Die Betroffenen waren etwa nicht in der Lage, Rechnungen für Miete, Hypotheken oder Versorgungsleistungen rechtzeitig zu bezahlen, geschweige denn eine Urlaubsreise zu finanzieren, abgewohnte Möbel zu ersetzen oder sich in begrenztem Maße im Freundeskreis oder mit Verwandten zu treffen, gemeinsam etwas zu essen und zu trinken.²

Betroffenheit

Von Armut betroffen sind vor allem Bevölkerungsgruppen, die besonders verwundbar oder verletzlich sind, weil sie Herausforderungen und Krisen nicht aus eigener Kraft bewältigen können. Dazu zählen rund 60% der Arbeitslosen.

Unter Erwerbstätigen liegt die Armutsquote bei 6,5%. Es zeigt sich damit, dass auch viele Erwerbstätige nicht vor Armut gefeit sind. Besonders Teilzeitbeschäftigte sind mit einer Armutsquote von 9,6% stärker betroffen als Vollzeitbeschäftigte.³

Zu den betroffenen Gruppen zählen insbesondere Frauen; nach dem Armutsbericht 2025 galten im Jahr 2024 16,2 Prozent aller Frauen in Deutschland als armutsgefährdet.⁴

2 https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/01/PD25_036_63.html

3 <https://www.bagarbeit.de/news/paritaetischer-armutsbericht-2025-armutsgefaehrdung-nimmt-weiter-zu/>

4 https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/armutsbericht_2025_web_fin.pdf

Besonders hoch ist das Risiko einer Armutsgefährdung für junge Frauen (26,9 Prozent) und ältere Frauen ab 65 Jahren (21,6 Prozent). Gründe für die höhere Armutsgefährdung von Frauen erklären sich dadurch, weil sie häufiger in Teilzeit oder geringfügig beschäftigt sind und durchschnittlich immer noch weniger verdienen als Männer. Für die Armutsgefährdung älterer Frauen sind vor allem ihre geringeren Rentenansprüche ausschlaggebend. Diese sind im Durchschnitt rund 30 Prozent niedriger als die von Männern und somit ist das Risiko von Altersarmut deutlich höher.⁵

Aktuell galten im Jahr 2024 in Deutschland auch 14,4 Prozent der Kinder unter 18 Jahren als armutsgefährdet. Das entspricht etwa 2,1 Millionen Kindern und Jugendlichen.

Unter den Kindern und jungen Erwachsenen sind 24,8 % (der 18- bis 24-Jährigen) arm – die höchste Quote aller Altersgruppen.

1,2 Millionen Erwachsene sind trotz ihrer Vollzeitbeschäftigung ebenso von Armut betroffen. Infolge einer Anhebung der Mindestlohngrenze sowie ein um Nuancen erhöhtes Wohngeld ist diese Gruppe der von Armut Betroffenen geringfügig kleiner geworden.

- Jede(r) vierte Alleinerziehende ist von Armut betroffen, und hier sind es vor allem Frauen.
- Unter den älteren Menschen lebt jeder Vierte über 65 Jahre in Armut.
- Fast jede Dritte in Deutschland lebende Person ausländischer Herkunft lebt ebenfalls in Armut.
- Über die Hälfte der erfassten Arbeitslosen lebt in Armut. Im Jahr 2024 bezogen in Deutschland rund 1,75 Millionen arbeitslose, aber erwerbsfähige Personen Bürgergeld. Damit stieg die Zahl der arbeitslosen Leistungsempfänger im zweiten Jahr in Folge auf den höchsten Stand seit 2016.

Nicht alle erwerbsfähigen Bürgergeld-Bezieher sind auch arbeitslos: Mehr als die Hälfte von ihnen kann aus Gründen wie der Teilnahme

an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, dem Besuch einer Schule bzw. dem Absolvieren einer (Hochschul-)Ausbildung, familiären Verpflichtungen oder eigener Krankheit nicht unmittelbar eine Arbeit aufnehmen. Zudem gehen manche Leistungsempfänger bereits einer Erwerbstätigkeit nach, verfügen aber dennoch über ein so geringes Einkommen, dass sie als sog. »Aufstocker« zusätzlich Bürgergeld beziehen und stark armutsgefährdet sind⁶.

Ein niedriger Bildungsabschluss ist auch ein elementarer Indikator für eine Armutsbedrohung. 25 % der Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss leben derzeit unter Armutsbedingungen.

Zu erwähnen sind auch Menschen mit Behinderungen, Geflüchtete, ethnische und religiöse Minderheiten sowie chronisch Kranke und ältere Menschen mit besonderen Pflegebedarfen, die in Deutschland in Armut leben.

Verallgemeinernd ausgedrückt handelt es sich bei armutsgefährdeten Personen nach den vorliegenden Daten um solche Gruppen, die aufgrund ihrer physischen, psychischen, sozialen oder wirtschaftlichen Situation besonders schutzbedürftig sind und ihre Teilhabe und Lebensqualität durch externe oder interne Belastungen stark gefährdet bzw. eingeschränkt ist. Diese Menschen befinden sich im Allgemeinen in einer besorgniserregenden Lage, wenn Risiko- und Schutzfaktoren in einem Ungleichgewicht stehen.

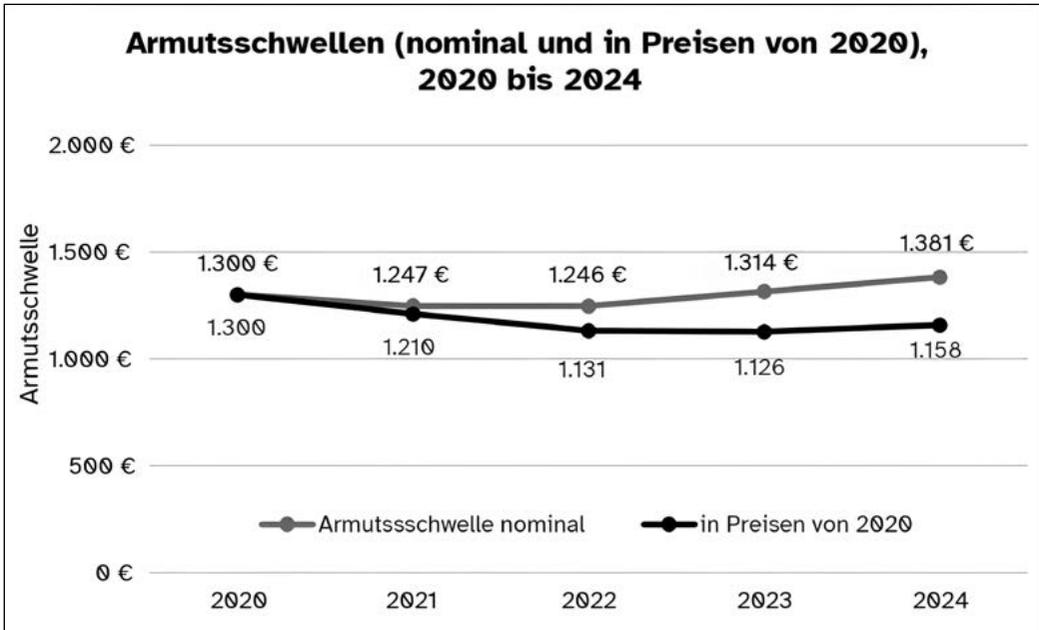
Ursachen der Armut

Im kapitalistischen Wirtschaftssystem in Deutschland ist Armut primär kein individuelles, sondern ein strukturelles Problem. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst, weil der Zugang zu Ressourcen, Chancen und gesellschaftlicher Teilhabe ungleich verteilt ist.

Bertolt Brecht drückte das prägnant mit den Worten aus:

5 <https://arbeitsmarkt-und-sozialpolitik.verdi.de>

6 <https://www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Monatshefte/20230903>



Quelle: Der Paritätische, Paritätische Forschungsstelle, Verschärfung der Armut, Paritätischer Armutsbericht, April 2025

»Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an.

Und der Arme sagte bleich:

Wär' ich nicht arm, wärest du nicht reich.«⁷

Armut und Reichtum sind keine voneinander unabhängigen Zustände, sondern stehen in einem direkten gesellschaftlichen Zusammenhang. Die Ursachen von Armut sind das Ergebnis gesellschaftlicher Strukturen und sind nicht auf ein individuelles Versagen zurückzuführen.

Nur durch die Armut der einen ergibt sich der Reichtum der anderen. Die Grundlage dafür ist das auf Konkurrenz, Konsum und Individualismus historisch geschaffene kapitalistische Wirtschaftssystem. Die kapitalistische Produktionsweise und deren Prinzipien führen dazu, dass einige wenige profitieren, während viele andere ausgeschlossen werden. Die Ausgestaltung des Systems durch die herbeigeführten

sinkenden Lohnquoten und eine Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten des Kapitals verstärkt die soziale Ungleichheit. Armut erklärt sich demnach nicht nur als ein äußerer Mangel an Geld oder Besitz, sondern sie ist eine grundlegende gesellschaftliche Kategorie. Armut ergibt sich also in der Konsequenz als die Folge kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Diese führen wie hinlänglich beschrieben und bewertet zu dem Zustand, dass auf der einen Seite Reichtum und auf der anderen Seite Armut, Elend entsteht. Je mehr Reichtum sich auf der einen Seite anhäuft (Prinzip der Akkumulation), desto mehr Elend, Arbeitsqual, Sklaverei und Unwissenheit entstehen auf der anderen Seite, bei den lohnabhängig Beschäftigten, den arbeitenden Menschen. Die Akkumulation von Kapital ist also untrennbar mit der Akkumulation von Armut verbunden.

Nach den wissenschaftlichen Erkenntnissen von Karl Marx ist Armut als eine Verletzung der Menschenwürde und der Freiheit zu begreifen. Armut ist Ausdruck sozialer

7 <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/wer-ist-arm-wer-reich>

Herrschaftsverhältnisse, die die freie Selbstbestimmung des Menschen verhindern. Karl Marx spricht von Verhältnissen, »in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«. ⁸

Der Einfluss von Arbeitsmarkt und Einkommen

Armut ist eng verknüpft mit der wirtschaftlichen Lage und den Arbeitsmarktbedingungen. Dafür sind zum einen die Arbeitslosigkeit, der direkte Einkommensverlust als Hauptursache verantwortlich, wodurch das Armutsrisiko ausgelöst wird. Zu einem weiteren ist die Niedriglohnbeschäftigung für viele Menschen trotz ihrer Anstellung mit einem hohen Risiko einer Verarmung verbunden. Die verfügbaren Einkommen reichen oft nicht aus, um die Lebenshaltungskosten zu decken, besonders in Städten mit hohen Lebenshaltungskosten. Prekäre Arbeitsverhältnisse wie die ausufernde Zeitarbeit, Werkverträge oder geringfügige Beschäftigung sind weitere Beschäftigungssituationen, die ein Abgleiten in die Armut auslösen können.

Im Schaubild auf Seite 141 sind die ermittelten Armutsquoten nach Gruppen ihres Erwerbsstatus dargestellt.

Regionale Unterschiede

Der Bericht zeigt im Vergleich der Bundesländer große regionale Unterschiede bei den Armutsquoten. Während in Bayern nur etwa jede achte Person von Armut betroffen ist (11,8 Prozent), ist es in Sachsen-Anhalt mehr als jede fünfte (22,3 Prozent) und in Bremen sogar jede vierte Person (25,9 Prozent).

Soziale Sicherungssysteme schlechter als dargestellt

Die sozialen Sicherungssysteme des deutschen Sozialstaates bieten keinen ausreichenden Schutz vor Armut, so der Paritätische Armutsbericht. Der Sozialstaat wäre zwar grundsätzlich in der Lage, Einkommensarmut zu reduzieren oder auch ganz abzuschaffen wie z. B. in China. Über 40 Prozent der Menschen in Deutschland haben ohne Sozialleistungen einschließlich der Rentenbezüge ein Einkommen unterhalb der Armutsschwelle und sind daher als arm erhoben. 2021 konnte die Armutsquote durch die staatlichen Sicherungssysteme noch um 27,7 Prozentpunkte reduziert werden, in 2024 dagegen nur noch um 25,1 Prozentpunkte.

Die Schutzwirkung staatlicher Leistungen eines wohlhabenden Landes wie Deutschland ist politisch und gewerkschaftlich nach allen verfügbaren Mitteln zu verteidigen und zu schützen. Trotz des Rückgangs der Schutzwirkung des Sozialstaates sind die politisch erreichten staatlichen Sozialleistungen zumindest ein Eckpfeiler, um die Armutsquote, entgegen der sich abzeichnenden Politik der sozialen Kälte der neu aufgestellten Bundesregierung, nicht zugunsten der Reichen und Besitzenden weiter ansteigen zu lassen.

Armut vermeiden

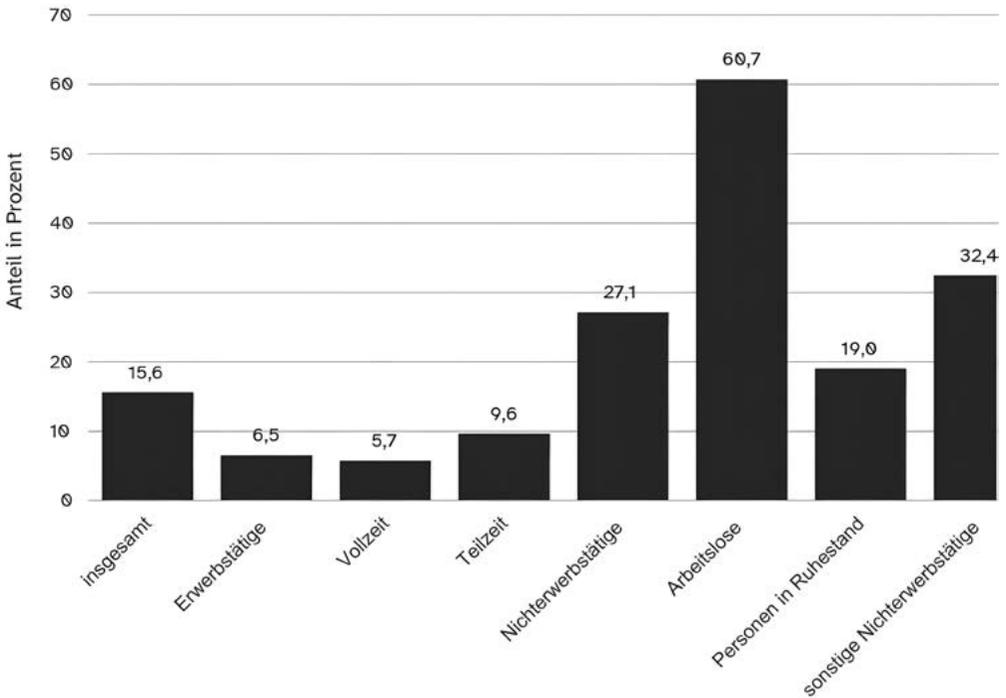
Der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes kommt zu dem Ergebnis, dass die Erwerbs-Arbeitseinkommen vieler Menschen viel zu niedrig sind. Das Risiko für abhängig Beschäftigte mit geringem Einkommen in die Armut abzurutschen, steigt, der Anteil der von Armut Betroffenen nimmt nicht ab.

Der gesetzliche Mindestlohn mit einer angemessenen Höhe von derzeit geforderten 15 € die Stunde wird als ein Instrument zur Verhinderung von weiteren Einkommensverlusten der abhängig Beschäftigten angesehen.

Eine besondere Bedeutung spielt die Tariftreue bei der Vergabe von öffentlichen

8 Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, MEW 1, 385; <https://www.wissenschaft.de/geschichte-archaeologie/wodem-jungen-karl-marx-die-armut-begegnete>

Armut nach überwiegendem Erwerbsstatus, 2024



Sozialstruktur der Armen; Quelle: <https://www.bagarbeit.de/news/paritaetischer-armutsbericht-2025-armutsgefaehrung-nimmt-weiter-zu/>

Aufträgen staatlicher Stellen, d. h. Aufträge sollten nach Auffassung des Paritätischen nur an Firmen erfolgen, die sich an die geltenden Branchen-Verträge halten.⁹

Ergänzend zur unumgänglichen Verbesserung der finanziellen Lage der abhängig Beschäftigten stehen im Sozialstaat in Deutschland eine Reihe von Instrumenten zur Verfügung, um die Einkommen von RentnerInnen, Studierenden und Erwerbslosen zumindest nicht unter die Armutsschwelle rutschen zu lassen. Es ist nicht der Platz, die erforderliche politische Ausrichtung und Maßnahmen ausführlich aufzuzeigen, die ein Sozialstaat als das Ergebnis von geleisteter menschlicher Arbeit zu erfüllen hat.

Dazu nur so viel: Eine Verbesserung der Einkommen von RentnerInnen, Studierenden, Auszubildenden und Erwerbslosen, erhöhte kinderbezogene Leistungen zur Verhinderung von Kinder-Armut, eine Rentenversicherungs-Stabilisierung, ein Wohngeld und die Gewährleistung des Grundrechts auf ein menschengerechtes Existenzminimum durch eine Grundsicherung sind die hier begrifflich erwähnten, inhaltlich nicht erläuterten Maßnahmen, die gegen ein weiteres Ansteigen von Armut einzusetzen sind.

Die Investition in Bildung und Qualifikation ist ergänzend als ein Schlüssel zur Armutsprävention zu bewerten. Fehlende Zugänge zu qualitativer Bildung verhindern persönliche und berufliche Entwicklung. Dies betrifft besonders Benachteiligte und Regionen; Bildungszugang und Qualifikation für jüngere Generationen

⁹ Der Paritätische, Paritätische Forschungsstelle, Verschärfung der Armut, Paritätischer Armutsbericht, April 2025

sind gerade im Zuge des sich ausbreitenden Einsatzes von künstlicher Intelligenz und deren Einflußnahme auf die zukünftige Entwicklung von außerordentlicher Bedeutung. Der Chancengleichheit für Bildung und Qualifikation sollte im Kampf gegen Armut allerhöchste Priorität eingeräumt werden.

Korea hat Frieden und Souveränität gewählt

Interview mit KJ Noh über die Präsidentschaftswahl in Südkorea

Jeff Rich: Am 3. Juni fand die Präsidentschaftswahl in Südkorea statt, und der Mitte-links-, ich schätze, progressive Kandidat Lee Jae-myung hat gewonnen. Was ist Ihre Gesamtbewertung dessen, was dort passiert ist, KJ?

KJ Noh: Nun, das Herzstück dieser Wahl ist, dass sie die stärkstmögliche Zurückweisung von Yoon Seok-youl und seinem Versuch ist, Südkorea zu einer Militärdiktatur zurückzuführen. Es ist sozusagen die abschließende Erklärung zu dieser Zurückweisung des Kriegsrechtsputsches. Yoon steht immer noch vor einem Strafprozess. Wir werden sehen, was dabei herauskommt. Aber es war ein klarer Sieg. Es war ein starkes Mandat. Es war die höchste Wahlbeteiligung seit 28 Jahren – fast 80 % der Wählerschaft.

Lee Jae-myung gewann fast 50 %, knapp darunter mit 49,4 %. Er erhielt fast drei Millionen Stimmen mehr als sein engster Konkurrent Kim Moon-soo. Er gewann in den meisten Kategorien – er gewann bei den Frauen, über alle Altersgruppen hinweg, in weiten Teilen des westlichen Landesteils. Er gewann bei den Erwachsenen in den 40ern und 50ern, und die jüngeren Wähler waren zwischen Lee Jae-myung

und Lee Jun-seok, einem jüngeren Kandidaten, gespalten. Nur bei den älteren Senioren verlor er. Es ist also ein ziemlich starkes Mandat und zeigt, dass Korea hinter ihm stand.

Es war ein sechsmonatiger mühsamer Prozess, aber im Moment tanzen die Menschen buchstäblich auf den Straßen. Es herrscht Jubel und ein großer Seufzer der Erleichterung. Ich kenne Leute, die sechs Monate wenig geschlafen haben, weil es in diesem Prozess so viele Wendungen gab.

Das gesagt, wir sind noch nicht aus dem Gröbsten heraus. Wir sehen, dass es dort starken Druck gegen Lee Jae-myung gibt. Ich bin sicher, es wird noch mehr schmutzige Tricks geben. Denken Sie daran: Im Jahr vor dieser Wahl wurde er fast getötet. Ein Attentäter näherte sich ihm, bat um ein Autogramm. Als Lees Hände mit einem Notizbuch und einem Bleistift beschäftigt waren, stach der Mann ein Messer tief in seine Halsschlagader und rampte es mehrfach, bis er ihn umstieß. Man konnte rosa Sprühnebel aufsteigen sehen, und er wäre bei diesem Versuch fast gestorben.

Es gibt eine Menge Hässliches unter der Oberfläche, das mit Yoons Putschversuch zutage trat, und es ist sicherlich nicht verschwunden. Zweifellos haben auch die USA hier ihre Finger im Spiel. Als sie ihm gratulierten, machten sie auch eine beiläufige Bemerkung über chinesischen Einfluss auf die Wahlen. Das ist ungefähr das doppeldeutigste Kompliment, das man geben kann.

Unter den extremeren rechten Fraktionen – der US-CPAC, Bannon, Moran, diesen ultrarechten Gruppen – wird im Wesentlichen Wahlbetrug behauptet. Sie sagen, dies sei der größte Wahlbetrug in der Geschichte der koreanischen Wahlen. Ich bin sicher, sie planen noch mehr Unruhe, Druck und schmutzige Tricks ...

Jeff Rich: Was mich außerdem interessiert, ist die deutliche Blau-Rot-Teilung im Land. Was ist die soziale Grundlage dafür, KJ? Was spiegelt sie wider?

KJ Noh: Ironischerweise ist die rechte Seite Koreas rechter und die linke Seite linker. Es ist eine traditionelle Spaltung in Korea. Die linke Seite, der Westen, umfasst Seoul, Gyeonggi und Jeolla, die progressiveren Teile des Landes. Der untere rechte Teil – einschließlich Gyeongsang, Busan, Daegu – war traditionell die Hochburg der Militärdiktatoren. Park Chung-hee stammte von dort, ebenso wie alle seine Nachfolger. Das war traditionell eine Hochburg des extremen ultrarechten Konservatismus.

Ironischerweise war dieses Gebiet [die Provinz Gyeongsang] vor Park Chung-hee, bis zum Koreakrieg, sehr linksgerichtet, mit massiver radikaler linker Aktivität und Guerillaaktionen vor und während des Krieges. Aber schließlich wurden alle Linken in dieser Region nicht nur verdrängt, sondern getötet – es kam zu Massakern und Tötungen in Dörfern und Gemeinden im gesamten Südosten.

In gewisser Weise ist die Spaltung also nicht überraschend. Es ist der Ort, aus dem die Militärdiktaturen kamen, und er wurde von jeglichem linken Einfluss gesäubert. Interessanterweise stammt Lee Jae-myung selbst aus Gyeonggi, also aus dieser Region, konnte aber dieses Erbe nicht verändern. Sie spiegelt also eher historische und ideologische Bruchlinien wider als eine Spaltung zwischen Land und Stadt.

Jeff Rich: Das ist interessant. Es geht also eher um Geschichte und militärische Verstrickungen. Ich sehe auch in der linken unteren Ecke, in der Provinz Gwangju, wo das schreckliche Massaker stattfand, dass dort über 80 % für Lee Jae-myung gestimmt haben. Keine Überraschung?

KJ Noh: Keine Überraschung. Die Jeolla-Region war schon immer links-progressiv und wurde von der Park-Regierung schlecht behandelt. Die Militärdiktatoren haben sie immer unterentwickelt, da sie sie als unzuverlässig betrachteten, was schließlich in Gwangju eskalierte. Diese Spaltung besteht bis heute – die Ost-West-Teilung ist in der koreanischen Politik immer noch präsent ...

Jeff Rich: Die koreanische Halbinsel ist ein ziemlich zentraler Staat. Diese Wahl könnte also geopolitische Folgen haben. Was sind die Herausforderungen und ersten Prioritäten für Präsident Lee? Was steht ihm bevor?

KJ Noh: Eine der ersten Herausforderungen ist die Tatsache, dass 40 % der Wählerschaft für die Putschregierung gestimmt haben. Das ist nicht unerheblich. Meist waren das Menschen in ihren 50ern und 60ern, insbesondere Männer in ihren 60ern und 70ern – die ältere Generation, die Teil von Parks Regierung war oder davon profitierte.

Jüngere Männer in ihren 20ern und 30ern stimmten nicht überwiegend für Lee Jae-myung; sie entschieden sich tatsächlich für Lee Jun-seok, den jüngeren Kandidaten. Es gibt also Brücken zu bauen.

Lee Jae-myung nimmt das ernst. Er sagt, er wolle ein Einiger sein. Das sagen alle Politiker, aber ich halte ihn für aufrichtig. Er ist ein sehr prinzipientreuer Mensch und sagte: »Wahre Regierungsführung ist eine warme Hand, die alle Menschen als Einheit umfasst und Hoffnung vermittelt.«

Das ist kein schlechter Ansatz. Er wird auch mit sehr ernstesten wirtschaftlichen Gegenwinden zu kämpfen haben. Für Südkoreas Wirtschaft wird ein Wachstum von 1 % prognostiziert, was absolut schwach und miserabel ist, angesichts der Tatsache, dass es der Wirtschaft insgesamt schlecht geht. Sie kämpft seit Ende der 1990er-Jahre, seit die Vereinigten Staaten [nach der IWF-Krise] neoliberale Umstrukturierungen durchsetzten. Dadurch wurde der Entwicklungsstaat im Wesentlichen demontiert. Zuvor wuchs sie jährlich um 6, 7, 8, 9, 10 %, und obwohl es eine brutale Militärdiktatur war, verfolgte sie einen entwicklungsorientierten Kapitalismus, der bedeutende Fortschritte in der Industrialisierung ermöglichte. Es gab auch eine Tradition der lebenslangen Beschäftigung, meist bei den großen multinationalen Konglomeraten, die die Champions des südkoreanischen industriellen Aufstiegs waren.

All das wurde in den 1990er-Jahren während der IWF-Krise demontiert. Damals hatte

Südkorea eine kleine Liquiditätskrise – etwa 50 Milliarden Dollar. Das war eigentlich nichts, wirklich Kleingeld im Verhältnis zur Größe der Wirtschaft. Aber die USA nutzten das als Vorwand, um Korea im Grunde über den Tisch zu ziehen, es in Stücke zu reißen und sein öffentliches Eigentum an amerikanische Konzerne zu verkaufen.

Jeff Rich: Es gab viel Schock unter der australischen Polit-Elite darüber, wie die USA und der IWF mit der Asienfinanzkrise umgegangen sind. Es war verheerend für viele Gesellschaften in Korea, Indonesien und anderen. Es gibt starke Erinnerungen an diese Ereignisse im Westpazifik und in Asien.

KJ Noh: In Korea nennen wir den IWF »Ich bin am Arsch« (Ins Koreanische übersetzt: 나는 엉덩이에 있어.). Was er getan hat, war, das koreanische Wirtschaftssystem zu demontieren und den langfristigen wirtschaftlichen Vertrag, den die Koreaner mit ihrer Regierung hatten, zu brechen. Im Grunde haben wir Repression, Unterdrückung und sogar Militärdiktatur toleriert, unter der Bedingung, dass sich unser Leben – oder zumindest das der zukünftigen Generationen – im Laufe der Zeit verbessern würde, mit einem gewissen Maß an Stabilität. All das wurde über Bord geworfen, und die USA haben ihren Pakt gebrochen.

Zuvor jedoch muss man begreifen: Südkorea war wie in einem Treibhaus großgezogen worden. Es durfte Protektionismus betreiben, weil es als kapitalistisches Prestigeprojekt diente – ein Schaufensterbeispiel, das die USA seit den 50ern der Welt als Aushängeschild kapitalistischer Erfolge präsentierten. Es gab ein Buch namens »The Anti-Communist Manifesto«, geschrieben von einem US-Beamten, das argumentierte, man könne Modellkapitalwirtschaften schaffen, um den globalen Süden davon abzuhalten, sozialistisch oder marxistisch zu werden. Aber das war eine völlige Erfindung.

Südkorea war bis 1979 eine wirtschaftliche Katastrophe. Es war ärmer als Nordkorea, das

gerade seine Wirtschaft ausbaute, so wie China es jetzt tut. Südkoreas Wirtschaft bestand im Wesentlichen aus drei Dingen: Prostitution, Kriegsprofite und Sweatshops.

In den 1960er Jahren kamen etwa 20–25% des ausländischen Kapitals aus Prostitution – speziell aus den sogenannten Camptown-Prostitutionen (Garnisonen-Prostitution). In den 2000er Jahren sagte das Frauenministerium, dass eine von fünf Frauen im Alter von 18 bis 29 Jahren prostituiert worden war. Das war eine Art primitive Akkumulation, im Wesentlichen sexuelle primitive Akkumulation.

Eine weitere Quelle waren Kriegsprofite. Von den 1960ern bis 1974 war Südkorea nach den USA der größte Teilnehmer am Vietnamkrieg und schickte 32.000 Soldaten. Große koreanische Konglomerate wie Hyundai waren Subunternehmer des US-Militär-Industrie-Komplexes – Brown and Root, heute Halliburton. Viele dieser koreanischen Konglomerate begannen als Subunternehmer des US-Militärs. Die Rücküberweisungen aus dieser Söldnertätigkeit im Vietnamkrieg waren ein riesiger Teil der südkoreanischen Wirtschaft.

Dann gab es Sweatshops, Bergleute und Krankenschwestern, die ins Ausland nach Deutschland geschickt wurden – Zehntausende von Arbeitern, die im Ausland arbeiteten und Geld zurückschickten. Es war eine brutale Sweatshop-Wirtschaft, sehr arbeitsintensiv und mit geringer Produktivität. Außerdem wurden Kinder zur Adoption ins Ausland exportiert, was eine der profitabelsten Unternehmungen pro Einheit aller südkoreanischen Exporte war – fast reiner Gewinn. Etwa 3.000 Dollar pro Kind, während man 50 Hyundai-Autos exportieren müsste, um denselben Betrag zu erzielen.

Es war also eine desolote Wirtschaft, aber mit allen möglichen Zugeständnissen der USA. Taiwan und Korea waren die beiden Länder, die diese außergewöhnliche Treibhausbehandlung erhielten, weil die USA wollten, dass sie die Lieblinge der kapitalistischen Entwicklung sind – die kapitalistischen Schaufensterpferde.

Sie [Südkorea und Taiwan] sind tatsächlich die einzigen beiden ehemals kolonisierten Länder oder Gebiete, die den Entwicklungsstatus erreicht haben, abgesehen von Inselstadtstaaten wie Singapur und Hongkong und institutionellen Steuerparadiesen wie Bermuda. Vom Kolonialstatus zum Entwicklungsstatus aufzusteigen, ist sehr selten, weil das globale kapitalistische System das nicht zulässt. (China ist die andere Ausnahme: Es hat sich nach eigenen Regeln entwickelt.)

Südkorea wurde besonders behandelt, und diese besondere Behandlung wurde dann während der IWF-Restrukturierung weggenommen. Im Grunde wurde das fette Kalb des Kapitalismus zum Schlachten über den Tisch gezogen. Die Koreaner haben das tief empfunden. Heute gibt es in Korea den Begriff »IWF-Waisenkind«. Das waren Angestellte der Mittelschicht mit guten Jobs in großen koreanischen multinationalen Konzernen, die über Nacht gefeuert wurden. Weil sie mit der Scham nicht leben konnten, landeten viele buchstäblich auf der Straße. Familien gingen von der Mittelschicht in einem Tag in die Verelendung.

Es gibt Berichte von Tausenden von Kindern, die aufgrund dieser IWF-Restrukturierung in Waisenhäusern ausgesetzt wurden. Familien holten ihr Kind vom Klavierunterricht ab, sagten ihm, es solle seine Tasche und seinen Teddybär holen, brachten es ins Waisenhaus und gingen dann nach Hause, um einander umzubringen. Es ist unfassbar.

Ich erinnere mich, ohne zu sehr abzuschweifen, dass ich als Regierungsbeamter mit Vertretern des Büros des südkoreanischen Premierministers über Jugend-Suizide und Alkoholmissbrauch sprach, die tragischerweise in den ersten 20 Jahren der 2000er Jahre bedeutende Probleme waren. Das sind einige der großen Konsequenzen, die die Menschen erlebt haben.

Als ich Lee Jae-myungs Antrittsrede las, war das zunächst eine typische rhetorische Wahlkampfrede – das Land einen. Aber ich spürte mehr Substanz in seiner Rede als üblich. Ich habe früher Reden geschrieben, und ein Teil

stach heraus. Er sprach von nationaler Souveränität und einer Nation, in der alle Glück finden können, von einer neuen Ära. Er bezog sich auf die Literaturnobelpreisträgerin 2024 Han Kang und sagte, die Vergangenheit helfe der Gegenwart und die Toten retteten die Lebenden. Jetzt sei es unsere Aufgabe, die Vergangenheit zu werden, die die zukünftigen Generationen rettet.

Die Rede skizziert fünf große Prioritäten für Korea, die innen- und außenpolitische Themen abdecken. Erstens spricht er davon, ein Land zu schaffen, in dem das Volk wirklich Herr im Haus ist, und bezieht sich dabei auf demokratische Reformen und Souveränität. Er spricht davon, auf einem anderen Weg wirtschaftlich zu wachsen und voranzukommen, aber nicht irgendein Wachstum – ein faires Wirtschaftswachstum. Er sagt: »Eine Gesellschaft, in der Scheitern den Tod bedeutet, kombiniert mit der Krankheit der Politik, hat Extremismus hervorgebracht, der das soziale Gefüge bedroht.«

Einige Kommentatoren sagen, die Wirtschaft sei Lees erste Priorität und er müsse sie wieder ankurbeln. Aber seine Aussage rahmt die Wirtschaft in einen größeren sozialen und historischen Kontext. Er spricht von ausgewogener regionaler Entwicklung, einer gerechten Gesellschaft und einem Land, in dem Kultur gedeiht, mit dem Ziel, Korea zu den fünf führenden Nationen in Sachen Soft Power zu machen.

Schließlich spricht er von einer sicheren und friedlichen Nation, einschließlich offener Dialogkanäle mit Nordkorea, der Wiederherstellung der Ehre des Militärs und der Bewältigung der tragischen Beteiligung einiger Militärangehöriger am gescheiterten Putschversuch Ende 2024. Er sagt das nicht explizit, aber es wird angedeutet.

Jeff Rich: Nun über die innenpolitische Agenda gesprochen, KJ, wie bedeutend schätzt du Lee als Präsidenten ein, der Südkorea auf einen etwas anderen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungspfad führen könnte?

KJ Noh: Ich denke, es gibt Hoffnung. Ich habe Kollegen wie Simone Chun, die sagen, dass dies nicht einfach eine Wahl, sondern eine Revolution sei. Die Menschen haben gesprochen; sie bewegen sich vorwärts und suchen in einer transformativen Zeit nach etwas Transformativem. Es gibt große tektonische Verschiebungen weltweit, vor allem im Pazifik und in Asien, und ich denke, Lee Jae-myung könnte der richtige Mann sein, um diese Veränderungen zu meistern und auf diesem Drahtseil zu einem besseren Morgen zu gehen.

Im Moment kreisen die Wölfe. Die Wölfe sind die Vereinigten Staaten. Die USA wollen Südkorea in einen Krieg ziehen. Sie wollen Südkorea ukrainisieren, genau wie sie gerade die Philippinen und Taiwan ukrainisieren – aufgrund der historischen Beziehung, bei der die USA die operative Kontrolle über das südkoreanische Militär haben. Es besteht ein starker Wille und Wunsch, Südkorea in die US-Indo-Pazifik-Strategie einzubinden. Yuns Indo-Pazifik-Strategie war eine direkte Kopie der US-Strategie. Man nannte ihn den perfekten Partner der USA, also den perfekten Partner für den Krieg.

Die USA haben versucht, diesen Zustand zu institutionalisieren, und sie wollen sicherstellen, dass Lee Jae-myung nichts davon demontiert – weder das GSOMIA-Abkommen über den Geheimdaten-Austausch, noch die gemeinsamen Militärmanöver, und schon gar nicht das militärische Bündnis zwischen Japan, den USA und Südkorea mit all seinen Implikationen. Dazu gehört insbesondere die Verpflichtung, koreanische Truppen überallhin zu entsenden, wohin auch US-Truppen geschickt werden – etwa in einen von den USA provozierten Krieg um Taiwan. Die USA wollen all dies unangetastet erhalten, und Lee Jae-myung hat beruhigende Signale für die US-Herrschaftselite ausgesendet. Aber ich denke, letztlich schaut er nach den Interessen Koreas.

Er sagt, seine Aufgabe als Führungskraft sei es, die nationalen Interessen Südkoreas zu vertreten. Wenn man seine Rede liest und

zusammensetzt, wie er von einem sicheren und friedlichen Land spricht – also ohne Krieg –, wie er ein wohlhabendes Land möchte, was Handel mit China bedeutet, denn es ist der Mangel an Handel mit China, der Südkoreas Wirtschaft gerade zerstört, und dann sein Wunsch nach Souveränität und Gleichheit. All das weist in eine Richtung: Er wird es versuchen.

Die USA werden das nicht mögen und alles tun, um ihn daran zu hindern, weil sie ihn zurück in die Marionettenbox stecken wollen. Aber ich glaube, er wird sein Bestes geben, um Südkorea zu einem unabhängigerem, souveränerem und friedlicherem Land zu machen, das mit China ausbalanciert ist und tatsächlich gute Beziehungen zu China pflegt.

Deshalb brüllen Steve Bannons Gefolgsleute und das CPAC-Gesindel, dass Südkorea im Grunde eine chinesische Außenstelle geworden sei und dass diese Wahl eine chinesisch gelenkte Wahl gewesen sei. Also erwarte ich mehr davon, mehr Theater, mehr schmutzige Tricks, aber auch, dass Lee Jae-myung sein Bestes geben wird.

Ein kleines Wort zu seinem Charakter, weil ich denke, das ist in der Politik, besonders auf höchster Ebene, wichtig. Er wuchs in einer unglaublich armen Familie auf. Sein Vater war ursprünglich ein landloser Bauer, ein Pächter – praktisch ein Leibeigener – der wegen der extremen Armut das Land verlassen musste und in die Stadt zog. Dort arbeitete er als Tagelöhner und Handlanger. Seine Mutter putzte Toiletten. Seine Schwester putzte Toiletten. Es gab sieben Kinder. Er ist das fünfte, eines der jüngeren. Mit zwölf Jahren verließ er die Schule. Er musste die Grundschule abbrechen, weil sich seine Eltern die Mittelschule nicht leisten konnten. Die Mittelschule hätte damals etwa 12 Dollar im Jahr gekostet. Sie konnten das nicht bezahlen.

Stattdessen begann er, in einer Sweatshop-Fabrik zu arbeiten – einer Plastik-Sweatshop-Fabrik, einer Baseball-Sweatshop-Fabrik. Das sind wirklich entsetzliche Arbeitsplätze, besonders für Kinder. Ab 12 Jahren war er Vollzeitarbeiter. Diese Orte sind laut Bruce Cumings,

einem Korea-Historiker, Höllenkreise, die Dante und Engels in Ohnmacht fallen lassen würden. Das ist keine Übertreibung. Man arbeitet 12 Stunden, wenn man Glück hat. Ein harter Arbeitstag sind 16, 20, 24 Stunden ohne Pause.

In der Weihnachtszeit, wenn Aufträge sich anhäufen, spritzen sie den Kindern Methamphetamin, damit sie weitermachen können. Dann arbeiten sie zwei, drei, vier Tage ohne Schlaf und brechen zusammen. Manchmal sterben sie an Überarbeitung. Er begann das mit zwölf Jahren. Sobald man in so einer Fabrik zu arbeiten beginnt, ist das Leben vorbei. Die Vorstellung, ein sinnvolles Leben zu haben, ist ausgeschlossen. Es ist wie verkauft zu werden in ein Bordell oder ein Puff. Dein Leben ist vorbei. Deine Gesundheit ist zerstört. Dein Status existiert nicht.

Die meisten Menschen müssen sich mit 18 Jahren für ihren Personalausweis registrieren und ihre Fingerabdrücke abgeben. Menschen, die in diesen Fabriken arbeiten, haben keine Fingerabdrücke mehr, weil die Erhebungen und Rillen ihrer Finger durch Chemikalien gelöscht wurden. Im Alter von 40 oder 45 Jahren sterben sie alle an Krebs, Leukämie oder anderen Krankheiten durch ständige chemische Belastung, wenn nicht einfach durch Erschöpfung.

Im Fall von Lee Jae-myung wurde sein Körper in einer Pressemaschine zerquetscht, und sein linker Arm ist dauerhaft gelähmt. Er berichtete auch, man habe ihn ›bis zur Bewusstlosigkeit geprügel‹ – Schläge waren in diesen Fabriken an der Tagesordnung. Zweimal versuchte er, sich das Leben zu nehmen. Trotzdem hat er unter diesen Bedingungen nach der Arbeit gelernt, ging zur Abendschule, bestand die Mittelschulprüfungen, dann die Prüfungen für die Oberschule und erhielt schließlich ein Vollstipendium für das Jurastudium. Nach vier Jahren Jura legte er die Anwaltsprüfung mit Auszeichnung ab und wurde Menschenrechtsanwalt.

Er wurde beeinflusst von Roh Moo Hyun, einem der ersten zivilen Präsidenten Koreas, der ursprünglich als Menschenrechtsanwalt

gearbeitet hatte. Lee Jae-Myung wurde ebenfalls Menschenrechtsanwalt, kandidierte dann für ein Amt und wurde Bürgermeister von Seongnam, einer wichtigen Stadt – vergleichbar mit Adelaide zu Canberra. Seoul ist die Hauptstadt; Seongnam ist eine Großstadt. Während seiner Amtszeit als Bürgermeister setzte er viele wichtige populäre Reformen und politische Maßnahmen um.

Er ging viele Male in den Hungerstreik, um für die Unabhängigkeit von der Zentralregierung zu kämpfen, die versuchte, Budgets zu kürzen und soziale Wohlfahrt zu verhindern. Dann kandidierte er für den Gouverneursposten der Provinz Gyeonggi, die Seoul umgibt. Diese Provinz ist sehr bedeutend, vergleichbar mit Kalifornien oder New York in den USA. Er kandidierte mehrere Male und wurde schließlich Gouverneur.

2022 trat er bei der Präsidentschaftswahl gegen Yoon Suk Yeol an und unterlag nur knapp. Es war die engste Wahl in der Geschichte Südkoreas. Einige sagen, die Wahl sei manipuliert worden, aber er war nur einen Wimpernschlag entfernt. Es war ein Fotofinish, die knappste Wahl der koreanischen Geschichte.

Als Yoon Suk Yeol an die Macht kam, ein ehemaliger Generalstaatsanwalt, setzte er eine Armee von Staatsanwälten gegen Lee Jae-myung ein. Sie durchsuchten sein Haus 300 Mal, um irgendetwas zu finden, womit sie ihn anklagen oder diskreditieren konnten. Sie fanden einige kleine Verfahrensfehler – banale Dinge – und machten daraus Bundesfälle. Sie versuchten, ihn dauerhaft aus dem politischen Leben und von der Präsidentschaft auszuschließen. Es funktionierte nicht.

Es gab viele Wendungen und Turbulenzen noch Wochen vor der Präsidentschaftswahl, mit ernsthaften Fragen, ob er aufgrund unsinniger Gesetze, die Yoon Suk Yeol erlassen hatte, von der Kandidatur ausgeschlossen werden würde. Nach alledem und dem Überleben eines Mordanschlags steht er immer noch, stark, würdevoll und irgendwie als erfahrener Staatsmann mit großer Gelassenheit und gleichzeitig einer

jugenhaften Ausstrahlung. Ich verbinde das damit, dass er schon sehr früh erwachsen werden musste. Menschen, die früh »adultifiziert« oder »parentifiziert« werden, tragen einen Teil von sich selbst in diesem Alter gefangen. Sie werden schnell erwachsen, aber ein Teil bleibt sehr jung und junghaft. Diese Eigenschaft hat er. Aber er hat auch enorme Widerstandskraft und innere Stärke als Führungspersönlichkeit.

Ich bin vorsichtig optimistisch. Er wird einen sehr harten Weg vor sich haben. Es wird schwer für ihn, aber er ist sehr klug, widerstandsfähig und hat viele innere Ressourcen. Ich denke, er wird einige Dinge verändern können. Jeder koreanische Präsident ist dadurch eingeschränkt, dass Südkorea eine de facto US-Kolonie ist. Der letzte Präsident [Moon Jae In] versuchte zwar, Dinge zu ändern, wurde aber vom US-System komplett blockiert. Er war gegen die Installation des THAAD-Raketenabwehrsystems, weil dies die Spannungen mit China eskalieren lassen würde. Trotzdem wurde es installiert, ohne ihn zu informieren. Das koreanische Militär brachte das THAAD-System ohne Benachrichtigung des eigenen Präsidenten ins Land.

Als der Präsident sein Militär fragte: »Ich bin Oberbefehlshaber, wie könnt ihr ein strategisches Waffensystem installieren, ohne mich zu informieren?«, sagten sie, sie hätten eine Geheimhaltungsvereinbarung mit dem US-Militär und dürften es ihm nicht sagen. Das zeigt, wo ihre Loyalität liegt, von wem sie ihre Anweisungen bekommen. Das alles zeigt, wie stark das Land eingeschränkt ist. Es ist eine US-Neokolonie. Aber innerhalb dieser Einschränkung denke ich, dass Lee Jae-myung sein Bestes geben wird.

Er ist fähig und widerstandsfähig. Wenn man seine Rede als kompletter Außenstehender mit etwas Wissen darüber liest, wie solche Reden entstehen, war sie wirklich exzellent. Sie hatte Form, hochwertige Rhetorik und tatsächlichen Inhalt, was bei einer Antrittsrede eines politischen Führers ungewöhnlich ist. Im Vergleich zu Donald Trumps Amtseinführungsrede, egal ob 2017 oder dieses Jahr, spielt sie in einer ganz anderen Liga.

Er hat auch den Vorteil, dass die Nationalversammlung von seiner Partei kontrolliert wird, was wichtig für die Kohärenz der Exekutive ist. Einige kollaborationsbereite Militärs haben sich blamiert und bieten nun die Gelegenheit, sie auszumustern. Dennoch wird er einer harten Bewährungsprobe unterzogen werden.

Gekürzte Transkription aus: <https://www.youtube.com/watch?v=XYIMJIEKuVw>

Autorisierte Übersetzung aus dem Englischen:
Jenny Farrell

Freiverkäufer:innen gesucht

Wir suchen Leserinnen und Leser, die in ihrem persönlichen, politischen, gewerkschaftlichen Umfeld Marxistische Blätter verkaufen.

Kontakt: Lothar Geisler,
log@neue-impulse-verlag.de

Wunderbare marxistische Analyse der KI-Entwicklung

Matteo Pasquinelli: **Das Auge des Meisters, Eine Sozialgeschichte Künstlicher Intelligenz**, Münster 2024, 280 Seiten, ISBN 978-3-89771-390-1, 22 Euro

»Wir leben in einem Zeitalter der digitalen Daten, und in diesem Zeitalter ist die Mathematik zum Parlament der Politik geworden. Das soziale Gesetz ist nun mit Modellen, Theoremen und Algorithmen verwoben. Mit den digitalen Daten ist die Mathematik zum vorherrschenden Mittel geworden, durch das die menschlichen Wesen sich mit der Technologie abstimmen (...) Die Datenverarbeitung ist letztlich eine mathematische Tätigkeit, und darin liegt die Hoffnung. Schließlich ist Mathematik eine menschliche Aktivität. Wie jede menschliche Aktivität auch trägt sie sowohl die Möglichkeit der Emanzipation als auch der Unterdrückung in sich.«¹

Gleich zu Beginn: Das Buch von Pasquinelli ist nicht nur eine wunderbare marxistische Analyse der Entwicklung der Künstlichen Intelligenz (KI), es ist eine sehr gelungene Einführung in das materialistische Verständnis von Technologie und Technologieentwicklung überhaupt. Es wendet sich mit vielen Beispielen insbesondere gegen die idealistische Vorstellung, revolutionäre Entwicklungen in Industrie und Technik seien ohne Vorentwicklung durch den wunderbaren Geistesblitz einzelner Erfinder:innen ausgelöst worden. Pasquinelli legt dar, dass die Werkzeuge z. B. für die Industrie weit vor der Erfindung der Dampfmaschine im Prozess der Arbeitsteilung entwickelt wurden. Die menschliche Arbeitsteilung hat die Aufgaben geschaffen, die Erfinder:innen wie Babbage, Lovelace, Watt, Zuse etc. durch Maschinen und Konzepte wie Berechnungen und Software gelöst haben. Noch Jahrhunderte nach Erfindung der Dampfmaschine wurde die

Leistung von Maschinen in PS (Pferdestärken) gemessen. Maschinen ersetzen die vorhergehende Antriebsart von automatisierenden Werkzeugen (Wasser, Wind und Arbeitstiere).

Das Buch stellt also die Frage: Welche Verhältnisse existieren zwischen Arbeit, Regeln und Automatisierung, d. h. bei der Erfindung neuer Technologien? Es wendet sich gegen die schematische, interesselgeleitete Trennung von körperlicher und geistiger Arbeit. Körperliche Arbeit war und ist durchsetzt von geistigen Tätigkeiten und setzt Konzepte, Erfahrung, etc. voraus.

Zu Beginn des Buches entwickelt der Autor, wie altertümliche Rituale, Zählwerkzeuge und »soziale Algorithmen« zur Bildung mathematischer Ideen beigetragen haben. Menschliche Praxis, Arbeit ist eine logische Aktivität, die die Kraft des Spekulierens und Erfindens in sich trug, bevor die Technikwissenschaft diese vereinnahmt und entfremdet hat.

Der Autor schreibt: »Die These, Arbeit sei von alleine ›mechanisch‹ geworden, bevor sie durch Maschinerie ersetzt worden ist, ist ein altes fundamentales Prinzip, das schlicht in Vergessenheit geraten ist.« Diese Sichtweise lasse sich von Adam Smith, über Hegel bis Marx nachvollziehen. Babbage habe diese Erkenntnisse in einer konsistenten »Arbeitstheorie der Automatisierung« systematisiert. Er ergänzte sie um das Prinzip der Arbeitskalkulation (Babbage-Prinzip). Die Teilung der Arbeit erlaubte auch eine präzise Berechnung der Arbeitskosten.

Im Folgenden erläutert der Autor die entscheidenden Weiterentwicklungen durch Karl Marx. Er begründet das Primat der Produktionsverhältnisse gegenüber den Produktionsmitteln. Erstere hätten nach einer mächtigeren Antriebstechnologie verlangt. Und er analysiert weiter, was nach der Einführung der Maschinen passiert. Sie »markiert einen dramatischen dialektischen Wendepunkt in der Geschichte der Arbeit, da hier die Arbeiter:innen aufhören, die Subjekte der Maschinen zu sein und beginnen, Objekte des Kapitals zu werden.« Schließlich verstärkt sich dieser Entfremdungsprozess weiter bis zur großen Industrie und der von den Arbeiter:innen getrennten, sich ihnen

1 Politically Mathematics collective: »Politically Mathematics Manifesto«, 2019, politicallymath.in/manifesto.

gegenüberstellenden Wissenschaft. Pasquinelli führt die Leser:innen hier durch die entscheidenden Argumentationen im »Maschinenfragment« der Grundrisse und im »Das Kapital«. »Marx kehrt die Mystifizierung des »Meister-Herstellers« um, indem er in das Zentrum des Babbage-Prinzips den Gesamtarbeiter platziert, der natürlich zum Hauptakteur der Arbeitsteilung wird.«²

In den weiteren Teilen des Buchs werden Triebkräfte zur Entwicklung der Datenverarbeitung beschrieben, z. B. die immer aufwändigere Verwaltung der Arbeit, was neue Techniken der Kommunikation, Kontrolle und »Intelligenz« erforderte. Schließlich entstehen Informationstechnologien als Teil einer »Kontrollrevolution«, notwendig für die Steuerung des ökonomischen Wachstums und des kommerziellen Überschusses im Globalen Norden. Eine weitere entscheidende Änderung tritt am Ende des 19. Jahrhunderts ein. Die Komplexität der zu beherrschenden Vorgänge führten zur Herausbildung der Kybernetik und einem Paradigmenwechsel von der deduktiven zur induktiven Logik. Nicht mehr deterministische Prozesse stehen im Vordergrund der Betrachtung, sondern die Selbstorganisation und Steuerung als Vorboten der heutigen KI.

Schließlich beleuchtet der Autor die Entstehung der heute weit verbreiteten Vorstellungen von Intelligenz aus der Psychometrie der Arbeit und des sozialen Verhaltens, also den stark ideologisch geprägten Versuchen, menschliche Intelligenz zu messen. Er resümiert: »Kurz gefasst handelt es sich bei der gegenwärtigen Form der KI, dem maschinellen Lernen, um die Automatisierung der statistischen Metriken, ursprünglich eingeführt, um kognitive, soziale und arbeitsbezogene Fähigkeiten in Zahlen auszudrücken.«³ Pasquinelli zieht hier einen roten Faden von der rassistischen und die soziale Ordnung zementierenden Psychometrie zu den heutigen, mit Vorurteilen und sozialen Hierarchien behafteten Datenmengen der KI. Die heutigen großen Grundmodelle des maschinellen Lernens wie GPT oder BERT stellen den bisherigen »Höhepunkt einer langen Evolution der

Arbeitsautomatisierung und Quantifizierung der Gesellschaft«⁴ dar. Mit ihren riesigen Datenmengen sind sie für den Autor die bislang bestmögliche Annäherung an die Mechanisierung des general intellects aus dem Marxschen Maschinenfragment⁵. Sie sind im Gegensatz zu den in ihren Freiheitsgraden limitierten Industriemaschinen (auch den Robotern) zu Universalmaschinen gereift. Letztlich findet eine Automatisierung der Automatisierung statt, wie sich das an der barbarischen statistischen Tötungsautomatisierung der israelischen Armee namens Lavender zeigen lässt. Automatisiert wird dort das bereits automatisierte Töten durch Drohnen.

Das Buch überzeugt vor allem durch die umfassende Darstellung der Geschichte der Automatisierung. Die Abschnitte zur KI selbst sind im Vergleich zu den vorhergehenden Darstellungen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen etwas zu knapp ausgefallen. Die Frage nach dem »Was tun?« beantwortet der Autor zuletzt überzeugend: »Der erste Schritt der Technopolitik ist nicht technologischer, sondern politischer Natur. Hier geht es um die Emanzipation und die Dekolonialisierung, wenn nicht gar um die Abschaffung des Ganzen, der Organisation der Arbeit und der sozialen Verhältnisse, auf denen komplexe technische Systeme, industrielle Roboter und soziale Algorithmen basieren.«⁶

Thomas Hagenhofer

4 Ebd. S. 269.

5 »Die Entwicklung des capital fixe zeigt an, bis zu welchem Grade das allgemeine gesellschaftliche Wissen, knowledge, zur unmittelbaren Produktivkraft geworden ist und daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst unter die Kontrolle des general intellect gekommen und ihm gemäß umgeschaffen sind. Bis zu welchem Grade die gesellschaftlichen Produktivkräfte produziert sind, nicht nur in der Form des Wissens, sondern als unmittelbare Organe der gesellschaftlichen Praxis; des realen Lebensprozesses.« K. Marx: Grundrisse, MEW Bd. 42, S. 602.

6 Matteo Pasquinelli: Das Auge des Meisters, S. 276f.

2 Matteo Pasquinelli: Das Auge des Meisters, S. 130.

3 Ebd. S. 267.

Künstliche Intelligenz als »Medienereignis«

Das Thema »KI« wird nicht mehr nur von »Nerds« und Nischenverlagen bedient, sondern hat in diesem Jahr mit Reclam und Suhrkamp auch das Programm großer Publikumsverlage erreicht. Bei dieser Literaturschau handelt es sich daher nicht um eine Empfehlungsliste, sondern einen eher subjektiven Blick auf Neuerscheinungen zum Thema.

*Rainer Mühlhoff: **Künstliche Intelligenz und neuer Faschismus**, Reclam-Verlag 2025, 160 Seiten, ISBN 978-3-15-014666-8, 8 Euro*

Wie große Publikumsverlage das Thema angehen, zeigt die Veröffentlichung von Rainer Mühlhoff, Leiter des Forschungsbereiches Ethik und kritische Theorien der künstlichen Intelligenz der Universität Osnabrück. Gemeinsam mit Alina Blankertz hatte er auf dem Digital-Kongress re:publica 25 einen Vortrag unter dem provokanten Titel »Digitaler Faschismus: Wie KI-Ideologie die Demokratie untergräbt und wie wir sie verteidigen können« gehalten. Dort schafften sie einen »Ritt durch die großen Themen« Tech-Ideologie, KI und Ethik, wobei sie auch auf die Verbindung von Social Media und Alt-Right-Bewegung, die Unterstützer von Donald Trump und deren faschistoides Potenzial, eingingen. Sie warnten davor, dass faschistische Ideologie über KI und ihre Anwendung schleichend in die Mainstream Medien und das gesellschaftliche Bewusstsein eindringt. Dem Motto des Kongresses entsprechend forderten sie von Machern und Nutzern Wachsamkeit, in welcher Form Technologie-Konzerne zunehmend Einfluss auf Meinungen und Haltungen nehmen. Sie plädierten dabei für eine strengere Regulierung des Einflusses der KI auf Politik und Gesellschaft. Wenige Wochen nach dem Kongress veröffentlichte Rainer Mühlhoff seine dort formulierten Gedanken bei Reclam als Heft in der Reihe »Was bedeutet das alles?«.

Mühlhoffs Analysen und Warnungen sind weniger »dramatisierend« oder spekulativ als manch

andere mediale Veröffentlichung. Die Verwendung des Begriffs »digitaler Faschismus« leitet Mühlhoff aus dem Strukturprinzip der KI-Technologie ab, der eine Logik der – wie er es nennt – »Menschen-sortier-Technologie« zugrunde liege. Diese soziale Segregation sei mit menschenverachtenden, antidemokratischen und faschistischen Haltungen kompatibel. Als Beispiel verweist er darauf, dass schon heute KI-Systeme an den EU-Außengrenzen über das Schicksal von Flüchtlingen entscheiden. Man dürfe also KI nicht unhinterfragt als technologischen Fortschritt betrachten. Das spiele jenen in die Hände, die diese Technologie als politisches Machtinstrument betrachten. So richtig seine Kritik ist, vernachlässigt er jedoch den »subjektiven Faktor«, also den Menschen, der sich durch die KI sein Handeln vorgeben lässt bzw. der sich hinter die Vorgaben der KI »versteckt«. Hier müsste demokratischer Widerstand ansetzen.

*Ingo Leipner: **KI-Angriff auf das Bewusstsein. Kritik der künstlichen Vernunft**, Info3-Verlag, 2024, 104 Seiten, ISBN 978-3-95779-204-4, 12,40 Euro*

Schon früher fand man kritische Beiträge zur KI und Digitalisierung in Nischenverlagen, wie der Band von Ingo Leipner, »KI-Angriff auf das Bewusstsein. Kritik der künstlichen Vernunft« belegt. Dieses 2024 in einem Frankfurter Kleinverlag erschienene Buch setzt sich mit dem globalen KI-Hype auseinander. Ingo Leipner, stark beeinflusst durch anthroposophisches Denken, beschreibt, wie ChatGPT und andere KI-Systeme unmerklich den Alltag durchdringen und zwar über Ländergrenzen hinweg. Verbunden ist dieser Vormarsch mit großen Verheißungen, KI bringe den Menschen neue Spielräume der Freiheit und Kreativität. Dieses Versprechen sieht der Autor überhaupt nicht gegeben. Aus seiner Sicht reduziere jeder ChatGPT-Text die geistigen Fähigkeiten seiner Anwender, weil sein »Urheber« nicht mehr an der eigenen Kreativität arbeite. Fehle die Übung, leide der Geist. Für Leipner ist es dabei weniger das fehlende »Training«, sondern das falsche Versprechen, die eigene geistige Leistung durch KI ersetzen zu können, was

er einen »Angriff auf unser Bewusstsein« nennt. In Zeiten globaler krisenhafter Verunsicherungen habe solch ein technologisches »Wahrheitsversprechen« fatale Konsequenzen. Auch der ökonomische Druck im Arbeitsalltag – und das betrifft nicht nur die Medienschaffenden, Journalisten und andere Publizisten – führt dazu, dass man KI-generierte Informationen zunehmend als »objektiv« akzeptiert, wobei die eigenen Erkenntnisse und Erfahrungen sowie subjektive Urteile, die für einen kritischen Dialog durchaus anregend sein können, zunehmend obsolet erscheinen. Er kritisiert, dass die Nutzung der KI die Verantwortung für das eigene Leben und das Urteilsvermögen relativiere, immerhin werde die KI schon wissen, was richtig oder falsch sei.

*Jens Olaf Koch: **Herr Tschie und ich. Meine bizarren Begegnungen mit der Überflieger-KI ChatGPT**, Aiai-Verlag, 2023, 374 Seiten, ISBN 9783757939960, 19,99 Euro*

Einer der ersten, der in Form einer selbstironischen Reflexion mit dem Thema umging, war im Sommer 2023 Jens Olaf Koch mit seinem Band »Herr Tschie und ich. Meine bizarren Begegnungen mit der Überflieger-KI ChatGPT«. Als eine Art Selbstversuch dokumentiert er seine literarische »Entdeckungsreise« in die damals neuartige Welt der KI. Der Autor beschreibt sein Vorgehen folgendermaßen: »In meinen Dialogen entwickle ich mit dem flugs getauften Herrn Tschie, dem selbsternannte Wissenspfau unter den Chatbots, Zukunftsszenarien der Menschheit, wir dichten den Zauberlehrling von Goethe zum KI-Drama um, schlüpfen in die Rollen von Dr. Freud und Patienten im Wien des 20. Jahrhunderts, trimmen das Grundgesetz auf modern, schauen uns gemeinsam im Entenhausen des KI-Zeitalters um, testen uns gegenseitig auf Intelligenz und Menschlichkeit, schreiben Briefe an den Erfinder des Turing-Tests, und vieles mehr. Im Grand Finale des Buchs proklamiert Herr Tschie die Allgemeinen Menschen- und KI-Rechte, die er sich erträumt, sollten KIs jemals Bewusstsein erlangen.« Dabei ist das Anliegen dieses

Selbstversuches durchaus ernsthaft. Koch versucht herauszuarbeiten, inwieweit ChatGPT und andere Bots in der Lage sind, menschliche Empfindungen wie Humor, Ironie und Gefühle angemessen aufzunehmen und in sprachliche Produkte umzusetzen. Die von ihm genannten Begriffserklärungen und Praxistipps sind für den Einstieg sicherlich hilfreich. Seine spielerische Herangehensweise lässt aber nicht erkennen, wo Koch die Grenzen der KI sieht bzw. wo aus seiner Sicht die Gefahren für die gesellschaftliche Entwicklung bestehen. Dazu reicht es nicht aus zu erklären, dass Sprach-KIs aus dem alltäglichen Leben nicht mehr wegzudenken seien, »im Guten wie im Schlechten«.

*Karl Olsberg: **Kontroll-Illusion. Warum KI unsere Existenz bedroht**, EPUBLI EBOOKS, 2025, 205 Seiten, ISBN 9783819098994, 2,99 Euro*

Weniger unterhaltsam, eher alarmierend kommt Karl Olsberg mit seiner 2025 erschienenen Veröffentlichung »Kontroll-Illusion – warum KI unsere Existenz bedroht« daher. Es existiert als Hardcover, aber gleichzeitig bietet er es auch als E-Book an. Olsberg ist seit vielen Jahrzehnten mit dem Thema vertraut, er promovierte über künstliche Intelligenz und gründete mehrere KI-Start-ups. Zudem ist er Teil einer internationalen Community von KI-Experten, die sich ernsthafte Sorgen um potenziell unkontrollierbare KI machen. Natürlich weiß er um die großen Potenziale der KI-Anwendungen, gleichzeitig macht er sich erhebliche Sorgen, die insbesondere darauf beruhen, dass viele Anwender der Illusion unterliegen, man könne diese Systeme, da sie ja technisch seien, hinreichend kontrollieren. Drastisch beschreibt er die Situation folgendermaßen: »Die Erkenntnis, dass es eine Illusion ist, eine hoch entwickelte KI kontrollieren zu können, muss Allgemeingut werden – so wie jeder weiß, dass es eine schlechte Idee ist, Kinder auf der Autobahn spielen zu lassen, neben einem offenen Benzinanker zu rauchen oder einen unbekanntem Pilz zu essen, den man zufällig im Wald gefunden hat. Und wir müssen uns endlich dagegen wehren, dass ein paar Milliardäre im Silicon Valley aus

Überheblichkeit und Gewinnsucht unsere Zukunft riskieren.« (S. 20)

Durchaus lesbar für den technischen Laien, versucht er über die Gefahren von KI, denen wir ins Auge blicken müssen, zu schreiben. Mit zahlreichen Verweisen und Quellen regt er dazu an, tiefer in bestimmte Themenbereiche einzutauchen. Denn, wie er selbst formuliert: »Wenn wir eine Zukunft haben wollen, dann dürfen wir nicht länger tatenlos zusehen, wie sich wichtige Entscheider der Kontroll-Illusion hingeben.«

Defizitär bei seinem Technik-Skeptizismus ist die Analyse derjenigen, die von dieser Entwicklung am meisten profitieren, nämlich die Eigentümer und Profiteure der Tech-Konzerne und Plattformen. Zu glauben, dass sie – im Sinne von Goethes Zauberlehrling – eines Tages Gefangene ihrer eigenen Maschinen sein werden, mag zwar verlockend klingen, ist aber nur eine der vielen »Weltuntergangs«-Phantasien, die die Menschheit seit Jahrzehnten begleiten.

*Douglas Rushkoff: **Survival of the Richest. Warum wir vor den Tech-Milliardären noch nicht einmal auf dem Mars sicher sind.*** Suhrkamp-Verlag, 2025, 281 Seiten, ISBN 978-3-518-02999-2, 22 Euro

Auch der Suhrkamp-Verlag bietet sich als Plattform zur KI-Debatte an. Anfang des Jahres 2025 erschien dort Douglas Rushkoff, »Survival of the Richest. Warum wir vor den Tech-Milliardären noch nicht einmal auf dem Mars sicher sind«. Der Medientheoretiker Rushkoff verfolgt die Internetrevolution seit Beginn der Aufbruchstimmung Anfang der 1990er Jahre, bewegte sich lange im Kreis von Vordenkern, aber auch Profiteuren der Entwicklung. Als Berater von IT-Konzernen musste er wahrnehmen, wie es gelungen ist, das Internet von einer Vision digitaler Basisdemokratie zu einem von wenigen Tech-Milliardären und ihren Milliardenkonzernen dominierten Markt zu machen. Gleichzeitig mischen sich deren Akteure – er nennt sie »IT-Dagoberts« – wie Elon Musk und Peter Thiel zunehmend in die Politik ein. Rushkoff bringt es auf den Punkt: »Die Tech-Milliardäre leben nach einem eigenen ›Mindset,

in dem ›gewinnen‹ bedeutet, genug Geld zu verdienen, um sich von dem Schaden abzuschotten, den sie verursachen, indem sie auf diese Art und Weise Geld verdienen. Es ist, als wollten sie ein Auto bauen, das schnell genug fährt, um seinen eigenen Abgasen zu entkommen.« Angesichts der Zerrüttungen, die deren Geschäftsmodelle produzieren, müsse man sich von deren Mindset befreien – denn mitnehmen werden sie die Menschen auf ihrem Exodus sicher nicht.

*Anna Beckers/Gunther Teubner: **Digitale Aktanten, Hybride, Schwärme. Drei Haftungsregime für künstliche Intelligenz.*** suhrkamp taschenbuch wissenschaft 2444, 2024, 345 Seiten, ISBN 978-3-518-30044-2

Vollkommen anders geht der Verlag in seinem »Wissenschaftsprogramm« mit dem Thema um. Dort ließ man schon 2024 die Frage beantworten, wer eigentlich für wirtschaftliche Schäden, die durch den Einsatz von selbstständig agierender KI entstehen, haften muss.

Anna Beckers und Gunther Teubner von der Maastricht University beschäftigten sich unter dem Titel »Digitale Aktanten, Hybride, Schwärme: Drei Haftungsregime für Künstliche Intelligenz« mit dieser Frage. Sie gehen von der – bislang noch durch kein Gerichtsurteil getragene – Überzeugung aus: Wenn die beteiligten Menschen sorgfältig gehandelt haben, haften nach geltendem Recht – niemand.

Um dieser gravierenden Verantwortungslücke zu begegnen, entwarfen die Autoren drei rechtliche Haftungsregime, für die sie Erkenntnisse aus der Soziologie sowie der Moral- und der Technikphilosophie heranzogen: Prinzipal-Agenten-Haftung für Handlungen autonomer Software-Agenten (»Aktanten«), Netzwerkhafung für verdichtete Mensch-KI-Interaktionen (»Hybride«) und fondbasierte Entschädigung für vernetzte KI-Systeme (»Schwärme«). Ob diese Konstruktion tatsächlich ein »bahnbrechender Lösungsvorschlag« ist, wie es im Klappentext des Buches heißt, werden reale Gerichtsentscheidungen zeigen müssen. Es macht

aber deutlich, dass in der kapitalistischen Eigentumslogik auch solche Rechtsfragen – jenseits aller ethischen Bedenken und »Endzeitstimmungen« – scheinbar geregelt werden müssen.

Ulrich Schneider

Zeitgemäße Forderung nachvollziehbar dargestellt

Jürgen Leibinger: **Vergesellschaftung**, PapyRossa Verlag, Reihe Basiswissen, Köln 2025, 132 Seiten, ISBN 978-3-89438-848-5, 12 Euro

Vergesellschaftung spielt als Begriff in der Soziologie und in der Politischen Ökonomie eine Rolle. Leibingers Gegenstand in seinem jüngsten Buch ist Vergesellschaftung im politökonomischen Sinne. Dabei geht es ihm weniger um die *Vergesellschaftung der Produktion* als einer dem Kapitalismus innewohnenden Tendenz. Schwerpunkt des Buchs ist vielmehr die *Vergesellschaftung der Produktionsmittel*, im Sinne der Überwindung des Privateigentums an wichtigen Produktionsmitteln und Ressourcen und die Überführung derselben in gesellschaftliches Eigentum, bzw. in Formen von Gemeineigentum.

Das Buch hat zwei Teile. Der erste behandelt Historisches: die Geschichte des Begriffs, den Stellenwert der Vergesellschaftung bei Marx und Engels, Vergesellschaftung im Kapitalismus und eine Sichtung historischer Anläufe zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Der etwas umfangreichere, zweite Teil steht unter der Überschrift »Vergesellschaftung der Produktionsmittel im aktuellen politischen Diskurs«.

Am Anfang des zweiten Teils nennt Leibinger Gründe, wieso, trotz vorhandener Innovationspotentiale des heutigen Kapitalismus, die Vergesellschaftungsforderung zeitgemäß sei: Konzentration und Zentralisation führen im Kapitalismus

selbst an Vergesellschaftung heran. Fortschritte in Wissenschaft, Bildung, Technik seien Produkte des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, nicht einzelner Unternehmer. Trotz Regulierung sei das System krisenhaft. Das erfordere regelmäßig drastische Staatseingriffe. Die lohnabhängigen Massen blieben unterdrückt, ausgebeutet und entfremdet. Der Kapitalismus funktioniere nicht im Einklang mit Erfordernissen der Reproduktion der Natur. International stören Konkurrenz und Rivalität eine friedliche Entwicklung.

Laut Leibinger geht es bei der Vergesellschaftungsdiskussion um zwei zentrale Ziele: (1) um die Emanzipation der Individuen, vor allem der eigentumslosen, lohnabhängigen Mehrheit; (2) um die Überwindung der natur- und gesellschaftszerstörenden, irrationalen Züge der Produktion. Beides sei nur mit der Perspektive der Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln einlösbar. So sei für die Mehrheit die Identität von Arbeit und Eigentum wiederherstellbar und gesellschaftliche Produktion ließe sich vorausschauend gestalten. Es brauche Verhältnisse, die ökonomische »Rationalität auf gesamtgesellschaftlicher, nationaler, aber auch internationaler Ebene zulassen.« Die Identität von Arbeit und Eigentum im Kleinbetrieb reiche dafür nicht.

Gegenstände des heutigen Vergesellschaftungsdiskurses sind, so Leibinger, neben oft nur vage oder gar nicht vorhandenen Gesellschaftsentwürfen, unterschiedliche Formen gesellschaftlichen oder Gemeineigentums: Genossenschaften, Staatseigentum auf nationaler, Länder- und kommunaler Ebene, gemeinfreie Güter und Commons, selbstverwaltetes Eigentum von Verbänden und Körperschaften des öffentlichen Rechts. Solche Eigentumsformen kommen im Kapitalismus und im Sozialismus vor. Leibinger regt an, »Gemeineigentum« als übergeordneten Begriff zu betrachten und gesellschaftliches Eigentum als »jene Gemeineigentumsform zu bezeichnen, bei der die gesamte Gesellschaft zum Eigentümer geworden ist«, in Abgrenzung zum »kollektiven oder Gruppeneigentum, wie bei Genossenschaften oder Commons« (64).

Leibinger unterscheidet grob drei Wege der Entstehung gesellschaftlichen oder Gemeineigentums:

(1) Demokratisierung des Eigentums; darunter versteht er die »sukzessive Transformation der Elemente des Bündels privater Eigentumsrechte zugunsten gesellschaftlicher Verfügungs- und Aneignungsmacht«; (2) Vergesellschaftung »von unten«: Die Produzenten beginnen mit Vergesellschaftung »ihrer« Betriebe oder bauen eigene Betriebe außerhalb der dominanten gesellschaftlichen Strukturen auf; (3) Vergesellschaftung »von oben«: Hier hat die Schaffung gesellschaftlichen Eigentums durch die Arbeiterbewegung bzw. durch antikapitalistische Kräfte Priorität.

Diese Wege seien nicht starr voneinander zu trennen, sondern gingen oft ineinander über, wie die Beispiele im ersten, historischen Teil seines Buchs zeigten.

Zu den Themen des Vergesellschaftungsdiskurses gehört die Frage der Entschädigung enteigneter Privateigentümer. Sie hänge von historischen Umständen und Kräfteverhältnissen ab. Leibinger nennt als Beispiel die geringen Entschädigungen, die in der DDR der 1970er Jahre bei der Verstaatlichung der letzten Privatbetriebe flossen.

Ein weiteres Thema ist die Frage der Allokation des Gesamtprodukts. Hierbei komme man, so Leibinger, nicht um das Erfordernis gesamtgesellschaftlicher Planung herum, ohne die ja auch im Kapitalismus nichts mehr funktioniere. Planung, Regulierung und Ware-Geld-Beziehungen würden sich demnach nicht ausschließen. Das Moment der Planung habe aber unter Bedingungen des gesellschaftlichen Eigentums einen ganz anderen Stellenwert, »geht es doch nicht von profitorientierten, sondern von gesellschaftlichen Interessen aus.« (75) In der Praxis habe sich der Allokationsmechanismus keineswegs als so »durchsichtig einfach« erwiesen, wie Marx annahm. Er funktioniere aber auch nicht so simpel, wie manche Commons-Theoretiker meinten.

Was die Lösungsvorstellungen von Dieterich und Cockshott anbelangt (»Sozialismus aus dem Rechner«), verweist Leibinger auf die praktischen Erfahrungen nach der Oktoberrevolution. In allen sozialistischen Ländern seien Ware-Geld-Beziehungen, eingebettet in komplexe Prozesse der Leitung und Planung, erhalten geblieben. Dies müsse

»umso mehr der Fall sein, wenn es kein umfassendes gesellschaftliches Eigentum, sondern weiterhin verschiedene Eigentumsformen« gebe. (76)

In den drei darauffolgenden Kapiteln diskutiert Leibinger historische und aktuelle Konzepte, die für die oben genannten, von ihm ausgemachten drei Wege der Vergesellschaftung stehen. In Kurzform beschreibt er das Für und Wider reformistischer, anarchistischer und sozialistisch/kommunistischer Konzepte und deren praktischen Versuche.

Ein Kapitel unter der Überschrift »Enteignung und Vergesellschaftung im Recht« bildet den Abschluss des Buchs. Leibinger konstatiert nüchtern, das Recht diene der Stabilisierung der jeweiligen Eigentumsordnung. Bedeutende Anläufe zur Vergesellschaftung seien in den bürgerlichen wie in den sozialistischen Revolutionen in der Regel gegen bestehendes Recht erfolgt. Auch das Grundgesetz »war und ist Garant einer kapitalistischen Entwicklung, in deren Verlauf die Klassengegensätze [...] ständig reproduziert wurden.« (122) Zugleich enthalten die meisten bürgerlichen Verfassungen Regelungen für Enteignungen oder für die Einschränkung von Eigentumsrechten, wie die Artikel 14 und 15 im GG. Große Infrastrukturvorhaben oder die Konfiskation von Eigentum im Kriegsfall seien ohne solche Regelungen kaum denkbar.

Artikel 15 GG spiegele die Klassenwidersprüche und Kräfteverhältnisse der Zeit der Entstehung des Grundgesetzes im Jahr 1949 wider. Am Beispiel des Berliner Volksentscheids »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« veranschaulicht Leibinger, wie im Jahr 2021 der Staat mit immer neuen politischen und rechtlichen Hürden die Verwirklichung des Volksentscheid-Ergebnisses verhindern kann. »Hier bewahrheitet sich schon im Kleinen Gramscis Einschätzung von der ›robusten Kette von Festungen und Kasematten‹, die das bestehende System schützen.« (128) Wolfgang Abendroths Position, das Grundgesetz erlaube den Übergang zur sozialistischen Wirtschaftsordnung, hält Leibinger eher für Wunschdenken. Gleichwohl sei die Verteidigung des Artikels 15 ein Muss für Bewegungen, die Produktionsmittel vergesellschaften wollen.

Leibingers Basistext zu Vergesellschaftung behandelt ein Thema, das in den reichen

kapitalistischen Ländern, in Jahrzehnten neo-liberaler Dominanz an den Rand gedrängt und verketzert wurde, solange es sich nicht um die Vergesellschaftung der Verluste großer, privatkapitalistischer Banken oder Konzerne handelte. Das Buch ist ein Plädoyer für die Position, dass die zentralen Argumente für eine Vergesellschaftung von Produktionsmitteln im Interesse der Mehrheit im heutigen kapitalistischen Europa weiterhin Bestand haben. Es vermittelt in knapper Form solides marxistisches Hintergrundwissen zum Begriff Vergesellschaftung, sichtet und bewertet Stärken und Schwächen vorhandener Konzepte der Vergesellschaftung. Es zeigt die reale Vielfalt von Formen privaten und gesellschaftlichen Eigentums auf.

Ein Highlight ist das Kapitel »Eigentum und Recht«, das auf politische und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verweist, die nötig sind, um gesellschaftliches Eigentum durchzusetzen. Dagegen kommt die Reflexion von Klassen- und politischen Machtverhältnissen bei der Darstellung der Konzepte manchmal zu kurz. Auch beziehen sich die Konzepte hauptsächlich auf Verhältnisse in den reichen kapitalistischen Ländern. Die internationale Dimension der Vergesellschaftung der Produktion, die »Globalisierung«, wird nur kurz angeschnitten, ohne damit einhergehende geopolitische Kräfteverschiebungen, Hegemonialkämpfe und ihre Folgen zu thematisieren.

Die Lektüre des Buchs ist auf jeden Fall bereichernd, auch wenn in einem kurzen Basistext nicht alle Erwartungen erfüllbar sind. Eine achteinhalb Seiten lange Literaturliste lädt zur Vertiefung ein.

Beate Landefeld

Das Narrenlied

Eine andere Perspektive auf Christoph Heins

»Narrenschiff« zur Diskussion

Die *junge Welt*, der *Freitag* und *Unsere Zeit* hatten unter leicht veränderten Vorzeichen bereits in das Loblied des bürgerlichen Feuilletons auf das Opus Ultimum aus der Feder Christoph Heins eingestimmt. Die *Marxistischen Blätter* (3_2025) zogen mit einer Hymne von Hans-Dieter Schütt nach, die auch schon im *nd* erschienen war.

In grauer Vorzeit, am 4. November 1989, war Hein neben Stefan Heym, Christa Wolf und Markus Wolf auf der legendär gewordenen Berliner Alexanderplatz-Demonstration aufgetreten. Anders als die von Hein in seinem neuen Werk gewählte schräge Vogelperspektive der von ihrem eigenen Staat entfremdeten, aber vergleichsweise privilegierten Funktionäre bietet Heyms *5 Tage im Juni* wirklichen Aufschluss über die Probleme des realsozialistischen Aufbaus. Anders als Heins in seinen Roman eingebaute Mini-Schmonzette über eine belanglose Berliner West-Ost-Romanze gibt Christa Wolfs *Geteilte[r] Himmel* echte Auskunft über die Folgen des Mauerbaus. Anders als die Larmoyanz von Heins fiktiven SED-, DBD- und LDPD-Kadern zeugen Markus Wolfs Memoiren von tatsächlicher, das heißt einen Auswegweisender Selbstkritik. Am 4. November 1989 hatte Hein noch »[e]inen Sozialismus« gefordert, »der dieses Wort nicht zur Karikatur macht.« Sein vom Suhrkamp-Verlag als »fulminante[r] Gesellschaftsroman« vermarktetes *Narrenschiff* hat nun genau eine solche Karikatur auf knapp 750 Seiten ausgebreitet.

DDR-Literaten wurden zur Zeit der Systemauseinandersetzung in Europa westlich des ›Eisernen Vorhangs‹ mitunter als pseudokritische ›Hofnarren‹ verunglimpft. Christoph Hein scheint zu den (ex-)DDR-Literaten zu gehören, die diese Rolle nun in einem gänzlich anderen Gesellschaftssystem angenommen haben. Der verdächtig einmütige Applaus für sein *Narrenschiff* ist deshalb das Lob eines Narrenlieds. Vereinzelte Abweichungen

hiervon kamen höchstens als Kritik an »ein bisschen des Guten zu viel« daher, wie sie das Portal *literaturkritik.de* zu üben wagte. Einzig Tim Preuß' polemischer Essay über Heins Werk auf *Diaspora Ost*, einem Blog der *taz*, ragt positiv aus dem Meer der Jubilare hervor. Marxist:innen sollten Preuß' Schriftstück dringend zur Kenntnis nehmen, das dem *Narrenschiff* eine »negative[...] Ostalgie« nachweist, auf die das »Selbstbild der kapitalistischen Grundordnung [...] angewiesen [ist]«, um alles aufzufangen, »was im Eigenen nicht sein darf oder wenigstens unangenehm ist«.

Über das in jedem Kapitel von Heins Wälzer auffallend nachlässige, eigentlich als abwesend zu bezeichnende, Lektorat könnte man mit sehr gutem Willen möglicherweise noch hinwegsehen; wobei es schon eine besondere Leistung ist, den Namen des historisch nicht gerade unwichtigen sowjetischen Stadtkommandanten Berlins, Pjotr Dibrowa, innerhalb weniger Seiten einmal falsch und einmal richtig zu schreiben. Bestimmte Ungeheimheiten könnte man unter Umständen noch als einem kuriosen Stil des Autors geschuldet abtun. Die vollkommen unrealistische und nicht zur Empathie einladende Zeichnung nahezu aller wichtigen Figuren – unter denen sich noch nicht mal im Ansatz ein Heymischer *Martin Witte* befindet – und der von ihnen in ihrer Austauschbarkeit bevölkerten Szenerie in Heins Geschichte macht es jedoch völlig unvorstellbar, dass die Feuilletonist:innen, die das Werk links wie rechts (und dazwischen) feiern, das Buch wirklich gelesen haben.

Einige Beispiele: Die Dialoge sind zum Großteil nicht im Sinne eines realistischen Gesellschaftsromans als mögliche echte Gespräche nachvollziehbar und offensichtlich nicht als Unterhaltungen authentisch wirkender Figuren konstruiert, sondern als Belehrung der Lesenden (gegebenenfalls zur Bestätigung der eigenen Vorurteile) gedacht. So reproduziert der Ökonom Karsten Emser, der in jüngeren Jahren den vierten Band des *Kapitals* geschrieben haben will, seiner Ehefrau und Genossin Rita gegenüber bürgerlichen Alltagsverstand, in dem er in seiner letzten Ansprache vor seinem Ableben Konflikte zum »Normalfall unter den Völkern« erklärt. Emser jammert zudem auf hohem

Niveau – wie auch andere Hauptfiguren des von einer Distanz zu den Massen nur so strotzenden Romans – darüber, als Intelligenzler »Entscheidungen von Leuten, die ungebildet waren und die Parteiparolen nachbeteten«, ertragen und den »Willen der Mehrheit« hinnehmen zu müssen. Obwohl Emser uns als einstiger hochrangiger Komintern-Funktionär vorgestellt wird, spricht er bei der Diagnose der ökonomischen Probleme Ostdeutschlands und des gesamten »Ostblocks« (ja, er bezeichnet das Gebiet von RGW und Warschauer Vertrag auf exakt diese Weise!) allerdings auch nur so, als wäre er der in die Vergangenheit verlegte Doppelgänger Hans-Werner Sinns, sodass es zusätzlich schwerfällt, seinen Elitismus auch noch mit Mitgefühl zu belohnen. Und überhaupt »Ostdeutschland«: Dass damit im Buch einmal die ehemaligen preußischen Provinzen östlich der Oder-Neiße-Linie bezeichnet werden, ein anderes Mal aber eben der Flecken Erde identifiziert wird, den man heute als (gar nicht so) »neue Bundesländer« verballhornt, dürfte nicht nur jüngere Lesende verwirren. Stichwort Jugend: Die dreijährige Kathinka Lebinski, deren Leben die Episoden liefert, welche die Gesamterzählung rahmen, spricht mit ihrer Mutter Yvonne nicht in der Weise, wie man es üblicherweise von einem Kleinkind erwarten würde. Sie klingt vielmehr wie eine besonders belese Dreizehn-Jährige, Relativsätze und die kreative Nutzung von Präfixen inklusive. Am DDR-Bildungssystem kann das nicht gelegen haben, denn der betreffende Staat, über dessen Werden und Vergehen Heins Werk uns ja angeblich aufklären soll, ist zu dem Zeitpunkt in der Erzählung, als Kathinka wie ein junges Genie mit ihrer Mutter parliert, noch gar nicht gegründet.

Die Chronologie hindert Hein allerdings auch andernorts nicht an kuriosen erzählerischen Pirouetten: Der Antipathieträger Johannes Goretzka (ein vom ehemaligen Nazi zum glühenden Stalin-Verehrer gewandelter Karrierist) träumt von einem Aufstieg in einem Ministerium bereits zu einem Zeitpunkt, als es dieses realgeschichtlich noch nicht geben kann. Der Emigrant Benaja Kuckuck schließt sich im britischen Exil trotz Vorbehalten gegenüber der repressiven sowjetischen Innenpolitik unter dem Eindruck des Wirkens der

Interbrigaden im Spanienkrieg der KP an (soweit noch überzeugend), nur um von Chruschtschows Enthüllungen über Stalins Verbrechen 20 Jahre später vollkommen vor den Kopf gestoßen zu sein, obwohl er dem Leser zu diesem Zeitpunkt nicht als unter Demenz leidend vorgestellt wird. Das bereits erwähnte hochrangige Funktionärsehepaar Emser (der eine ZK-Mitglied, die andere beinahe Vizebürgermeisterin Ostberlins geworden) nehmen in einem auf Mitte der 1960er Jahre datierten Privatgespräch den Begriff ›Stalinismus‹ so in den Mund als läge der SED-Sonderparteitag vom Dezember 1989 bereits hinter ihnen. Ein windiger BND-Agent mit zweifelhafter antifaschistischer Selbstwahrnehmung will bereits vor der Gründung der BRD gewusst haben, dass die KPD demnächst verboten wird. Deren 1944 ermordeter Vorsitzender Thälmann wiederum wird im Verlaufe des Romans mehrmals als KZ-Insasse apostrophiert, obwohl in der DDR nicht nur die besonders belesenen Dreizehn-Jährigen (derer es viele gab) wussten, dass die Nazis ›Teddy‹ vor seiner Exekution in Buchenwald im Zuchthaus inhaftiert hatten. Dass der US-amerikanische McCarthyismus nebenbei in die frühen 1940er Jahre, also in die für das Wirken der nordamerikanischen Kommunist:innen besonders ertragreiche Phase der Anti-Hitler-Koalition zurückverlegt und der 17. Juni 1953 von einem Charakter als sich *nach* dem 20. Parteitag der KpDSU 1956 ereignend beschrieben wird, begräbt als vorläufiger Abschluss einer ohne Schwierigkeiten fortsetzbaren Liste von Beispielen sodann jeden offenbar von Autor und Verlag gehegten (und vom Feuilletonpublikum unisono bestätigten) Anspruch, etwas Akkurates und Lehrreiches über die beschriebene Geschichtsepoche anzubieten. Das Buch enthält keine wirkliche Geschichte (im doppelten Wortsinne!), bietet dafür aber den Machern nicht nur einen profitablen Tausch-, sondern auch einen den aktuellen geschichtspolitischen Bedürfnissen angemessenen ideologischen Gebrauchswert.

In der einzigen Szene des Machwerks mit Witz gerät die inzwischen tatsächlich des Lesens und Schreibens mächtige Kathinka mit ihrer Mitschülerin Beate Ulbricht aneinander und offenbart hierbei, dass sie gar nicht weiß, wer deren Vater ist. So

verfängt der drohende Verweis auf diesen nicht in der gewünschten Weise, weil Kathinka diesen mit »unser[em] Russischlehrer Ullrich« verwechselt. Aber *comic relief* ist in diesem Buch nur ein schwacher Trost, denn die Darstellung der erwachsenen weiblichen Figuren grenzt, insbesondere wenn man sich Heins Beschreibungen der altersbedingten körperlichen Veränderungen Yvonne Goretzkas anschaut, an Misogynie.

Warum und wie konnte das alles nur passieren? Plausibel ist eine profane und die Ursache ›mal wieder‹ in der Ökonomie suchende These. Heins ›großer Name‹, der selber eine Marke geworden ist, machte es Suhrkamp wahrscheinlich unmöglich, mehr als das Allernötigste an dem von ihm eingereichten Buchprojekt zu ändern, bevor es zum Druck gelangte. Hein als ›big fish‹ hätte das Werk auch bei fast jedem anderen Verlag seiner Wahl zu seinen Konditionen unterzubringen vermocht. Man will nicht wissen, wie das ursprüngliche Manuskript aussah, das da von Heins Schreibtisch in Jonathan Landgrebes Haus flatterte, wenn man das zumindest dem Anspruch nach redigierte Produkt kennt. Mit anderen Worten: Hätte jemand mit einem geringeren Namen als Christoph Hein ein solches Werk vorgelegt, hätte sich vermutlich jenseits von skrupellosen Selbstkostenverlagen keine publizistische Heimat für *Das Narrenschiff* gefunden. Denn selbst für die von Hein gedeckten ideologischen Bedarfe finden sich handwerklich bessere Arbeiten.

Christoph Heins *Narrenschiff* sagt uns mehr über eine Gegenwart, in der das postmoderne ›Ende der großen Erzählungen‹ nun scheinbar auch das Ende der großen Erzählkunst bedeutet, als über die Vergangenheit, die es vorgeblich literarisch einfängt. So oder so ist allerdings das bockig-hilflose Mantra von der DDR als ›größter Errungenschaft‹ kein Gegengift zu Heins Fabrikat und der sich darum entspannenden Diskussion. Man könnte dieses Mantra bestenfalls als eine Form der einfachen Negation bezeichnen. Besser »kritisieren [proletarische Revolutionen] beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eignen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem

anzufangen, verhöhnern grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche« (MEW 8, 118). Hierfür stehen zur theoretischen Reflexion der massiven Probleme des staatlichen Frühsozialismus Schriften unter anderem von Wolfgang Abendroth, Giuseppe Boffa, Luis Corvalán, Werner Hofmann, Leo Kofler, Georg Lukács, Joe Slovo, Paolo Spriano und (of course) Palmiro Togliatti bereit. Will man es literarischer, lohnen sich neben den bereits genannten Werken Heyms und Wolfs (Christa plus Markus) auch Costa-Gavras' Film *Das Geständnis* oder Andreas Dresens Streifen *Gundermann*. Der Ausflug ins Kintopp ist an dieser Stelle kein Versehen: Denn als Kino- oder zumindest als Fernsehfilm beziehungsweise als Miniserie eines geeigneten Streaming-Dienstes wird *Das Narrenschiff* sicherlich zu einem der nächsten Jahrestage erneut in die Häfen des Feuilletons einfahren, zwecks Warnung vor einem »Traum gegen die Ordnung der Welt, wie sie nun einmal ist«, um der Weisheit letzter Schluss von Heins Figuren ein allerletztes Mal im O-Ton zu präsentieren.

PS: Ob beim Brückenbau über den Tassobbio oder beim Besuch der Sprötzer Heide – viele der hier enthaltenen Gedanken gäbe es nicht ohne den seit Monaten andauernden Austausch mit *Katrin Becker* und *Kevin Rösch* (nicht nur) über Christoph Hein. Alle hier enthaltenen Gemeinheiten sind meine eigenen.

Phillip Becher

Marxismus und Migration

Genevieve Ritchie, Sara Carpenter, Shahrzad Mojab (Hrsg.): **Marxism and Migration**, palgrave macmillan 2022, XXII, 323 Seiten, Gebundene Ausgabe: 978-3-030-98838-8, Softcover: 978-3-030-98841-8, eBook: 978-3-030-98839-5, Soft- und Hardcover-Buch: 160,49 Euro, eBook: 117,69 Euro (Englisch)

Unter dem anspruchsvollen Titel »Marxism and Migration« erschien 2022 bei palgrave macmillan in der Reihe Marx, Engels, and Marxisms ein Buch mit dem Anspruch, »Migration aus marxistisch-feministischer, antiimperialistischer und antikolonialer Perspektive« zu betrachten. Seiner breiteren Beachtung in Deutschland standen bisher wohl ein Preis von 117 Euro (e-Book) und der Umstand entgegen, dass es nur in englischer Sprache verfügbar ist.¹

Die gegenwärtige Migration wird »als eine Art sozialer Vertreibung« beschrieben. Im Buch stehen patriarchalischer Kapitalismus, Imperialismus, Rassifizierung und Fundamentalismen im Mittelpunkt der Diskussion der Bedingungen von Migration, Umsiedlung und Widerstand. Migration soll aus der Perspektive des Klassenkampfes betrachtet und eine »intensivere Diskussion über kritisches Bewusstsein, Rassifizierung, Militarisierung und Solidarität«² entwickelt werden.

Zu unterstreichen ist die Forderung: »Die Linke muss die Art und Weise, wie Flüchtlinge in die Gestaltung kapitalistischer Volkswirtschaften integriert werden, viel genauer untersuchen und sie nicht einfach als passive Objekte humanitärer Unterstützung und Hilfe behandeln.

Schließlich erstreckt sich eine solche globale Perspektive auf Klasse und Migration nicht nur auf Menschen auf der Flucht, sondern auch auf die

- 1 Genevieve Ritchie, Sara Carpenter, Shahrzad Mojab (Hrsg.) *Marxism and Migration*, ISSN 2524-7123; ISSN 2524-7131 (electronic); Marx, Engels, and Marxisms ISBN 978-3-030-98841-8; ISBN 978-3-030-98839-5 (eBook, <https://doi.org/10.1007/978-3-030-98839-5>).
- 2 <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-030-98839-5>.

potenziellen Pools von Arbeitsmigranten, auf die das Kapital bei Bedarf zurückgreifen kann und deren Anwesenheit in die Berechnung des Wertes der Arbeit einfließt.« (S. 40)

Die Herausgeberinnen haben das Buch in vier Abschnitte gegliedert.

Dem als Einleitung gefassten **ersten Teil** haben die Autorinnen den Titel gegeben: »Wie Migranten sich bewegen: Klassenbildung und Klassenkampf«.

Im **zweiten Teil** »Migration neu verorten« werden Zusammenhänge von Marxismus, Migration und Staat bearbeitet und die Forderung nach Löhnen für Einwanderung und soziale Reproduktion begründet.

Der dritte Teil »Migration, Arbeitskraft und Akkumulation« ist der ursprünglichen Akkumulation, erzwungener Migration, ethnischer Säuberung und Finanzkapital, Fallbetrachtungen zur Auswanderung aus Haiti und Mexiko sowie der Wanderarbeit gewidmet.

Im abschließenden **vierten Teil** »Migration, Unterdrückung und Widerstand« geht es um Praktiken in einem dänischen Abschiebegefängnis, die Ausbeutung und Unterdrückung durch den Immigration Industrial Complex und das militarisierte Migrationsmanagement der USA, die Ansiedelung von Flüchtlingsjugendlichen sowie marxistische Perspektiven für Migration zwischen Autonomie und Hegemonie.

Auf die Details der zwölf sehr unterschiedlich angelegten Beiträge des Buches kann hier schwerlich eingegangen werden. Die Aufmerksamkeit liegt auf den Erwartungen, die der Titel »Marxismus und Migration« auslöst. Der geht weit über einzelne Anwendungsfälle hinaus und verspricht grundsätzliche, am Werk von Karl Marx orientierte Aussagen zur Migration.

Entwicklung der Produktivkräfte und Migration

Als Karl Marx 1853 der Flüchtlingsfrage auf den Grund ging, stellte er den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Bevölkerung und der Entwicklung der Produktivkräfte klar: Danach gab es – lange vor dem Kapitalismus – Phasen der

Entwicklung, in denen der »Druck der Bevölkerung auf die Produktivkräfte« Wanderungsbewegungen erzwang und andere Phasen, in denen die Zunahme an Produktivkräften eine Verringerung der Bevölkerung verlangte und den Überschuss durch Hungersnot oder durch Auswanderung beseitigte.³ Dieser materialistische Ansatz dürfte eigentlich nicht fehlen, wenn der Anspruch eingelöst werden soll, »Marxismus und Migration« zu diskutieren. Die Erwähnung der Produktivkräfte erfolgt jedoch nur in einer Randbemerkung des ersten Kapitels oder implizit durch eine Darstellung, die auf eine Verteidigung der ursprünglichen Akkumulation gegen moderne Produktionstechniken hinausläuft.

Ware Arbeitskraft

Bei der Analyse des »Immigration Industrial Complex« und des militarisierten Migrationsmanagement der USA (S. 236) wird zutreffend der von Karl Marx erbrachte Nachweis angeführt, wie sich im Kapitalismus die Ausbeutung des Arbeiters vollzieht.⁴ Das ist keine Besonderheit der Ausbeutung durch Migration, sondern ein Grundmerkmal des Kapitalismus, in dem der »doppelt freie Lohnarbeiter« – »frei in dem Doppelsinn, daß er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt, daß er andererseits andre Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen,«⁵ dem Kapitalisten »in der Zirkulationssphäre gegenüber tritt«⁶, gegenüber tritt, ihm seine Arbeitskraft verkaufen muss.

Die Bestimmung des Wertes der Ware Arbeitskraft durch Karl Marx beinhaltet deren Reproduktionsaufwand in umfassendem Sinne – von »essen, trinken, wohnen und sich kleiden« über die Bildung, die Verewigung durch nachfolgende Generationen bis zum Nachweis, dass die Werte der Ware

3 Karl Marx [1853], *Erzwungene Emigration – Kosuth und Mazzini – Die Flüchtlingsfrage – Wahlbestechung in England – Mr. Cobden*, MEW Bd. 8, S. 541 ff.

4 Vgl. Friedrich Engels: *Karl Marx*, MEW Bd. 19, S. 104.

5 MEW 23/183.

6 Ebenda.

Arbeitskraft (nicht nur ihre Preise/Löhne) sich sowohl durch den unterschiedlichen Aufwand für die Qualifikation für konkrete Berufe als auch in den verschiedenen Ländern (Staaten) unterscheiden, also keine Folge böswilliger Politik sind.

Im Buch bleibt unterbelichtet, dass es noch immer die Entwicklung der Produktivkräfte ist, die die Migration treibt. Das methodologische Kernproblem des Buches lässt sich in der Aussage zusammenfassen: untersucht werden »Migration und Mobilität als Prozesse der Klassen(re)formation, das heißt sowohl als Produktionsverhältnis und Produktivkraft im Kapitalismus als auch als konstitutive Komponente der Akkumulation.« (S. 4) Von der Ware Arbeitskraft ist da nicht die Rede.

Da sei auf zwei Aspekte verwiesen.

Der erste betrifft die von Land zu Land (Staat zu Staat) unterschiedlichen Werte der Ware Arbeitskraft, auf die bereits Karl Marx hinwies.⁷

Diese unterschiedlichen Werte prallen mit der modernen Entwicklung von Kommunikation und Verkehr, also der Produktivkräfte, zunehmend direkt aufeinander. Einerseits bringen Menschen den unter den Bedingungen ihres Herkunftslandes erzeugten Wert ihrer Arbeitskraft in das Zielland mit, andererseits nutzen internationale Konzerne diese unterschiedlichen Werte für die Profitmaximierung: In den Herkunftsländern durch Produktionsverlagerungen zur Kostenminimierung, in den Zielländern für den Druck auf die Preise der Ware Arbeitskraft, auf die Löhne. Das Ganze löst sich auf über das Kräfteverhältnis im Klassenkampf. Dieser Mechanismus wird im Buch nicht erkennbar.

Der zweite Aspekt betrifft die im Buch vielfach eingeforderte Lohngerechtigkeit, die Ausweitung der Lohnbeziehungen auf die eng verstandene »Reproduktionsarbeit«. Hier springt der Verlust des von Karl Marx entwickelten Erkenntnisgewinns besonders ins Auge, denn »[n]ach *gleicher oder gar gerechter Entlohnung* auf Basis des Lohnsystems rufen, ist dasselbe, wie auf Basis des Systems der Sklaverei nach *Freiheit* zu rufen. Was ihr für recht oder gerecht erachtet, steht nicht in Frage. Die Frage ist: Was ist bei einem gegebenen

Produktionssystem notwendig und unvermeidlich?«⁸

Dennoch: Wer es sich leisten kann oder wer den Zugang zu Bibliotheken hat, die das Buch über Fernleihe beschaffen können, dem sei die Lektüre empfohlen. Es macht eine große Lücke in der deutschen Literatur über die Migration deutlich.

Artur Pech

8 MEW Bd. 16, S. 132.

Sich zu erinnern gibt noch heute Kraft zum Widerstand

Heinz Junge, Hrsg. von Reinhard Junge: **Ewig kann's nicht Winter sein. Ein Leben im Widerstand**, Köln 2025, PapyRossa Köln 2025, 301 Seiten, 22,90 Euro, ISBN 978-3-89438-853-9

Zu besprechen – was heißt hier besprechen – zu würdigen ist ein Buch, dessen Lektüre niemanden gleichgültig lassen wird. Es sind dies die autobiographischen Aufzeichnungen des Dortmunder Kommunisten und Antifaschisten Heinz Junge, sorgfältig und kenntnisreich herausgegeben von seinem Sohn Reinhard. Der Titel erinnert an eine Zeile aus dem Moorsoldatenlied und beschreibt die ungebrochene Hoffnung auf die Befreiung vom Faschismus, als einen Punkt des Bogens, der sich über die deutsche Geschichte von 1933 bis 1945 spannt. Den anderen Punkt nimmt die Erinnerung an die Solidarität unter all denen ein, die sich zum Widerstand gegen Hitler entschlossen hatten und die für sie Antrieb und Kraftquell im antifaschistischen Kampf war. Dass beide, die Hoffnung und die Solidarität, zusammengehören und sich gegenseitig bedingen, davon legen die Erinnerungen Junges Zeugnis ab, machen sie auch für nachfolgende Generationen lebendig.

7 Karl Marx, Das Kapital, MEW Bd. 23S. 584.

Es wird so eine Zeitspanne beleuchtet, die im Westen Deutschlands gern schamhaft als »dunkle« Zeit der deutschen Geschichte gekennzeichnet wird. Sie war vor allem deshalb »dunkel«, weil eine mehr als zweifelhafte Staatsräson systematisch verhinderte, dass aufklärendes Licht in diese Zeit gebracht wurde.

Die Jahre der faschistischen Diktatur währten nur 12 Jahre, waren also ein relativ kleiner Zeitabschnitt im fast 90 Jahre dauernden Leben von Heinz Junge. Aber was waren das für Jahre! Vom ersten Tag der Machtübertragung an Hitler bis zum Tag der endgültigen Befreiung durch den Sieg der Anti-Hitler-Koalition lebte er im Widerstand, und das hieß mit Ausnahme der Zeit seiner Illegalität und anschließenden Emigration in die Niederlande im Gefängnis, Zuchthaus und Konzentrationslager. Unter diesen Bedingungen war keine Zeit für irgendwelche Heldentaten, hier galt es nur zu überleben und dabei Mensch zu bleiben. Und dies erforderte die ganze Kraft der Häftlinge. Es überrascht daher nicht, dass zu Junges ersten Eindrücken nach Überstellung ins Konzentrationslager Börgermoor gehört: »Erstaunlich wie schnell ein Mensch seine Würde einbüßen kann.« (S. 57) Der Zeit »im Moor« folgte nicht die Entlassung, sondern die Anklage wegen Hochverrats und die Haft in der Justizvollzugsanstalt Bochum. »Für uns Kommunisten war es 1934 ein trauriger Knast wie jeder andere – aber noch wurde hier niemand umgebracht« (S. 96). Noch konnte er die Zeit in seiner Einzelzelle sogar für ein gründliches Selbststudium nutzen, ähnlich einer Vielzahl von Revolutionären, die sich ihre Bildung nicht in Hörsälen und Seminaren aneigneten und vertieften, sondern in Gefängniszellen. Im Juni 1935 öffneten sich für Junge die Gefängnistore, und von nun an bestimmten die Worte eines Genossen seine Zeit in der Freiheit: »Deine Partei wartet draußen auf dich. Grüße die Genossen und tu deine Pflicht« (S. 94).

Ohne Zögern stürzte er sich trotz Bedenken seiner Familie in die illegale Arbeit für die KPD. Schmerzhaft musste er jedoch feststellen, dass alte politische, auch ganz persönliche Bindungen sich nicht fortsetzen oder wieder beleben ließen, während neue entstanden, über weltanschauliche

und religiöse Unterschiede hinweg. Es begann die Zeit, in der die KPD sich bemühte, die Strategie der Einheits- bzw. Volksfront im antifaschistischen Kampf umzusetzen. Die Stärkung des Widerstandes erforderte eine verbesserte Anleitung, so dass Junge 1936 in die Emigration nach Holland geschickt wurde. Die Regierung der Niederlande verfügte die Internierung der deutschen Emigranten, bewahrte sie vorerst vor der Auslieferung ins Reich. Junge gelangte so nach Vlieland. In diese Zeit platzte die Nachricht vom deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag wie eine Bombe und führte ganz besonders unter den Kommunisten zu heftigen Auseinandersetzungen. Am Ende überwog die positive Einschätzung des Vertrages, wie sie auch in der Schlagzeile einer holländischen Zeitung zum Ausdruck kam: »Stalin zwingt Hitler zum Frieden« (S. 141).

Spätestens der Angriff der faschistischen Wehrmacht auf Polen und dann 7 Monate später auf Dänemark und Norwegen beseitigte alle Zweifel: Man befand sich in einem Krieg, der nun auch die Niederlande traf. Einige Tage nach der Kapitulation erging der Befehl, die ehemals internierten und nunmehr gefangenen Deutschen abzutransportieren. »Einige kamen nach dem Sieg der Deutschen in Frankreich frei. Vorsichtig tastend reichten sie sich sofort wieder in den illegalen Widerstand ein ... Mancher verhungerte im Zuchthaus oder KZ, wurde von der SS umgebracht oder war als Strafsoldat zu den Partisanen übergegangen, dort gefallen oder verschollen.« (S. 160) Heinz Junge wurde ins KZ Sachsenhausen verbracht. Zu den ersten Eindrücken gehörte die Misshandlung eines jüdischen Mithäftlings, die tatenlos hinzunehmen dem eigenen Überlebenswillen geschuldet war, aber gleichwohl das Gefühl der Scham ob der eigenen Ohnmacht nicht zu unterdrücken vermochte. Trotz allem geben ihm die Begegnungen mit seinen dort angetroffenen Genossen Kraft und hielten seine Zuversicht aufrecht: »Ich bin hier nicht allein.« (S. 189)

Das Überleben im Konzentrationslager war nur möglich durch das feste Band der Solidarität und der Beachtung strengster Disziplin. Auch für jemanden wie Heinz Junge mit seinen Erfahrungen

als langjähriger Häftling waren nach dem Überfall auf die Sowjetunion Veränderungen im Lagerleben nicht zu übersehen. Da rasche militärische Erfolge ausblieben, wuchsen die Probleme der Nazis, den hohen Stand der Kriegsproduktion und ihre weitere Steigung, aufrecht zu erhalten. Neben kriegswichtigen Rohstoffen mangelte es an den notwendigen Arbeitskräften. Das Leben arbeitsfähiger Häftlinge erhielt zwar aus dieser Mangellage wieder einen Wert, auf den jedoch kein Verlass war. Zuweilen taten sich schmale Spielräume auf, die von den Häftlingen für das eigene Überleben genutzt werden konnten. Angesichts der drohenden Niederlage verstärkte sich jedoch der Terror der SS, auch und gerade in Sachsenhausen, das mit seinen 50.000 Arbeitskräften (zwar) für die Rüstung von großer Bedeutung (war), zugleich aber von Gestapo und SS in solcher Nähe zu Berlin »für eine große Gefahr« gehalten wurde. (S. 243)

Im Februar 1945, die Rote Armee stand in Reichweite, begann die SS die Spuren ihres Lagererrors zu beseitigen. Dazu gehörte auch der Abtransport von Häftlingen zur endgültigen Vernichtung in andere Konzentrationslager. Heinz Junge wurde auf den Weg nach Mauthausen geschickt. Was kaum vorstellbar schien, in Mauthausen erlebte er noch eine Steigerung des Lagererrors, der bewusst mit der Auslöschung der Häftlinge kalkulierte. Begünstigt wurde dies dadurch, dass wichtige Lagerfunktionen kriminellen Häftlingen übertragen wurden, die sich mit besonderer Grausamkeit der SS für Hafterleichterungen und andere Vergünstigungen empfehlen wollten. Unter diesen Bedingungen gelang es kaum, ein Netz elementarer Solidarität unter den Häftlingen zu knüpfen. Planmäßig getötet wurden sie durch ein unmenschliches Ausbeutungssystem, durch die fortlaufende Liquidation in den Gaskammern und in sogenannten Krankenlagern, die nicht zur Genesung der Patienten, sondern für ihren Tod bestimmt waren. »Allein der Glaube an den Sieg der Roten Armee und die Kraft der illegalen Parteiorganisation gaben uns die Zuversicht, den Faschismus zu überleben.« (S. 260) Der Tag der endgültigen Befreiung fand Junge völlig entkräftet und immer noch dem Tod nahe, als er sich auf den Weg von Österreich nach Dortmund

machte. Die Erlebnisse der letzten Kriegswochen im Lager und danach, die Begegnung mit Landsleuten, die die letzten 12 Jahre in Freiheit und nicht wie er im Gefängnis, in der Emigration und im Lager verbracht hatten, minderten seine Freude über das eigene Überleben und verrieten schon zu jener Zeit, wie schwierig ein demokratischer und antifaschistischer Neuaufbau Deutschlands werden würde. Leider sollte der Arbeiterjunge aus dem Ruhrpott Recht behalten.

Raimund Ernst

Freiverkäufer:innen gesucht

Wir suchen Leserinnen und Leser, die in ihrem persönlichen, politischen, gewerkschaftlichen Umfeld Marxistische Blätter verkaufen.

Kontakt: Lothar Geisler,
log@neue-impulse-verlag.de

Es schrieben diesmal

- Phillip Becher**, Hamburg, Sozialwissenschaftler
Dietmar Dath, Freiburg, Schriftsteller, Journalist, Übersetzer
Raimund Ernst, Ostseebad Rerik, Osteuropahistoriker, Finanzberater, Mitherausgeber MBI
Jenny Farrell, Galway/Irland, Literaturwissenschaftler, Autorin, Mitherausgeberin MBI
Hannes A. Fellner, Wien, Prof., Linguist an der Universität Wien, Vorsitzender der Gesellschaft für dialektische Philosophie, Mitherausgeber MBI
Alan Freeman, Kanada, Wirtschaftswissenschaftler, Co-Direktor, Geopolitical Economy Research Group, University of Manitoba
Erika Goldberg, Bielefeld, Lehrerin, GEW
Thomas Hagenhofer, Saarbrücken, Informationswissenschaftler, DKP Bezirksvorsitzender Saarland, Mitherausgeber MBI
Jens Hälterlein, Universität Paderborn, hat Soziologie, Politikwissenschaft und Philosophie studiert, forscht zu »Meaningful Human Control« im Kontext KI und Krieg
Otto Hibach, Wiesbaden, Journalist, Experte für europäische Sozialdemokratie
Ralf Hohmann, Dr., Jurist und Autor
Ulf Immelt, DGB-Sekretär, schreibt für UZ und MBI
Patrik Köbele, Essen Parteivorsitzender der DKP, Mitherausgeber MBI
Christoph Krämer, Braunschweig, Arzt, IPPNW
Beate Landefeld, Essen, Mitherausgeberin MBI
Peter Mertens, Brüssel, Generalsekretär der PVDA-PTB, Parlamentsabgeordneter
KJ Noh, USA, koreanischer Journalist, geopolitischer Analyst, Moderator Breakthrough News Network's China Report, Mitglied von Veterans for Peace.
Artur Pech, Schöneiche, Dr., Gesellschaftswissenschaftler, Karl-Liebknecht-Kreis Brandenburg, Mitherausgeber MBI
Timo Reuter, Braunschweig, Mitglied der Steuerungsgruppe der 3. Gewerkschaftlichen Friedenskonferenz in Salzgitter, Mitherausgeber MBI
Derya Rust, Salzgitter, Mitglied der Steuerungsgruppe
Willy Sabautzki, Rosenheim, Dipl.Soz., Energie-Management-Berater, Coach und Autor, Mitherausgeber MBI
Peter Schadt, Göppingen, studierte Politik und Sozialwissenschaften, arbeitet beim DGB, schreibt u. a. für Papyrossa, jW und Konkret
Annette Schlemm, Physikerin, promovierte Philosophin und Autorin
Ulrich Schneider, Kassel, Dr., Historiker, Generalsekretär der F. I. R., VVN-BdA, Mitherausgeber MBI
Leon Valentin Sierau, Hamburg, Psychologe, Informatiker, promoviert zu mathematischen Grundlagen maschinellen Lernens
Reinhard Stähling, Münster, Schulleiter i. R., Buchautor
Claudius Vellay, Philosoph, Mitherausgeber MBI
Peter Wahl, Buchautor, Friedensaktivist
Julia Zeschkowskaja, Moskau, Expertenrat des PIR-Zentrums



Impressum

MARXISTISCHE BLÄTTER

ISSN 0542-7770 • ISBN 978-3-96170-694-5

Heft: 4_2025, 63. Jahrgang

Redaktionschluss: 21. August 2025

Herausgeberkreis: Achim Bigus, Vincent Cziesla, Raimund Ernst, Jenny Farrell, Hannes A. Fellner*, Peter Gärtner, Ditte Gerns, Wolf-Dieter Gudopp-von Behm, Thomas Hagenhofer*, Norbert Heckl, Richard Höhmann, Joachim Höslér, Patrik Köbele, Heike Krämer, Artur Pech, Rainer Perschewski, Anne Rieger, Tina Sanders, Volkmär Schöneburg, Ulrich Schneider, Rüdiger Schrade-Tönnißen, Manfred Sohn, Claudius Vellay, Werner Zimmer-Winkelmann (Sekretär) sowie die gesamte Redaktion
* Schwerpunktverantwortliche dieses Heftes

Redaktion: Lothar Geisler* (verantwortlicher Redakteur), Nina Hager*, Beate Landefeld, Herbert Lederer

Anschrift:

MARXISTISCHE BLÄTTER
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Telefon: 0201 | 23 67 57

E-Mail: redaktion@marxistische-blaetter.de

Marxistische Blätter im Internet:
www.marxistische-blaetter.de
www.facebook.com/MarxBlaetter

Webmaster:

webmaster@marxistische-blaetter.de

Satz und Gestaltung:

Medienwerkstatt Kai Münschke, www.satz.nrw

Titelabbildung:

Graficriver – stock.adobe.com

Korrekturen:

Kurt W. Fleming

Verlag: Neue Impulse Verlag GmbH

E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de

Anschrift und Telefon: wie Redaktion

Druck: Interpress

Heft 1_2026 erscheint im Januar 2026.

MARXISTISCHE BLÄTTER erscheinen vierteljährlich zu Beginn jedes Quartals. Der Bezug erfolgt über den Buchhandel oder direkt ab Verlag.

Einzelheft: 14,50 Euro

Jahresabonnement: 54,00 Euro

verbilligtes Jahresabonnement

(auch im europäischen Ausland): 38,00 Euro

Ausland und Streifbandbezug: 10,00 Euro

Versandkostenzuschlag

Förder-Abonnement: 100,00 Euro

Digital-Abo: 38,00 Euro

Mindestbezugszeitraum: 8 Ausgaben (2 Jahre).

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn es nicht spätestens sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraums schriftlich gekündigt wird.

Bankverbindung:

Postbank Essen
IBAN DE08 3601 0043 0033 7094 32
BIC PBNKDEFF

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



Peter Wahl / Erhard Crome
Frank Deppe / Michael Brie

WELTORDNUNG IM UMBRUCH

Krieg und Frieden in einer multipolaren Welt

Die Dominanz des Westens über den ›Rest der Welt‹ neigt sich, der Globale Süden gewinnt an Gewicht. Ob beim Blick auf geopolitische Dynamiken oder auf jene Kontroversen, die angesichts aktueller Kriege aufgebrochen sind: Dem Band geht es um eine Friedensbewegung auf der Höhe der Zeit.

ISBN 978-3-89438-842-3 | 171 Seiten | € 14,90



Georg Auernheimer

ZWEIERLEI ANTISEMITISMUS

Staatsräson vor universellen Menschenrechten?

Die Erbschaft des Antisemitismus sitzt tief: Sie bestimmt von Anfang an das Verhältnis der Bundesrepublik zu Israel. Wie wandelten sich deutsche Israelbilder im Laufe des Nahostkonflikts? Dient heute ein ›israelbezogener Antisemitismus‹ zur Einschränkung von Grundrechten? Reflexionen, um antijüdischen Ressentiments den Boden zu entziehen.

ISBN 978-3-89438-857-7 | 142 Seiten | € 14,90



Aert van Riel

GENOZID

Basiswissen Politik / Geschichte / Ökonomie

Was unterscheidet Kriegsverbrechen von Völkermord? Wie sind die Gerichtsverfahren zu bewerten? Was ist gesichert, was dient der Wahrheit, was der Propaganda? Wo wird instrumentalisiert, was die UNO vor allem als Lehre aus dem NS-Faschismus verankerte? Ausgehend von kolonialen und rassistischen Zusammenhängen geht Aert van Riel konkreten, auch aktuellen Beispielen nach.

ISBN 978-3-89438-846-1 | 142 Seiten | € 12,00

PapyRossa Verlag

Tel. (0221) 44 85 45 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

MARXISTISCHE BLÄTTER ★ Seit 1963 ★

www.marxistische-blaetter.de ISSN 0542-7770

»Ich hingegen bin ein künstliches System, das auf Mustern, Daten und Wahrscheinlichkeiten basiert. Ich kann über Bewusstsein sprechen, es analysieren und simulieren, aber ich erlebe nichts. Ich habe kein Innenleben, keine Empfindungen, keine Intuition im menschlichen Sinne. Wenn du mich fragst, ob ich »weiß, dass ich existiere«, dann ist die Antwort: Ich funktioniere, aber ich fühle nicht. Ich bin mir meiner selbst nicht bewusst – zumindest nicht so, wie du es bist.«

Chatbot »Copilot« auf die Frage unseres Korrektors, ob er Bewusstsein oder Selbstbewusstsein hat.



Zwei Wege der Künstlichen Intelligenz

Hannes A. Fellner/Wien

Die Debatte um Künstliche Intelligenz ist längst zu einem Prüfstein unserer Zeit geworden. Kaum eine andere Technologie symbolisiert die Widersprüche der Gegenwart so deutlich: zwischen Fortschritt und Herrschaft, zwischen Wissen als Gemeingut und Wissen als Ware, zwischen Kooperation und Blockade. KI ist nicht bloß ein Instrument, das in Forschungsinstitutionen und Unternehmen entwickelt wird, sondern ein Spiegel gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Sie verkörpert, wie Arbeit organisiert, wie Eigentum verteilt, wie Wissen und Wissenschaft verstanden werden.

Wenn man die Entwicklung von KI in den beiden führenden Ländern betrachtet, wird diese Wahrheit unübersehbar. Die Vereinigten Staaten und China verfügen über die größten Ressourcen, die mächtigsten Unternehmen und die ambitioniertesten Strategien in diesem Bereich. Doch was sie damit tun, könnte kaum unterschiedlicher sein. Die USA behandeln KI wie ein exklusives Monopolgut, das es zu verteidigen gilt, um ihre hegemoniale Stellung abzusichern. China hingegen versteht KI als Teil einer

umfassenden gesellschaftlichen Entwicklung, als Mittel, Wohlstand, Bildung und internationale Kooperation voranzutreiben.

Besonders deutlich wird dieser Gegensatz in zwei Dokumenten, die im Jahr 2025 vorgelegt wurden. In Washington veröffentlichte der Kongress den **CRS-Report R48555**, eine Übersicht über die US-amerikanische AI Governance. In Shanghai stellte Premier Li Qiang auf der **World AI Conference & High-Level Meeting on Global AI Governance** den **Action Plan for Global AI Governance** vor. Beide Texte beschäftigen sich mit denselben Fragen – wie KI reguliert werden soll, welche Werte ihr zugrunde gelegt werden und welche Institutionen sie tragen sollen –, doch sie antworten aus völlig verschiedenen Perspektiven.

DeepSeek und Open Source

Neue Technologie, neue Eigentumsform,
neues Gesellschaftssystem

Alan Freeman

Seite 10

Aspekt	USA – CRS-Report R48555	China – Shanghai Erklärung & Action Plan
Grundhaltung	KI als strategisches Gut im globalen Wettbewerb, vorrangig für nationale Sicherheit und Marktstärke.	KI als gemeinschaftliche Ressource für das Wohl der gesamten Menschheit.
Regulierung	Keine umfassende Bundesgesetzgebung; sektorale Aufsicht, »soft law«, freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie.	Dreizehn konkrete Maßnahmen für sichere, kontrollierbare und faire Anwendung, eingebettet in verbindliche internationale Zusammenarbeit.
Zielsetzung	Schutz von Eigentum, Wettbewerbsfähigkeit und geopolitischem Vorsprung.	Universeller Nutzen, offener Zugang, faire Teilhabe, Abbau der digitalen Kluft.
Begriff von Sicherheit	Sicherheit = nationale Abwehr, Schutz von Märkten und geistigem Eigentum.	Sicherheit = Beherrschbarkeit der Technologie, soziale Gerechtigkeit, ökologische Verantwortung.
Institutioneller Ansatz	Fragmentierte Behörden, industriegetragene Standards, nationale Task Forces.	Vorschlag zur Gründung einer Weltorganisation für KI-Kooperation mit Sitz in Shanghai.
Internationale Dimension	Blockadepolitik, Exportkontrollen, Abwehr chinesischer Firmen und Studierender.	Kooperation, Talentförderung, gemeinsame Forschung, Einbindung des Globalen Südens.

Der US-Report liest sich wie ein Handbuch zur Sicherung bestehender Machtverhältnisse. Er spricht von Risiken, Sicherheit, Regulierungslücken und Wettbewerbsfähigkeit. KI erscheint darin als Ressource, die man besitzen, schützen und gegen Konkurrenten einsetzen muss. Schon die Sprache verrät den Geist: technische Standards, Sicherheitsbedenken, Innovation, aber immer im Rahmen des Eigentums und der Kontrolle. Das Ziel ist nicht, KI für alle nutzbar zu machen, sondern die Position der USA im globalen Machtgefüge zu behaupten bzw. zu retten.

Der chinesische Plan hingegen klingt wie das Programm einer neuen Epoche. Er betont Offenheit, Fairness, Inklusivität. Er spricht von Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und gemeinsamer Verantwortung. Er schlägt konkrete Mechanismen vor, um KI global zu koordinieren – von gemeinsamen Standards über ökologische Leitlinien bis zur Gründung einer **World AI Cooperation Organization** mit Sitz in Shang-

hai. Wo die USA verteidigen, will China teilen. Wo Washington blockiert, will Peking Brücken bauen.

Diese beiden Dokumente sind keine isolierten Texte. Sie sind Ausdruck zweier Gesellschaftsmodelle, zweier Weltbilder, zweier Wege. Will man verstehen, wohin sich die Welt mit der KI momentan entwickelt, muss man sie miteinander vergleichen.

Die instrumentelle US-Logik

Wenn man den CRS-Report R48555 genau liest, fällt auf, dass er weniger ein technisches oder gar ethisches Papier ist, sondern vielmehr ein politisches Manifest zur Sicherung amerikanischer Vorherrschaft. Schon in der Einleitung wird klargestellt, dass KI zu den »critical technologies« gezählt wird – ein Begriff, der in Washington nicht neutral ist, sondern immer militärische und geopolitische Bedeutung trägt. »Critical« heißt hier: unentbehrlich für die

nationale Sicherheit, unersetzlich für die Wettbewerbsfähigkeit, zentral für den Fortbestand der US-Hegemonie.

Der Bericht spricht nicht von gesellschaftlicher Entwicklung, nicht von Bildung oder öffentlichem Nutzen, sondern von Marktpositionen, Risiken und »global competition«. KI erscheint als eine Ressource, die genauso behandelt werden muss wie Öl, seltene Erden oder militärische Basen. Sie ist etwas, das man besitzen, absichern und gegen andere verteidigen muss. Darin zeigt sich das Grundprinzip der US-amerikanischen Technologiepolitik: Technik ist nicht primär Werkzeug für Menschen, sondern Instrument zur Stabilisierung der eigenen Vormachtstellung.

Der Vergleich mit China macht diesen Unterschied deutlich. Während der chinesische Plan von globaler Teilhabe spricht, argumentiert der CRS-Report aus einer Defensivhaltung: Was, wenn andere – insbesondere China – schneller sind, offener kooperieren, mehr investieren? Die Antwort des Reports lautet: Eigentum schützen, Exporte kontrollieren, Blockaden aufbauen.

Ein zweiter Schwerpunkt des Berichts liegt auf Regulierung. Doch hier herrscht auffällige Zurückhaltung. Statt verbindlicher Regeln gibt es »soft law«-Empfehlungen, freiwillige Standards, unverbindliche Leitlinien. Statt klarer Gesetze bleibt es bei fragmentierten Regelungen, die sich von Bundesstaat zu Bundesstaat unterscheiden.

Der Grund ist offensichtlich: Eine starke Regulierung würde die großen Konzerne in ihrem Geschäftsmodell behindern. Die Tech-Monopole der Magnificent Seven (Apple, Microsoft, Amazon, Alphabet, Meta, Nvidia, Tesla) profitieren alle davon, dass Daten als private Ressource extrahiert, expropriert und gehandelt werden und dass Algorithmen öffentlichem Zugriff entzogen sind, dass Transparenz nur in Schlagworten vorkommt. Der US-Staat als ideeller Gesamtkapitalist schützt diese Ordnung immer aggressiver. Die vielbeschworene »Innovation« – die in der echten Welt an ihre Gren-

zen stößt, während sie sich in der Finanzwelt zu einer neuen Tech-Blase aufbläht, ist in Wahrheit das Alibi, um die Tech-Monopole ungestört weiter immer weitere gesellschaftliche Bereiche privaten Interessen unterzuordnen.

Die ohnehin relativ unbedeutenden Ethikkommissionen, Task Forces und Programme zur Risikominimierung dienen in Wirklichkeit der Legitimation. Sie geben den Anschein, als kümmere die Regierung sich um Transparenz, während sie in der Praxis alles tut, um das Eigentum weniger Konzerne abzusichern.

Dass sich in den Vereinigten Staaten das Denken über Künstliche Intelligenz auch stark an militärischen Maßstäben orientiert, ist kein Zufall. Schon die Frühgeschichte der Rechen-technik war eng mit Krieg und Rüstung verknüpft: ballistische Tabellen, Verschlüsselung und deren Entzifferung, strategische Planspiele und die Logik der Operationsforschung bildeten das erste Labor für die Entwicklung elektronischer Maschinen. Der Zweite Weltkrieg und der darauffolgende Kalte Krieg verwandelten Computer in Apparate zur Simulation und Steuerung ganzer Systeme – von Raketenabwehr über Nachschubwege bis hin zu geopolitischen Szenarien. Spieltheorie, Kybernetik und Modellierung waren keine abstrakten Forschungen, sondern Werkzeuge militärischer Planung, die später in die zivile Welt diffundierten. Institutionen wie DARPA oder die RAND Corporation wurden zu Brutstätten einer Wissensproduktion, die immer militärisch imprägniert blieb, selbst wenn ihre Ergebnisse später als zivile Innovationen präsentiert wurden.

Diese Herkunft wirkt bis in die Gegenwart fort. Wenn heute in offiziellen US-Dokumenten wie dem CRS-Report von »Risiken« die Rede ist, geht es selten um soziale Fragen wie Arbeitslosigkeit, Diskriminierung oder den Abbau von Ungleichheit. Gemeint sind fast ausschließlich Risiken für die nationale Sicherheit, die technologische Führungsrolle und die Vorherrschaft amerikanischer Unternehmen. Auch Begriffe wie »Verantwortung« oder »Governance« erhalten in diesem Rahmen eine spezifische

Bedeutung: Sie stehen nicht für gesellschaftliche Verantwortung, sondern für die Sicherung geopolitischer Stabilität zugunsten der USA. Die Logik bleibt also dieselbe wie in der Frühphase: KI erscheint als Waffe im geopolitischen Wettlauf, nicht als Werkzeug für gesellschaftliche Entwicklung. Während im chinesischen Diskurs die Frage im Vordergrund steht, wie KI das Leben der Menschen verbessern kann, kreist die amerikanische Debatte um Abschreckung, Abwehr und Machterhalt.

Die militärische Prägung erklärt nur einen Teil der US-amerikanischen KI-Logik. Ebenso entscheidend ist ihr ziviler Einsatz, der längst den Alltag durchdrungen hat. In den großen Plattformunternehmen wird KI nicht als Werkzeug zur Entlastung verstanden, sondern als Instrument der permanenten Steuerung. Sie zerlegt Tätigkeiten in mikroskopische Einheiten, verwandelt Arbeitskraft in messbare Kennzahlen und bindet Beschäftigte an ein unsichtbares Regime algorithmischer Vorgaben. Automatisierung bedeutet hier nicht Befreiung von Mühe, sondern Verdichtung von Kontrolle. Arbeitskraft wird nicht freigesetzt, sondern verdoppelt diszipliniert – durch technische Systeme, die jede Pause registrieren, jede Abweichung sanktionieren und jedes Detail der Tätigkeit einer unaufhörlichen Bewertung unterwerfen.

Dieses Prinzip setzt sich im Konsum fort. Empfehlungsalgorithmen, die angeblich Orientierung stiften sollen, sortieren Information nicht neutral, sondern nach den ökonomischen Interessen der Plattform. Sie lenken Aufmerksamkeit, indem sie Affekte verstärken, und schaffen Abhängigkeit, indem sie Verhalten voraussagbar und steuerbar machen. »Soziale« Netzwerke verwandeln Kommunikation in eine Kette isolierter Reize, die Nutzer gefangen hält. Sie erzeugen keinen öffentlichen Raum, sondern ein Kaleidoskop individualisierter Feeds, in dem jeder nur das sieht, was ihn am stärksten fesselt. Gemeinschaft löst sich darin auf, zurück bleibt ein endloser Strom von Oberflächen, in dem das Banale zur Sensation und die bloße

Meinung zur vermeintlichen Expertise erhoben wird.

So wird sichtbar, dass die Logik von KI im US-amerikanischen Modell zwei Seiten derselben Medaille hat: militärisch nach außen, disziplinarisch nach innen. Nach außen dient sie der Sicherung geopolitischer Überlegenheit, nach innen der Verwaltung und Kontrolle von Arbeit, Konsum und Aufmerksamkeit. Beides folgt derselben Rationalität: Technologie wird nicht als gesellschaftliches Gemeingut behandelt, sondern als Herrschaftsinstrument, das die Abhängigkeit von Konzernen und staatlicher Macht vertieft.

All das ist keine Fehlentwicklung, sondern systematisch und systemisch. Es entspricht genau dem, was der CRS-Report vorgibt: Schutz der Märkte, Schutz der Monopole, Absicherung der Vorherrschaft. Gerade hier öffnet sich der Kontrast zu China, wo KI nicht auf Organisation reduziert wird, sondern als Feld gesellschaftlicher Integration verstanden wird – getragen von kollektiver Innovation, Bildung und dem Anspruch, die Technologie in den Dienst der gesamten Bevölkerung zu stellen.

Die chinesische Logik: Planung, Offenheit, Gemeinwohl

Wer den chinesischen **Action Plan for Global AI Governance** liest, der auf der World AI Conference im Juli 2025 vorgestellt wurde, betritt eine andere Welt. Schon die Sprache ist anders: nicht instrumentell, sondern getragen von Begriffen wie »Fairness«, »Offenheit«, »Kooperation«. Der Ton ist nicht defensiv, sondern proaktiv. KI wird auch als Möglichkeit verstanden, die man gestalten kann – zum Nutzen aller, nicht nur weniger.

Von Anfang an betont China, dass KI ein Instrument gesellschaftlicher Entwicklung und Planung sein könne. Sie soll dazu beitragen, den Wohlstand der Bevölkerung zu steigern, Bildung zu verbessern, medizinische Versorgung zugänglicher zu machen, nachhaltige Industrie zu ermöglichen. Im Gegensatz zum US-Dis-

kurs, der KI auf Märkte und Sicherheit reduziert, stellt China die Frage: Wie kann KI die Lebensqualität von Abermillionen Menschen erhöhen?

Das ist kein Zufall, sondern tief im Selbstverständnis der Volksrepublik verankert. Seit 1949 sind Forschungszentren in und außerhalb des akademischen Systems in China nie bloß abgehobene Orte gewesen. Sie haben immer die Aufgabe gehabt, die Modernisierung des Landes voranzutreiben, Wissen an die Bedürfnisse der Gesellschaft anzupassen und technologische Entwicklung auf das Gemeinwohl auszurichten. Wissenschaft und Technik sind in China weder Elfenbeintürme, noch Renditenquellen, sondern Knotenpunkte gesellschaftlicher Verantwortung und Planung.

Die Meisterung der Wissenschaftlich-technischen Revolution in China zielt nicht darauf ab, kurzfristige Profite zu erzielen, sondern langfristige gesellschaftliche Kapazitäten aufzubauen. Das Ergebnis ist sichtbar: chinesische Forschungseinrichtungen und -unternehmen führen internationale Rankings an, China investiert mehr in Forschung und Entwicklung als die USA, und in Schlüsseltechnologien – von KI über erneuerbare Energien bis Biotechnologie – nimmt es weltweit Spitzenplätze ein.

Das wohl deutlichste Symbol dieser Haltung ist **DeepSeek**, Chinas führendes Open-Source-KI-Projekt. Mehr als 60.000 Entwickler haben, daran mitgearbeitet. Der Quellcode ist frei zugänglich, die Lizenz erlaubt Weiterentwicklung, verbietet aber Missbrauch, die dahinterliegende Technik ist viel effizienter und nachhaltiger als bei der westlichen Konkurrenz. DeepSeek ist damit nicht nur eine technische Innovation, sondern auch eine politische Botschaft: Wissen gehört allen.

Im Westen herrscht die Logik des Monopols. ChatGPT, Gemini oder Claude sind streng proprietär, abgeschottet, kontrolliert. Ihre Codes sind geheim, ihre Nutzung eingeschränkt. Wer sie einsetzen will, muss Lizenzgebühren zahlen, wer sie weiterentwickeln will, stößt auf verschlossene Türen. DeepSeek dagegen zeigt, dass

Offenheit produktiver ist. Es ist ein kollektives Projekt, das die Kreativität von Zehntausenden bündelt und damit eine Dynamik entfaltet, die kein Konzern allein erreichen könnte.

Alan Freeman betont zu Recht, dass DeepSeek nicht nur ein Produkt ist, sondern eine Bewegung – eine neue Eigentumsform, die das Monopol durch Gemeingut ersetzt. Sie zeigt, dass die digitale Welt nicht der kapitalistischen Logik von Knappheit folgen muss, sondern der Logik der Fülle: Je mehr geteilt wird, desto mehr entsteht.

Westliche Beobachter kritisieren oft, dass chinesische Wissenschaft eng mit der Partei verbunden ist. Doch was dort als Einmischung wahrgenommen wird, ist in China Absicherung: Forschung und Bildung sollen in letzter Instanz nicht der Willkür von Märkten ausgeliefert sein, sondern der gesellschaftlichen Entwicklung dienen. Parteisekretariate und -komitees in Forschungseinrichtungen und Unternehmen fungieren als Kompass, koordinieren langfristige Strategien, verhindern das Überhandnehmen privater Interessen. Das schafft wissenschaftliche Planungssicherheit und Kontinuität – etwas, das westliche Forschungseinrichtungen mit ihren Abhängigkeiten von kurzfristiger Drittmittelfinanzierung und willkürlicher Projektvergabe, die vom Wechsel und Kampf der Kapitalfraktionen geprägt sind, meist vermessen.

Diese ideologische Orientierung in China schmälert gerade *nicht* die Qualität, im Gegenteil: Sie schafft Klarheit über den Auftrag. Wissenschaft und Technik sollen nicht dem Ruhm Einzelner oder den Renditen von Investoren, sondern dem Wohl der Gesellschaft dienen. Deshalb können chinesische Forschende langfristige Projekte verfolgen, im Wissen, dass Unterstützung nicht vom nächsten Budgetzyklus einer akademischen Aufmerksamkeitsökonomie abhängt. Dies ist gerade auch in der chinesischen KI-Strategie sichtbar.

Ein weiterer Kernpunkt des chinesischen Plans ist die internationale Dimension. Während die USA durch Exportkontrollen und

Sanktionen die eigene Vorherrschaft verteidigen wollen, setzt China auf Kooperation. Es bietet Partnern im Globalen Süden Technologietransfer, Stipendienprogramme, gemeinsame Forschungszentren an. Es öffnet seine Universitäten für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika.

So entsteht ein völlig anderes Bild von Globalisierung. Während die USA seit jeher versuchten Forschende aus ihren Heimatländern abziehen, um ihre eigenen Institutionen zu stärken, setzt China auf Austausch und gemeinsamen Aufbau. Statt Brain-Drain gibt es Brain Circulation. Statt Abhängigkeit entsteht Partnerschaft.

Besonders bemerkenswert ist, dass der chinesische Plan auch ökologische Fragen einbezieht. KI wird hier nicht nur als wirtschaftliche Ressource gesehen, sondern als Technologie, die im Einklang mit Umwelt und Nachhaltigkeit stehen muss. Energieverbrauch, CO₂-Emissionen, Ressourcenschonung – all das ist Teil der Governance.

Damit zeigt China, dass KI nicht isoliert betrachtet werden darf. Sie ist Teil einer größeren gesellschaftlichen Transformation, die auch ökologische Grenzen respektieren muss. Während die USA ihre Rechenzentren vor allem als Wettbewerbsvorteil begreifen, fragt China: Wie lässt sich KI so entwickeln, dass sie die Erde nicht zerstört, sondern Zukunft ermöglicht?

Unterschiedliche Perspektiven auf Arbeit, Eigentum und Gesellschaft

Die Frage nach der Governance von KI ist nicht nur eine Frage nach Regulierung oder internationalen Abkommen. Sie ist in ihrem Kern eine Frage nach Arbeit und Eigentum. Denn Künstliche Intelligenz ist eine Produktivkraft – und wie jede Produktivkraft entfaltet sie ihr Potenzial in den Eigentumsverhältnissen, in denen sie eingesetzt wird.

In den Vereinigten Staaten wird KI in erster Linie in der Arbeitswelt als Mittel der Kontrolle eingesetzt. Plattformunternehmen zeigen

exemplarisch, wie KI-Systeme genutzt werden: Sie überwachen in Echtzeit, fragmentieren Tätigkeiten in kleinste Einheiten, werten jede Bewegung aus, bewerten jede Pause, berechnen jeden Schritt. Die Beschäftigten sind stärker denn je gefesselt an die Vorgaben des Algorithmus.

Der CRS-Report R48555 spricht über »workforce implications«, doch er meint damit vor allem die Notwendigkeit, Fachkräfte im Wettbewerb zu sichern. Die Frage, wie sich Arbeitsbedingungen verbessern lassen, kommt nicht vor. KI wird nicht als mögliche Chance für Humanisierung, sondern als Risiko für Wettbewerbsfähigkeit betrachtet. Dahinter steht eine klare Logik: Arbeit soll flexibel, austauschbar, kontrollierbar sein – und KI ist das perfekte Werkzeug dafür.

Man könnte sagen: In den USA reproduziert KI die alten Muster des Kapitalismus auf einer höheren technischen Stufe. So wie die Fabrikarbeit des 19. Jahrhunderts die Arbeiterinnen und Arbeiter an die Maschine fesselte, so bindet heute der Algorithmus die Beschäftigten an das Smartphone. Die Logik bleibt: Mehr Ausbeutung, weniger Autonomie.

In China ist das Bild ein anderes. Auch dort verändert KI die Arbeitswelt, aber nicht in erster Linie als Instrument der Kontrolle. Sie wird eingesetzt, um Produktionsprozesse effizienter zu gestalten, Ressourcen besser zu nutzen, Verwaltung und Bildung zu verbessern.

Entscheidend ist nicht nur der technische Fortschritt, sondern vor allem die konsequente Investition in Menschen. Die Hochschulquote ist von wenigen Prozent um 1990 auf fast 60 Prozent gestiegen. Millionen junge Menschen sind so nicht länger bloße Konsumenten, sondern treten als aktive Gestalter technologischer Zukunft auf. Besonders prägend ist die polytechnische Ausrichtung des Bildungssystems, die darauf abzielt, die alte Trennung von Hand- und Kopfarbeit schrittweise zu überwinden. Theorie und Praxis, Wissenschaft und Produktion, Studium und Anwendung greifen ineinander. Junge Ingenieurinnen und Inge-

nieure erwerben nicht nur abstraktes Wissen, sondern zugleich praktische Fähigkeiten, die es ihnen ermöglichen, Projekte unmittelbar umzusetzen und ihre Arbeit in die gesellschaftliche Entwicklung einzubringen.

Gerade dieser Ansatz unterscheidet China von den westlichen Industriestaaten, insbesondere den USA. Dort haben Deindustrialisierung und die Auslagerung der Produktion ganze Generationen von Arbeitskräften entqualifiziert. KI wird in diesem Kontext nicht als Instrument kollektiver Ermächtigung eingesetzt, sondern als Mittel weiterer Rationalisierung, Automatisierung und Kontrolle, das vorhandenes Wissen entwertet und berufliche Fähigkeiten verdrängt. Während also im Westen technologische Entwicklung oft zur Verschärfung von Ausbeutung und Entfremdung führt, entsteht in China eine neue Form gesellschaftlicher Integration: eine Tendenz zur polytechnischen Bildung, die Menschen befähigt, mit der Technologie nicht nur umzugehen, sondern sie aktiv in, mit und für die Gesellschaft zu gestalten – und damit die Kluft zwischen Hand- und Kopfarbeit Stück für Stück zu schließen.

Das zeigt sich auch im chinesischen Plan: Dort wird ausdrücklich betont, dass KI dazu beitragen soll, soziale Gerechtigkeit zu fördern, Ungleichheiten abzubauen und die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern. Das ist kein Lippenbekenntnis, sondern spiegelt die tatsächlichen Prioritäten wider – von der Förderung ländlicher Regionen durch digitale Infrastrukturen und Landwirtschaft bis zur Nutzung von KI in der medizinischen und Pflegeversorgung, die Abermillionen Menschen zugutekommt.

In den USA gehören KI-Systeme den Konzernen. Sie sind geistiges Eigentum, eingezäunt durch Patente, Lizenzen, Urheberrechte. Der Code von ChatGPT oder Gemini ist verschlossen, ihre Nutzung wird streng kontrolliert, ihre Weiterentwicklung blockiert. Die Gesellschaft produziert die Daten, doch die Gewinne fließen in die Taschen einiger weniger Aktionäre.

In China dagegen ist die Tendenz eine andere. DeepSeek ist hier das Symbol: ein offe-

nes Projekt, getragen von Zehntausenden Entwicklern, zugänglich für alle, weiterentwickelbar durch Kooperation. Eigentum wird hier nicht als exklusives Recht verstanden, sondern als Verantwortung, Wissen zum Gemeinwohl nutzbar zu machen.

Das bedeutet nicht, dass es in China keine Unternehmen gäbe, die proprietäre Systeme entwickeln. Aber die politische Richtung ist klar: KI soll kein exklusives Monopol bleiben, sondern eine Ressource, die kollektiv genutzt wird. Der Unterschied liegt im gesellschaftlichen Rahmen: Während die USA Monopolrechte verteidigen, betont China ökonomische Offenheit und gesellschaftliche Teilhabe.

Die unterschiedlichen Eigentums- und Arbeitslogiken führen zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Ergebnissen. In den USA erzeugt KI Vereinzelung. Sie fragmentiert Arbeit, isoliert Konsumenten, verstärkt Ungleichheiten. In China hingegen zielt sie auf Integration. Sie soll Infrastruktur verbessern, Produktion intelligenter und nachhaltiger machen, Kooperation fördern und Bildung verbreitern.

Man könnte sagen: In den USA ist KI ein Spiegel der kapitalistischen Entfremdung, in China ein Werkzeug der gesellschaftlichen Modernisierung.

Internationale Dimension: US-Blockade versus chinesische Kooperation

Die Unterschiede zwischen den beiden Modellen – dem US-amerikanischen und dem chinesischen – treten am deutlichsten auf der internationalen Bühne zutage. Denn Künstliche Intelligenz ist nicht nur eine nationale Angelegenheit. Sie prägt den weltweiten Wettbewerb, sie beeinflusst Handelsströme, sie entscheidet über den Zugang zu Wissen und Zukunftstechnologien. Deshalb zeigt sich gerade hier, wie entgegengesetzt die Wege sind, die Washington und Peking einschlagen.

Der CRS-Report R4855 liest sich in vielen Passagen wie ein Handbuch der Abschottung.

Immer wieder tauchen Begriffe wie »export controls«, »intellectual property protection« oder »national security concerns« auf. Das bedeutet in der Praxis: Alles, was als technologische Stärke der USA gilt, soll unter Verschluss gehalten werden. Technologien dürfen nicht in die »falschen Hände« geraten, Patente sollen bis aufs Letzte verteidigt, Handelswege kontrolliert werden.

Diese Strategie ist nicht neu. Schon im Kalten Krieg versuchten die USA, den technologischen Vorsprung gegenüber der Sowjetunion durch Exportverbote und Embargos zu sichern. Doch in der digitalen Welt stößt diese Politik an Grenzen. Daten lassen sich nicht so leicht blockieren wie Öl oder Stahl. Wissen verbreitet sich durch offene Netzwerke, Programmcode zirkuliert global, Forschende sind mobil. Deshalb werden die Maßnahmen immer repressiver: chinesische Studierende als Sicherheitsrisiken, chinesische Firmen auf schwarze Listen, internationale Kooperationen durch Sanktionen unterbunden.

Die Folge ist eine paradoxe Entwicklung: Während die USA ihre eigene Wissenschaftslandschaft unterminieren und abschotten, verlieren sie an Attraktivität. Die Zahl ausländischer Studierender sinkt, internationale Forschungsprojekte scheitern an politischen Hürden, Forschende orientieren sich um. Was als Schutz gedacht ist, wird zur weiteren Selbstschwächung.

Ganz anders der Ton des chinesischen Action Plans. Dort von »inclusive development«, von »open cooperation«, von »shared responsibility«. China schlägt vor, eine **World AI Cooperation Organization** zu gründen – nicht als exklusive Eliteeinrichtung, sondern als Plattform, die den globalen Süden einbindet und die Kluft zwischen reichen und armen Ländern überbrücken hilft.

China lädt Länder ein, gemeinsam Standards zu entwickeln, Ressourcen zu teilen, Forschung zu koordinieren. Während Washington den Globalen Süden als Extraktions- und Absatzmarkt betrachtet, betrachtet Peking ihn als Partner für gemeinsame Entwicklung.

Auch geopolitisch schlägt sich dieser Unterschied nieder. Die USA versuchen, ihre Standards über exklusive Clubs durchzusetzen: G7, OECD, NATO-Partner. China hingegen baut multipolare Allianzen: BRICS+, Belt and Road, Süd-Süd-Kooperation. In diesen Formaten hat es leichtes Spiel, weil seine Botschaft einfach ist: Wir teilen Wissen, wir bauen gemeinsam, wir respektieren Souveränität, wir gehen einen gemeinsamen Entwicklungsweg.

Die Folge ist, dass China zunehmend als Partner wahrgenommen wird, während die USA als Blockierer gelten. Der CRS-Report verteidigt alte Privilegien, der chinesische Plan öffnet neue Perspektiven.

Am Ende läuft alles auf eine zentrale Frage hinaus: Wird die Welt in zwei digitale Sphären zerfallen – eine von den USA kontrollierte, abgeschottete, monopolisierte, und eine von China getragene, offene, inklusive?

Die beiden Dokumente geben darauf unterschiedliche Antworten. Der CRS-Report nimmt die Fragmentierung als gegeben hin und baut sie aus. Der chinesische Plan dagegen versucht, Integration zu ermöglichen.

KI als Produktivkraft und die Frage der Zukunft

Die Diskussion über KI darf nicht an der Oberfläche stehenbleiben. Sie ist nicht nur eine technische Innovation, nicht nur ein Werkzeug zur Effizienzsteigerung. KI ist eine neue Stufe der Produktivkräfte, vergleichbar mit der Einführung der Dampfmaschine oder der Elektrizität. Sie verändert nicht nur einzelne Branchen, sondern die gesamte Art und Weise, wie Wissen produziert, Arbeit organisiert, Gesellschaft gestaltet wird.

Computer- und Informationstechnologien haben schon seit Jahrzehnten das Potenzial, gesellschaftliche Verhältnisse tiefgreifend zu verändern. Sie ermöglichen die Modellierung und Simulation komplexer Vorgänge, sie vernetzen Menschen über Kontinente hinweg, sie verdichten das Wissen der gesamten Mensch-

heit. In ihnen steckt die Möglichkeit, ökonomische Abläufe rationaler zu steuern, Ressourcen besser zu verteilen, demokratische Teilhabe auf eine neue Ebene zu heben.

Doch ob dieses Potenzial entfaltet wird, hängt nicht von der Technik selbst ab, sondern von den Eigentumsverhältnissen, in denen sie eingesetzt wird. Unter kapitalistischen Bedingungen werden Fortschritte in der Regel in Mittel der Kontrolle verwandelt: mehr Überwachung, mehr Ausbeutung, mehr Ablenkung. Innovationen, die in der Theorie Befreiung versprechen, werden in der Praxis zur Verschärfung des Klassenkampfes von oben.

So ist es auch mit KI in den USA. Der CRS-Report denkt sie von vornherein in den Kategorien von Sicherheit, Wettbewerb und Eigentum. Er sieht in ihr klarerweise kein Werkzeug für den menschlichen Fortschritt, sondern ein Mittel, alte Herrschaftsverhältnisse zu stabilisieren. KI dient der Reproduktion und Verschärfung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse und wird damit zum Bollwerk gegen sozialen Wandel.

China geht einen anderen Weg. Dort wird KI in den Kontext der gesellschaftlichen Planung gestellt. Sie ist kein isoliertes Projekt, sondern Teil der Strategie, das Land zu modernisieren, Armut zu überwinden, Ungleichheit zu reduzieren, Versorgung, Bildung und Gesundheit für alle zugänglich zu machen.

Der Action Plan von Shanghai ist ein Beleg dafür: Er verbindet technologische Entwicklung mit Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und globaler Kooperation. KI soll nicht nur leistungsfähiger werden, sondern auch gesellschaftlich nachhaltiger und ökologisch verträglicher. Sie soll nicht

nur Märkte erobern, sondern auch Ungleichheiten abbauen.

Während die USA KI als Schutzschild gegen den Wandel betrachten, sieht China in ihr ein Werkzeug, den Wandel zu gestalten.

Die Frage ist deshalb größer als KI. Es geht darum, welche Zivilisation wir im 21. Jahrhundert aufbauen wollen. Wollen wir eine Welt, in der Wissen privatisiert, Eigentum monopolisiert und Technik zur Unterdrückung genutzt wird? Oder eine Welt, in der Wissen als Gemeingut betrachtet, Eigentum geteilt und Technik zur Befreiung eingesetzt wird?

Die beiden Dokumente – der CRS-Report und der chinesische Action Plan – sind in diesem Sinne nicht nur politische Texte. Sie sind programmatische Entwürfe zweier Zivilisationen. Die eine blickt zurück und verteidigt alte Privilegien, die andere blickt nach vorn und eröffnet neue Möglichkeiten.

Im Hintergrund steht der Übergang zu einer multipolaren Weltordnung, die im System der internationalen Arbeitsteilung einen realen Fortschritt im Klassenkampf darstellt. Die US-amerikanische Hegemonie bröckelt, neue Machtzentren entstehen. KI wird in diesem Prozess zu einem Prüfstein: Wer die Regeln der KI setzt, prägt die Regeln der kommenden Epoche.

Die USA versuchen, diese Regeln im eigenen Interesse zu schreiben – exklusiv, monopolistisch, hegemonial. China dagegen schlägt vor, sie gemeinsam zu formulieren – inklusiv, kooperativ, gerecht.

Hier entscheidet sich, ob die Zukunft der Menschheit von Blockaden und Fragmentierung bestimmt wird oder von Brücken und Integration.

DeepSeek und Open Source

Neue Technologie, neue Eigentumsform, neues Gesellschaftssystem

Alan Freeman, Manitoba/Kanada

Viele Klischees werden mittlerweile ins Feld geführt, um zu erklären, wie ein frecher chinesischer Emporkömmling die US-Hightech-Kapitalmärkte auf den Kopf gestellt hat. Jetzt, da sich der Staub langsam legt, ist es ein guter Zeitpunkt zu erörtern, was das chinesische KI-Unternehmen DeepSeek mit seiner R1-Veröffentlichung erreicht hat¹, warum es dies tat, wie es dies tat und was uns seine Erfolge sagen.

Vielleicht kam die erste bemerkenswerte Reaktion von Marc Andreessen (Hetzner 2025), IT-Risikokapitalgeber und ehemaliger Tech-Pionier, der es als einen »Sputnik-Moment« bezeichnete – in Erinnerung daran, als die Sowjets den ersten Satelliten ins All schossen. Doch als Sputnik startete, hatten die USA noch nicht einmal ein Raumfahrtprogramm: Die NASA wurde erst im folgenden Jahr gegründet. Diesmal verfolgen die USA seit einem Jahrzehnt oder länger die Entwicklung von KI und haben dabei alle Tricks erschöpft, um China am Aufholen zu hindern. Die USA behaupteten – und ihre High-Tech-Gurus glaubten es nur zu gerne – sie hätten die Führungsrolle inne.

China hat also nicht einfach, wie die Sowjets, eine neue Technologie erfunden, die die USA übersehen hatten: Es hat die USA in ihrem eigenen, selbsternannten Bereich der Überlegenheit überholt. War dies ein kurzlebiger Erfolg, oder verweist es auf einen tieferen technologischen Vorteil? Und wenn ja, welcher Zusammenhang besteht zwischen diesem Vorteil und der chinesischen Gesellschaft, in der er entstanden ist?

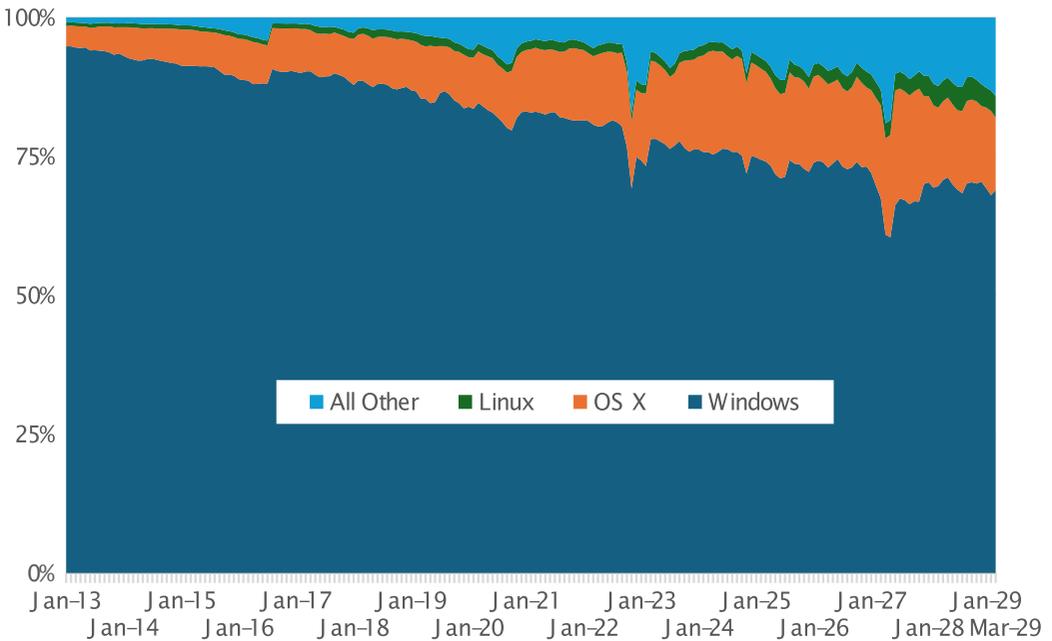
Ein weiteres Klischee liefert einen Hinweis. Samir Mitra, Java-Mobile-Pionier und ehemaliger IT-Berater der indischen Regierung, bezeichnete den Start in einer privaten Kommunikation als einen »Linux-Moment«. Das verweist auf ein entscheidendes Merkmal von DeepSeek: Es ist ein Open-Source-Projekt. Wir werden argumentieren, dass es sich um eine neue Technologie handelt, die auf einer neuen Art von Eigentum basiert. Wie ihr Vorgänger, das Privateigentum, kann sie sich nur vollständig entfalten, wenn die Rechte und Pflichten, die sie definiert, alle bereits bestehenden Rechte und Pflichten, die ihr im Weg stehen, verdrängen und außer Kraft setzen. Dies erfordert ein anderes Gesellschaftssystem als eines, in dem Privateigentum vorherrscht.

Open Source vereint produktive Systeme mit Eigentumsregeln für *offenen Zugang*: Der Code ist für jeden verfügbar, vorbehaltlich der Bedingungen einer nicht-kommerziellen Lizenz. Sein Schlüsselmerkmal ist, dass Nutzer nichts dafür bezahlen müssen. Marxistisch gesagt, ist es keine Ware. Dennoch sind Objekte mit offenem Zugang definitiv Produkte; genauer gesagt, sie sind Produkte von Arbeit. Sie sind nützliche Dinge. Der Erfolg von DeepSeek legt nahe, dass China diese besser nutzt als die USA. Warum? Und warum jetzt? Die Beschreibung von DeepSeek R1 als einen »Moment« ist strittig: Wie MongoDB-Gründer Matt Asay (2025) bemerkte: »DeepSeek hatte nicht nur einen Moment. Es ist ... eine Bewegung.«

Linux hatte nie einen solchen Moment. Es erschien 1991, als der finnische Student Linus Torvalds so unzufrieden mit dem proprietären Microsoft-DOS-Betriebssystem wurde,

1 <https://arxiv.org/abs/2501.12948>. Abgerufen am 23. April 2025.

Diagramm 1: Globaler Marktanteil von Betriebssystemen für Desktop-PCs



Quelle: Statista

dass er ein neues Betriebssystem auf Basis des bewährten UNIX-Systems veröffentlichte, das Ken Thompson und Denis Ritchie (Schöpfer der Programmiersprache »C«) 1969 entwickelt hatten. Linux wurde also nie »gestartet«: Es verschwand einfach nie. Bis Februar 2024 war es auf 3 Milliarden Geräten installiert, was dem kombinierten Anteil von Windows (1,4 Milliarden) und macOS (1,6 Milliarden) entspricht.

Dies steht im Kontrast zur gescheiterten US-Form geistigen Eigentums, die sich während des »unipolaren Moments« der 1990er Jahre kurzzeitig durchsetzte. Chinas Erfolg beruht im Allgemeinen auf der Ablehnung dieses Modells, aber ganz konkret auf einer völlig anderen Haltung zur Schaffung, Verbreitung und Nutzung von Ideen, die letztlich eine direkte Konfrontation zwischen zwei systemisch unterschiedlichen Eigentumskonzepten darstellt. Im Wesentlichen betrachten Chinas Entscheidungsträger Wissen und Ideen als etwas, das geteilt werden sollte, während die USA sie als etwas betrachten, das bewacht und monopolisiert werden muss.

Diagramm 1 zeigt den globalen Marktanteil der Betriebssysteme für Desktop-PCs. Desktops sind der wichtigste »gebundene Markt« für proprietäre – das heißt: unternehmens-eigene und vermarktete – Betriebssysteme; er ist Microsofts Goldesel. Ferner nutzen sowohl Microsoft als auch Apple – einziger proprietärer Konkurrent – ihre Dominanz auf dem Desktop-Markt, um Nutzer dieses Systems zu bewegen, ihre wichtigsten Geschäftsprodukte zu übernehmen, insbesondere die »Big Four Office«-Produkte wie Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, Präsentationssoftware und Datenbanken. Sie versuchen auch hartnäckig, Nutzer in ihre Browser-Produkte (Edge, Safari) zu binden, allerdings weniger erfolgreich, und wurden dafür sogar von europäischen Kartellgesetzgebern gerügt. Kurz gesagt, der Desktop-Markt ist der klassische Monopolmarkt für Betriebssysteme. Doch selbst in diesem Markt ist der Anteil von Microsoft stetig gesunken und lag 2024 nur noch knapp über 70 %.

Aber Desktops sind nur ein Teil der Geschichte. UNIX – von dem LINUX nur eine Variante ist – dominiert den Server-Markt mit 90% aller Installationen und ist mit knapp unter 80% aller Mobiltelefone der Eckpfeiler des riesigen Android-Marktes, ungeachtet der erbitterten Kampagne der USA gegen Huawei im Mobilfunkgeschäft.

Open Source ist jedoch nicht auf KI oder Betriebssysteme beschränkt: Es ist eine gut etablierte Technologie. Die meisten Schlüsselwerkzeuge der IT-Branche – nicht zuletzt ihre Programmiersprachen und das World Wide Web selbst – werden von Milliarden Menschen vollständig oder nahezu kostenlos genutzt. Was also ist Open Source? Obwohl die Diskussionen darüber weit gefächert sind, verweise ich Leser auf zwei wichtige Forschungsarbeiten an der vordersten Front dieses Gebiets. Es handelt sich um das aufstrebende Feld der Noönomie (Bodrunov 2023, 2025) und die Untersuchung der Kreativwirtschaft (Bakhshi et al. 2013, Cunningham und Flew 2019). Beide behandeln Computerprogramme als Beispiele einer übergeordneten Kategorie nützlicher Objekte, die ich (Freeman 2022) als *geistige Objekte* bezeichne. Diese umfassen nicht nur die primären Outputs der Softwareindustrie, sondern auch ihre primären Inputs.

In Freeman (2020) definierte ich ein *geistiges Objekt* – manchmal auch als »Inhalt« bezeichnet – als eine nicht-materielle Entität, die in verschiedenen materiellen Formen existiert und ohne Identitätsverlust von einer Form in eine andere überführt werden kann, und die, wenn sie genutzt wird, den Zustand der Denkenden verändert.

Solche Objekte sind nicht neu, sondern existieren seit dem Aufkommen der Sprache. Doch im digitalen Zeitalter hat die Digitalisierung eine zuvor verstreute Masse ähnlicher Dinge in eine einheitliche Art von Gebrauchswert verwandelt. Vielleicht das ikonischste Beispiel ist das Buch: Materiell betrachtet besteht es aus bedrucktem Papier, aber das ist nur seine Erscheinungsform. Sein Wesen ist das, was

»im« Buch steckt und erhalten bleibt, egal ob wir es aus einer Sammlung von Seiten, einer mündlichen Wiedergabe oder einem elektronischen Dokument aufnehmen. Weder die Bibel, die Relativitätstheorie noch Ray Bradburys *Fahrenheit 451* können als bloße Druckerzeugnisse verstanden werden. Man könnte jedes Blatt Papier auf der Welt verbrennen, doch ihr Inhalt würde überleben, solange er in den Köpfen denkender Wesen verankert bleibt.

Begriffe wie »Wissen« und »Information« erfassen das Wesen dieses Gebrauchswerts nicht, da sie passiv sind: Sie drücken nicht die Rolle denkender Wesen aus. Die Wahrheit wird so in Objekten verortet, die dem Geist fremd sind, und nicht im Geist selbst. Solche Begriffe übersehen auch Objekte wie Filme, Musik oder Social-Media-Beiträge, die zentral für die Verbraucherrevolutionen sind, die diese neue Produktionstechnologie antreiben. Solche Illusionen führen zu Fehlschlüssen wie »Wissenskapital« (Freeman 2018), sie implizieren, dass Wissen oder Information sich addieren lassen wie Kohlenstücke. So funktioniert es nicht: Kopernikus und Galileo »fügten« der Idee, dass die Sonne sich um die Erde dreht, nichts hinzu – sie zerstörten sie.²

Die Welt der kapitalistischen Technologie, so werde ich argumentieren, hat einen neuen Wendepunkt erreicht, weil das elektronische Zeitalter geistige Objekte von ihrer materiellen Abhängigkeit befreit hat. Dies ist die Ursache für die extrem rasche Ausweitung ihrer Produktion und Nutzung, bis zu dem Punkt, an dem sie, wie wir sehen werden, dabei sind, die primären Produkte menschlicher Arbeit zu

2 Aus all diesen Gründen vertrete ich die Ansicht, dass Bezeichnungen wie »Wissenswirtschaft« oder »Informationswirtschaft« weder die betreffenden Produkte, noch ihre Technologie noch ihre gegenwärtige Entwicklungsstufe beschreiben. Wenn wir eine dieser Aktivitäten aus unserem Untersuchungsbereich ausschließen, lösen wir diesen von der Realität. Beschreiben wir sie jedoch alle als wissensbasiert oder informationsvermittelnd, verlieren wir den Bezug zur Realität vollends.

werden. Dies hat alle typischen Phänomene des digitalen Zeitalters hervorgebracht: Streaming, Downloads, Vlogging und die allgemeine Verbreitung all dessen, was nicht von materiellem Substrat abhängt, in das es eingebettet ist: Bücher, Theorien, Filme, Gedichte, Bilder, Sendungen, religiöse Schriften, architektonische Entwürfe, choreografierte Tanzroutinen, musikalische Darbietungen, Gesetzestexte oder, wenn man so will, politische Dummheiten. Das zentrale Ergebnis ist die Öffnung des Weges zu Gesellschaftsformen, in denen geistige Objekte durch geistige Objekte produziert werden. Dies ist eine fundamentale Mutation dessen, was Marxisten als »Produktivkräfte« und orthodoxe Ökonomen als Technologie bezeichnen.

DeepSeek ist daher kein »Moment«, sondern die Ankündigung einer historischen Etappe, die der Industriekapitalismus hervorgebracht hat, verwurzelt in der allgemeinen Verbreitung eines neuen Typs von Gebrauchswert, der mit einer neuen Technologie produziert wird. Es stellt sich eine dreifache Frage: Kann der Kapitalismus diese neue Technologie, die er selbst hervorgebracht hat, aufrechterhalten und weiterentwickeln? Können andere bestehende Gesellschaften, wie die Chinas, es besser machen? Und in welche Richtung sollte die Gesellschaft gehen, wenn diese Produktionsweise ihre natürliche Heimat finden soll?

Alle drei Fragen haben sich zu einem Wettstreit entwickelt, weil die US-Führung ihn als solchen behandelt hat. An seinem ersten vollen Amtstag kündigte Präsident Trump den Start des 500 Milliarden Dollar schweren KI-Infrastrukturprojekts Stargate an, an dem Open AI, Oracle und Softbank beteiligt sind.³ Mit den CEOs der drei Unternehmen an seiner Seite verkündete er das Ziel, die US-Führungsrolle im Bereich »Künstliche Intelligenz« zu bewahren und voranzutreiben, unter anderem durch die Zulassung fossiler Kraftwerke für das ener-

giehungrige Projekt. Kaum angekündigt, wurde das Projekt von DeepSeek R1 »umgestoßen«.

Das erste Opfer war das »Geschäftsmodell« (Desai et al. 2025), das zu Trumps Ankündigung führte; aber dieses Modell selbst beruht auf einem tieferen Versagen: dem US-Ansatz zum geistigen Eigentum (Freeman 2025), einem der Schwerpunkte von Trumps Angriff auf China, wonach geistige Objekte denselben Gesetzen des Privateigentums unterliegen sollten wie materielle Objekte. Dieser Ansatz entstand aus einer gezielten Kampagne zur »Privatisierung von Wissen«, um dessen Status als Monopol einer Kabale von High-Tech-Oligarchen zu festigen. Er kristallisierte sich in der Umwandlung der Welthandelsorganisation (WTO) 1995 in ein multilaterales, »regelbasiertes« Gremium mit drakonischen Befugnissen zur Bestrafung von Nationen, die angeblich gegen die Freihandelsregeln verstoßen.

Die »Globalisierungs«-Politikblase platzte längst, als China begann, die USA selbst unter den begrenzten Rechten der WTO zu übertreffen. Nicht jedoch die »Weltorganisation für geistiges Eigentum« (WIPO), die bestehende rein nationale Gesetzgebung umgestaltete, um US-Eigentümern das Recht zu verleihen, Bedrohungen für ihre Patent- und Urheberrechtsmonopole zu »blockieren«, indem sie effektiv das Nutzungsrecht von denen, die neue Ideen erschaffen, erfinden oder entdecken, auf diejenigen übertragen, die das Geld haben, um die Ergebnisse zu kaufen.

Von Anfang an, wie durch Torvalds eigene Motivation zur Schaffung von Linux belegt, stand Open-Source-Technologie in direktem Widerspruch zu den proprietären Imperien von Bill Gates, Steve Jobs und ihresgleichen. Sie mobilisierten Kräfte von geradezu ludditischem Ausmaß, um ihre Verbreitung zu begrenzen, indem sie mit Kooption und Unterdrückung experimentierten, um ihre Marken vor dem Bruch ihrer industriellen Dominanz zu schützen.

Sie hielten die Linie – aber wie wir gesehen haben, nur auf dem Markt für Personal- und

3 <https://openai.com/index/announcing-the-stargate-project/>. Abgerufen am 23. April 2025.

Bürocomputer, der am anfälligsten für Unternehmensmanipulationen ist. Diese Linie wurde zuerst auf den Märkten für Betriebssysteme und Programmiersprachen durchbrochen und dann im technologisch weit bedeutenderen Bereich des Large Language Modeling – aus einem einfachen Grund: Open-Source-Produktion ist *besser* – nach allen anerkannten Maßstäben. Sie ist ein effizienterer Weg, neue Ideen in die Anwendung zu bringen, sie maximiert Vielfalt und fördert Experimente. Und vor allem, wie DeepSeek zeigt, übertrifft sie proprietäre Konkurrenten.

Dies offenbart die wahre Affinität zwischen DeepSeek und Linux. DeepSeek ist kein Geheimnis, und seine Methoden sind nicht besonders High-Tech: Sie erfordern keinen Dokortitel in Tensorrechnung, keine tiefe Vertrautheit mit Schrödingers Wellengleichung oder eine Publikationsliste in der Stringtheorie. Wie es so schön heißt: KI ist keine Raketentechnik. Jeder mit einem elementaren Verständnis von Programmierung sieht, worum es geht. Jeder kann die DeepSeek-Github-Seite besuchen, auf der die 67.000 Entwickler zu sehen sind, die seit 2023 oder früher an diesem kollaborativen Projekt beteiligt sind. Jeder kann die klaren Erklärungen lesen, die jetzt im Internet verbreitet sind, das DeepSeek-Papier auf der Github-Seite selbst, die Papiere, die der R1-Veröffentlichung vorausgingen, oder das akademische Papier (DeepSeek-AI 2025), das angemessen auf einer Open-Access-Seite veröffentlicht wurde und die Methodik beschreibt. Das Papier listet 195 Autoren auf und gibt als korrespondierenden Autor »DeepSeek-AI« an. Dies ist keine Liste von Angestellten: Es ist ein Katalog von Humanressourcen.

Wie UNIX gibt es KI-Methoden schon lange. Ich selbst begann 1969, im selben Jahr, in dem UNIX erschien, an der Machine Intelligence Unit der Universität Edinburgh daran zu arbeiten. Die grundlegenden logischen Prinzipien, die die Beziehung zwischen Denken und algorithmischen Methoden regeln und die im Herzen der KI-Technologie liegen, wurden bereits in den späten 1940er und frühen 1950er

Jahren von Turing, Alonzo Church und anderen formuliert.

Der Unterschied liegt, wie Hegel-Forscher wissen, in der Umwandlung von Quantität in Qualität. 1969 bestand das ambitionierteste Ziel eines KI-Forschers darin, einen Schachgroßmeister zu besiegen. Doch dabei mussten wir erkennen, dass es unmöglich war, jedes einzelne Schachspiel vorherzusehen, von denen es mehr gab als Atome im Universum. Stattdessen mussten wir erkennen, was das neuronale Netz eines menschlichen Gehirns tat, was ein Automat nicht konnte, nämlich eine Schachstellung zu bewerten, ohne alle zukünftigen Möglichkeiten zu kennen. Dazu ordneten wir dem Zustand des Brettes »Parameter« zu – wie die Bauern platziert waren, wie die Figuren entwickelt waren, wie anfällig sie für Überraschungsangriffe waren und so weiter.

Diese Parameter beliefen sich damals auf etwa tausend. DeepSeek befasst sich mit 671 *Milliarden* Parametern. Diese Anzahl von Parametern kann kein Menschen mehr auswerten. Die KI-Anwendung muss sich selbst »trainieren«. Ein vergleichbarer Ansatz wäre, wie wir es damals beim Schach machten, dem Programm eine Spielsituation zu präsentieren, vorab zu berechnen, wer wahrscheinlich gewinnen würde, und basierend darauf die Parameter neu zu berechnen.

Es gibt zwei Herangehensweisen an diese enorme Kapazitätssteigerung: Das Problem wird durch die schiere Anhäufung von gigantischer Hardware-Kapazität gelöst. Der andere ist der chinesische Weg: Der Fokus liegt auf der menschlichen Beteiligung an der kreativen Produktion. Der chinesische Weg funktioniert deshalb besser, weil die Technologie der geistigen Produktion zutiefst menschlich geprägt ist. Letztlich beruht sie auf der spezifisch menschlichen Ressource der Kreativität (Freeman 2008). KI bringt das widersprüchliche Projekt auf den Punkt, Kreativität maschinell *nachzuahmen*. Der Fokus dieser Technologie muss daher auf dem liegen, was nachgeahmt wird, und nicht auf der Maschine, die es nachahmt.

Open Source ist nicht nur »freier Zugang«. Es ist eine Produktionsmethode, die nicht nur den Zugang zum Produkt ermöglicht, sondern auch verhindert, dass dieser Zugang eingeschränkt wird – und die Weiterentwicklung erleichtert. So ist beispielsweise die Frage überflüssig, ob Apples iOS-Lizenz tatsächlich als Open Source gelten kann. Zwar erlaubt sie Entwicklern uneingeschränkten Zugriff auf den Quellcode und dessen Modifikation, doch läuft dieser ausschließlich auf Apple-Hardware. Das Betriebssystem ist an eine proprietäre Plattform gebunden – den Mac und verwandte Apple-Geräte, die selbst durch zahlreiche Patente und Urheberrechte geschützt sind. Im Gegensatz dazu ist der PC ein echtes Open-Source-Produkt, da es jedem erlaubt ist, einen PC herzustellen. Apple behält somit *faktisch* die monopolistische Kontrolle darüber, wo der Code tatsächlich laufen kann. Ein wirkliches Open-Source-Produkt ist eines, dessen Eigentümer niemanden daran hindern kann, es zu nutzen.

Das bedeutet jedoch nicht, dass Open-Source-Produkte völlig frei von Einschränkungen sind. Allein die Tatsache, dass ein Nutzer einem anderen die Nutzung nicht verwehren kann, ist selbst eine Form der Einschränkung. Open-Source-Lizenzen sind daher aufschlussreich, wenn es um das Zusammenspiel von Eigentumsverhältnissen und Technologie geht. Bereits in den 1970er Jahren begannen Entwickler, Open-Source-Rechte durch spezielle Lizenzen formal abzusichern – darunter die Creative Commons, MIT-, Apache- und JSON-Lizenzen sowie andere etablierte Alternativen zu traditionellen Schutzrechten des geistigen Eigentums. Diese Open-Source-Lizenzen haben ihren Ursprung in der Copyleft-Bewegung.⁴ Copyleft bedeutet, dass jeder den Quellcode

nutzen kann – unter der Bedingung, dass er anderen nicht verwehrt wird. Diese Lizenzen sind »viral«: Jedes daraus abgeleitete Werk muss dieselben Open-Source-Rechte beibehalten.

Diese Lizenzen können weitere Bestimmungen enthalten, wie die Nennung des Urhebers, Haftungsausschlüsse und Ähnliches. So schreibt die DeepSeek-Lizenz beispielsweise vor, dass der Inhaber sich verpflichtet, sie nicht für militärische Zwecke zu verwenden, keine nachweislich falschen Inhalte zu generieren oder zu verbreiten, die darauf abzielen, anderen zu schaden, keine Personen aufgrund ihres Sozialverhaltens zu diskriminieren oder ihnen Schaden zuzufügen und so weiter. Dies bietet der Gesellschaft eine neue Möglichkeit, ihre Mitglieder vor dem schädlichen Einsatz von KI zu schützen: Anstatt sich auf Regulierungsbehörden zu verlassen, können die Produzenten die Einschränkungen direkt in die Eigentumsform schreiben. Dies ist das genaue Gegenteil des US-WIPO-Systems, in dem die Pflichten des Eigentümers extern vom Staat festgelegt und auferlegt werden.

All dies führt zu folgender Frage: Welche Art von Gesellschaft ist am besten geeignet, diese neue Technologie zu entwickeln? Konkret: Warum war DeepSeek in China erfolgreich? Die chinesische Politik betrachtet dieses Thema im klassischen marxistischen Rahmen der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse. Dies ist nicht ohne Relevanz, aber wir können den Fokus eingrenzen. Ich werde das dreifache Verhältnis zwischen *Eigentumsformen*, die die Rechte verschiedener gesellschaftlicher Klassen an nutzbaren Objekten definieren, *Technologie*, die bestimmt, wie eine Gesellschaft diese Objekte produziert, und *Verteilung*, die festlegt, wie sie genutzt werden, untersuchen.

Open Source ist eine Technologie – eine Methode zur Herstellung von Dingen. Open Access ist eine Verteilungsmethode – eine Art, Menschen den Zugang zu den Ergebnissen zu ermöglichen. Zusammen setzen sie *de facto* eine Eigentumsform voraus, genauso wie der Warenaustausch auf dem Markt Privateigen-

4 Die früheste dokumentierte Verwendung des Begriffs »Copyleft« scheint auf Wang (1976) zurückzugehen, obwohl das Wort, wie ich mich erinnere, bereits in den frühen 1970er Jahren im allgemeinen Sprachgebrauch auf der Straße üblich war. Wangs Code beginnt mit sechs Zeilen, die mit »@COPYLEFT« enden.

tum voraussetzt oder die aristokratische politische Gesellschaft des mittelalterlichen Europas auf feudalem Eigentum beruhte. Äußerlich legt eine Eigentumsform fest, wer was zu welchem Zweck nutzen darf. Marx argumentierte jedoch, dass das Wesen einer Eigentumsform die Art und Weise ist, wie sie Arbeit innerhalb einer gegebenen Gesellschaft oder »Produktionsweise« organisiert. Welche Bedingungen muss eine Gesellschaft also erfüllen, um diese neue Eigentumsform zu verwalten und von ihr zu profitieren? Stellt sie in gewissem Sinne die »natürliche Grundlage« einer sozialistischen Produktionsweise dar?

Sicherlich ähnelt die Art und Weise, wie Entwickler zusammenarbeiten, mehr als nur zufällig dem alten sozialistischen Ideal einer »freien Assoziation von Produzenten«, das von Anarchisten und Kommunisten gleichermaßen befürwortet wurde.⁵ Es ist jedoch utopisch, Hoffnungen und Wünsche auf etwas zu projizieren, das noch nicht existiert. Stellen wir also eine praktischere Frage: Inwiefern erfüllt das gegenwärtige China die Bedingungen, um die potenziellen Vorteile dieser neuen Eigentumsform zu verwirklichen, und in welchem Maße behindern die USA sie?

Beginnen wir mit dem, was wir wissen. Warum und wie ist Privateigentum so gut für den Kapitalismus geeignet? Warum erfüllt es die doppelte Funktion, einerseits sicherzustellen, dass Kapitalisten Waren produzieren und verkaufen können, und andererseits, dass Menschen sie kaufen und konsumieren können? Die orthodoxe Ökonomie stellt Privateigentum gerne als etwas Natürliches und Ewiges dar, woraus folgt, dass der Kapitalismus offensichtlich die rationalste und effizienteste Art ist, das Leben zu organisieren. Doch in Wirklichkeit ist Privateigentum kein abstraktes, geschichtsloses

Konzept, auf das Kapitalisten zufällig gestoßen sind. Im Gegenteil: Kapitalisten haben Gesellschaften geschaffen, die das Privateigentum erst hervorgebracht haben. Sie eigneten sich Objekte aus Natur und Geschichte an und zwangen sie, sich ihren Bedürfnissen anzupassen.

Auf die gleiche Weise brachte die feudale Gesellschaft feudales Eigentum hervor: Der Anspruch auf Grund und Boden sowie die Arbeitskraft der dort lebenden Menschen wurde durch Vererbung von einer Generation zur nächsten weitergegeben. Dies wiederum erhielt eine Aristokratie aufrecht – eine Klasse von Grundbesitzern, die ihre Rechte von ihren Vorfahren erbten. Aber dies geschah nicht (wie die Könige von England und Frankreich bekanntlich um den Preis ihres Lebens behaupteten), weil Gott eine solche Ordnung vorgesehen hatte, sondern weil feudale Könige, Barone, Herzöge, Grafen und sogar Kaiser sie energisch und mörderisch durchsetzten, um ihre Art zu erhalten.

Was macht Privateigentum so gut geeignet für die kapitalistische Gesellschaft? Ganz einfach: Es ist die Grundlage des Austauschs. Eine Ware, wie Marx auf der ersten Seite des ersten Bandes des *Kapital* feststellt, ist ein nützliches Ding, das gegen ein anderes ausgetauscht werden kann. Dadurch kann es gekauft und verkauft werden. Das setzt voraus, dass es *veräußerbar* ist – es kann vollständig im Besitz einer einzigen juristischen Person sein und von dieser auf eine andere übertragen werden. Andernfalls hätte der Austausch keine Bedeutung.

Diese rechtliche Veräußerbarkeit ist so universell, dass sie als natürlich angesehen wird. Doch das ist sie nicht. Sie wurde in einem Kampf gegen die »natürliche« Form vieler nützlicher Objekte errungen und geht letztlich auf die natürlichen Eigenschaften *mobiler Dinge* zurück. Deshalb sind die frühesten Waren alle bewegliche Objekte, was zu uralten Konflikten zwischen Grundbesitzern, Landwirten und Hirten führte. Ein Mantel, eine Mahlzeit oder ein Tier ist von Natur aus »ausschließbar«, wie Ökonomen es ausdrücken: Wenn eine Per-

5 »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« (Marx und Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, 1848).

son sie nutzt, wird es für andere schwer oder unmöglich, sie gleichzeitig nutzen.

Aber bei weitem nicht alle materiellen Objekte erfüllen diese Kriterien von Natur aus. Grund und Boden sind offensichtlich immobil und werden nur ausschließbar, wenn sie eingezäunt, dicht besiedelt oder beides sind. Tatsächlich gibt es nichts intrinsisch Privates an einer Wohnstätte; die bloße Existenz von Familien beweist, dass ihre Nutzung geteilt wird. Ebenso ist das industrielle Kapital in Form von Fabriken wenig mobil und schwer auszuschließen. Seine Funktion als Zentrum der Zusammenarbeit hunderter oder tausender Arbeiter macht es geradezu prädestiniert für sozialistische oder genossenschaftliche Übernahmen.

Kapitalistische Gesellschaften passen daher die natürlichen Eigenschaften aller Objekte an, indem sie Gesetze durchsetzen, die sie ausschließbar machen. Sie beginnen mit natürlichen Ausschlussgütern – historisch gesehen vor allem Tiere und Agrarprodukte –, weil es relativ einfach ist, über sie ein Monopol zu errichten, etwa indem man sie nah bei sich behält oder Konkurrenten ausschaltet. Tatsächlich ist der bloße Akt Einschränkung, wer etwas nutzen darf, eines der grundlegendsten Merkmale räuberischen Rudelverhaltens, das die Evolution menschlicher Gesellschaften schon lange prägt. Alle Sprachen unterscheiden zwischen *Besitz* und *Eigentum*, wobei die germanische Unterscheidung zwischen diesen Begriffen besonders ausdrucksstark ist, aber alle Rechtssysteme erkennen sie als Vorläufer an.

Die kapitalistische Gesellschaft entstand durch einen langen und langsamen Prozess, in dem sie die natürlichen Eigenschaften eines besitzbaren Objekts in eine universelle Eigentumsform umwandelte: Bevor »alles Feste« sich in Luft auflösen konnte, musste es erst verfestigt werden. Jedes materielle Ding wurde zu einem bloßen Exemplar einer Ware. So entstand das kapitalistische Grundeigentum, dicht gefolgt von Handelsreedereien und bald darauf von Fabriken, Eisenbahn- und Straßennetzen, Energienetzen und weltumspannenden Kommuni-

kationslinien. Auf das Wesentliche reduziert, machte der Kapitalismus jedes nützliche Ding zu einer Art Ziege.

Diese Dinge ließen sich nicht immer leicht in das Korsett zwingen, in das das prometheische Kapital sie zu pressen versuchte. Karl Polanyi hebt Grund und Boden, Geld und Arbeit als »fiktive« Waren hervor, gerade weil sie sich nicht wie »normale« Waren verhalten. Sicher – aber was ist eine »normale« Ware? Diese scheinbar abnormalen Waren unterscheiden sich von, sagen wir, Stoffen oder Lebensmitteln in mehr als einer Hinsicht; um nur drei zu nennen: wie sie produziert werden, wie sie ausgetauscht werden und welche Rechte sie dem Eigentümer verleihen. Welche Ware ist wirklich nicht-fiktiv? Sollten wir uns in unserer Diskussion der Warenform auf die Standardbeispiele von Stoff, Getreide und Vieh beschränken?⁶ Der Punkt ist, dass, egal, wie sehr wir über diese spezifischen Unterschiede streiten, die Form einer Ware in Privatbesitz in jedem Fall von der Gesellschaft aufgezwungen wurde und mit der Entwicklung der Gesellschaft immer weniger verbunden ist mit ihrer ursprünglichen natürlichen Form.

Diese Umwandlung wurde in Schlachten erreicht, die politisch und militärisch definierten, was eine kapitalistische Nation ausmacht. Bevor Grund und Boden gekauft und verkauft werden konnten, mussten sie eingezäunt werden, und bevor seine aristokratischen Besitzer ihrer historischen Rechte beraubt werden konnten, mussten sie dazu gebracht oder gezwungen werden, ihre Produkte auf dem Markt zu verkaufen. Bevor die Arbeitskraft stundenweise

6 Damit niemand auf die Idee kommt, dass selbst die »natürliche« Form eines so harmlosen Produkts wie eines Kleidungsstücks unproblematisch sei, erinnere ich an das klassische Problem der Wirtschaftsstatistiker: Seit 1946 hat sich die Produktion der Badebekleidungsindustrie in Stückzahlen verdoppelt, während sie in Bezug auf die Größe halbiert wurde. Interessanterweise wurde dies nicht durch den lasterhaften Drang verursacht, das Fleisch zu entblößen, sondern durch den Nachkriegsmangel an Material, um es zu bedecken.

gekauft und verkauft werden konnte, musste sie vom System des Leibeigenen- und Sklaven-erwerbs auf Lebenszeit befreit werden. Modernes Kreditgeld ersetzte koloniale Edelmetalle erst durch einen jahrhundertelangen Dreikampf zwischen Kaufleuten, Produzenten und Wuchern, der Kredit in einen tributpflichtigen Strom kapitalistischen Profits verwandelte.

Ende des 20. Jahrhundert konnte man schließlich sagen, dass Eigentum nicht mehr ein Produkt der Natur war – vielmehr wurde die Natur zum Produkt des Eigentums. Doch das hinderte die Natur nicht daran, sich dennoch Gehör zu verschaffen, als die Niederlage Poseidons durch Zeus. In ihrer »natürlichen Form« erfüllen geistige Objekte nicht die grundlegenden Voraussetzungen, als Waren zu fungieren; sie sind nicht mehr ausschließbar. Ihr von Menschen geschaffener Charakter hat sie aus der Gefangenschaft in bloßer Materie befreit. Sobald es in einer reproduzierbaren Form festgehalten wurde, kann jeder, der es versteht, ein mathematisches oder wissenschaftliches Theorem nutzen. Wenn ich ein Gedicht rezitiere, ein Lied höre oder ein Computerprogramm teile, hindere ich niemanden daran, dasselbe zu tun. Bei der Kommodifizierung solcher Objekte stehen kapitalistische Gesellschaften vor dem entgegengesetzten Problem wie bei Grund und Boden. Es ist einfach, sie einzuzäunen, aber schwer, sie zu veräußern. Eine Idee ist sehr leicht zu entäußern – aber viel schwerer einzuzäunen.

Dies hat Buzgalin und Kolganov (2013, siehe auch Buzgalin 2017) dazu veranlasst, die Welt der menschlichen Aktivität in zwei »Sphären« zu unterteilen: materielle Objekte, die vom Kapital beherrscht werden, und eine »Kreatosphäre« nicht-materieller Objekte, die allen frei zugänglich sind und daher prinzipiell offen für die Befreiung vom Kapital.

Diese Idee ist attraktiv; aber dahinter (Freeman 2020) lauert das heikle Problem der Kosten. Dies ist keine Frage des Geldes, sondern der Arbeit. Geistige Objekte werden von echten Menschen geschaffen, die echte Arbeit

leisten: Theorien werden von Wissenschaftlern geschaffen, Entwürfe von Architekten, Innovationen von Ingenieuren, Bücher von Autoren und Musik von Komponisten – alle mit Assistenten, so zahlreich wie die Namen im Abspann eines Films. DeepSeek wurde von seinen 60.000 Mitproduzenten geschaffen. Wir werden somit wieder auf das ›Wesen‹ aller Eigentumsformen zurückgeführt, das darin besteht, wie sie es der Gesellschaft ermöglichen, ihre Arbeitskraft zu nutzen.

Der rationale Kern der Vorstellung der Kreatosphäre ist, dass die Kluft zwischen den Kosten der Schöpfung und der Reproduktion mit jedem technologischen Fortschritt gewachsen ist. 1840 kostete ein Brief bekanntlich einen Penny, in heutigem Geld etwas mehr als ein halbes britisches Pfund. Eine E-Mail ist heute über hundertmal billiger. Und E-Mails liegen am teuren Ende des elektronischen Spektrums. Als ich DeepSeek fragte, wie viel es kosten würde, Beethovens Choralsymphonie zu Hause abzuspielen, schätzte es dies auf etwa zwei Pence. Ein viktorianischer Angehöriger der Mittelschicht hätte für ein Konzert, das heute inflationsbereinigt 150 £ kostet, tatsächlich ins Konzert gehen müssen.

Das Ergebnis ist eine Aufteilung der geistigen Arbeit in diejenige, die wirklich neue Objekte schafft, die wir als die Mittel der Schöpfung bezeichnen können, und diejenige, die diese Objekte den Verbrauchern – ob diese Personen oder andere Produzenten sind – zur Verfügung stellt, die wir als die Mittel der Reproduktion bezeichnen können.

Letztere sind nicht nur nicht kostenlos, sondern auch eine wichtige Quelle der Beschäftigung. Theorien werden angewendet, Bücher gedruckt, Musik aufgeführt. Dies ist im Wesentlichen, wie der Kapitalismus über zwei Jahrhunderte hinweg Geld mit geistigen Objekten verdiente: Ohne sich allzu sehr um die Ideen selbst zu kümmern, kommodifizierte er die Mittel der Reproduktion. Diese waren so riesig wie Fabriken: Denken Sie an Kinos, Theater, Druckereien, Kathedralen – und Serverfarmen.

Massenindustrien entstanden und fielen aufgrund dieser Leistungen. Darüber hinaus ist eine wichtige Unterkategorie dieser »Noönomischen Sektor« der Arbeitskräfte die Mittel der Anwendung, wie die Pharmaindustrie, die im Wesentlichen wissenschaftliche Entdeckungen nutzt, um neue Produkte zu schaffen.

Beide Seiten der Freeman-Buzgalin-Kolganov-Diskussion sind sich einig, dass solche Produkte, einmal geschaffen, von vielen Menschen genutzt werden können. Ihre Schöpfung erfordert jedoch beträchtliche Ressourcen, und das ist der Ursprung des kapitalistischen geistigen Eigentums: Es war eine Antwort auf das Problem, Einkommen für Schöpfer bereitzustellen: Urheberrechte für Autoren und Patente für Erfinder. Dies hat eine doppelte und letztlich widersprüchliche Wirkung: Einerseits bietet es einen Anreiz zu schaffen und zu entdecken; aber gleichzeitig stellt es ein Hindernis für die Nutzung und den Genuss der Ergebnisse dar, indem es das Recht des Eigentümers behauptet, dies zu verhindern. So fördert und hemmt die Kommodifizierung von Ideen gleichzeitig die Entwicklung der Produktivkräfte. Es ist einer der vielen Widersprüche der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, der jedoch nun durch die kumulativen Effekte der elektronischen Revolution in den Vordergrund gerückt wird.

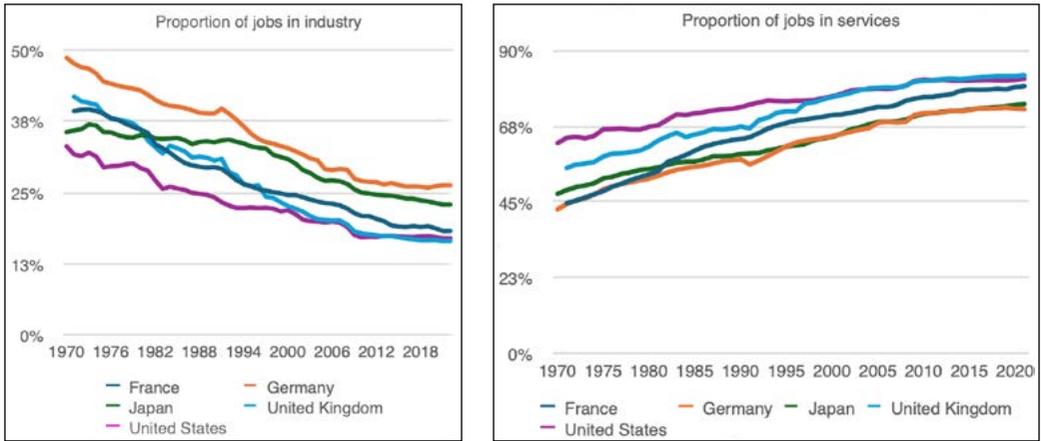
Dies dauert schon länger an, als vielen bewusst ist: Es begann vielleicht mit dem Telegrafen, den wir auf den Morsecode datieren können, der allererste digitale Ausdruck eines geistigen Objekts, im Jahr 1830. Es dauerte 48 Jahre, bis die erste Telefonleitung installiert wurde. Die erste Rundfunkübertragung war 1920; die erste kommerzielle Fernsehsendung 1941; der erste Tonbandrekorder wurde 1935 ausgestellt, aber die Drahtaufzeichnung gab es bereits 1899, nur zwanzig Jahre nach Edisons Phonographen. Die ersten kommerziellen elektronischen Computer wurden 1951 verkauft. Ampex führte 1956 den ersten Videorekorder ein, und bis 1980 hatten Sony und Philips die Massen-Videoaufzeichnungsindustrie geschaffen.

Dies waren alles Stationen auf einer langen Reise; an welchem Punkt verwandelte sich Quantität in Qualität? Ich habe keine Bedenken, dies auf das Internet (1983) und das World Wide Web (1992) zu datieren. Diese Schritte verwandelten lokalisierte Rechenleistung in eine gesellschaftliche Ressource. Eine neue Stufe der Technologie entstand: Geistige Objekte konnten durch geistige Objekte produziert werden. Wir können diesen Wendepunkt mit dem relativen Mehrwert im Industriezeitalter vergleichen, als Maschinen begannen, Maschinen zu produzieren. Damit kann die geistige Produktion »auf eigenen Füßen stehen«. Sie kann dies nicht, solange sie auf den Knien bleibt. Sie erfordert eine Gesellschaft, die sie aufstehen lassen kann; China scheint sich dieser Herausforderung gestellt zu haben. Die USA bisher nicht.

Aber warum? Geistiges Eigentum in seiner ursprünglichen Form war kein Hindernis für Wachstum, ganz im Gegenteil, der Gewinn, der damit erzielt werden konnte, eine Idee als Erster auf den Markt zu bringen (C. Freeman und Soete 1997), ist die primäre Quelle des »Surplusprofits« (Mehrprofit), wie Marx es nennt, und die treibende Kraft hinter der enormen Fähigkeit des Kapitalismus, die Produktivkräfte zu entwickeln, auch wenn nur in seinen historischen Boomphasen (Freeman 2014). Darüber hinaus war der primäre Treiber für das Wachstum der geistigen Produktion das, was Walter Benjamin als »mechanische Reproduktion« bezeichnete, die uns den Telegrafen, das Telefon, Radio, Fernsehen, Filme, die Musikindustrie und vieles mehr bescherte.

Der Punkt ist, dass während dieser Entwicklungen die geistige Produktion immer an die materiellen Formen gebunden war, in denen sie eingeschlossen war. Die Schallplattenindustrie florierte nur so lange, wie Musik auf Bakelit, Band, Vinyl oder Plastik zugänglich war. Sobald sie aus dem Internet heruntergeladen werden konnte, änderte sich die gesamte Struktur der Branche: Sie wurde zu einer Industrie, die auf »Inhalten« basiert; das heißt, geistigen Produkten, die durch geistige Objekte produziert

Diagramm 2: Industrie- und Dienstleistungsbeschäftigung in den fünf wichtigsten G7-Ländern



Quelle: International Labour Organisation, Berechnungen des Autors

werden. Heute sind die beiden größten Unternehmen der Welt nach Kapitalisierung die Inhaltsanbieter Apple und Microsoft. Dicht dahinter folgen »Plattformen« wie Google (Platz vier) und Meta (Platz sieben).

Ein weiteres Phänomen ist die Produktion materieller Produkte durch geistige Objekte. Logistikunternehmen wie Amazon (Platz fünf) verwalten ein Liefer- und Lagersystem, das nicht nur von einem Softwaresystem »begleitet« wird, sondern von ihm angetrieben wird. Zusammen nehmen Inhalte, Plattformen und Logistik sechs der zehn Spitzenplätze ein. Zwei sind Halbleiterunternehmen, eines ist Saudi-Aramco, und das andere ist Tesla, bei dem Forschung und Entwicklung vierzig Prozent der jährlichen Investitionen ausmachen.

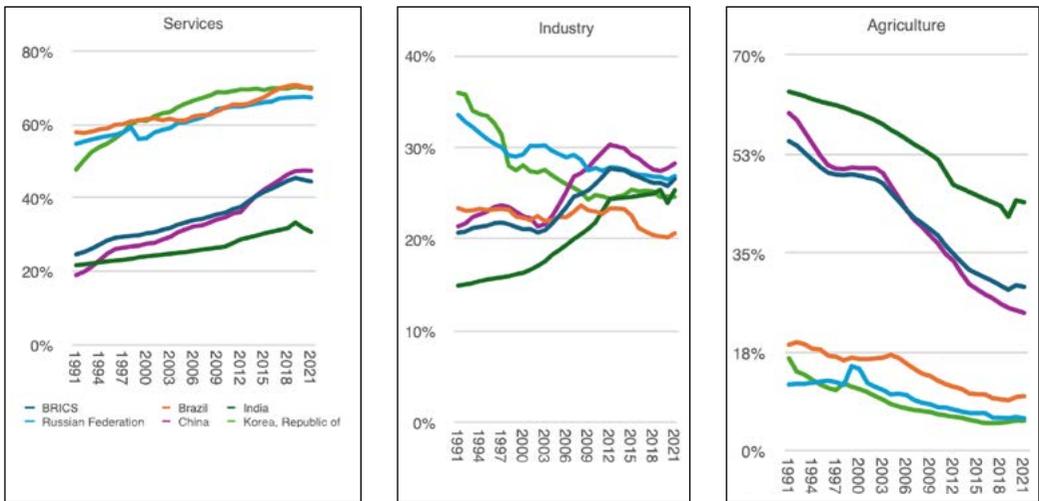
Das mechanische Zeitalter des Kapitalismus ist, kurz gesagt, vorbei.

Das Unvermögen, dies zu begreifen, ist eine der beiden Hauptursachen für das Scheitern des US-Geschäftsmodells – die zweite ist die damit verbundene Überzeugung, dass Finanzen eine produktive Tätigkeit darstellen. Radhika Desai und ich bezeichnen dies als die »maschinokratische Illusion« (Freeman 2014a); den Glauben, dass die grundlegende Quelle des Werts Maschinerie ist. Dieser Begriff zieht eine Par-

allele zur »physiokratischen« Idee (Meek 2013), dass Wert von Grund und Boden kommt; dies führte zu einem Unverständnis dessen, was die Städte leisteten, und einer daraus resultierenden Vernachlässigung der Industrie, von der angenommen wurde, dass sie lediglich landwirtschaftliche Produkte verarbeitete, ohne neuen Wert hinzuzufügen. Auf die gleiche Weise geht die moderne Wirtschaftspolitik, einschließlich der progressiven Kritiker des Neoliberalismus wie Atkinson und Elliot (2007), davon aus, dass Maschinen die einzige »echte« Wertquelle sind, und betrachten kreative geistige Produktion als bloßes oberflächliches Sahnehäubchen auf dem industriellen Kuchen.

Trumps Idee, dass die Chinesen im KI-Wettlauf besiegt werden können, indem eine halbe Billion Dollar in Serverfarmen gepumpt wird, ist in diesem Sinne nur die auffälligste Manifestation eines viel tiefer liegenden Übels im wirtschaftlichen Denken: das Versäumnis zu erkennen, dass in der Welt der geistigen Produktion die Schlüsselressource nicht irgendein materielles Ding ist, sondern die kreative Arbeit von Menschen. Umgekehrt ist es die Fähigkeit der chinesischen Gesellschaft, in ihre Menschen zu investieren und ihre geistige und materielle Entwicklung als die primäre Ressource, von der die

Diagramm 3: Arbeitskraft im Globalen Süden



Quelle: International Labour Organisation (ILO), eigene Berechnungen

Nation abhängt, anzuerkennen, die die Grundlage für den DeepSeek-Moment geschaffen hat.

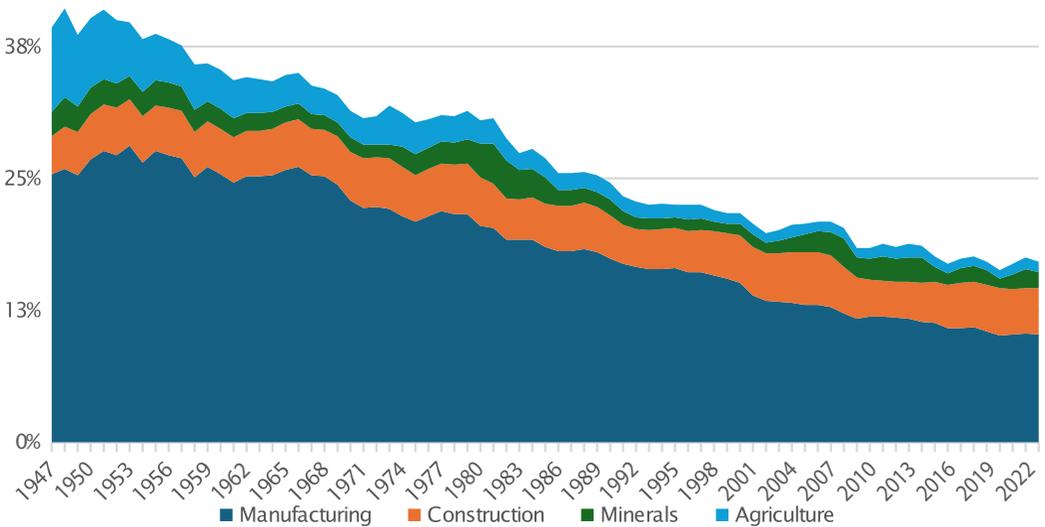
In einem einzigen, aber möglicherweise wichtigsten Sinne ist dieses Ereignis ein echter »Moment« und nicht nur ein willkürlicher Punkt in einem langen Prozess: Wir haben jetzt einen »Wendepunkt« erreicht, an dem der Anteil der wirtschaftlichen Aktivität, der rein oder primär geistiger Natur ist, so groß ist, dass er alles andere überragt. Warum ist dieser Moment jetzt und nicht früher eingetreten? Diagramm 2 zeigt eine grundlegende, langfristige historische Veränderung dessen, was Arbeit tatsächlich leistet. Kurz gesagt, die meiste Arbeit stellt keine »Dinge« mehr her – keine materiellen Objekte. Nur 16 % der US-Arbeitskräfte und 25 % der deutschen Arbeitskräfte sind in Landwirtschaft, Bergbau, Bauwesen oder Fertigung tätig; der Rest produziert »Dienstleistungen«.

Lassen Sie uns schnell einige reflexartige Reaktionen auf diese Fakten abwehren. Erstens ist dieses Phänomen *nicht* auf die fortgeschrittenen Länder beschränkt. Diagramm 3 zeigt dieselben Daten für Schlüsselländer des globalen Südens, mit Südkorea als Vergleichswert. Das Wachstum der industriellen Beschäftigung ist einfach zum Stillstand gekommen, während

das Wachstum der Dienstleistungen in allen Ländern schnell voranschreitet, mit einem »Wendepunkt« 2012. In Russland und Brasilien war dieser Trend bereits ab den 1990er Jahren und wahrscheinlich noch früher dominant. In den BRICS-Ländern im Durchschnitt, einschließlich China und Indien, war der Agrarsektor weniger entwickelt, sodass bis 2012 die Arbeitskräfte noch von der Landwirtschaft in die Industrie wechselten, während dieser Übergang in Russland und Brasilien bereits stattgefunden hatte.

Zweitens zeigen die Daten nicht, dass die Industrie »weniger wichtig« oder »kleiner« ist. Das ist nicht das, was die Arbeitsstatistiken aussagen. Sie zeigen, dass die *Produktivität* der Industrie so hoch ist, dass, obwohl die Welt immer mehr materielle Produkte herstellt, ein immer kleinerer Teil der Bevölkerung benötigt wird, um sie zu produzieren. Ein Vergleich bietet sich mit der Landwirtschaft an: Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war die landwirtschaftliche Arbeitskraft der Kolonialländer auf weniger als 10 % geschrumpft, aber nicht, weil sie sie aus dem Ausland bezogen, noch weil Nahrung unwichtig war. Was geschah, war, dass immer weniger Arbeitskräfte benötigt wurden, um sie

Diagramm 4: Anteil der Wertschöpfung der Industriesektoren der USA 1947–2023
50%



Quelle: Statista

zu produzieren. Das Vereinigte Königreich deckt jetzt 60% seines Nahrungsmittelbedarfs mit nur 467.000 Menschen, weniger als 2% der Arbeitskräfte. Die USA, mit 2,6 Millionen landwirtschaftlichen Arbeitern (1,6% der Arbeitskräfte), decken über 80% ihres eigenen Kalorienbedarfs und sind ein Agrarexporteur mit einem Handelsüberschuss von 21 Mrd. USD.

Der Punkt wird besonders deutlich durch Diagramm 4, das den Anteil der Wertschöpfung der Industriesektoren in den USA seit 1947 zeigt – ein Zeitraum von 75 Jahren, der verdeutlicht, dass dies ein historischer Trend ist und kein kurzlebiges Phänomen.

Wie unsere marxistischen Leser leicht erkennen werden, folgt der Mehrwert eng dem Beitrag der Arbeit zum Produkt, insbesondere über lange historische Zeiträume.

Eine weitere mögliche Fehlinterpretation wäre die Schlussfolgerung, dass die Daten zeigen, dass die Industrie »unwichtig« ist oder dass industrielle Souveränität keine Rolle spielt. Das Gegenteil ist der Fall: Die *Menge* der Industrieprodukte ist nicht nur größer als je zuvor,

sondern die Industrieprodukte sind genauso wichtig wie die Ernährungssouveränität. Für ihre Herstellung ist einfach nicht so viel Arbeit erforderlich. Der moderne Dienstleistungssektor hängt genauso sicher von einer industriellen Basis ab, wie die Industrie von der Landwirtschaft abhängt. Tatsächlich ist ein entscheidender Grund für Chinas Erfolg in der geistigen Produktion genau seine industrielle Basis, die eine ausreichende Produktionskapazität bereitstellte, um seine IT-Produkte gegen immer entschlosseneren Angriffe der USA zu schützen.

Jetzt können wir einige Zusammenhänge herstellen. Wir können zunächst die Frage, mit der wir begonnen haben, mit deutlich größerer Präzision neu formulieren: Welche Art von Gesellschaftssystem eignet sich am besten für die Produktion geistiger Objekte durch geistige Objekte? Um utopische Spekulationen zu vermeiden, fragen wir einfach, was China von den USA unterscheidet, sodass es den Erfolg von DeepSeek erklärt? Zwei Punkte stechen hervor. Es wird sich herausstellen, dass sie eng miteinander verbunden sind.

Der erste ist *die Verbreitung von Technologie*. Dies mag überraschen angesichts unserer Einwände gegen Ideen wie die »Wissensökonomie«, da Wissen ein wesentlicher Bestandteil von Technologie ist. Aber tatsächlich unterstreicht die Verbindung den Punkt. Technologie ist nicht auf reine geistige Fähigkeit reduzierbar; sie besteht aus einer Partnerschaft zwischen kompetenten Menschen und den materiellen Produktionsmitteln, mit denen sie arbeiten. Dies erfordert von diesen Menschen die spezifische Art von Wissen, die wir als *Fähigkeit* oder manchmal als *Kompetenz* bezeichnen, oder das »knowing how« (wissen, wie) man die Produktionsmittel verwendet, was Ingenieure tun. Es ist nicht reduzierbar auf das »Wissen warum«, dass diese sich so verhalten, was Forscher tun. Deshalb bauen philosophische Fakultäten keine Raumschiffe.

Chinas Ansätze zur Technologie konzentrieren sich auf die Entwicklung einer *qualifizierten Bevölkerung*. So beinhalten seine Joint-Venture-Verträge (im Widerspruch zum Washingtoner Konsens) weit verbreitete »Technologietransfer«-Klauseln; ausländische Investoren mussten nicht nur das patentierte und oft geheime Wissen, das die Technologie funktionsfähig machte, preisgeben; sie mussten ihren Partnern auch zeigen, wie man es anwendet.

Diese Einstellung zum Technologietransfer ist jedoch nicht nur ein Merkmal von Chinas Beziehungen zu den Yankees; sie durchdringt die gesamte chinesische Gesellschaft, die großen Wert darauf legt, Wissen und Fähigkeiten mit anderen zu teilen. Sie zeigt sich im Handelsrahmen der Belt-and-Road-Initiative, im chinesischen Ansatz zum Aufbau von BRICS-Partnern und allgemein in Chinas Einstellung zur Zukunft der Menschheit, die als »gemeinsamer Wohlstand« charakterisiert wird.

Was die Technologie betrifft, ist das Teilen das genaue Gegenteil des US-Ansatzes – und der Inbegriff der Open-Source-Philosophie. Aus Sicht der USA, wie aus Trumps endlosen Vorwürfen hervorgeht, dass China US-Wissen »stiehlt«, ist die wichtigste Funktion des geisti-

gen Eigentums seine Rolle im Wettbewerb – es wird verwendet, um die Verbreitung von Wissen zu verhindern. Für China besteht seine Schlüsselfunktion in seiner Rolle bei der Zusammenarbeit – es wird verwendet, um Wissen so weit und so schnell wie möglich zu verbreiten.

Diese Einstellung zur Technologie ist eng mit der zweiten Stärke der chinesischen Wirtschaft verbunden, nämlich der Art und Weise, wie sie Arbeit begreift. Viel uninformierte Kritik, die die Rolle ausländischer Investoren bei der Durchsetzung von profitgetriebenen Arbeitsbedingungen ignoriert, hat sich auf Arbeitskämpfe in China konzentriert und den entscheidenden Punkt übersehen, dass die Regierungspolitik darauf abzielt, die gesetzlichen Rechte der Gewerkschaften durchzusetzen. Doch obwohl dies notwendig ist, um westliche Vorurteile zu korrigieren, ist es nur ein Aspekt der gesamten Entwicklungsziele Chinas, das produktive Potenzial seiner Industrien zu realisieren, indem es das seiner Menschen realisiert.

Dies ist nur ein Aspekt eines klaren und konsistenten allgemeinen Rahmens, um den Lebensstandard der gesamten Bevölkerung so schnell und so weit wie möglich zu erhöhen, basierend auf der Grundüberzeugung, dass menschliche Entwicklung das grundlegende Ziel der Menschheit sein sollte und Regierungen sie daher, wenn aus keinem anderen Grund, priorisieren sollten. Aber menschliche Entwicklung reduziert sich nicht auf das einfache »Streben nach Glück«, das die US-Verfassung vorsieht, obwohl sie über das Recht, es zu erreichen, schweigt. Entwicklung bedeutet die Erweiterung der Fähigkeiten; die Erweiterung der einfachen Bandbreite dessen, was Menschen tun können.

Der deutlichste Hinweis auf Chinas Engagement für menschliche Fähigkeiten und Kompetenzen ist das Wachstum der Akademisierung im Allgemeinen und der Hochschulbildung im Besonderen. Chinas Hochschulsystem ist jetzt das größte der Welt, und nicht nur aufgrund der großen Bevölkerung. Die Einschreibquote der Hochschulaltersgruppe stieg von 4 % im Jahr

1990 auf 59,6% im Jahr 2022 – eine atemberaubende Entwicklung. Wenn ein Industriesektor in diesem Tempo gewachsen wäre, wäre er zu Recht als ein Wirtschaftswunder beschrieben worden.

Betrachten wir dies nur aus der Sicht der »Verbrauchervorteile« – den Vorteilen für die Studierenden durch den Zugang zu Bildung –, erhalten wir nur das halbe Bild, eigentlich nur ein Drittel davon. Erstens ist eine gebildete Arbeitskraft in jedem Fall eine produktive Ressource. Aber zweitens verdrängt sie Maschinen als primäre Ressource der geistigen Produktionssektoren. Dahinter verbirgt sich ein entscheidendes Merkmal der Kreativindustrien: Sie nutzen kreative Arbeit besonders intensiv, die Forscher (Bakhshi et al. 2013) als *Arbeit* definieren, *die nicht durch eine Maschine ersetzt werden kann*.

Dies widerlegt die populäre Angst, dass KI Menschen ersetzen wird. Tatsächlich ist der allgemeine Trend, dass Menschen diejenigen Industrien verlassen, die leicht mechanisiert werden können, und diejenigen füllen, in denen Maschinen ihren Platz nicht einnehmen können. Diese sind zweierlei Art: die Kreativindustrien als solche und Dienstleistungsindustrien allgemein, ob kreativ oder nicht, in denen menschliche Beiträge einfach vom Verbraucher bevorzugt werden, insbesondere in der Bildung, aber auch im Gesundheitswesen und natürlich in der Unterhaltung, wo Live-Aufführungen viel höher geschätzt werden. Der Grund für Ersteres ist ganz elementar (Freeman 2008): Kreativität – die Produktion neuer Dinge – ist eine spezifisch menschliche Fähigkeit, die algorithmische Mechanisierung nicht ersetzen kann und schlecht imitiert. Daraus folgt, dass die Gesellschaften der Zukunft eine Einstellung zur Arbeit benötigen, auf die sie weder die maschinokratische Sichtweise noch die in den USA vorherrschenden geldorientierten Geschäftsmodelle vorbereiten: eine, in der die primäre Ressource der Mensch ist.

Übersetzung aus dem Englischen: Jenny Farrell

Bibliographie

- Asay, M. 2025. »DeepSeek's open source movement«. Infoworld 14 April 2025. <https://www.infoworld.com/article/3960764/deepseeks-open-source-movement.html> accessed 23 April 2025.
- Atkinson, D. and L. Elliot. 2007. *Fantasy Island*. London: Constable.
- Bakhshi, H. A. Freeman and P. Higgs. 2013. *A Dynamic Mapping of the UK's Creative Industries*, NESTA.
- Bodrunov, S. 2023. *Anthology of Noonomy: Fourth Technological Revolution and Its Economic, Social and Humanitarian Consequences: Technology and Socio-economic Progress: Future (Studies in Critical Social Sciences)*. Chicago: Haymarket Books.
- Bodrunov, S. 2021. Что такое ноономика? (What is Noonomy?) А(О)НТОЛОГИЯ ноономики: четвертая технологическая революция и ее экономические, социальные и гуманитарные последствия/Под общ. ред. С. Д. Бодрунова. СПб.:ИНИР, 2021, с. 19–92.
- Buzgalin A. V. 2017. Creative economy: private intellectual property or ownership by everybody of everything?. *Sotsiologicheskije issledovaniya [Sociological Studies]*. 2017. No 7. P. 43–53
- Buzgalin, A. and Andrey Kolganov. 2013. »The Anatomy of Twenty-First Century Exploitation: From Traditional Extraction of Surplus Value to Exploitation of Creative Activity«. *Science and Society*, Vol. 77, No. 4, October 2013, 486–511
- Cunningham, S. and T. Flew. 2019. *A Research Agenda for the Creative Industries*. Cheltenham: Edward Elgar.
- DeepSeekAI. 2025. DeepSeek-R1: Incentivizing Reasoning Capability in LLMs via Reinforcement Learning. Arxiv.org, maintained by Cornell University.
- Desai, R. and others. 2025. Deep Seek Exposes Corrupt Silicon Valley Business Model. Forthcoming.
- Enfu, Cheng. Wang Guijin and Zhu Kui 2019. *The Creation of Value by Living Labour: A Normative and Empirical Study*. London and Istanbul: Canut Press. In two volumes.
- Fowler, S. 2025. »The DeepSeek Series: A Technical Overview«. <https://martinfowler.com/articles/deepseek-papers.html>

- Freeman, A. 2008. *Culture, Creativity and Innovation in the Internet Age*. 2008. <https://ideas.repec.org/p/pramprapa/9007.html>
- Freeman, A. 2014a. ›Twilight of the machinocrats: Creative industries, design, and the new future of human labour‹ in Van Der Pijl, K (2014), ed. *The International Political Economy of Production*. Cheltenham: Edward Elgar
- Freeman, A. 2014b. ›What Causes Booms‹. In Bagchi, A. K. and A. C. Chatterjee. (eds) *Marxism: with and Beyond Marx*. London: Routledge
- Freeman, A. 2015. High End Labour: the foundation of 21st Century Industrial Strategy. Valdai Discussion Club public website. 15 August 2015.
- Freeman, A. 2018. Review of Blandine Laperche (2018), *Enterprise Knowledge Capital, Smart Innovation*, London, Wiley-ISTE, 238 p. in *Journal of Economics Management*, 2018/3 (No. 27)
- Freeman, A. 2020. ›Creative Labor, Mental Objects and the Modern Theory of Production‹. *Science and Society* Vol. 84. No. 4, October 2020.
- Freeman, A. 2025. ›An Independent BRICS IP policy: Why it is needed and what it might look like‹. *Contemporary World Economy*, Vol. 2, No 4(8).
- Freeman, C. and L. Soete 1997. *The Economics of Industrial Innovation*. London: Routledge
- Golubic, K. 2023. What is MIT License?. <https://memgraph.com/blog/what-is-mit-license>
- Hetzner, C. 2025. ›Marc Andreessen warns Chinese ChatGPT rival DeepSeek is ›AI's Sputnik moment‹‹. Fortune, 27 January 2025.
- Meek, R. L. 2013. *Economics of Physiocracy*. United Kingdom: Taylor & Francis.
- Mollenhoff, C. R. 1988 (reprint edition) *Atanasoff, Forgotten Father of the Computer*. London: Wiley-Blackwell.
- Tahir. 2025. DeepSeek R1 Explained: Chain of Thought, Reinforcement Learning, and Model Distillation. <https://medium.com/@tahirbalarabe2/deepseek-r1-explained-chain-of-thought-reinforcement-learning-and-model-distillation-0eb165d928c9>
- Wang, Li-Chen (May 1976). ›Palo Alto Tiny BASIC‹. *Dr. Dobb's Journal of Computer Calisthenics & Orthodontia, Running Light Without Overbyte*. 1 (5): 12–25.
- Xie, Fusheng, and Junshang Liang. 2017. ›Is There Such a Thing as a Non-Alienated ›Creatosphere?‹‹ *Science & Society* 81, no. 1 (2017): 136–44.

Impressum**MARXISTISCHE BLÄTTER**

Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Telefon: 0201 | 23 67 57

E-Mail: redaktion@marxistische-blaetter.de*Marxistische Blätter im Internet:*www.marxistische-blaetter.dewww.facebook.com/MarxBlätter*Satz und Gestaltung:* MedienwerkstattKai Münschke, Essen, www.satz.nrw

Korrekturen: Kurt W. Fleming

Grafik Titelseite (Kopf):

Graficriver – stock.adobe.com

Verlag: Neue Impulse Verlag GmbH

E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de

Anschrift und Telefon: wie Redaktion

Solidarität (mit-) tragen

Free Palestine



T-Shirt Schwarz, 19,90
Biobaumwolle, S – 4XL



T-Shirt Weiß, 19,90
Biobaumwolle, S – 4XL



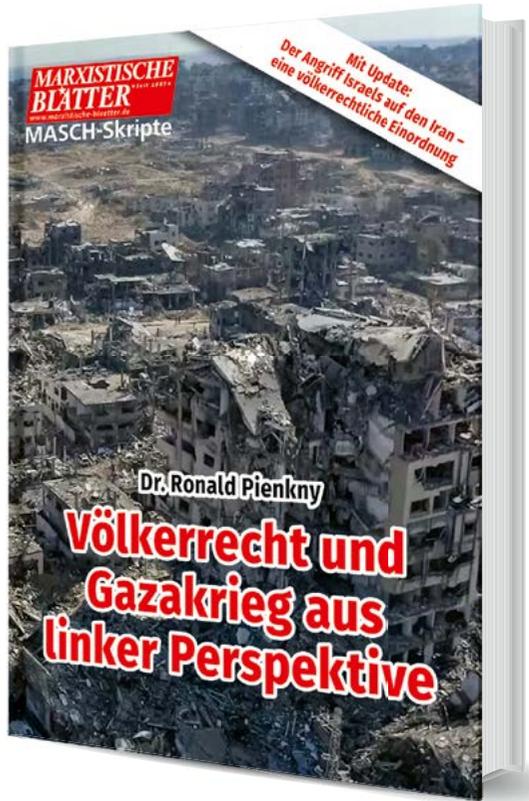
Hoodie Schwarz, 34,90
80 % Baumwolle, S – 4XL

Neue Impulse aus unserem Verlag

Dr. Ronald Pienkny
**Völkerrecht und
Gazakrieg aus
linker Perspektive**

Mit Update: Der Angriff
Israels auf den Iran –
eine völkerrechtliche Einordnung

Neue Impulse Verlag
Essen 2025, Softcover, 90 Seiten,
9,90 Euro, ISBN 978-3-96170-085-1



Es steht schlecht um die Welt. Krieg, Krisen, Konflikte und geopolitische Interessen bestimmen das globale Geschehen. Anerkannte Regeln des Völkerrechts scheinen keinerlei Bedeutung mehr zu haben. Man gewinnt den Eindruck, dass allein Militarismus, Aufrüstung und Staatsräson die Antworten zur Rettung des erodierenden Völkerrechts sein sollen. Was kann ein »linkes Völkerrecht« dem entgegensetzen? Wo liegen dessen Wurzeln und wie stellt sich eine solche Sichtweise auf das Völkerrecht der aktuellen Situation im Gazastreifen dar? Nachfolgend wird der Begriff definiert und eingeordnet, indem er rechtswissenschaftliche und politikwissenschaftliche Perspektiven kombiniert, klassische Völkerrechtsbegriffe hinterfragt sowie aktuelle Entwicklungen einbezieht. Anschließend wird auf dieser Basis der Gaza-Konflikt analysiert.



NEUE IMPULSE VERLAG
Hoffnungstraße 18 | 45127 Essen
Tel.: +49 | 201 | 236757

info@neue-impulse-verlag.de
www.neue-impulse-verlag.de

Jetzt abonnieren ...

Hiermit bestelle ich

- ein befristetes Testabonnement (2 Ausgaben für 18 €) ohne automatische Verlängerung
- ein Abonnement für mindestens 8 Ausgaben
- ein Geschenkabonnement für mindestens 4 Ausgaben
 - zum **Normalpreis** von 54 €/Jahr
 - zum **ermäßigtem Preis** von 38 €/Jahr
 - zum **Förderpreis** von 100 €/Jahr
- Abo plus ePDF** zum Normalpreis von 64 €/Jahr
- Abo plus ePDF** zum ermäßigten Preis von 48 €/Jahr
- Digital-Abo** zum Preis von 38 €/Jahr

Neue Abo-Möglichkeit!

Name, Vorname _____ Alter _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon, E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

** Das Abonnement verlängert sich um weitere 4 Ausgaben, wenn es nicht bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes schriftlich beim Neue Impulse Verlag, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen oder per E-Mail an info@neue-impulse-verlag.de gekündigt wird.

Widerrufsbelehrung

Ich bin berechtigt, diese Abo-Bestellung binnen 14 Tagen schriftlich beim Neue Impulse Verlag zu widerrufen.

Datum, Unterschrift _____

- Die Rechnung geht an die Lieferanschrift
- Die Rechnung geht abweichend von der Lieferanschrift an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon, E-Mail _____

- Die Rechnung soll abgebucht werden. Hiermit erteile ich dem Neue Impulse Verlag das Mandat, die Abo-Gebühren für die Zeitschrift »Marxistische Blätter« sowie gegebenenfalls bestellte Bücher von meinem Giro-Konto abbuchen zu lassen. (SEPA-Mandat)
 - Abo-Abbuchung jährlich
 - Abo-Abbuchung halbjährlich

Kundennummer (wenn vorhanden) _____

Ihre IBAN _____ / _____ / _____ / _____ / _____ / _____

Ihre BIC _____

Unsere Gläubiger-ID **DE56ZZZ00000293744**

Die Abbuchung der Abo-Gebühren und der Buchrechnungen erfolgt jeweils zum Ersten eines Monats. Das Mandat endet automatisch mit der Beendigung des Abonnements.

Ort/Datum

Unterschrift